REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 362 · 12.1.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 45 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Südafrika: Weißer Staat im Staate? - J., Westberlin
2. Der Stoiber des Nordens. Sozialdemokratische Visionen von großstädtischer Sozialhygiene - Js.
3. Der "heiße Herbst" blieb lau. Nach der Nicht- Nur-Niederlage in Bischofferode. - Judith Dellheim
4. Verdrängung im Westen - Abrechnung mit dem Osten? Der widersprüchliche Umgang mit deutscher Geschichte. Interview mit Rolf Gössner
5. Nach den Wahlen in Brandenburg: Alles verbieten! - he.
6. "Folter stört die deutsch-türkischen Beziehungen nicht." Erklärung von Stefan Waldberg, aus türkischer Haft entlassen
7. ÖZGÜR GÜNDEM läßt sich nicht zum Schweigen bringen ! - nm
8. Demokratiekongreß in Istanbul fordert: Menschenrechte, Demokratie und Frieden - nm
9. Türkei zerstört Dörfer in Südkurdistan. Wer unterstützt das türkische Militär im Irak bei den Angriffen? - Ahmet Berse
10. Krise und Umstrukturierung der Autoindustrie. Teil 1 - J., Westberlin
11. Die "Zapatistische Nationale Befreiungsarmee" (EZLN). Interview mit einem Guerillaführer der EZLN in Chiapas, Mexiko - AIPIN
12. Bauernaufstand in Mexiko. Guerilla-Offensive überrascht die Weltöffentlichkeit - Al., Nürnberg
13. Das neue russische Parlament - Kt.
14. Rußland nach der Wahl - Andreas Skrypietz
15. "Es lebe die deutsch-russische Freundschaft!" (Schirinowskij und DVU-Chef Frey) - Kt.
16. Rußland: Warum hat das Militär noch nicht geputscht? - Kt.
17. "Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus". Gedanken über Rußland anhand eines Buches - Kai Ehlers
18. Todesschwadronen ermorden FMLN-Kommandanten 100 Tage vor den Wahlen in El Salvador. Mordwelle gegen Linke - Al., Nürnberg
19. Venezuela: Linksoppositionelle im Aufwind. Interview mit Pablo Medina, Generalsekretär der Bewegung "Radikale Sache" - Causa R
20. Sozialer Dienst versus soziale Bewegung? - Die Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) in Chile - Boris Scharlowski
21. Die Nationale Demokratische Front der Philippinen: Träger von Befreiung oder Opfer von Befriedung? - Rainer Werning
22. Rassismus und Eurozentrismus bekämpfen! - Interview mit Assata Shakur
23. Zwischen Tradition und Moderne. Neue afrikanische Literatur über die Situation der Frauen (Teil 1) - A. Hoffmann, Berlin
24. Ein Leben in Widersprüchen. Robert Havemanns Leben und Wirken (1910-1984) - Osswald Pietzsch
25. Ende oder Neuanfang? Zur Diskussion "drinnen und draußen" nach dem Bruch zw. der RAF u. d. Mehrheit der Gefangenen - P. u. D., Berlin
26. Diskussion mit Karl Heinz Roth über Toyotismus, neue Proletarität und Widerstand - J., Westberlin
27. Revolutionäre Gegenmacht und die Probleme der metropolitanen Linken - Detlef Hartmann
28. Hitlers Befehl zur Ermordung der Juden. Philippe Burrins Buch über die Entscheidung für den Völkermord - Js.
29. Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945 - B., Westberlin
30. BILD hat was gegen Mao
31. Spendenaufruf - 50.000 DM für den ak!
32. Der Mikrokosmos Italiens: FIAT
33. Quelldatei 21.htm
34. Quelldatei 22.htm

35. Quelldatei 29.htm
36. Interview mit Assata Shakur
37. Weltweiter "Autokrieg"
38. Quelldatei bu-07.htm
39. Quelldatei disk.htm
40. El Salvador 100 Tage vor den Wahlen
41. Quelldatei fort24.htm
42. Quelldatei freund.htm
43. Quelldatei guendem.htm
44. Robert Havemann
45. Quelldatei ven.htm

1. Südafrika: Weißer Staat im Staate?

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:32

Kurz vor Weihnachten wurden in der deutschen Presse Meldungen verbreitet, der ANC habe den weißen Südafrikanern und Südafrikanerinnen in Verhandlungen mit der rechtsextremen Afrikaaner Volksfront (AVF) ein weißes "Homeland" oder gar einen eigenen Staat zugestanden. "ANC erzielt Einigung mit weißen Rechtsextremen", lautete eine Überschrift auf der ersten Seite der "Frankfurter Rundschau" am 21.12.93, "ANC gesteht den Buren einen eigenen Staat zu", überschrieb die "Süddeutsche Zeitung" vom selben Tag einen Artikel. "Diplomaten sprachen im Hinblick auf die Grundsatzeinigung von einer dramatischen Konzession des ANC", war in einem Bericht des "Tagesspiegel" (22.12.) zu lesen.

Hintergrund dieser journalistischen Schnellschüsse bildete der angekündigte Abschluß eines Abkommens zwischen ANC und AVF, in welchem "der Wunsch vieler Afrikaaner nach Selbstregierung in einem von Weißen kontrollierten ‚Volksstaat` erwogen werden muß". (FR, auch 21.12.) Zum detaillierten Studium dieses Plans sollte eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet werden. Als Gegenleistung für diese den ANC zu nichts verpflichtende Zusage wollte die AVF (ein Bündnis der meisten rassistischen und faschistischen weißen südafrikanischen Organisationen) ihre Ablehnung der am 27. April geplanten ersten demokratischen Wahlen Südafrikas aufgeben und die neue Verfassung Südafrikas einschließlich des Übergangs-Exekutivrates (siehe dazu ak 361 vom 15.12.93) anerkennen. Seine scheinbare Brisanz erhielt dieses geplante Abkommen zusätzlich im Hinblick auf die für zwei Tage später (am 22. Dezember) angesetzte (und auch durchgeführte) Verabschiedung der neuen südafrikanischen Verfassung durch das alte Apartheid-Parlament, so daß der Eindruck entstehen konnte, es würden noch im letzten Moment Sonderrechte für die Weißen festgeschrieben werden.

Gespräche schon seit August

Daß der ANC mit der "Volksfront" in Gestalt ihres Führers Constand Viljoen (bis Mitte der achtziger Jahre Chef der südafrikanischen Armee) seit Anfang August im Geheimen verhandelte, war erstmals Ende September bekannt geworden. Schon damals tauchten Meldungen auf, den rechten Weißen wäre vom ANC ein eigener Teilstaat zugesagt worden (z. B. in einem Bericht von Willi Germund im Kölner Stadtanzeiger vom 24.9.93). Tatsächlich jedoch konnten nie Zweifel darüber bestehen, daß der ANC solchem Ansinnen jemals seine Zustimmung geben würde. Abgesehen von der praktisch schon gar nicht vorstellbaren Umsetzung eines solchen Vorhabens (es existiert kein geschlossenes "weißes" Gebiet in Südafrika), wäre dies vor allem hinsichtlich der ganz ähnlichen Ambitionen der Zulu-Partei Inkatha für das Gebiet von KwaZulu in Natal politisch geradezu selbstmörderisch gewesen. Eine kleine Episode am Rande: Während seines Aufenthalts in den USA Ende September wurde ANC-Präsident Nelson Mandela von Journalisten nach seiner Meinung über die Forderungen der Rechtsextremen nach einem unabhängigen weißen "Homeland" befragt. Mandela, dem nachgesagt wird, daß er einfach nicht lügen kann, schloß in seiner Antwort diese Möglichkeit kategorisch aus, was zum erklärten Rückzug der AVF von den Verhandlungen mit dem ANC führte (Independent, 1.10.93) - ein Schritt, der dann doch nicht realisiert wurde, wie sich Mitte Dezember zeigte.

Den höchstrangigen Kontakten des ANC (Mandela, ANC-Vorsitzender Mbeki) mit Viljoen liegt zum einen die grundsätzliche Strategie zu Grunde, aus einer Position der relativen Stärke die politischen Feinde immer wieder zu Gesprächen oder sogar zur "Versöhnung" aufzufordern, ohne daß hierbei (anders als in den Gesprächen mit der De Klerk-Administration) substantielle Zugeständnisse gemacht werden müßten. Der Grund für diese Gesprächspolitik liegt einfach in dem riesigen Gewaltpotential dieser Gruppen, das diese zwar nicht in für sie politisch nutzbringender Weise einzusetzen wissen, mit dem sie aber in der Vergangenheit bis auf den heutigen Tag unter Inkaufnahme Zehntausender von Toten gewalttätige Auseinandersetzungen größeren Stils herbeizuprovozieren suchen, die ihnen ein zielgerichteteres Eingreifen vielleicht doch noch ermöglichen würde. Es scheint deshalb grundsätzlich sinnvoll, in Gesprächen einigen politischen Repräsentanten dieser terroristischen Kräfte die Alternativlosigkeit eines friedlichen Neben- oder Miteinanders von Menschen verschiedener Hautfarbe darzulegen und damit möglichst viele neue Opfer vermeiden zu helfen.

Zum anderen aber besteht damit die Chance, in das rechtsextreme Bündnis einen Keil zu treiben. Viljoen, auf dessen Initiative die Gründung der AVF im Mai 1993 zurückgeht, plante mit diesem Zusammenschluß, die Kräfte der Rassisten zu bündeln, um ihnen in dem abfahrenden Verhandlungszug noch Einfluß zu sichern. Eine militärische Konfrontation schätzt er hingegen als aussichtslos ein. Der Vorsitzende der offen rassistischen Konservativen Partei hingegen propagiert den kommenden "Freiheitskampf", ganz zu schweigen von der nazistischen AWB, deren paar tausend Mitglieder zu einem großen Teil in paramiltärischen Gruppen organisiert sind.

Geschickt gelang es dem ANC durch seine Verhandlungen mit Viljoen, die politische Desorientierung unter den rechten Kräften zu verstärken. Während er mit Viljoen die Unterzeichnung des eingangs beschriebenen Abkommens vorbereitete, ließ er zugleich in Zusammenarbeit mit der Regierung die Vertreter der "Freiheitsallianz" (dem seit Oktober bestehenden Bündnis aus AVF, Inkatha und den schwarzen Homelands Bophutatswana, Ciskei und KwaZulu) auflaufen. Die Freiheitsallianz hatte nämlich Mitte Dezember angesichts der vom Übergangs-Exekutivrates aufgenommenen Arbeit und der sich anbahnenden Verabschiedung der neuen Verfassung doch noch um Verhandlungen mit der Regierung nachgesucht. Buchstäblich nach Toreschluß (die Verfassungsverhandlungen waren Anfang Dezember abgeschlossen worden) wollten die Reaktionäre das Recht auf weitgehende Autonomie der zukünftigen Provinzen Südafrikas noch verankert wissen. Während nun der ANC in separaten Verhandlungen mit der AVF eine Good-will-Vereinbarung bis zur Unterschriftsreife vorantrieb, stellten er und die Regierung der Freiheitsallianz faktisch ein Ultimatum, indem sie die bisherige Rollenverteilung einfach umdrehten: Hatten bislang ANC und Regierung die Mitglieder der Freiheitsallianz um weitere Gesprächsteilnahme ersucht und dafür Konzessionen in Aussicht gestellt, so mußten diese sich jetzt sagen lassen, daß es weitere Verhandlungen über deren Autonomieforderungen nur geben werde, wenn sie zuvor den Übergangs-Exekutivrat und den Wahltermin am 27. April anerkennen würden. Unter dieser Bedingung könnten Änderungsvorschläge für die Verfassung noch spätestens bis zum 24. Januar nachgereicht werden, bei entsprechender Berücksichtigung würde dann das alte Apartheid-Parlament noch ein allerletztes Mal zusammentreten, um die vorgebrachten Vorschläge in der bereits am 22.12. verabschiedeten Verfassung noch unterzubringen.

Wachsende Desorientierung der reaktionären Kräfte

Dieses Angebot an die "Freiheitsallianz" stellte die politische Immobilität der sie tragenden Kräfte erneut bloß. Denn nicht nur war sie nicht in der Lage, den Wahltermin (und damit die Wahlen) sowie den die De Klerk-Regierung kontrollierenden Übergangs-Exekutivrat anzuerkennen; sie zwang zugleich Viljoen, die Unterzeichnung des Abkommens mit dem ANC zu verweigern. Damit ist die Forderung der Rassisten nach einem eigenen Staat oder Homeland (das einzig Faßbare, was sie überhaupt zusammenhält) noch nicht einmal mehr "im Gespräch". Mit diesem verschwimmenden Ziel verliert aber zugleich der von vielen Rassisten erhoffte militärische "Freiheitskampf" weiter an Konturen.

Allmählich könnte auch der Spielraum für die Inkatha Freedom Party (IFP), insbesondere für die von ihrem Chef Buthelezi gefahrene harte Konfrontationslinie enger werden. Nach der Aufdeckung der Existenz einer Todesschwadron innerhalb der Polizei von KwaZulu, in deren Aufstellung Buthelezi ziemlich unmittelbar verwickelt zu sein scheint (siehe ak 361), ist er mit der Forderung des Übergangs-Exekutivrates konfrontiert, der die Herausgabe von Dokumenten zur Aufklärung der Hintergründe fordert. Buthelezi muß dies schon aus dem Grunde verweigern, weil er damit die Autorität des Übergangs-Exekutivrates anerkennen würde. Gleichzeitig wachsen auch innerhalb der Zulu-Bewegung die Widerstände gegen Buthelezi. Es mehren sich die Stimmen, die eine Beteiligung an den Wahlen im April fordern. Zu diesen gehört Zulu-König Zwelithini (ein Neffe Buthelezis), der sich bisher aus politischen Fragen weitgehend herausgehalten hatte oder der Vorsitzende der Inkatha-Jugendliga. Aber auch Parlamentarier der IFP, die in den letzten Jahren von der National Party De Klerks zur IFP übergelaufen sind, sehen ihre politische Karriere gefährdet, wenn ihre Partei die Wahl boykottiert (dies gilt auch für Abgeordnete der Konservativen Partei). Auf einem Kongreß noch in diesem Monat will die IFP ihre Haltung zu den Wahlen am 27. April festlegen.

Mit der Aufstellung einer zunächst 10.000 Mann starken "Friedenstruppe" durch den Übergangs-Exekutivrat wird schon mittelfristig das bisherige Gewaltmonopol der Polizei von KwaZulu in diesem Gebiet in Frage gestellt. Diese Truppe soll ab Ende März zunächst in bestimmten Krisengebieten (zum Beispiel in den von täglichen politischen Morden betroffenen Townships) eingesetzt werden und die bisher dort agierenden Armee- und Polizeikräfte ersetzen. Diese neuen Verbände werden aus den bewaffneten Kräften aller am

Übergangs-Exekutivrat teilnehmenden Gruppierungen gebildet, also aus bisheriger Polizei und Armee (als Organe der Regierung), dem bewaffneten Arm des ANC "Speer der Nation" sowie aus den Armeen der demnächst aufzulösenden "unabhängigen" Homelands Transkei und Venda.

J./Westberlin

2. Der Stoiber des Nordens. Sozialdemokratische Visionen von großstädtischer Sozialhygiene

Autor: Js. · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:23

Kaum hatte Heitmann seine Kandidatur für das höchste Staatsamt zurückgezogen, als ein weiterer selbsternannter Anwalt des kleinen Mannes eben diesem ideologischen Halt und politische Orientierung antrug. Die Rede ist von dem Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau, einem bisher nicht für höhere Aufgaben vorgesehenen sozialdemokratischen Lokalmatadoren, der es durch wenige Worte schaffte, von einem "bundespolitisch eher farblos wirkenden Kommunalpolitiker" zur "bundesweiten Reizfigur" (Frankfurter Rundschau, 30.12.93) zu werden.

In einem Interview der Bild-Zeitung (13.12.93) hatte Voscherau die schlichte Frage, wie für die 50.000 Hamburger Wohnungssuchenden genügend bezahlbare Wohnungen bereitgestellt werden könnten, mit einem Höhenflug besonderer Art beantwortet. Nachdem er erklärt hat, daß mehr als 25.000 neue Wohnungen in den nächsten vier Jahren nicht drin seien, geht Voscherau unvermittelt und keineswegs bedrängt durch die bösartigen Bild-Hetzer zu seinem Thema über: "Dazu kommt, daß der Senat keinen Einfluß auf die Zuwanderungs-Geschwindigkeit hat. Freizügigkeit und Zuwanderung unterliegen Bundesrecht. Im übrigen wünsche ich mir kommunale Instrumente zur Steuerung der Binnen-Wanderung in Hamburg."

Auf die verblüffte Nachfrage der Interviewer, was das denn heißen solle, konkretisiert Voscherau seine Visionen: "Beispiel Wilhelmsburg. Ein Hamburger Bürgermeister und auch ein Bürgermeister von Berlin oder München müßten in der Lage sein, die Entstehung von Gettos zu verhindern und gefährdete Stadtteile vor ungesteuertem Zuzug zu schützen."

Nochmalige Nachfrage der Bild-Redakteure: "Heißt das Zuzugssperre?" Voscherau antwortet: "Notfalls muß auch das möglich sein. Wenn sie zum Beispiel in einem Stadtteil 50 Prozent oder mehr Ausländer haben, muß es möglich sein zu sagen, jetzt ist Schluß. Ich sage nicht, das Boot ist voll. Aber in Wilhelmsburg ist es voll." Auch der Einwand, dazu wäre eine Grundgesetzänderung notwendig, kann ihn nicht stoppen: "Ich wäre dazu bereit. Der Gesetzesvorbehalt bringt da wohl nichts."

Lob für seine Vorschläge erhielt Voscherau von der neonazistischen Nationalen Liste (NL), gegen die der Senat einen Verbotsantrag gestellt hat: Nur drei Monate nach der Hamburger Bürgerschaftswahl habe Voscherau sich die Position der NL zu eigen gemacht. Die weit über Hamburg hinausreichende Empörung zwang Voscherau wenige Tage später zu einem Teilrückzug. Sein Hinweis auf die unzureichenden Instrumente zur Steuerung der Binnenwanderung in den deutschen Großstädten, so Voscherau in seiner "Richtigstellung", habe sich "auf den Gesichtspunkt der Gettobildung unter allen Kriterien, keineswegs isoliert auf Ausländer", bezogen.

Daß Voscherau nicht nur Ausländer, sondern auch deutsche "Problemgruppen" abdrängen und umsiedeln möchte, ist unbedingt glaubwürdig. Allerdings geht es ihm nicht darum, den Zukurzgekommenen zu besseren Lebensbedingungen zu verhelfen, indem er sie notfalls "zu ihrem Glück zwingt" und sie von Wilhelmsburg ("sozialer Brennpunkt") nach Eppendorf ("intaktes Wohngebiet") oder in die Elbvororte (großbürgerlich) verfrachtet. Seine Sorge gilt der "Regierbarkeit" der Stadt. Als er nach dem Rostocker Pogrom gefragt wurde, ob "so etwas" auch in Hamburg denkbar sei, antwortete er sinngemäß: Das wohl nicht, eher schon Vorgänge wie in Los Angeles. Seine jetzt geäußerten Ideen zu aktiver Sozialhygiene sollen dem vorbeugen: Durch die Zerschlagung von Gettos (die für ihre BewohnerInnen auch Schutzfunktion haben können) und unkontrollierbarer Subkulturen (für die das gleiche gilt) soll der polizeiliche Zugriff auf potentielle Unruheherde erleichtert werden.

Voscheraus Überlegungen sind mehr als nur unrealisierbare Planspiele eines verkannten Provinzfürsten, der auch mal als starker Mann erscheinen möchte. Seine Botschaft an das Volk wirkt nach bewährtem Muster: Wenn "die Politik" eigentlich "handeln" müßte, das aber wegen grundgesetzlicher Fesseln nicht kann, bleibt nur die "Selbsthilfe" des Bürgers. Die mörderischen Folgen dieser in der "Asyldebatte" bis zum Erbrechen wiederholten Agitation sind uns noch in Erinnerung.

Daß Nicht-Deutsche zu den bevorzugten Opfern solcher Selbsthilfeaktionen gehören, liegt auf der Hand. Voscheraus Teildementi, sein Bedauern über die "Kürzung des gesprochenen Textes auf das Kriterium der Nationalität", ist in einem wesentlichen Punkt zutiefst heuchlerisch. Das fatale Bild vom "vollen Boot" in Wilhelmsburg (wo der tatsächliche Ausländeranteil nicht 50, sondern 29% beträgt) ist seit Jahren mit rassistischer Hetze verknüpft; zur Ausgrenzung von Sozialhilfeempfängern wurde es bislang nie verwandt. Dennoch hat Voscherau diesen Teil seiner "mißverständlichen" Äußerungen weder zurückgenommen noch relativiert. Für den Hamburger Pastor Christian Arndt gehört er damit "nun auch zu denen, die als Schreibtischtäter mitverantwortlich sind, für kommende rassistische Überfälle". (Leserbrief an die taz, 18.12.93)

Selbst die Zeit qualifizierte den "Voscherau-Plan" (Bild) als "verbalen Brandsatz", während die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) auf verminderte Schuldfähigkeit plädierte: "Voscherau muß einen Blackout gehabt haben." Dem Technokraten Voscherau, der sich viel auf sein detailgenaues Sachwissen und seinen zupackenden Pragmatismus einbildet, müssen die in Westberlin mit der Zuzugssperre gemachten Erfahrungen eigentlich bekannt sein. Schon im Januar 1975 war dort eine Verordnung in Kraft getreten, nach der Ausländern der Zuzug in die Stadtteile Kreuzberg, Tiergarten und Wedding untersagt wurde. Nachdem das Oberverwaltungsgericht 1979 diese generelle Regelung eingeschränkt hatte, wurde sie 1989 ganz aufgehoben, weil sie sich, so Frau John, als "vollkommen nutzlos" erwiesen hatte.

Kaum zu glauben, daß Voscherau das plötzlich vergessen haben soll. In einem FR-Interview zwei Wochen nach dem Skandal warnte er davor, "Kommunalpolitiker vom hohen Roß der Bundespolitik als farblos" zu unterschätzen. Das ist ein völlig richtiger Hinweis. Zur deutschnationalen Konsensbildung trägt mancher sozialdemokratische Kleinstadtbürgermeister ("einer von uns", der "Mann zum Anfassen") vielleicht mehr bei als der Bonner Schönredner, besonders wenn er es versteht, Worte und Taten zur Deckung zu bringen.

Dazu ist Voscherau im vorliegenden Fall noch nicht gekommen. Als Innenminister einer großen Koalition könnte er einen neuen Anlauf wagen; mit Rückendeckung von Kanzler Schäuble, der das von Voscherau so schmerzlich vermißte "Steuerungsinstrumentarium" für innerstädtische Massenumsiedlungen bereitstellen würde: Einheiten der Bundeswehr - zur Sicherung des "inneren Friedens".

Js.

3. Der "heiße Herbst" blieb lau. Nach der Nicht-Nur-Niederlage in Bischofferode.

Autor: Judith Dellheim · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:26

"In Bischofferode wird ab 1. Januar 1994 kein Kali mehr produziert! Eine Region wird wirtschaftlich sterben. Gesiegt haben Konzerninteressen über wirtschaftliche und soziale Vernunft.

Gegen Bundesregierung, THA, BASF, die Leitung der IGBE, den eigenen Vorstand der MdK und die Landesregierung waren wir nicht stark genug. Aber wir haben gekämpft und viel Solidarität erfahren.

Dieser Kampf war nicht umsonst, denn wir haben nicht nur viel gelernt, sondern für die Kolleginnen und Kollegen haben wir mehr erreicht, als ihnen zugebilligt werden sollte, an Arbeitsplatzzusagen und Sozialabfindungen.

Und die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft wissen nun, so leicht lassen wir uns die Arbeit nicht nehmen, wir sind keine willfährige Masse. Menschen, denen Unrecht geschieht, werden sich auch in Zukunft wehren.

Lernen müssen Politiker. An ihren Taten werden wir sie messen." (Presseerklärung des Betriebsratsvorsitzenden des Bischofferöder Kaliwerkes "Thomas Müntzer", Heiner Brodhun)

Diese bemerkenswert klaren Worte schrieb am 31.12.1993 ein Mitglied der CDU, ein Mann, der im Jahre 1990 wie über 90% der Wahlberechtigten im Eichsfeld für den Anschluß der DDR an die BRD gestimmt hat. Das zeigt einmal mehr, wie Arbeitskämpfe Sicht- und Verhaltensweisen verändern können.

Nun wirft aber gerade die Tatsache, daß die in diesem Lande Herrschenden ausgerechnet im "schwarzen Eichsfeld" ihre ärgsten Widersacher fanden, eine Vielzahl von Fragen auf. Ja, warum gerade Bischofferode?

Das Kaliwerk Thomas Müntzer hatte für die DDR-Wirtschaft einen strategischen Stellenwert: Der Großteil der Produktion wurde an Kunden in West- und Nordeuropa verkauft, also für "harte Währung". Auch in den Verhandlungen über DDR-Rohstoffimporte aus Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde das Kali K 60 als "heiße Bezahlware" eingesetzt. Wenngleich die unmittelbar Produzierenden von der Entscheidung über für ihr Leben wesentliche Fragen weitgehend ausgeschlossen waren, so wußten sie doch, daß ihre Produktion gefragt, ihr Betrieb nicht schlechthin "marode" war. Hinzu kommt, daß das Leben im Gebiet um Bischofferode ausgesprochen eng mit dem Kaliwerk verbunden ist. Es gibt wohl kaum Menschen, von denen nicht zumindest irgendwelche Verwandte dort gearbeitet haben. Außer dem Schacht gibt es in der Nähe kaum Produktion. Viele Menschen haben Kredite für einen Hausbau aufgenommen. Und da ist auch noch der regionalspezifische Stolz: "Schon mein Großvater hat im Schacht gearbeitet"; "ein Bergmann läßt sich nicht so einfach unterkriegen"; "wir Bischofferöder sind ein eigenes Völkchen".

Mit diesem kam auch die SED nie so recht klar, schon aus weltanschaulichen Gründen, denn die Kirche galt dort immer mehr als diese oder jene Parteiführung.

Diese Menschen, deren Leben tatsächlich mit der Kaliproduktion verknüpft ist, die so viel Hoffnung auf die D-Mark und den Kanzler gesetzt hatten, sahen in der Betriebsschließung eine Lebensbedrohung. Und als am 10. Dezember 1992 der Kampf zur Verteidigung des Betriebes begonnen wurde, meinten viele, daß "die da oben" doch über Aktionen erst einmal auf Bischofferode aufmerksam gemacht werden müßten. Denn wenn der Kanzler wüßte, daß es so ist, wie es ist, würde er schon in ihrem Interesse handeln.

Doch die herrschende Politik orientiert sich an anderen Interessen: Wenn nämlich die west- und nordeuropäischen Kunden kein Bischofferöder Kali mehr erhalten, können sie ihre Produktionsanlagen verschrotten oder müssen sich in Kanada umsehen. Wer in Kanada kauft, hat zumindest höhere Transport- und Lagerkosten, was natürlich die betriebliche Rentabilität der Düngemittelhersteller negativ beeinträchtigt. Die BASF kann sich also freuen: Lästige Konkurrenz verschwindet gleich oder macht Einbußen.

Diese einfache Logik erklärt auch, warum sämtlicher über 40 Investoren, die sich bei der "Treu"handanstalt um das Kaliwerk "Thomas Müntzer" bemühten, erfolglos bleiben mußten. Schließlich ist die "Treu"handanstalt ein Instrument der Bundesregierung und hat als solches auch den Herren der BASF zu dienen. Doch das Ganze

wurde etwas geschickter verpackt: Die "Treu"hand erklärte, daß die verbliebenen ostdeutschen Kalibetriebe nur als Paket privatisiert werden könnten. Sie wurden in der Mitteldeutschen Kali-AG (MdK) zusammengefaßt. Die sollte mit der Kali & Salz AG fusionieren. Die Kali & Salz AG ist "rein zufällig" eine 100prozentige Tochter der BASF. Der Fusionsvertrag erhielt mit Artikel 20 eine Konkurrenzausschlußklausel für spezifische Kaliprodukte. Damit wurde die Schließung des Werkes in Bischofferode begründet. Nach Prüfung des Vertrages durch die zuständige EG-Kommission ging der Artikel 20 so nicht durch, womit der Schacht "Thomas Müntzer" eigentlich wieder bei der "Treu"handanstalt zwecks Privatisierung gelandet sein müßte. Aber die sah natürlich keinen Anlaß, von den Schließungsabsichten abzugehen, und ließ der BASF-verpflichteten MdK freie Hand.

Die Tragik dieser ganzen Verflechterei aber besteht darin, daß diese so erfolgreich die Entsolidarisierung unter den "Kali-Leuten" beförderte: Da meinen Leute in den Schächten Zielitz und Unterpreizbach, auf Kosten der Schließung in Bischofferode ihren Arbeitsplatz erhalten zu können. Da wird in Kassel das "Aus" für den Betrieb "Thomas Müntzer" gefordert, weil dies vielleicht den eigenen Arbeitsplatz sicherer machen würde. Und die Führung der Gewerkschaft Bergbau/Energie forcierte diese Spaltungsprozesse auch noch. Schließlich sind ihre Spitzenleute, insbesondere der Vorsitzende Berger, mit der BASF liiert. Der Thüringer Landesverband der IG Chemie spielt zwar bei weitem nicht die schlechteste Rolle, aber ihre Gewerkschaftszentrale macht offensichtlich auch für die BASF Politik.

Es ist alles so wie im Schwarz-Weiß-Bilderbuch. Die Bischofferöderinnen und Bischofferöder hatten vor wenigen Jahren noch gelacht, als ihnen der Kapitalismus so primitiv erklärt werden sollte. Die blöden Schemata aus den DDR-Politik-Lehrbüchern scheinen sich zu bestätigen. Aber auch nicht so ganz, denn gemäß dieser müßten sich ja nun die Linken zur Unterstützung der kämpfenden Kalikumpel und ihrer Familien formieren. Aber wo waren sie denn mal wieder, als nur ein "Flächenbrand" den Schacht in Bischofferode hätte retten können?

Seit 1991 war in jedem Frühjahr und jedem Sommer von einem bevorstehenden "heißen Herbst" die Rede. Vor allem bei Bürgerbewegten kamen schon nostalgische Erinnerungen an den Herbst 1989 auf. Doch der Herbst ging bisher immer ziemlich lau vorüber. Die allwöchentlichen dienstägigen "Fünf vor zwölf"-Aktionen, initiiert vom Thüringer Aktionsbündnis, blieben auf dieses Bundesland beschränkt und bröckelten folgerichtig ab.

Was also ist mit den kämpfenden Massen von 1989? Die Mehrheit ist total erschlagen von der Fülle von Problemen, mit denen sie sich in der erlangten Freiheit herumschlagen muß: Jobsuche, Wohngeld, Nachweise aller Art. Sie sieht kaum noch einen Sinn darin, sich zu wehren. Nach dem Anschluß dominierten zwei Gedanken: 1. Die DDR-Wirtschaft war vor allem uneffektiv, weil sie viel zu viele Menschen beschäftigte. Zur Sanierung der Betriebe müssen eben Leute gehen. 2. So schlimm kann es ja nicht werden, denn dies und jenes können "sie" doch nicht mit uns machen. Denn das wäre ja schon unmenschlich, und "die" fürchten doch einen neuen Herbst und wollen auch wieder gewählt werden.

Diese Denkweise, die natürlich ihre Wurzeln vor allem in der SED-Propaganda hat, produziert nunmehr solche "Einsichten" wie: Es hat ja doch alles keinen Zweck. Nun muß man eben sehen, wie man selbst erst einmal durchkommt. Und die Linken lecken ihre Wunden.

In diese Atmosphäre platzten die Schlagzeilen "Betriebsbesetzung in Bischofferode", "Hungerstreik in Bischofferode". Und die meisten freuten sich: "Endlich mal welche, die es ‚denen` zeigen"; "endlich beweisen mal welche Mut". Und dann wurden Unterschriften und Geld gesammelt. Es gab sogar Demos und Veranstaltungen; zumindest in Ostdeutschland war etwas in Bewegung geraten. Aber sogar im Wessi-Land wurden Solidaritätskomitees gegründet und gab es Aktionen für Bischofferode. Dennoch blieb das Entscheidende aus: Es folgten kaum Betriebsbesetzungen oder andere entschlossene Aktionen. Die Losung "Bischofferode ist überall" wurde eben nicht in die Tat umgesetzt. Linke, die sich in den Gewerkschaften eingegraben haben und angeblich nur auf das Signal zum Kampf warten sollen, sahen offensichtlich in Bischofferode kein Signal.

Damit war die Niederlage unausweichlich. Als dann auch noch einen Tag vor der Urabstimmung über die Fortsetzung des Arbeitskampfes am 22.12.1993 in Erfurt der gewerkschaftliche Aktionstag ins Wasser fiel war klar, die Kumpel können nur noch auf punktuelle Solidaritätsaktionen hoffen. Am 22.12.1993 stimmten ca. zwei

Drittel für eine Fortsetzung des Kampfes. Das war viel, aber zu wenig für eine neue Kampfphase. Am 23. und 24.12. mußte die Frage entschieden werden: Betriebsübernahme durch die Belegschaft und Verstoß gegen die in diesem Lande geltenden Gesetze mit all den unbestimmten Konsequenzen oder Rückzug. Die Belegschaftsversammlung am 31.12.1993 zeigte deutlich, daß die überwiegende Mehrheit keinen Sinn mehr in der Weiterführung des Kampfes sah. Nur eine kleine Minderheit wollte noch immer den Betrieb übernehmen.

Das in der Nacht zum 31.12.1993 mit der MdK-Geschäftsführung ausgehandelte Kompromißpaket wurde am 31.12.1993 durch Kali & Salz bestätigt. Es enthält tatsächlich mehr an Arbeitsplatzzusagen und Sozialabfindungen als der Bischofferöder Belegschaft zugebilligt werden sollten. Somit endete der Kampf mit einer Nicht-Nur-Niederlage. Es zeigte sich also doch noch: Kämpfen lohnt!

Diese Schlußfolgerung sollte insbesondere in Hinblick auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen der IG Metall in die Diskussion eingebracht werden. Auch sollte das erneute Versagen der Gewerkschaften in Sachen Bischofferode thematisiert werden. Es hat sich einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine branchen- und länderübergreifende Betriebsräteinitiative ist.

4. Verdrängung im Westen - Abrechnung mit dem Osten? Der widersprüchliche Umgang mit deutscher Geschichte. Interview mit Rolf Gössner

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:06

deutscher Geschichte in Ost und West

Interview mit Rolf Gössner von Günter Labudda

Günter Labudda: Drei Jahre nach dem Anschluß der DDR gibt es nicht nur in sozialer, sondern auch in rechtspolitischer Hinsicht auffällige Ungleichheiten in der Behandlung der Bürger in Ost und West. Wer will und Geduld hat, kann seine Stasi-Akten einsehen. Seine Verfassungsschutzdossiers bekommt der normale Sterbliche jedoch nie zu Gesicht. Ist so etwas "rechtsstaatlich" haltbar?

Rolf Gössner: Es stimmt: Bürger der ehemaligen DDR und die der Alt-Bundesrepublik werden nicht selten unterschiedlich behandelt. Doch diese Tatsache hat ihre materielle und rechtliche Grundlage, die bereits im Einigungsvertrag angelegt ist. Die DDR hat aufgehört zu existieren, indem sie sich der Alt-BRD angeschlossen hat, deren Institutionen, Rechts- und Wirtschaftssystem weiterleben. Das hat zur Konsequenz, daß die manifeste Ungleichbehandlung nicht etwa willkürlich ist, sondern "rechtsstaatlich abgesichert". Die Neu-Bundesbürger werden in vielerlei sozialer und rechtlicher Hinsicht schlechter gestellt - aber manchmal auch die Alt-Bundesbürger, wie Ihr Beispiel mit den Geheimdienst-Dossiers zeigt.

Mit dem Untergang der DDR ist auch die Stasi aufgelöst worden. Sie gilt als abgeschlossenes Kapitel; ihre Entwicklung, Strukturen und Machenschaften werden aufgearbeitet, die Stasi-Opfer können Einsicht in ihre Akten nehmen. All dies regelt das "Stasi-Unterlagen-Gesetz", zu dem ich als Sachverständiger im Bundestag kritisch Stellung genommen habe (1). Dieses Gesetz ist ein Novum in der Geschichte, seine Intentionen sind prinzipiell zu begrüßen - auch wenn ich die Gefahr sehe, daß hier staatliche Instanzen die Aufarbeitung in ihrem vorrangigen Staatssicherheitsinteresse betreiben, und die Arroganz der Sieger Triumphe feiert. Eine staatsferne, unabhängige Aufarbeitung wäre eine bessere Voraussetzung für eine wirklich demokratische Entwicklung im gesamten Deutschland.

Das gilt im übrigen auch für die Staatsschutzgeschichte in Westdeutschland: Es gibt auch in der BRD-Geschichte düstere Kapitel und gravierende Fehlentwicklungen - und diese Feststellung treffe ich nicht etwa aufgrund eines platten Vergleichs der BRD- und der DDR-Verhältnisse, die bekanntermaßen recht unterschiedlich waren, sondern sie resultiert aus einer Konfrontation der bundesdeutschen Entwicklung mit historischen Lehren aus dem deutschen Faschismus und mit demokratisch-rechtsstaatlichen Prinzipien.

Und hier liegt manches im argen, mit dem wir heute noch zu kämpfen haben. Dazu gehört auch die Weiterexistenz der West-Geheimdienste, die als Schutz der Demokratie legitimiert werden, ihrerseits aber dem Prinzip der demokratischen Transparenz und öffentlichen Kontrolle widersprechen. Demokratie und Geheimdienste sind grundsätzlich unvereinbar. U.a. aus diesem Grunde plädiere ich für eine Auflösung z.B. des skandalträchtigen "Verfassungsschutzes" (VS), was jedoch, selbst nach Ende des "Kalten Krieges", nicht auf der Tagesordnung steht. Pausenlos werden von den Strategen der "Inneren Sicherheit" neue Legitimationen gesucht und auch gefunden: Inzwischen ist es der erstarkte "Rechtsextremismus" oder auch die wachsende "Organisierte Kriminalität", deren Vorfeld-Bekämpfung dem VS - systemwidrig - übertragen werden soll.

Solange es noch neben dem Polizeiapparat Geheimdienste als Staatssicherheitsorgane gibt, gilt es bestimmte Strukturen zur Machtentflechtung und Stärkung der Bürgerrechte einzufordern: So etwa die strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten, wie sie ursprünglich als Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der Gestapo im Nationalsozialismus für Westdeutschland gezogen worden ist, inzwischen allerdings streckenweise über den Haufen geworfen wurde. Einschränkung der Eingriffsbefugnisse, eine verbesserte parlamentarische Kontrolle und das Recht der Betroffenen auf Auskunft und Einsicht in die sie betreffenden Geheimdienst-Unterlagen.

Unter welchen Voraussetzungen können Bürger vom Verfassungsschutz Auskunft verlangen?

Ein Rechtsanspruch auf Auskunft ist prinzipiell grundrechtlich garantiert ("informationelles Selbstbestimmungsrecht"). Doch er unterliegt mannigfaltigen Einschränkungen, so daß man eigentlich von einem Abschottungsrecht des VS sprechen kann. Denn nur in wenigen Bundesländern (u.a. Niedersachsen) kann ohne Nennung eines "konkreten Sachverhalts" (Selbstdenunziation) und ohne Darlegung eines "besonderen Interesses" Auskunft verlangt werden.

Da der VS im Gegensatz zur Stasi noch existiert und auch noch der stasigeschädigten Bevölkerung der neuen Bundesländer zugemutet worden ist, kann er für seine Arbeit bestimmte Einschränkungen des Auskunftsrechts geltend machen. Nach dem Bundesverfassungsschutzgesetz kann die Auskunft verweigert werden, wenn eine "Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist", außerdem zum Quellenschutz (Geheim-Agenten, V-Leute), aus Gründen des "Staatswohls" oder wenn die Daten "ihrem Wesen nach" geheimgehalten werden müssen. Mit diesen Generalklauseln läßt sich eigentlich jede Auskunft verweigern, denn welche Geheimdienst-Daten sind nicht ihrem Wesen nach geheimhaltungsbedürftig? Im "rot"-grün regierten Niedersachsen habe ich mich als Berater der grünen Landtagsfraktion für eine Reduzierung der Auskunftsverweigerungsgründe eingesetzt; das neue niedersächsischen VS-Gesetz dürfte überhaupt als das liberalste Geheimdienst-Gesetz der Bundesrepublik gelten. (2) Ein Akteneinsichtsrecht wird den Betroffenen allerdings weder auf Bundes- noch auf Länderebene gewährt; nur Brandenburg macht hier eine rühmliche Ausnahme.

Nach erbittertem öffentlichem Protest - zum Teil auch scharfer Kritik aus dem Ausland - hört man im Westen kaum noch etwas von Berufsverboten. Dafür wird im Osten eine Lawine von Gesinnungsverfolgung losgetreten, wie sie wohl ohne Beispiel ist. Sind nicht Bestrafung durch Rentenkürzung oder Verhängung von Berufsverboten als Folge von "Systemnähe" Beispiele für politisch motivierte Rechtswillkür?

Zwei Jahrzehnte lang wurde in der Alt-Bundesrepublik eine recht extensive Berufsverbotepolitik betrieben, die etwa zehntausend Berufsverboteverfahren und weit über tausend Berufsverbotemaßnahmen zeitigte. Nachdem diese Politik gegen Ende der achtziger Jahre in den meisten Bundesländern eingedämmt worden ist (in Niedersachsen ist der "Radikalenerlaß" von der "rot"-grünen Landesregierung 1990 aufgehoben worden), birgt nun die seit der deutschen Vereinigung eingeführte Praxis der Feststellung von Stasi-Kontakten und SED-Mitgliedschaft bzw. bloßer "Staatsnähe" die Gefahr einer neuen Berufsverbote-Politik gigantischen Ausmaßes: Stellen-Bewerber aus der ehemaligen DDR werden praktisch einer Regelanfrage unterzogen; die rechtlichen Grundlagen sind im Einigungsvertrag, im Stasi-Unterlagen-Gesetz und in entsprechenden Ausführungsbestimmungen des Bundes und der Länder zu finden. So hat etwa die bayerische Staatsregierung, wie auch andere Landesregierungen, angeordnet, daß jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst einen "Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue" ausfüllen muß. Darin müssen die Aspiranten angeben, ob sie "extremistische Organisationen" unterstützen (z.B. die PDS, nicht etwa die "Republikaner"), Mitglied einer DDR-Massenorganisation waren (z.B. FDJ, "Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter"), für die Stasi spioniert haben oder als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS (nicht des VS) geführt wurden. Sie müssen sich gegenüber den Gesinnungsschnüfflern einverstanden erklären, daß der neue Arbeitgeber bei der Gauck-Behörde, beim VS oder den Landesjustizverwaltungen nachforscht.

Ich habe mich schon frühzeitig in meinem Gutachten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz gegen eine erneute Regel-Überprüfung der politischen Gesinnung ausgesprochen, auch wenn sie auf Grundlage der festgestellten politischen Aktivitäten oder etwa der bloßen Mitgliedschaft in nicht verbotenen Parteien oder Organisationen erfolgt. Ich sehe natürlich dort einen Handlungsbedarf, wo es um die Frage geht, ob etwa ein Stasi-Mitarbeiter, der früher demokratische Kräfte bespitzelt hat und dem möglicherweise entwürdigende, menschenverachtende Praktiken vorzuwerfen sind, hier bestimmte Funktionen und Ämter begleiten darf. Dies zu beurteilen kann allerdings nur auf der Grundlage eines rechtsstaatlichen Nachweises individueller Schuld erfolgen. Aber für diesen gesamten Bereich der Überprüfung fehlt eine verbindliche und differenzierende Bewertung der unterschiedlichen Arten von Tätigkeiten, etwa für das MfS bzw. die Stasi. Abgesehen davon, daß in diesem Geheimdienstbereich ohnehin mit zweierlei Maß gemessen wird (s. Spionage Ost und West), bedeutet dies letztlich, daß jegliche MfS-Mitarbeit, auf welcher Ebene sie auch immer stattgefunden hat und welchen Gehalt sie auch immer gehabt haben mag, undifferenziert der vorweggenommenen generellen Verurteilung anheimfällt. Wie die Praxis zeigt, birgt eine solche Säuberungspolitik die Gefahr der sozialen, politischen und rechtlichen Ausgrenzung und Diskriminierung von tausenden Bürgern der Ex-DDR, die im Rahmen der

geltenden DDR-Gesetze einem anderen gesellschaftlichen System gedient haben. Es ist nur zu verständlich, daß viele der Betroffenen diese Praxis als Politik der Abrechnung und Vergeltung empfinden.

Die ehemalige DDR wird bei uns pauschal als "Unrechtsstaat" abqualifiziert. Die alte Bundesrepublik, die viele tausende politisch Unbequemer in der Zeit des Kalten Krieges durch politische Justiz kriminalisierte, erhält die höhere Weihe des gesicherten Rechtsstaates. Ist es nicht aber ein Gebot rechtlicher Gleichbehandlung, die Opfer des Kalten Krieges im Westen endlich ebenfalls zu rehabilitieren, wie es mit der Wiedergutmachung im Osten versucht wird?

Ich halte weder etwas davon, die DDR pauschal als "Unrechtsstaat" zu bezeichnen, noch die politische Verfolgung in der BRD und der DDR auf eine Stufe zu stellen. Da gab es qualitative und quantitative Unterschiede, die nicht verwischt werden sollten. Doch ich wehre mich dagegen, daß sich nach der deutschen "Vereinigung" die (Alt-)Bundesrepublik auf Kosten des übergroß aufgeblähten "Sündenbocks" DDR von allen eigenen Sünden reinzuwaschen versucht.

Deshalb müssen wir die Ungerechtigkeiten in der Entwicklung Westdeutschlands immer wieder der Verdrängung entreißen - etwa die Kommunistenverfolgung der 50er und 60er Jahre, eine Zeit, in der Ermittlungsverfahren gegen weit über 150.000 Personen eingeleitet wurden, die zumeist bereits in der NS-Zeit zu den Verfolgten gehört hatten; mittelbar betroffen von diesen politischen Verfolgungsmaßnahmen waren damals Hundersttausende.

Von einigen SPD-und FDP-Politikern wird zwar erkannt, daß die politische Justiz jener Jahre einen "dunklen Tatbestand" darstellt und daß es "Ungerechtigkeiten" gab. Doch Konsequenzen aus solchen Erkenntnissen werden nicht gezogen. Begründung: Das konstatierte Unrecht sei - im Gegensatz zum DDR-Unrecht - "rechtsstaatliches" Unrecht und damit wohl prinzipiell hinzunehmen.

Diese feinsinnige Betrachtungsweise würde bedeuten, daß mangels genereller "Rechtsstaatswidrigkeit" allenfalls eine Überprüfung im Einzelfall in Frage käme, was der Sache keinesfalls gerecht wird. Dem habe ich anläßlich einer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der PDS zur "Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges in der BRD" entschieden widersprochen (3): Ich gehe davon aus, daß schon an der formellen Rechtsstaatlichkeit der damaligen Strafverfahren durchweg Zweifel angebracht sind. Stichworte: verfassungsrechtlich bedenkliche Sondergerichte für politische Prozesse, Offenkundigkeitserklärungen, Zeugen vom Hörensagen, exekutive Verfahrenseinwirkung, geheimjustitielle Tendenzen - Sonderbedingungen, die das Prinzip der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit sowie das rechtliche Gehör der Angeklagten systematisch in Frage stellten und schwer beeinträchtigten.

Ich gehe weiter davon aus, daß auch formell als "rechtsstaatlich" geltende Verfahren materielles, politisch motiviertes Unrecht produzieren können. Nach herrschender Auffassung besteht zwar auch in einem Rechtsstaat lediglich ein Anspruch auf formell rechtsstaatliches Handeln, nicht aber auf materielle Rechtsstaatlichkeit, sprich auf "Gerechtigkeit". Bei dieser Argumentation spielt es dann auch keine Rolle, daß das Staatsschutzrecht der 50er Jahre eine Entwicklung zum uferlosen, weit vorverlagerten Gesinnungsstrafrecht einleitete, was eine systematische Aushöhlung der Grundrechte bewirkte: Wer sich als Kommunist betätigte, gleichgültig wie, oder auch nur mit kommunistischem Gedankengut sympathisierte, konnte bestraft werden; für diese Menschen galten die im Grundgesetz verankerten Freiheitsrechte und -garantien praktisch kaum noch - ein eklatanter Widerspruch zum Postulat eines "freiheitlich demokratischen Rechtsstaates".

Kommunisten sowie deren Sympathisanten wurden in der BRD politisch verfolgt: Denn wer allein wegen seiner politischen Gesinnung und Überzeugungen oder für politische Handlungen ohne Gewaltanwendung langwierige, existenzgefährdende Ermittlungsmaßnahmen erdulden muß und schließlich ins Gefängnis wandert, der oder die wird nach allgemeiner Auffassung politisch verfolgt. Es handelte sich um politische Verfolgung mit den Mitteln des politischen Strafrechts und der Politischen Justiz mit dem Ziel der Ausschaltung von Kommunisten aus dem politischen Leben, mittels politischer Disziplinierung und psychischer Zermürbung.

Unter anderem aus den genannten Gründen halte ich eine umfassende geschichtliche Aufarbeitung jener Epoche bundesdeutscher Rechtsgeschichte für dringend notwendig. Darüber hinaus halte ich aus rechtspolitischer Sicht grundsätzlich eine rasche Rehabilitierung und in begründeten Fällen auch Entschädigungsleistungen an Opfer der Politischen Justiz jener Zeit für erforderlich.

Es muß sich m.E. um einen umfassenden politischen Lösungsansatz handeln, wie er etwa mit dem "1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz" für Bürger der ehemaligen DDR geschaffen wurde. Ich habe eine parallele Lösung durchgeprüft und ein "BRD-Ungerechtigkeiten -Beseitigungsgesetz" vorgeschlagen. Das schließt die vollständige oder teilweise Aufhebung der Urteile und anderer Entscheidungen ein, die auf den 1968 abgeschafften Staatsschutznormen beruhen, sowie Entschädigungsleistungen und Rentenausgleich.

An Unrechtsurteilen gegen politisch Andersdenkende haben in der Adenauerära manche Stützen der Fallbeiljustiz des Nazistaates mitgewirkt. Ehemalige DDR-Richter, die mit angeklagten Nazischergen nicht so glimpflich verfuhren, wie es aus Bonner Sicht angezeigt gewesen wäre, werden dafür nun selbst wiederum gerichtlich verfolgt. Gibt es bei uns eine Kontinuität der "Rechts"pflege, die eine automatische Frontstellung gegen linke, antifaschistisch-demokratische Positionen einschließt?

Was die politische Justiz in der alten Bundesrepublik anbelangt, so müssen wir uns vor Augen halten, daß mindestens 80 ehemalige Richter und Staatsanwälte des berüchtigten Volksgerichtshofs und viele andere ehemalige NS-Bedienstete nach 1945 wieder im bundesdeutschen Justizdienst beschäftigt worden sind. Und sie richteten nicht selten erneut über die gleichen Opfer - gerade im Verlauf der Kommunistenverfolgung der 50er und 60er Jahre.

Der massenhafte NS-Justizmord blieb in der Bundesrepublik bekanntlich straffrei - juristische Konstruktionen und der Kalte Krieg machten es möglich. Die bundesdeutsche Justiz ist jedenfalls unter Mitarbeit von hunderten von NS-Tätern errichtet worden - eine ungeheuerliche Tatsache, die gegenüber dem juristischen Nachwuchs systematisch verdrängt und verklärt wurde. Diese Nach-Kriegsentwicklung vermag auch in Ansätzen zu erklären, weshalb der "Linksextremismus/-Terrorismus", der sich gezielt gegen staatliche und wirtschaftliche Funktionseliten richtet, derart überzogen wahrgenommen und überdimensional verfolgt wird, während der expandierende "Rechtsextremismus/-terrorismus", der seine Wurzeln im Nationalsozialismus findet und der sich gegen soziale und politische Minderheiten richtet, immer noch eher zurückhaltend geahndet wird.

Es besteht, juristisch ausgedrückt, Fortsetzungszusammenhang zwischen der schuldhaften Nichtbewältigung der NS-Verbrechen, insbesondere der justizeigenen terroristischen Vergangenheit einerseits und der Verharmlosung des Neonazismus, der milden (Nicht-)Verfolgung neonazistischer Umtriebe und Verbrechen andererseits.

Der justitielle Umgang mit der DDR-Geschichte nach der "Vereinigung" ist äußerst zwiespältig; die bisherigen Prozesse und die noch ausstehenden über 100.000 Strafverfahren gemahnen häufig an Siegerjustiz gegenüber einem ehemals verhaßten kommunistischen System und seinem Personal. Sicher ist es notwendig, diejenigen zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen, die sich Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen ließen. Dazu zählen auch Richter, die - gemessen an den internationalen Menschenrechtskonventionen - die Mindestvoraussetzungen eines rechtsstaatlichen, fairen Strafverfahrens in der DDR mißachteten - wie im Fall der sog. Waldheimer Prozesse. Auf der anderen Seite ist es in der Tat makaber, daß ausgerechnet eine Justiz (West), die keinen einzigen NS-Richter zur Verantwortung gezogen hat, nun ehemalige DDR-Richter belangt und verurteilt, die in der DDR ehemalige NS-Richter zur Verantwortung gezogen und hart bestraft haben. Gerechtigkeit ist in erster Linie Einzelfall-Gerechtigkeit; aber die geschichtlichen Hintergründe, Zusammenhänge, Kontinuitäten und Fehlleistungen dürfen dabei nicht aus den Augen verloren werden.

Anmerkungen:

(1) in: Die Eroberung der Akten, hrg. von Jelpke u.a., Podium Progressiv, Mainz 1992

(2) vgl. Frankfurter Rundschau vom 3.8.1993

(3) siehe Dokumentation in: FR v. 17.6.93

Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist, rechtspolitischer Berater der Fraktion Die Grünen im niedersächsischen Landtag sowie von Bündnis90 und PDS-Fraktionen. Letzte Buchpublikation: Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, VSA-Hamburg 1991. Im April 1994 erscheint im Konkret Literatur Verlag (Hamburg) sein neuestes Buch, das sich mit den vergessenen Opfern

des Kalten Krieges und dem widersprüchlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West beschäftigen wird.

5. Nach den Wahlen in Brandenburg: Alles verbieten!

Autor: he. · Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:31

Das Hamburger Abendblatt brachte die Stimmung auf den Punkt. In zwei Zentimeter hohen Lettern prangte am Montag, den 20.12.93 auf der Titelseite: "Abfuhr für die PDS in Brandenburg". Ähnlich kommentierten auch andere Blätter den zweiten Gang der Brandenburger Kommunalwahlen. Die Bürger hätten "ihr demokratisches Verantwortungsbewußtsein unter Beweis gestellt" urteilte der Brandenburger SPD-Chef Reiche. Noch zwei Wochen vorher, nach dem ersten Wahlgang am 6.12.93, hatte sich das ganz anders angehört. Die nicht erwarteten Stimmengewinne für die PDS (durchschnittlich von 16 auf 21%), vor allem aber die Tatsache, daß die PDS landesweit die CDU als zweistärkste Partei nach der SPD ablöste sowie das Ergebnis der Wahlen zum Oberbürgermeisteramt in der Landeshauptstadt Potsdam, wo der PDS-Kandidat mit 45% den SPD-Kandidaten mit 29% klar distanzierte, brachte den freien BürgerInnen Brandenburgs herbe Kritik ob ihrer Wahl ein.

Was hatte sich aber nun gewandelt? Eigentlich von den Ergebnissen her nichts, schon gar nicht gab es eine Abfuhr für die PDS. In fast allen Stichwahlen holte sie gleiche oder gar minimal bessere Ergebnisse als im ersten Wahlgang. Eine große Koalition, einschließlich der Bürgerbewegung und Bündnis90/DIE GRÜNEN gewann die Wahlen in den großen Städten wie Potsdam, Cottbus und Brandenburg/Havel.

Es ist faszinierend anzusehen, wie eine Nachricht jeweils von ihrem Tatsachengehalt gelöst zu einer reinen Propagandalosung werden kann. 21% der Stimmen für die PDS reichten nach dem 6.12., um wieder einmal das Gespenst des Kommunismus an die deutsche Wand zu malen. Die theoretische Möglichkeit eines PDS-Bürgermeisters in Potsdam ließ die herrschende Kaste und Klasse schwere Geschütze anfahren: die Investitionen und damit auch die Arbeitsplätze würden gestrichen; die PDS sollte erst unter Beobachtung gestellt, dann verboten werden.

Das gleiche Wahlergebnis bringt nur vierzehn Tage später ein tiefes Durchatmen. Die einen sprechen von Abfuhr, die anderen (FAZ, 21.12.) meinen zu wissen, die PDS habe ihr Potential schon ausgeschöpft.

Sicher ist dies ein vorgezogener Wahlkampf, und vieles ist reine Propaganda; aber in dieser hysterischen Reaktion liegt ein speziell deutscher Irrationalismus begraben, der gefährliche Ausmaße annehmen kann.

Sicher ist das Verbot der PDS keine realpolitische Variante; aber tun würde man es doch schon gerne. Die FAZ findet Gefallen an dem Gedanken, aber konstatiert dennoch: "Die in Bayern geborene Idee, die PDS erst zu beobachten und dann zu verbieten, kommt drei Jahre zu spät. Das hätte mit dem Abschluß des Einigungsvertrages geschehen müssen." Selbstverständlich hätte man dann aber nach den Brandenburger Wahlen eine Ersatz- oder Nachfolgepartei verbieten müssen. Wie gesagt, das Verbot ist keine realpolitische Variante. Aber man muß nicht erst den CSUler Falthäuser im "Talk im Turm" gesehen haben, um zu wissen, daß es dieser politischen Kaste ernst mit dem Gedanken des Verbots ist. Es herrscht dort ein Geist, nach dem eigentlich alles Linke verboten gehörte und nur aufgrund der "Gnade" nicht im Knast sitzt. Sein Parteifreund, der Landesgruppenvorsitzende der CSU Glos, äußert nach den Brandenburger Wahlen, PDS und GRÜNE seien für die Demokratie gefährlicher als die Rechtsradikalen. Umgekehrt muß daraus geschlußfolgert werden, daß er und Konsorten den Rechtsradikalismus für politisch und gesellschaftlich eher akzeptabel halten als linke, sozialistische und demokratisch sozialistische Strömungen. Immer noch vorausgesetzt, daß dies keine realpolitische Variante ist, wäre es jedoch leichtfertig, diese Meinung als bayerische Spinnerei abzutun. Diese Kaste bestimmt immerhin den nächsten Bundespräsidenten, sie ist die Mitte der Gesellschaft.

Aus Worten werden Brandsätze, dies hat sich vor allem in der Asyldebatte gezeigt. Die Gefahren gehen in dieser Hinsicht von der eben beschriebenen Mitte aus. So wie der Hetze aus dieser Mitte gegen Flüchtlinge und Immigranten die Brand- und Mordanschläge der Nazis folgten, haben diese Politiker der Mitte ihre ersten Erfolge zu verbuchen: Auf das Haus von Rolf Kutzmutz wurde ein Brandanschlag verübt - sicher noch nicht gefährlich für sein Leben; gegen die PDS in Weißensee und gegen Gregor Gysi werden von einer Organisation "Weißenseer Arischer Widerstand" Morddrohungen verbreitet.

Aber vor dem Verbot und der Morddrohung kommt die Ausgrenzung. In einem Kommentar vom 11.12.93 wirft der innenpolitische Rechtsaußen der FAZ, Karl Friedrich Fromme, dem Brandenburger SPD-Vorsitzenden Stolpe vor, dieser habe dazu gemahnt, "die PDS nicht auszugrenzen", um dann fortzufahren: "Das ist immer

der erste Schritt auf dem Weg zur Hoffähigkeit." Wahrscheinlich hat er schon geahnt, daß ein Kollege der BILD ein paar Tage später seinen Artikel fortsetzen würde, worin dieser beklagt, daß es für viele Menschen der ehemaligen DDR (eigentlich) unzumutbar sei, immer noch täglich mit ihren "Peinigern" konfrontiert zu werden. Aber, Herr Fromme, wohin mit ihnen?

Das Verbot steht nicht auf der Tagesordnung. Aber durch die Brandmarkung als verfassungsfeindlich, verfassungswidrig, undemokratisch und immer wieder als kriminell - mit dem Hinweis auf die Herrschaft der SED in der DDR - wird die PDS versucht, gesellschaftlich zu isolieren. Wie mit der Praxis der Berufsverbote soll so ein Klima geschaffen werden, in dem es gefährlich mindestens aber gesellschaftlich "anstößig" ist, sich auf diese Partei einzulassen.

Die DDR-BürgerIn, diese Begierde der deutschen Einheitswoller, verhält sich aber nicht korrekt gegenüber den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen. Daß sie nicht zufrieden ist mit den neuen Verhältnissen, das mag man ihr nicht ganz übel nehmen angesichts der Bilanz der Einheit; daß also die CDU kräftig Federn lassen mußte bei diesen Brandenburger Wahlen, hätte man ja noch hingenommen, wenn, aber eben nur wenn die Spielregel eingehalten worden wäre, daß dann die SPD die Stimmen bekommen hätte. Hätten sie rechtsradikal gewählt, gäbe es immerhin auch noch Verständnis, denn das spiegelt ja in dieser Gesellschaft nur wieder, daß die Menschen im Moment mal ein bißchen irregeleitet worden sind. Von da holt man sie ja auch ganz schnell wieder in die ... CSU. Daß "Protestwahl" auch heißen kann, das "Gespenst des Kommunismus" an die deutsche Wand zu malen, das allerdings will ihnen die Mitte nicht verzeihen; denn immerhin steht "der Kommunismus" für das "schwerste Verbrechen am deutschen Volk": die vierzigjährige Teilung.

Aber nicht nur die schon zitierten bekannten Stimmen der Mitte lassen die Sau raus. Werner Schulz vom Bündnis90 will den "irregeleiteten PDS-Wählern" keineswegs Absolution erteilen, denn es handele sich um einen "Sieg des Verdrängens über die Verantwortung", wobei die unausrottbare "Versorgungsmentalität" der Ossis zur Wahl der PDS geführt habe. Ein Kollege in der TAZ, Matthias Geis, setzt noch einen nach: Er, Kutzmutz, "hätte gerne gewonnen, erklärte der Kandidat nach seiner Niederlage, um die Politiker in Bonn weiter zu ärgern. Auch ein politisches Konzept. Aber genau in diesem hohlköpfigen Untertanengehabe, das ‚die Oben` als Erfüllungsgehilfen des materiellen Fortschritts betrachtet und - im Enttäuschungsfall - als Klagemauer, liegt ein gutes Stück der aktuellen Ost-Misere begründet." Das ist auf "intellektuelle" Art die Kritik des Stammtisches: sollen die doch erstmal was leisten, ehe sie Ansprüche stellen. Zudem ist die Kritik beliebig und damit selbst hohlköpfig: was im Westen als ungezwungen antiautoritär gelten würde, wird dem Ost(PDS)-Kandidaten vorgeworfen.

Aber es gibt nicht nur Negatives zu sagen. Am 6.1.94 schäumte die WELT. 24 Abgeordnete - drei mehr als die PDS-Fraktionsstärke - des Potsdamer Stadtparlaments hatten die Kandidatin der PDS zur Stadtpräsidentin gewählt. Die große Koalition war geplatzt, weil der Oberbürgermeister Gramlich der FDP den Posten versprochen hatte und der SPD-Kandidat ausgerechnet derjenige war, der Rolf Kutzmutz kurz vor der Wahl mit der Veröffentlichung der Stasi-Akten aus dem Rennen werfen wollte.

Gregor Gysi bedauerte den Ausgang der Stichwahl in Potsdam mit den Worten, damit sei eine Chance zur Normalisierung vorbei, die darin bestanden hätte, daß auch Deutschland einen sozialistischen Bürgermeister gehabt hätte. Aber gerade eine solche "Normalität" wird in diesem Deutschland, von dieser Mitte als schlimmer angesehen als die, daß Menschen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Religion oder anderer Andersartigkeit verfolgt, vertrieben und ermordet werden.

he.

6. "Folter stört die deutsch-türkischen Beziehungen nicht." Erklärung von Stefan Waldberg, aus türkischer Haft entlassen

Erklärung von Stephan Waldberg, im Dezember 1993 aus türkischer Haft entlassen

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:24

Bis zu meiner Verhaftung am 23. Oktober 1992 habe ich seit 1989/1990 als freier Mitarbeiter bei Radio Dreyeckland Freiburg, in der Internationalismus-Redaktion und der Waldkircher Lokalredaktion gearbeitet und arbeite dort auch weiterhin. Bei meiner damaligen vierten Reise im September/Oktober 1992 in die Türkei und Kurdistan war ich, wie auch bereits zuvor, mit Rechercheaufgaben zu folgenden Themen betraut: allgemeine, soziale und politische Situation in Kurdistan, Aufbau einer Krankenstation in Cizre, Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Bevölkerung, Wiederaufbau zerstörter kurdischer Dörfer im Nordirak. Diese Dörfer waren kurz vor meinem Aufenthalt im Oktober 1991 in der Region nahe der Stadt Zakho durch Bombardierungen der türkischen Luftwaffe zerstört worden. Bei diesen Bombardierungen war u.a. auch Napalm eingesetzt worden.

Ich bin in die Türkei am 18.9.1992 über Ankara nach Diyarbakir per Flugzeug eingereist. Vom 18.9. bis zum 29.9.1992 habe ich mich in den Städten Viransehir, Nusaybin, Cizre und Sirnak aufgehalten. Zeitweise war ich mit einer Begleiterin unterwegs. Ich habe u.a. Freunde besucht sowie Interviews über die alltägliche Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung durchgeführt. Am 29.9.1992 bin ich in den Nordirak beim Grenzübergang Habur eingereist. Ich bin in das Dorf Banik nahe Zakho gefahren und habe mich mit Leuten getroffen, die ich vor einem Jahr kennengelernt hatte. Dort bekam ich Kontakt zu Personen, die sich als PKK-Mitglieder vorstellten. Es wurde mir angeboten, mich in Lager des Gebietes Haftanin zu führen. Für mich war das natürliche eine interessante Sache, und ich hatte vor, drei oder vier Tage dort zu verbringen. Dort habe ich Interviews zur Situation der Frauen in den Lagern und zur Gesundheitsversorgung durchgeführt. Weiterhin habe ich Flüchtlinge, die aus der zerbombten Stadt Sirnak im August 1992 geflüchtet sind und den Lagerkommandanten Hüseyin Celebi über die weitere politische Perspektive des Befreiungskampfes der PKK interviewt. Am 4. Oktober begannen die täglichen Angriffe der türkischen Luftwaffe, der Peshmergas der KDP und der PUK gegen die PKK-Lager. KDP bedeutet "Demokratische Partei Kurdistan", ihr Vorsitzender ist Barzani. PUK steht für "Patriotische Union Kurdistan", ihr Vorsitzender ist Talabani. Durch diese Angriffe wurde mir eine Rückkehr unmöglich gemacht. Ich mußte aus Sicherheitsgründen zweimal die Camps wechseln. Während der Kämpfe fiel der PKK umfangreiches Waffenmaterial und Dokumente der KDP und PUK in die Hände. Es handelte sich dabei um G3-Gewehre, Munition mit den dazugehörigen Munitionskisten - die Aufschrift und Kennzeichnung war in deutsch - sowie um Ferngläser der Firma Zeiss. Laut Informationen von PKK-Seite wurde dieses Kriegsmaterial von der Türkei an die Peshmergas geliefert. Es ist zu überprüfen, ob durch diese Lieferungen NATO-Verträge bzw. das Kriegswaffenkontrollgesetz verletzt wurden. In den Camps traf ich einige gefangene Peshmergas sowie türkische Soldaten, die vor diesen Kämpfen gefangengenommen wurden, an. Nach meinen Beobachtungen wurden diese gut behandelt. Mir wurde gesagt, daß die türkischen Soldaten dem Internationalen Roten Kreuz übergeben werden sollten. Ich erwähne das deshalb, weil ich später noch auf die Behandlung von mutmaßlichen Mitgliedern der PKK in türkischen Knästen zu sprechen kommen werde. In der zweiten Woche meines Aufenthaltes verschärfte die türkische Luftwaffe ihre Bombardierungen. In der Woche vom 12. bis 20.10.1992 wurde nicht nur gegen die Lager der PKK vorgegangen, sondern auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung der Umgebung dort, gegen kurdische Bauern, deren kleine Ansiedlungen und Felder. Dabei wurden 20 mm Geschosse eingesetzt mit der Kennzeichnung "LOS ..., BCK ...", die in unmittelbarer Nähe lagen. BCK steht laut Angaben des Rüstungsinformationsbüros Baden-Württemberg für die Firma Buck in Neuenburg, 20 km südlich von Freiburg. Geschosse gleicher Bauart, mit der gleichen Beschriftung sind mir schon vor einem Jahr in dem Dorf Banik aufgefallen. Eines davon habe ich 1991 als Beleg in die BRD mitgenommen. Ebenfalls in der letzten Woche wurde bei einem direkten Angriff auf das Lager meine Unterkunft mit einem Teil meiner Materialien zerstört.

Am 21., 22. und 23.10.1992, nachdem die Kämpfe zeitweise etwas nachgelassen hatten, wurde ich in Begleitung dreier Guerillas aus den Camps geführt. Zweimal wurde auf diesem Weg mit Maschinengewehren und Raketen von einem KDP-Stützpunkt aus auf uns geschossen.

Am 23.10.1992 wurde ich morgens von einem Kontrollposten der KDP einen Kilometer vor Zakho angehalten und durchsucht. Anschließend wurde ich in ein Gebäude der KDP gebracht. Ein KDP-Mitglied telefonierte in meiner Anwesenheit. Ich konnte nicht mehr als das Wort "Habur" verstehen. Zwei bewaffnete KDP-Mitglieder brachten mich daraufhin nach Habur, wo ich den Grenzübergang passierte, mir einen Einreisestempel geben ließ und mir ein Taxi nahm. Nach 100 m wurde ich von bewaffneten Personen in Zivilkleidung verhaftet und zurück nach Habur gebracht. Dort mußte ich mich völlig ausziehen. Bei der Durchsuchung meines Gepäcks wurden mein Fotoapparat, Filme, ein Aufnahmegerät, Kassetten, ERNK-Aufnäher, das Geschoß mit der Aufschrift BCK sowie der Brief von Hüseyin Celebi gefunden. Unter Fußtritten, mit verbundenen Augen und gefesselten Händen, wurde ich mit einem Auto in eine Militärkaserne nahe der Stadt Silopi, ca. 30 km von Habur entfernt, verschleppt. Ich mußte mich zwei bis drei Stunden dort aufhalten, meine Personalien wurden aufgenommen sowie Kopien meiner Materialien angefertigt. Bereits dort wurde ich als PKK-Agent beschuldigt und ich wurde an den Haaren gerissen und bespuckt. Danach wurde ich in die Zelle einer Polizeistation gebracht. Dort wurde mir zum ersten Mal die Augenbinde entfernt. Meine Brille wurde mir abgenommen, ich bekam keine Decke und mußte auf dem nackten und feuchten Betonboden schlafen. Bis zum Abend des nächsten Tages bekam ich nichts zu essen und durfte nicht zur Toilette gehen. Erst nach heftigen Protesten und nachdem ich von einem Polizisten geschlagen wurde, wurden meine Forderungen erfüllt.

Am 25.10.1992 wurde ich in einem Schützenpanzer einer Militärkolonne nach Sirnak in die Brigadestation gebracht. Auf dem Weg dorthin wurde bei einer Militärkaserne angehalten. Immer noch mit verbundenen Augen wurde ich Treppen hoch und runtergeschleift und wieder noch draußen geführt. Ich mußte mich an eine Wand stellen und wurde in perfektem deutsch angebrüllt, daß ich erschossen werden soll. Gewehre wurden durchgeladen. Nahe an der Besinnungslosigkeit wurde ich erneut auf deutsch angebrüllt, ich solle endlich die Wahrheit sagen. Kurze Zeit nach dieser Scheinexekution wurde ich wieder unter heftigen Fußtritten in den Panzer gestoßen. In der Brigadestation Sirnak mußte ich mich wieder nackt ausziehen. Ich wurde von ca. fünf Männern umringt, heftig geschlagen, bespuckt und brutalst herumgestoßen. Nach dieser Tortur wurde ich in eine Einzelzelle geworfen. Die Zelle war ca. 2 m lang, höchstens 1 m breit und völlig dunkel. Sie war so angelegt, daß man nicht darin stehen konnte. In dieser Zelle wurde ich zwei Tage in Einzelhaft gehalten. Vor der Zelle lief Tag und Nacht ein Kassettenrecorder in voller Lautstärke. Nachts wurde unregelmäßig an die Zellentür getreten; alle zwei Stunden stürmte ein Mann mit Knüppel bewaffnet in die Zelle und befahl: "Stand up, sit down".

Am 26.10.1992 wurde ich morgens mit verbundenen Augen zu einem 3-4-stündigen Verhör geholt. Man fragte mich u.a. wie ich in die Camps der PKK rein und rauskam, mit welchen Leuten ich Kontakt gehabt habe, zu Kontakten in der BRD und wer mich finanziell unterstützen würde. Nachmittags wurde das Verhör weitergeführt. Hierbei machte ich Angaben über meine journalistische Arbeit bei Radio Dreyeckland. Bei beiden Verhören sollte ich durch Schläge eingeschüchtert werden. Abends wurde ich in einen Raum gebracht. Nach wenigen Minuten hörte ich aus dem Nebenraum entsetzliche Schreie. Es waren die Schreie gefolterter Gefangener. Die ganze Nacht mußte ich mir die Schmerzensschreie anhören. Ich mußte mich mehrmals übergeben. Öfters kam eine Person in den Raum und machte mir klar, ich sollte endlich die Wahrheit sagen, sonst würde ich das gleiche mitmachen. Ich war am Ende meiner Kräfte, war nahe daran zusammenzubrechen.

Am 27.10.1992 wurde mir gesagt, daß ich zu einer Untersuchung müßte. An einer Tür konnte ich ein Schild mit der Aufschrift "Doktor" erkennen. Man stieß mich mit Fußtritten in diesen Raum. Es war eine Folterkammer. Auf dem Boden lag überall sehr viel bläuliches Salz, in einer Ecke befanden sich zwei übereinandergelegte Autoreifen und in unmittelbarer Nähe einer Wand stand ein ungefähr 3 m hohes Holzgerüst. An den Querbalken hingen rechts und links Seilschlaufen. Die Foltermethode ist als Palästinahaken bekannt. In einer anderen Ecke sah ich Stromkabel und Elektroden. Erneut mußte ich mich nackt ausziehen und mir wurden Folterungen angedroht. Währenddessen wurde eine Nebentür des Folterraums geöffnet. Ich sah ca. 20 abgemagerte, frierende Gefangene, deren Augen verbunden waren, nur mit Unterhosen bekleidet, dicht zusammengedrängt in Hockstellung auf dem Boden. Eine der Personen, die mich verhörten, zeigte auf die Gefangenen und erklärte, daß diese alle heute noch drankämen. Gegen Ende des Verhörs kam ein Mann in weißem Kittel hinzu, begutachtete mich und schrieb etwas. Ich mußte unterschreiben und wurde daraufhin sofort nach Cizre transportiert. Später traf ich im Militärgefängnis Diyarbakir einige Gefangene, die ebenfalls in der Brigadestation Sirnak inhaftiert waren. Sie alle waren dort im Durchschnitt 10 bis 30 Tage und waren täglich gefoltert worden. Bei dem Verhör in Cizre am 27.10.1992 erklärte mir eine Person, daß ich mich in einer

Polizeistation befände. Er machte mir in akzentfreiem Deutsch sehr deutlich klar, daß das meine letzte Station wäre. Man hätte mir bisher kein Wort geglaubt. Dies wäre meine letzte Chance, lebend herauszukommen. Er gab mir 10 Minuten Bedenkzeit. Ich war so erschöpft, physisch und psychisch fertig, daß ich kaum noch ein Wort herausbrachte. Ich versuchte, nochmals alles zu erklären.

Am 28.10.1992 wurde ich wieder nach Silopi gebracht. An diesem Tag fanden keine Verhöre mehr statt.

Am 29.10.1992 wurde ich zu einer Zivilperson gebracht, die mir einen Stapel Fotos zeigte. Es waren meine Fotos aus den PKK-Camps. Ich sollte die Personen identifizieren. Anschließend wurde ich einem Haftrichter vorgeführt. Ein Soldat, der völlig unzureichend deutsch sprach, wurde als Dolmetscher von der Straße geholt. Die Fragen des Haftrichters konnte ich wegen der miserablen Übersetzung kaum verstehen. Ich verzweifelte daran fast. Ich stellte auch hier wieder eindeutig klar, daß ich Journalist, freier Mitarbeiter von Radio Dreyeckland bin. Wie ich später in Diyarbakir von meinem Rechtsanwalt erfahren mußte, wurden diese Aussagen gefälscht. Zusammen mit anderen Gefangenen war ich einen Monat im Militärgefängnis von Silopi inhaftiert.

Am 30.11.1992 wurde ich in einem Gefangenentransporter von Silopi in das Militärgefängnis von Diyarbakir verlegt. Das gelbe Fahrzeug trug die Aufschrift P.T.T., also ein als Postauto getarnter Gefangenentransporter. 18-20 Gefangene wurden in eine 2,50 m breite und 4 m lange Zelle eingepfercht. Einige waren schon tagelang unterwegs. Es war total feucht und stickig, Verdunstungstropfen fielen ständig von der Decke auf uns. Es herrschte totaler Sauerstoffmangel, wir waren dem Ersticken nahe. Einige mußten sich übergeben, wir standen im Erbrochenen. Diese Höllenfahrt dauerte 10 Stunden. Selbst auf Proteste hin ließ die Wachmannschaft keine frische Luft hinein. Man verweigerte uns Nahrung und Toilettengang. Einige ältere Gefangene fielen immer wieder um; sie wurden bewußtlos.

Bevor ich auf die Haftbedingungen in Diyarbakir zu sprechen komme, nur kurz etwas zum Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht. Der Prozeß fand im Ausnahmezustandsgebiet statt. Ein Militärrichter war mit vertreten. In der türkischen Presse wurde ich als PKK- Kurier vorverurteilt. An allen vier Verhandlungstagen wurde mir der Journalistenstatus aberkannt. Die gegen mich vorgebrachten Anschuldigungen wurden nicht überprüft. Am 22.1.1993 wurde ich nach Paragraph 169 des türkischen Strafgesetzbuchs und Art. 5 des "Antiterrorgesetzes" zur drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Dies wurde auch international als Kriminalisierung von kritischem Journalismus interpretiert.

Im Militärgefängnis von Diyarbakir waren insgesamt 1.200 Gefangene inhaftiert. Die 800 politischen Gefangenen waren auf 13 Großzellen verteilt. Im folgenden rede ich von der Zelle 36, in der ich vier Monate inhaftiert war. Dort waren wir 80-96 Gefangene. Die Zelle war ca. 20 m lang, 8 m breit und 10 m hoch. Auf der rechten Seite war der sogenannte Käfig, in dem sich die auf vier Stockwerke verteilten Schlafzellen befanden. In jeder Schlafzelle, 2,50 m breit und 4 m lang, mußten drei Gefangene schlafen. Im März 1993 waren die Zellen total überfüllt, so daß einige im Treppenaufgang schlafen mußten. Auf der gegenüberliegenden Seite des Käfigs war eine genauso hohe Betonmauer. Nur ganz oben befanden sich kleine Fenster, durch die aber so gut wie kein Licht durchkam. Dieser Lichtmangel belastete zusätzlich den physischen und psychischen Gesundheitszustand. In der gesamten Zelle war es so kalt, daß an der zu trocknenden Wäsche nach wenigen Stunden Eiszapfen hingen. Wir mußten uns ständig in den dicksten Kleidern bewegen. Vorhandene Heizkörper wurden von der Gefängnisleitung nur für wenige Minuten eingeschaltet. Das war eine Schikane unter vielen. Die Versorgung mit Essen von der Großküche war völlig unzureichend, sehr arm an Mineralstoffen und Vitaminen. Wir waren darauf angewiesen, zusätzliche Lebensmittel von Familienangehörigen und Komitees zu bekommen. Die Versorgung mit Medikamenten war ebenfalls katastrophal. Es gab viele Kranke. Besonders in den heißen Sommermonaten, so berichteten die Gefangenen, erkranken deswegen und wegen mangelnder Hygiene viele Gefangene an Gelbfieber, Typhus und anderen Darmerkrankungen.

Einige Zellen wurden von den Gefangenen umfunktioniert in Toiletten, in eine Teeküche, in eine Lebensmittelvorratskammer. Daneben wurden ein Archiv, Bibliothek und eine Redaktion eingerichtet. Die Gefangenen haben sich in Kommunen organisiert. In den Kommunen wurden unterschiedliche Aufgaben an verantwortliche Gruppen verteilt. Diese selbstbestimmten Gruppen waren erst nach Kämpfen in den 80er Jahren mit zahlreichen Toten und Verletzten gegen die Gefängnisleitung und den Behördenapparat durchgesetzt worden. Jedoch wurde immer wieder versucht, grundlegende Rechte zu beschneiden. Während

eines unbefristeten Hungerstreiks gegen die Zurücknahme wesentlicher erkämpfter Rechte überfiel ein Militärkommando mit Schlagstöcken und Eisenstangen bewaffnet am 9.2.1993 die Gefangenen und verletzte insgesamt 262, 35 davon so schwer, daß sie mit Knochenbrüchen, Schädelrissen, inneren Verletzungen etc. ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Auch ich mußte wegen Prellungen, Blutergüssen, starker Unterkühlung und Gehirnerschütterung ärztlich behandelt werden. Unter den politischen Gefangenen in Diyarbakir waren alle Altersgruppen von 15 bis 70jährigen sowie alle Gesellschaftsschichten wie Bauern, Arbeiter, Kleinhändler, Ärzte, Lehrer, Schüler, Studenten etc. vertreten. Ein Großteil der Gefangenen war willkürlich verhaftet worden. Ein Beispiel dafür ist, daß mir ein ca. 65jähriger Mitgefangener berichtete, daß er sich in seinem Dorf abends bei einer befreundeten Familie aufgehalten hatte. Während des Abendessens durchsuchte das Militär das Dorf. Weil er nicht zu Hause war, war er verdächtigt worden, PKK-Propaganda zu machen.

Alle Gefangenen, die ich in Diyarbakir antraf und mit denen ich sprechen konnte, waren systematisch gefoltert worden, u.a. in Militär- und Polizeischulen sowie in Militärkrankenhäusern. Einige Gefangene, die neu eingeliefert wurden, konnten nicht mehr laufen, kamen in Rollstühlen, auf Krücken, einige waren von der Folter wahnsinnig geworden, einige hatten taube Hände und Beine von den Elektroschocks. Dazu drei kurze Beispiele: der politische Gefangene Talat Aycicek aus Diyarbakir wurde am 7. September 1992, aufgrund des Verdachts ein Helfer und Sympathisant der PKK zu sein, verhaftet und in die Polizeischule von Diyarbakir, ca. 600 m vom E-Typ Militärgefängnis entfernt, gebracht. Dort wurde ihm bei den Verhören neben den üblichen Foltermethoden wie Elektroschocks, Palästinahaken, Schlagen mit Gummiknüppel auf den Körper und die Geschlechtsteile, mit einem schweren Eisenhammer auf seinen Kopf eingeschlagen. Er berichtete mir, daß er dem Tode nahe war. Er hatte eine riesige ca. 8 cm im Durchmesser große und sehr tiefe Wunde, die notdürftig genäht worden war. Einem anderen Gefangenen der neu kam, fehlte ein Auge. Dieses war ihm bei der Folter mit einem Gewehrkolben ausgeschlagen worden. Anderen Gefangenen, die aktiv im Widerstand waren, hohe Positionen in der PKK hatten, waren während und nach den Folterungen in vielen Fällen starker Alkohol, sehr starke Medikamente wie Psychopharmaka und auch Drogen wie Heroin, Morphium unter Zwang verabreicht worden, damit diese Aussagen machen, Geständnisse ablegen oder auch, um sie für immer zu brechen.

Über die Situation in den türkischen Gefängnissen haben Sie jetzt wohl einen hinreichenden Eindruck erhalten, so daß ich auf das letzte Gefängnis nicht näher einzugehen brauche. Auch in Buca gingen die Provokationen weiter. Zum einen von inhaftierten türkischen Polizisten und ehemaligen Soldaten, zum anderen von Militärs, die mich ins Krankenhaus brachten. Zum Beispiel wurde ich am 25.10.1993 mit gezogener Pistole aufgefordert zu fliehen. Da ich in Buca nicht mehr mit den politischen Gefangenen zusammen war, war die Situation von Apathie geprägt. Meine Inhaftierung dort dauerte über acht Monate. Am 23.12.1993 hatten die Bemühungen für meine Freilassung endlich zum Erfolg geführt. Am 24.12.1993 traf ich in Stuttgart ein.

Zum Schluß möchte ich noch etwas zur politischen Einschätzung des gesamten Verfahrensablaufes sagen. U.a. wurde mir vorgeworfen, daß ich mich nicht speziell bei der Bundesregierung bedankt habe. Ich möchte dazu folgendes sagen:

- Die BRD hat von Anfang an auf ein "rechtsstaatliches Verfahren" gesetzt, obwohl bekannt war, daß der Prozeß im Ausnahmezustandsgebiet mit Militärrichter stattfand.

- Die verantwortlichen Stellen und Institutionen der BRD haben viel zu spät reagiert und dem Druck des türkischen Regimes nichts entgegengesetzt. Daß es durchaus möglich gewesen wäre mich herauszuholen, zeigt das Beispiel des englischen Journalisten Norman Penny, dem dieselben Anklagepunkte vorgeworfen wurde und der aufgrund des massiven Drucks des britischen Außenministeriums nach 14 Tagen freikam.

- Bereits bei dem ersten Besuch des Dr. Heisch, Leiter der Rechtsabteilung der Botschaft in Ankara, am 19.11.1992 im Militärgefängnis in Silopi habe ich ihm detailliert über meine Behandlung in türkischer Haft in Silopi, Sirnak und Cizre berichtet. Der Botschaftsvertreter hat bewußt meine Schilderung an das Auswärtige Amt als "starker psychischer Druck" heruntergespielt. Damit wurde meine Situation bewußt verharmlost. Mir gegenüber wurde im Gegensatz dazu von Anfang an verständlich gemacht, daß ich schnellstens herausgeholt würde.

- Derselbe Botschaftsvertreter hat sich auch nach meiner Verurteilung gegenüber meiner Mutter so geäußert, daß man nicht wegen mir die Beziehungen zur Türkei aufs Spiel setzen wolle. Das heißt für mich soviel wie:

Folterberichte aus der Türkei auch von und an ausländischen Menschen, Journalisten, sind keine Hinderungsgründe für die weitere Unterstützung der Türkei, für weitere Waffenlieferungen durch die BRD.

- Ein letztes Beispiel: nach dem Angriff des Militärkommandos am 9.2.1993 erhielt meine Mutter und der Freundeskreis von deutschen Behörden die Auskunft, ich sei davon nicht betroffen. Ich selbst konnte erst dem CDU-Parlamentarier Stercken am 15.02.1993 darüber berichten und wurde zwischenzeitlich nie von einem Konsularbeamten besucht. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses hat hingegen meinen Bericht heruntergespielt und äußerte mir gegenüber: ich solle das Ganze nicht so politisch hochziehen. Diese Beispiele sollen genügen. Letztendlich ist mir bewußt geworden, daß an maßgeblicher Stelle erst wirklich reagiert wurde, als der Druck von außen massiv genug war.

Waldkirch, 7.1.1993

Stephan Waldberg

7. ÖZGÜR GÜNDEM läßt sich nicht zum Schweigen bringen !

Autor: nm · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:37

"Was nützt es denn, wenn wir die Zeitung jeden Tag erneut verbieten und beschlagnahmen lassen und am nächsten Tag erscheint sie doch wieder", erklärt der Generalstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Nr. 1 in Istanbul. Bisher hatten weder die mehr als 200 Strafverfahren gegen Redakteure und Herausgeber, in denen mehrere Jahrhunderte Gefängnisstrafe verhängt bzw. gefordert wurden, noch die Ermordung von 16 Journalisten und Verkäufern von Özgür Gündem die Zeitung zum Schweigen bringen können. Anfang Dezember, eineinhalb Jahre nach ihrem erstmaligen Erscheinen, holten die türkischen Staatsorgane zum großen (Wasser-)Schlag aus:

Bei landesweiten Polizeirazzien wurden Büros verwüstet, Arbeitsmittel beschädigt oder beschlagnahmt und über 150 Mitarbeiter der Zeitung festgenommen. Doch noch während die Polizei versuchte, den Festgenommenen durch Folterungen "Geständnisse" abzupressen, Gündem sei eine Zeitung der PKK, solidarisierten sich draußen Intellektuelle, Schriftsteller und JournalistInnen, um die Weiterführung der "Freien Tagesordnung" zu gewährleisten. Bereits drei Tage später wurde die erste Notausgabe erstellt!

Freitag 10. Dezember, internationaler Tag der Menschenrechte: Özgür Gündem druckt auf ihrer Titelseite die von den Vereinten Nationen 1948 verabschiedete "Charta der Menschenrechte". Am Nachmittag besetzt die Polizei das Gebäude und nimmt alle 107 anwesenden Personen fest. Am folgenden Tag überfällt Polizei die Büros von Özgür Gündem in Izmir, Adana, Van, Diyarbakir, Batman und Cizre und nimmt noch einmal 48 Personen fest. Die Istanbuler Redaktion bleibt besetzt. Unterdessen wird außerhalb die Solidarität organisaiert: Namhafte fortschrittliche JournalistInnen wie Ragip Duran (BBC), Ertugrul Kürkcü und Nadire Mater (beide IPS) gründen ein Solidaritätskomitee, der Schriftsteller Yasar Kemal stellt sich demonstrativ vor das von Polizei besetzte Zeitungsgebäude und gibt eine Presseerklärung ab, Journalistenorganisationen bis hin zum staatsergebenen Presserat protestieren. Zwei demokratische Zeitungen (Cumhuriyet und Aydinlik) bieten an, Özgür Gündem in ihren Betrieben zu erstellen, Rechtsanwälte, Menschenrechtsvereine und Gewerkschafter finden sich ein, Kulturminister Fikri Saglar gibt seinen entschiedenen, aber wirkungslosen Protest bekannt - er verfügt im Regierungskabinett über keinerlei Einfluß.

Nachdem am Samstagabend und Sonntag 86 der in Istanbul Festgenommen freigelassen werden, wird mit Hilfe der "Solidaritätsmitarbeiter" bereits am Montag die erste Ausgabe hergestellt.

Während der nächsten Tage herrscht in der Zeitung ein produktives Gewusel: Haluk Gerger, ein nach dem Militärputsch von 1980 von der Universität relegierter Politikwissenschaftler, huscht von Bildschirm zu Bildschirm, um die Gestaltung der Titelseite zu kontrollieren; Nebahat Altiok, Frau des in Sivas verbannten Schriftstellers Metin Altiok, macht sich im Büro für Öffentlichkeitsarbeit nützlich; Yasar Kaya, der Herausgeber der Zeitung, der erst wenige Tage vor der Polizeirazzia aus dreimonatiger Untersuchungshaft entlassen worden war, hält strahlend den täglichen Verkaufsbericht in den Händen: "Die heutige Ausgabe ist bereits ausverkauft, da können sie ruhig mit der Verbotsverfügung kommen."

Obwohl noch 19 Personen in Polizeihaft sitzen, arbeiten nun mehr Menschen als je zuvor an der Zeitung mit. Doch der Versuch, eine Stellungnahme von jemandem "von außen" einzuholen, warum er/sie Gündem unterstützt, schlägt fehl - jede/r Befragte antwortet in der WIR-Form: "Wir müssen doch unsere Zeitung weiter herausbringen." Während der ganzen Woche reißen die Solidaritätsbesuche nicht ab: Schriftsteller, Gewerkschafter, Politiker; alle paar Stunden ertönen von der Straße rhythmisches Klatschen und Parolen wie: "Die freie Presse läßt sich nicht zum Schweigen bringen".

"Ihr seid gefährlicher als Terroristen"

In den kurdischen Städten bleiben die Büros eine volle Woche von Polizei besetzt. Mit Kalaschnikows bewaffnete "Zivilbeamte" sperren die Eingänge ab. "Die Eigentümer sind plötzlich verschwunden. Wir passen auf, daß keiner einbricht", lautet ihre geistreiche Erklärung. Dabei hatten sie selbst bereits "ganze Arbeit" geleistet: Im Gündem-Büro in Diyarbakir waren sämtliche Arbeitsmittel, vom Computer bis zum Kugelschreiber, Schreibmaschine und drei Fotokameras inclusive, weggeschleppt worden; teures Filmmaterial

wurde durch Belichten zerstört, das Archiv leergeräumt, sämtliche schriftlichen Aufzeichnungen und Dokumente fehlen.

Im Konstruieren von "Indizien" stellten die Beamten ihre mangelnde Originalität unter Beweis. Nachdem das Gündem-Büro in Diyarbakir bereits am Donnerstag (9.12.) zweimal von oben bis unten durchsucht und dabei außer einer angemeldeten Pistole nichts strafrechtlich "Verwertbares" gefunden worden war, wurde zwei Tage später - in der Zwischenzeit war das Büro von Polizei besetzt - noch eine dritte Durchsuchung in Szene gesetzt, zu der auch zwei Gündem-Mitarbeiterinnen geholt wurden. Vor deren staunenden Augen zauberten die Beamten nun aus jeder Schublade "eindeutiges Material" hervor: hier ein Stapel Flugblätter der ARGK, dort ein Quittungsblock, Anstecker und eine funkelnagelneue Fahne der ERNK (1).

"Sie hassen uns", berichtet Nalan, die der Durchsuchung beiwohnte. 2Ihr seid noch gefährlicher als die Terroristen auf den Bergen, und eure Toten sind noch schlimmer`, sagten die Polizisten zu uns. Sie holten die Bilder unserer ermordeten Kollegen von den Wänden, zerrissen sie und trampelten darauf herum."

Kurz vor Ablauf der gesetzlichen 15-Tage-Frist, nach der spätestens ein Haftprüfung durchzuführen ist, wird die Mehrheit der Festgenommenen in Istanbul, Adana, und Diyarbakir entlassen. In Istanbul werden die Chefredakteurin Gurbetelli Ersöz und der Unternehmensleiter Ali Riza Halis in Untersuchungshaft genommen, in den anderen Städten noch weitere sieben MitarbeiterInnen per Gerichtsbeschluß inhaftiert. Nachfragen beim Staatssicherheitsgericht ergeben, daß zwei der in Diyarbakir Festgenommenen sowie ein Journalist in Agri sich nicht bei der Polizei, sondern in Händen der Gendarmerie befinden. Damit verlängert sich die gesetzlich vorgesehene Folterfrist auf 30 Tage. Bis heute (9.1.) wurden die drei keinem Haftrichter vorgeführt, jeder Kontakt mit Rechtsanwälten oder Verwandten wurde verweigert.

Die in den verschiedenen Städten Freigelassenen berichten übereinstimmend über schwere Folterungen. "Die übliche Palette", sagen sie, als sei es das Selbstverständlichste von der Welt. "Palästinenserschaukel, Elektroschocks, Schläge, Übergießen mit eiskaltem Wasser und dann in der Kälte Liegenlassen; "du merkst nicht, wie lange sie dich an der Schaukel hängenlassen, denn irgendwann wirst du ohnmächtig." Frauen wurden mit Vergewaltigung bedroht.

Auch die Fragen während der Verhöre waren landesweit einheitlich: "Warum arbeitest Du bei der Zeitung ?"; "hat die PKK Dir befohlen, bei der Zeitung zu arbeiten?"; "wer von Euch ist PKK-Mitglied?" Den Gefolterten sollten in erster Linie belastende Aussagen gegen leitende Redakteure abgepreßt werden. Einige sollten versprechen, ihre Arbeit bei der Zeitung einzustellen, dafür wurde ihnen die Beendigung der Folter in Aussicht gestellt.

Für viele der MitarbeiterInnen war dies nicht die erste Begegnung mit der Polizei. Die Palette der Einschüchterungsmaßnahmen reicht von Drohanrufen in den Privatwohnungen über blitzartige Festnahmen auf offener Straße bis hin zu Mordanschlägen, denen im Verlauf des Jahres 1993 vor allem Verkäufer von Gündem zum Opfer gefallen sind, zuletzt ein 14jähriger Straßenverkäufer in Hatay, der Anfang Dezember mit durchgeschnittener Kehle aufgefunden wurde.

Özgür Gündem, die als einzige Tageszeitung konsequent Menschenrechtsverletzungen in allen Teilen des Landes aufdeckt, sich für eine politische Lösung der Kurdistanfrage einsetzt und in ihren Spalten deshalb auch die PKK/ERNK als Kriegspartei zu Wort kommen läßt, ist Regierung und Militärführung ein gewaltiger Dorn im Auge. "Die Zeitung muß sofort geschlossen werden" ist das "ceterum censeo" jeder Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates. Doch bislang haben auch Hunderte von Strafverfahren nicht ausgereicht, die Schließung zu vollziehen. Nach den (noch) gültigen Gesetzen gibt es auch bei türkischen Gerichten das Rechtsmittel der Berufung, wodurch mehrere Urteile, die jeweils eine mehrmonatige Schließung der Zeitung verfügten, noch nicht rechtskräftig sind. Die durchschnittliche "Verschleißzeit" einer/s ChefredakteurIn beträgt derzeit einige Wochen, bis er/sie ins Gefängnis muß, doch es finden sich neue für die Aufgabe bereit.

Dem juristischen Laien bleibt unergründlich, warum Hunderte von Polizisten sich die Arbeit machen, auf plumpeste Weise "Beweisstücke" wie Ostereier zu verstecken oder "Geständnisse" zu erfoltern, da Staatspräsident Demirel wenige Tage später in einem langen Interview gegenüber der englischsprachigen Turkish Daily News bereits das amtliche Ergebnis der Ermittlungen verkündet: "Die Zeitung ist PKK-Organ, ihre Mitarbeiter sind PKK-Militante".

Bislang konnte das von der Armeeführung vorgegebene Ziel einer raschen Schließung der Zeitung (sowie der Demokratie-Partei DEP), um die für eine "militärische Lösung" der Kurdenfrage durch Völkermord notwendige Friedhofsruhe zu schaffen, durch effektive Solidarität verhindert werden. Doch die Angriffe laufen weiter: Insgesamt neun Mitarbeiter der Zeitung, darunter auch eine Rechtsanwältin, befinden sich in Haft. In weiteren Prozessen wurde erneut die Schließung für mehrere Monate angeordnet. Offensichtlich um die Unübersichtlichkeit der über 200 Strafverfahren zu beenden, wurde ein Beamter des Justizministeriums eingesetzt, um sämtliche gegen Özgür Gündem laufenden Strafverfahren zusammenzufassen.

MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen sind sich einig, die Zeitung unter allen Bedingungen weiterzuführen. "Das sind wir nicht zuletzt den für diese Sache gefallenen Journalistenkollegen schuldig", sagt Herausgeber Yasar Kaya und deutet auf die Fotos der Ermordeten. In der zugespitzten politischen Situation der Türkei ist Özgür Gündem unersetzlich für Linke, Menschenrechtsvereine und alle, die sich gegen den türkischen Chauvinismus und für eine politische Lösung der kurdischen Frage engagieren. Die Freie Tagesordnung ist nicht geschlossen.

nm

In der BRD haben sich mehrere Initiativen zur Unterstützung von Özgür Gündem gebildet. Kontakt über: Özgür-Gündem-Europavertretung, Behcet Avsar, Sachsenring 29 - 31, 50677 Köln, Tel. 0221/ 31 10 27/8

Anmerkungen:

1) ARGK ist die militärische Organisation der PKK; ERNK ist die politsche Frontorganisation.

8. Demokratiekongreß in Istanbul fordert: Menschenrechte, Demokratie und Frieden

Autor: nm · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:34

"Wir befinden uns an der Schwelle zu einem Völkermord. Wenn wir keine demokratische Lösung finden, wird dieser schreckliche Krieg weitergehen und niemand kann voraussagen, wohin das führt. Dabei ist eine demokratische Lösung doch so naheliegend." Mit diesen Worten eröffnete Yasar Kemal, der renommierte Romancier, den Demokratie-Kongreß in Istanbul. Am letzten Dezemberwochenende kamen mehr als 500 TeilnehmerInnen verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen zusammen, um über eine politische Lösung der Kurdistanfrage zu diskutieren. Im Mittelpunkt der Debatten stand der enge Zusammenhang zwischen dem Krieg in Kurdistan und der allgemeinen politischen Verfaßtheit der Türkei - der fehlenden Demokratie.

Obwohl der kontinuierlich eskalierte Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung auch die türkische Gesellschaft beeinträchtigt, jährlich mehreren tausend Menschen das Leben kostet und nicht unerheblich mitverantwortlich ist für die Wirtschaftskrise der Türkei, hat sich bislang aus der türkischen Bevölkerung kaum eine Opposition gegen den Krieg und die Kurdistanpolitik der Regierung formiert. Während nach der Ermordung des populären Journalisten Ugur Mumcu im Januar vergangenen Jahres sowie nach dem Pogrom in Sivas im Juli (vgl. ak 357 vom 25.8.93) jeweils Hunderttausende auf die Straßen gingen, hat bislang kein noch so brutales Armeemassaker in Kurdistan - weder die Ereignisse am Newroz 1992, noch die Zerstörungen der Städte Lice und Sirnak - überhaupt zu nennenswerten Protestaktionen im Westen der Türkei geführt.

Die Gründe hierfür sind vielfältig: Die revolutionäre Linke, die in den antifaschistischen Kämpfen der späten siebziger-Jahre über erheblichen Masseneinfluß verfügte, hat sich bis heute nicht vom Militärputsch 1980 und der anschließenden Repressionsphase erholt. In unzählige Fraktionen zersplittert ist sie vor allem mit dem eigenen Überleben beschäftigt bzw. diskutiert die theoretische Berechtigung des kurdischen Befreiungskampfes. Ausgenommen hiervon sind zahlreiche couragierte Einzelpersonen, die sich z.B. bei der Zeitung "özgür gündem" oder in den Menschenrechtsvereinen engagieren, wo die kurdische Frage naturgemäß eine große Rolle spielt. Ein wesentlicher Grund für das Schweigen der "traditionellen" Linken - Realkommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter - sowie der Mehrheit der sogenannten "fortschrittlichen Intellektuellen" zur kurdischen Frage liegt in ihrer Verhaftung im Kemalismus. Der Mythos vom "antiimperialistischen Befreiungskampf" in den zwanziger Jahren und den "Atatürk-Revolutionen" (vor allem Einführung des Laizismus) dient auch heute noch als ideologischer Kitt, um im Zweifelsfall den Schulterschluß mit Staat und Armee zu vollziehen und türkischen Chauvinismus als "antiimperialistisch" zu verbrämen. Oppositionelle Bewegungen nationaler Minderheiten, aktuell die kurdische Bewegung, werden wahlweise als "vom Ausland angezettelt" oder als "islamisch-reaktionär" denunziert, womit staatliche Repressionspolitik bis hin zum Völkermord legitimiert wird. Der Genozid an den Armeniern 1915 ist bis heute in der türkischen Gesellschaft nicht einmal ansatzweise kritisch aufgearbeitet. Die Bedeutung des Demokratie-Kongresses ist vor diesem - nur kurz skizzierten - Hintergrund zu bemessen.

Aufgerufen zu dem Kongreß hatte ein Komitee bekannter Intellektueller, SchriftstellerInnen - darunter Yasar Kemal und Eral Öz; KünstlerInnen - so Nur Sürer, eine der populärsten Filmschauspielerinnen der Türkei; Menschenrechtler, sowie mehrere Gewerkschaftsvorsitzende. Das Spektrum der TeilnehmerInnen reichte von Sprechern linker Oppositionsparteien, wie der prokurdischen DEP, über die "Grünen" und Angehörige der in der Regierung vertretenen Sozialdemokraten SHP bis zu Hikmet Özdemir, dem ehemaligen Berater des verstorbenen Staatspräsidenten Özal. Aus dem Lager der islamischen Kräfte kamen Altan Tan, vormals Abgeordneter der islamischen Refah-Partisi und jetzt in der Leitung der "Partei der großen Veränderung" BDP von Adnan Menderes (1) sowie "Mazlum Der" (deutsch: der Verein der Unterdrückten), eine islamische Menschenrechtsorganisation, die in den vergangenen Jahren oft mutig Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan angeprangert hatte, sich aber im vergangenen Sommer durch ausdrückliche Nicht-Verurteilung des Massakers von Sivas stark isoliert hatte.

An gesellschaftlichen Gruppen beteiligten sich neben Vertretern zahlreicher kurdischer Einrichtungen, den Menschenrechtsvereinen und Anwaltsorganisationen Hochschullehrer, der Verein der Kriegsgegner sowie

Vertreter konfessioneller und ethnischer Minderheiten (Lasen, Georgier, Aleviten). Kaum vertreten hingegen war das gesamte Spektrum der (ehemaligen?) revolutionären Linken mit ihren zahlreichen Fraktionen; lediglich die Nachfolgepartei der KP und die "Arbeiterpartei" IP, eine Gründung der früher extrem vaterländischen Strömung "Aydinlik", hatten Späher geschickt. Auch von den linkskemalistischen Kräften, die in den 70er Jahren das Friedenskomitee gebildet hatten, tauchte nur der Name des bekannten Musikers Zülfü Livanelli auf.

Dennoch muß allein das Zusammenkommen all dieser Kräfte für eine politische Lösung der Kurdenfrage unter den augenblicklichen politischen Bedingungen der Türkei als großer Erfolg gewertet werden. "Ich habe Angst, wir alle haben Angst, und das ist eines unserer Hauptprobleme. Drei meiner Rechtsanwälte sind hier im Raum, um aufzupassen, daß ich nichts Verbotenes sage", gestand Yasar Kemal in seiner Eröffnungsrede.

Bis wenige Tage vor dem Kongreß war fraglich, ob der Gouverneur der Stadt den Organisatoren überhaupt die erforderliche Genehmigung erteilen würde. Einige Monate zuvor war eine vergleichbare Initiative unter Federführung des Schriftstellers Aziz Nesin staatlicherseits verboten worden. Staatspräsident Demirel hatte vor wenigen Wochen erklärt, daß auch die Diskussion über "politische Lösungen" als Unterstützung der "Terroristen" bewertet werde, und Generalstabschef Dogan Güres hatte den Kongreßteilnehmern seine "Grußbotschaft" in Form einer unverhüllten Drohung über die Presse zukommen lassen.

"Wir leben in einer Gesellschaft der Angst"

Der erste Kongreßtag stand unter der Fragestellung "Wie weit sind wir mit der Demokratisierung ? - die kurdische Realität und das türkische Mosaik". "Die Gesellschaft der Türkei durchlebt eine der kritischsten Phasen ihrer Geschichte. Diese Krise umfaßt alle Bereiche von der Wirtschaft über die Politik bis zu den gesellschaftlichen und moralischen Werten. Es ist daher nötig, alle Grundlagen des heute existierenden politischen Systems in Frage zu stellen", eröffnete der Verleger Ragip Zarakolu die Diskussion. In der Türkei existiere eine Tradition der "sogenannten Demokratie", in der rund alle zehn Jahre ein Putsch stattfände und selbst in den "milderen" Perioden die Militärs mitregieren. Eigentlich könne man heute in der Türkei im wirklichen Sinne nur von einer einzigen Freiheit sprechen, nämlich von der des Staates. Diese habe ein Ausmaß erreicht, welches den Staatsorganen eine Art Immunität garantiere, die bisweilen als die "Freiheit, Straftaten zu begehen" bezeichnet werden könne.

Die größte Gefahr drohe der Gesellschaft dadurch, daß die Repressionsorgane des Staates völlig unkontrollierbar und zu ständigen Einrichtungen werden. Innerhalb der Gesellschaft mache der Staat immer wieder neue "innere Feinde" aus - die Kommunisten, die Jugend, die Arbeiter, die Kurden, die Muslime usw. - die als Vorwand für die Verweigerung der Demokratie herhalten müßten. Das ständige Beschwören innerer wie äußerer "Feinde" nehme Ausmaße einer Paranoia an, man beginne in einer "Angstgesellschaft" zu leben, führte Zarakolu aus. "Es geht nicht allein um die ‚Freiheit der Kurden`. Ihre Unfreiheit bringt unausweichlich die Unfreiheit der Gesellschaft der gesamten Türkei mit sich. Es geht also um die Freiheit der Gesellschaft der gesamten Türkei, und nicht nur der kurdischen Gesellschaft. Ohne eine Lösung dieses Problems kann der Sozialist nicht Sozialist, der Liberale nicht Liberaler und der Demokrat nicht Demokrat sein."

Auch die folgenden Redner hoben die Bedeutung der Kurdistanfrage für die Demokratie in der Türkei hervor. "Es handelt sich doch nicht nur um ein Problem der Kurden in diesem Lande. Dieser Krieg vergiftet auch die türkische Bevölkerung", hob der Politikwissenschaftler Haluk Gerger hervor. Er kritisierte, daß viel zu wenig türkische Linke und Demokraten dies als ihr ureigenstes Problem begriffen; alte Tabus von der "Unteilbarkeit des Landes", dem "heiligen Staat" und der "klassenlosen, verschmolzenen einzigen Nation" müßten gebrochen werden. Kemal Nebioglu, Vorsitzender der Gewerkschaftskonföderation DISK: "Kann man denn ein Land demokratisch nennen, in welchem Menschen nach ihrem Geburtsort abgestempelt und als potentielle Straftäter behandelt werden? Das Blutvergießen muß sofort aufhören, die Waffen müssen schweigen."

Mahmut Kilic, Abgeordneter der DEP im türkischen Parlament, berichtete, daß er in der türkischen Nationalversammlung nicht so frei reden könne wie auf dem Kongreß. Und Akin Birdal, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins der Türkei, wies darauf hin, daß die enormen Kriegskosten für die ökonomische Krise mitverantwortlich seien. "Wenn ein Zehntel des türkischen Staatshaushaltes in den kurdischen Gebieten ausgegeben werde und der sogenannte ‚Kampf gegen den Terror` in den kurdischen Gebieten pro Stunde 11 Mrd. Türkische Lira koste (etwa 1,4 Mio DM, Anm. ak), dann ist das auch eine Frage der türkischen

Arbeiterklasse." Münir Ceylan, Vorsitzender der Chemiegewerkschaft Petrol-Is, erklärte: "Es gibt heute zwei Fronten. Das eine ist die Front des Staates, die Front der Gewalt. Wir müssen eine Front dagegen bilden."

Allein die Tatsache, daß all die oben aufgeführten, heterogenen Kräfte zusammengekommen sind, daß mehrere Gewerkschaftsführer sich explizit für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden ausgesprochen haben, kann unter dem heutigen politischen Klima der Türkei, das von Verrohung und Chauvinismus geprägt ist, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Angesichts der enormen politischen Differenzen unter den Teilnehmern wäre es vermessen, in kurzer Zeit eine (gemeinsame) politische Handlungsfähigkeit zu erwarten. Der Wille zur weiteren Zusammenarbeit wurde indes mehrfach betont.

Wie dünn das Eis, wie brüchig allein der Konsens, in diesem Rahmen gemeinsam zu diskutieren, ist, zeigte sich z.B., als Sedat Dilges, der Vertreter der kurdischen Stiftung, seine Rede in kurdischer Sprache vortrug, und einige Kongreßteilnehmer hiergegen protestierten! Dilges griff unter anderem die heuchlerische Losung von der "türkisch-kurdischen Brüderlichkeit" an: "Die fällt den Türken doch immer nur dann ein, wenn wir Aufstände machen. In den Phasen, wo wir Kurden die Unterdrückung erdulden, wurden wir niemals wie Brüder behandelt." Vertreter mancher Gruppen nutzten den Kongreß schlicht zur Selbstdarstellung, ohne sich auf die gemeinsame Debatte zu beziehen. So sprach der Vertreter der türkischen Grünen über die Gefahr von Atomkraftwerken, versprach aber "von nun an in diesem Kreise (zu dieser Frage) immer dabei zu sein", was für die Grünen der Türkei schon ein Schritt nach vorne ist.

Der zweite Tag stand unter dem Motto "Menschenrechte und verfassungsmäßige Lösungen im Rahmen des Völkerrechts". In einer Diskussionsvorlage des Vorbereitungskomitees wurde ausgeführt, daß es genügend internationale Abkommen gebe, deren Anwendung den Weg für eine demokratische Lösung der Kurdistanfrage ebnen würde. Im konkreten wurden einzelne internationale Verträge bezüglich Menschenrechten, Verurteilung von Kriegsverbrechern und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbot von Rassentrennung und Ungleichbehandlung in der Ausbildung usw. aufgelistet, zu deren Unterzeichnung und Einhaltung die Türkei zu zwingen sei. Vordringliche Aufgabe sei jedoch die Beendigung der Kriegssituation durch Vereinbarung eines Waffenstillstands, um dann ein demokratisches Klima zu schaffen, in welchem "frei über alles diskutiert werden kann". Entscheidendes Hindernis hierfür bilde die nach dem letzten Militärputsch erlassene Verfassung von 1982. Um eine demokratische Verfassung auszuarbeiten, schlugen die Kongreßredner die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen vor.

Voraussetzung aller Diskussionen sei die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes. "Wer auch immer eine ‚Lösung` der kurdischen Frage sucht, muß natürlich als erstes das Votum des kurdischen Volkes einholen."

In der Abschlußerklärung des Kongresses werden darüber hinaus folgende Forderungen gestellt:

- Abschied von allen Verboten und auf Repression beruhenden militärischen Lösungen

- Sofortiger Stopp des Blutvergießens

- Vereinbarung eines Waffenstillstands und Anwendung der kriegsrechtlichen Bestimmungen der Genfer Abkommen

- Erlaß einer bedingungslosen Generalamnestie

- Verurteilung der Drohungen (Anm. ak: zur Ausrottung der Kurden) von Staatspräsident Demirel und Generalstabschef Güres.

Um weiterhin Druck in diese Richtung auszuüben, soll die Arbeit des Demokratie-Kongresses fortgesetzt werden.

"Wir erklären allen, in welch schwieriger Lage wir uns auch befinden mögen, welch starker Repression wir ausgesetzt sein mögen, gemeinsam mit dem türkischen und dem kurdischen Volk werden wir die Demokratie ganz bestimmt erreichen. Menschenrechte, Demokratie und Frieden - jetzt sofort!"

nm

Anmerkung

1) Adnan Menderes ist Sohn des nach dem Militärputsch von 1960 hingerichteten ehemaligen Ministerpräsidenten Adnan Menderes. Dieser war Mitbegründer der 1946 gegründeten Demokratischen Partei (Vorläufer der heutigen DYP von Staatspräsident Demirel und Ministerpräsidentin Ciller). Die Politik der stark am Westen ausgerichteten DP galt den einen als "Ausverkauf an den Imperialismus", den anderen als "Demokratisierung" nach 25 Jahren kemalistischer Einparteienherrschaft. Diese Diskussionen lebten nach dem Putsch 1980 wieder auf, bis Adnan Menderes posthum rehabilitiert und sein Leichnam umgebettet wurde. Dies alles verleiht seinem Sohn eine gewisse Bedeutung, die über den tatsächlichen Einfluß seiner Partei hinausgeht.

9. Türkei zerstört Dörfer in Südkurdistan. Wer unterstützt das türkische Militär im Irak bei den Angriffen?

Autor: Ahmet Berse · Rubrik: Türkei; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:07

Daß türkische Flugzeuge kurdische Dörfer bombardieren, ist nichts Neues; in der internationalen Presse lassen sich Meldungen darüber nur noch selten finden, weil "das doch schon zur täglichen Routine gehört". Daß dabei Menschen ums Leben kommen, gehört auch zur Routine, daß Häuser zerstört werden sowieso.

Einer der letzten türkischen Angriffe auf irakisch-kurdische Dörfer fand am 29.11.1993 in der Region Barzan statt. Hisan war eines dieser Dörfer. Erst im vergangenen Sommer hatten 13 Familien dort ihr Dorf wieder aufgebaut. Sie mußten das ohne ausländische Hilfe bewerkstelligen, da es direkt an der türkischen Grenze und somit in keinem ausländischen Projektgebiet lag. Für den Winter hatten die Einwohner dann Lebensmittel von einer Hilfsorganisation bekommen, als Anreiz, auch in der Wintersaison nicht in die Stadt zurückzugehen. Jetzt ist von allem nicht mehr viel übrig, zwei Frauen kamen ums Leben, acht wurden schwer verletzt, ein Kind ist bis heute vermißt, die Häuser sind zerstört. Männer wurden keine verletzt, denn sie hielten sich nicht im Dorf auf. Während türkische Flugzeuge Hisan bombardierten, waren die Männer aus dem Dorf zusammen mit den türkischen Streitkräften in den Bergen, um diese nach PKK-Basen abzusuchen.

Massoud Barzani protestierte unverzüglich gegen die Bombardierung "seiner" Region. Dort gebe es keine PKK, teilte er General Aydin Ilter, Mitglied des türkischen Generalstabes und Gendarmeriekommandant in der türkischen Grenzstadt Silopi mit. Demonstrativ besuchte er die Verletzten im Krankenhaus. Soweit die "öffentliche Reaktion" auf die Angriffe.

Weitaus interessanter werden die "nicht öffentlichen Diskussionen" gewesen sein, die wohl vor allem zwischen PDK und Celal Talabani und anderen Vertretern der PUK geführt wurden. Talabani war am Tag nach der Bombardierung überraschend in der türkischen Grenzregion eingetroffen, um dann gemeinsam mit Barzani nach Silopi zu fahren und die türkischen Generäle zu treffen. "Weil einer dem anderen nicht über den Weg traut", wird der gemeinsame Besuch von kurdischen Diplomaten beider Parteien kommentiert. Tatsächlich ist es in der kurdischen Region ein offenes Geheimnis, daß die PDK Barzanis dem türkischen Drängen auf eine gemeinsame militärische Aktion gegen die PKK auf irakischen Territorium wohl schon nachgegeben hätte, wenn Einwände der PUK diese letzte Eskalation nicht immer wieder abgeblockt hätten. Ein weitere "Schwierigkeit", die eine solche Aktion bis jetzt verhindert hat, ist auch die Tatsache, daß die PKK offensichtlich über keine festen Basen in der Grenzregion verfügt. Einen Angriff zu führen, ohne vorher das Ziel der Aggression ausgemacht zu haben, würde wohl auch wohlmeinenden Beobachtern schlecht zu erklären sein. Gerade aus diesem Grund, lassen die hartnäckigen Nachfrage von türkischer Seite den Verdacht aufkommen, daß es bei einer solchen Militäraktion nicht nur um die PKK geht. Wahrscheinlicher ist, daß die türkischen Machthaber wissen wollen, wie weit sie die südlichen Nachbarn auf einen von ihnen bestimmten Kurs bringen können und mit welchen Widerständen zu rechnen ist.

Vieles hatte in den vergangenen Wochen darauf hingewiesen, daß es auch in diesem Herbst zu einer türkisch-kurdischen Aktion gegen die PKK kommen könne. Im August war in Arbil, der Hauptstadt der kurdisch verwalteten Region die Zeitung Welat verboten worden. Das ist eine kurdisch-arabische Zeitung, die der PKK sehr nahe stand. Der Gouverneur hatte rechtliche Gründe für dieses Verbot angeführt, die mehr als fadenscheinig waren. Den wirklichen Grund erklärte ein ZK Mitglied der demokratischen Partei sehr lapidar: "Die Türken wollten es, deshalb haben wir sie geschlossen." War dieses Verbot noch gegen den ausdrücklichen Widerstand der zuständigen PUK Minister durchgesetzt worden, so stimmten diese einen guten Monat später der Schließung aller PKK Büros in den kurdischen Großstädten zu. Nachdem zwei PDK Kader bei einer Auseinandersetzung mit der PKK im Grenzgebiet getötet worden waren, drang die PDK auf eine Schließung der Büros. Die beiden getöteten PDK-Kader sind allerdings auf türkischem Territorium ums Leben gekommen - eine Tatsache, die dem Kabinett zwar bekannt ist, aber in der Diskussion geflissentlich nicht erwähnt wurde. Die Frage: "Was haben sie dort eigentlich gemacht?" wurde nicht gestellt.

Anfang November richtete sich Frau Ciller dann mit einer Fernsehansprache an die "Nachbarn der Türkei", sie erwarte Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus und sei gern bereit, den Nachbarn unter die Arme zu greifen, falls diese nicht in der Lage seien, Aktivitäten der "Terroristen" einzudämmen. Ein persönlicher Brief Frau Cillers an Hafiz Al Asad und mehrere bilaterale Gespräche mit iranischen Vertretern ergänzten die Ansprache. Das Echo der syrischen Presse legt nahe, daß dieser Brief dieses Mal nicht ohne Folgen bleiben wird. Das liegt nicht nur am Wasser des Euphrat, mit dessen Sperrung die Türkei schon seit Jahren droht, sondern auch an der Tatsache, daß Syrien sich schon seit längerem um Annäherung vor allem an die USA bemüht. Nachdem die Waffenlieferungen der ehemaligen Schutzmacht UdSSR vor ein paar Jahren aufgehört hatten, muß sich Syrien jetzt nach dem Gaza-Jericho-Abkommen auch in seiner Rolle als Unterstützerin der radikalen palästinensischen Opposition umorientieren und verliert damit einen Trumpf mehr in seiner Außenpolitik. Zugeständnisse in bezug auf die PKK, die wohl nicht nur von Frau Ciller, sondern auch von den USA eingefordert werden könnten, erscheinen der syrischen Regierung vor dem beschriebenen Hintergrund durchaus angebracht. Schwieriger wird der Iran zu überzeugen sein, der in der Türkei den Hauptkonkurrenten in bezug auf eine Hegemoniestellung in Zentralasien sieht und seinerseits radikale islamische Strömungen in der Türkei unterstützt. Hier könnte nur zum Tragen kommen, daß vor allem Ministerpräsident Rafsancani bemüht ist, das iranische Image als "enfant terrible" aufzubessern, und daß Türkei, Syrien und Iran - inoffiziell auch Irak - in mehreren Außenministerkonferenzen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Kurden in jedem Land beschlossen haben.

Die Tatsache, daß Iran und Türkei dieser Tage ein "Abkommen zur Sicherung der gemeinsamen Grenze" unterschrieben haben (türkische Zeitung Sabah, 4.12.1993), weist in diese Richtung.

In der kurdisch verwalteten Region, dem dritten Nachbarn mit gemeinsamer Grenze mitten im Kampfgebiet der PKK gegen die türkische Regierung, braucht es weniger Diplomatie. Dort ist die Türkei - schon seit Jahren, seit einigen Monaten aber immer offensichtlicher - präsent. Im MCC, der Koordinationscenter der alliierten Schutztruppe in Zaxo, besteht eine türkisch-US-amerikanische Ko-Kommandantur. Keine Entscheidung, kein Gespräch, keine Kontrollfahrt der Alliierten kann ohne die türkischen Vertreter stattfinden. Seit ca. zwei Monaten zeigt auch der türkische Rote Halbmond (RH) Flagge. 13,5 Mio US-Dollar stellte die türkische Regierung für humanitäre Arbeit im Nordirak zur Verfügung - unter der Bedingung, daß das Hilfsprogramm nur von türkischen Angestellten des RH ausgeführt wird. So geschah es, und nun steht in jeder kurdischen Stadt ein schwer bewachtes RH-Büro mit einigen Mitarbeitern, deren alleinige Aufgabe es ist, alle Besucher zu überprüfen und auch sonstige Informationen zu sammeln.

Seit dem Krieg gegen die PKK im vergangenen Jahr existiert ein Abkommen zwischen der kurdischen Regionalregierung und der Türkei, in dem sie die Regierung verpflichtet, ihre - also die irakische - Seite der Grenze bezüglich der PKK "sauber zu halten". Dafür werden die bewaffneten irakisch kurdischen Kräfte in der Grenzregion von der Türkei bezahlt und mit Nahrung versorgt. Eine offizielle türkisches Delegation, die ihr ständiges Büro im irakisch-kurdischen Schaklawa hat, kommt alle zwei bis drei Monate in die Grenzregion, um die Einhaltung dieses Abkommens zu überprüfen. "In der Grenzregion gibt es keine PKK-Basen", lautet seit Sommer der stereotype Bericht aller dort tätigen Kommandanten. Obwohl die Grenzsicherung offiziell von dem im vergangenen Jahr gegründeten kurdischen Heer ausgeführt wird, spielen die traditionellen Autoritäten der Region eine wichtige Rolle. Ihre bewaffneten Kräfte sind es, die letzten Endes - diesmal eben in der Uniform des kurdischen Heeres - die "Grenze sauberhalten". "Andere Peschmerge würden wir nicht in unser Gebiet lassen", erklärt eines der Clan-Mitglieder entschieden. So ist es nicht verwunderlich, daß die Auslegung des Abkommens unterschiedlich ausfällt, je nachdem, welcher Partei der Clan-Führer nahesteht. Im Westen der Grenzregion, der hauptsächlich von der PDK dominiert wird, kam es in den vergangenen zwei Wochen immer wieder zu Zusammenstößen zwischen PDK und PKK Peschmerge. Obwohl die PKK alle ihre Basen in der Region abgebaut hatte, kam es immer wieder zu einzelnen Grenzüberschreitungen in Folge grenznaher Gefechte. Deshalb machte der nördliche Nachbar mehr als deutlich, daß er den Status quo zur gemeinsamen "Terroristenbekämpfung" nicht mehr für ausreichend hält.

So nahm der Druck auf den verschiedensten Ebenen seit Anfang Oktober spürbar zu. In offiziellen, offiziösen und geheimen Treffen in Silopi oder Zaxo wurde gemeinsames militärisches Vorgehen diskutiert. Als Kompromiß einigte man sich auf eine groß angelegte Razzia im gesamten Grenzgebiet in der dritten Oktoberwoche, bei der auch türkische Beobachter anwesend waren. Die Razzia dauerte fünf Tage; PKK-Basen wurden keine angetroffen. Dessen ungeachtet begannen Bombardierungen der Türkei in der

Grenzregion. Sieben Dörfer in der Sanatregion, in unmittelbarer Nähe von Zaxo, mehrere Dörfer in Berwari, etwas weiter im Osten, und zuletzt elf Dörfer im Barzangebiet. Nicht nur die Bewohner dieser Dörfer sind jetzt im Winter in die Städte gekommen - wieder einmal obdachlos. "Flüchtlinge" aus fünf anderen Dörfern berichteten, wie türkische Soldaten zu Fuß über die Grenze gekommen sind und versuchten, die Bevölkerung der Grenzdörfer zu bewaffnen, damit sie Milizdienste gegen PKK-Kämpfer übernehmen könnten. Die Leute weigerten sich und mußten ihre Dörfer verlassen, da die türkischen Soldaten sie nicht in Ruhe gelassen hätten. Ebenso wie ihre Verwandten auf der türkischen Seite, die sich vor vier oder drei Jahren geweigert hatten, den türkischen paramilitärischen Milizen ("Dorfschützern") beizutreten. Schmuggler - der häufigste Berufszweig in der Grenzregion - trauen sich nicht mehr, ihren Geschäften nachzugehen, "denn die türkischen Soldaten tummeln sich überall auf unseren Territorium". Interessant ist allerdings, daß es in der Guli Region, ebenfalls im westlichen Teil des Grenzstreifens, bislang keinerlei Luftangriffe gegeben hat. Den Guli Agas wird nachgesagt, zumindest nicht gegen die PKK zu sein, wenn nicht gar Sympathien für sie zu empfinden. In Sanat, Berwari und Barzan gab es wesentlich mehr türkisch-kurdische Kooperation, dort wurde bombardiert. Militärische Dummheit oder Berechnung? Die Frage läßt sich mit letzter Sicherheit nicht beantworten. Viele Kommentare gehen jedoch dahin, daß es den türkischen Streitkräften eher darauf ankommt, die Loyalität der Kurden zu überprüfen, als wirklich nur und in erster Linie die PKK auszulöschen.

Schon seit mehr als zwei Jahren, also seit der kurdischen Selbstverwaltung, hat die Türkei wesentlich mehr als nur militärische Mittel, der kurdischen Regierung ihren Willen aufzuzwingen. Mit der Europastraße E4 kontrolliert die Türkei den einzigen offiziellen Zugang zu der kurdischen Region. Das heißt nicht nur, daß sie ihre Grenze, über die auch die gesamten Lebensmittellieferungen in die Region kommen, nach Belieben schließen kann, internationale Lieferungen können auch nicht ohne türkische Transitgenehmigung in die Region eingeführt werden. Ein Beispiel dafür wissen Mitarbeiter einer italienischen NGO zu berichten, die monatelang auf die Transitgenehmigung für Saatgut aus Italien warteten und erst Saatgut einführen durften nachdem sie sich entschlossen hatten, bei einer türkischen Firma einzukaufen.

Die Diskussion über die Stromversorgung der kurdischen Provinz Duhok ist ein anderes Beispiel für türkische Einflußnahme. Der Strom wurde der gesamten Provinz mit mehr als 700.000 Einwohner im August von der zentralen Verteilerstelle in Mosul aus gekappt. Was das bedeutet, wenn auch Generatoren nur schwer zu bekommen sind, weil sie unter die Embargobestimmungen fallen, braucht nicht näher beschrieben zu werden. Seit 3.11.1993 gibt es nun ein technisches Abkommen zwischen dem Elektrizitätswerk Duhok und dem staatseigenen türkischen Elektrizitätsbetrieb TEK über die Lieferung von 10 MW Strom am Tag und 20 MW in der Nacht. Es gibt keinerlei technischen Grund, warum das Abkommen immer noch nicht umgesetzt worden ist. "Das hat nichts miteinander zu tun", sagen alle kurdischen Politiker unisono, wenn sie nach einer Verbindung zwischen der Stromlieferung und einer gemeinsamen Militäraktion gefragt werden. Das Gegenteil liegt auf der Hand.

In der türkischen Presse sind dann regelmäßig Berichte über das "Chaos" in dem "politischen Vakuum" im Nordirak zu lesen, mit denen das Eingreifen der "türkischen Ordnungsmacht" legitimiert werden soll. Die oben angegebenen Beispiel zeigen, daß die Türkei selber mit einer ganzen Reihe Maßnahmen aktiv an der Schaffung des vielzitierten Chaos mitwirkt. Welche Dimensionen der türkische Anteil an der Destabilisierung der Region wirklich hat, ist erst wieder in den vergangenen Tagen deutlich geworden. Bereits im Sommer wurden in der Grenzregion zweimal Anschläge gegen das Auto der amerikanischen Organisation "Global Partners" verübt. Pünktlich eine Woche vor dem Anschlag hatte es Warnungen wegen geplanter PKK-Aktionen gegen Ausländer in der Region gegeben. Gewarnt hatte die alliierte Koordinationsstelle und die Gouvernementsleitung Duhok. Bei näheren Nachfragen stellte sich heraus, daß alle Warnungen an die verschiedenen Stellen von ein und derselben Person ausgingen - die für ihre engen Beziehungen zu den Türken bekannt ist. Reine Vermutungen über türkische Provokationen wurden zu stichhaltigen Indizien, als vor wenigen Tagen zwölf Leute von der kurdischen Polizei festgenommen wurden. Sie waren auf frischer Tat ertappt worden, als sie TNT am Krankenhaus der Stadt Zaxo deponieren wollten. Die Wasserpunmpstation und das Alliierte Koordinationscenter (MCC) standen auch noch auf ihren Plan. Alle zwölf gestanden während ihrer Verhöre, sechs Wochen Ausbildung beim türkischen Geheimdienst in Sirnak erhalten zu haben. Sie waren zurückgeschickt worden, mit der Order Aktionen zu verüben, "die man der PKK in die Schuhe schieben kann". Rekrutiert werden solche Kandidaten von der "Türkmenischen Brüderlichkeitspartei" (TBP), die in Zaxo ein Büro aufgemacht hat. Der Chef dieses Büros wurde nach den Verhören ebenfalls festgenommen.

Soweit die Fakten. Wie schon erwähnt wirken sich die Versuche türkischer Einflußnahme auch auf die innenpolitische Situation in der kurdischen Region aus. Zweifelsohne ist die PDK als Partei weitgehender von diesen Versuchen betroffen als die PUK, die ihre Hochburgen eher im Süden der Region und nicht an der türkischen Grenze hat. Viele der Clan-Führer und traditionellen Autoritäten, die Mitglied der PDK sind oder ihr nahestehen, sind in der Grenzregion angesiedelt und auch ökonomisch sehr stark von dem Verhältnis zur Türkei abhängig. Ein Verhalten, das ihnen ihre ökonomische Basis, die sehr oft auf dem Schmuggelhandel mit den Türken beruht, zerstören würde, könnte zu Krisen innerhalb der Partei führen. Dazu kommt, daß die PKK im politischen Sinne eine größere Konkurrenz für die PDK darstellt, da sie sich geographisch gesehen in der gleichen Region aufhält. Immer breitere Unzufriedenheit mit der Regionalregierung, die auch im dritten Winter keine materielle Sicherheit bieten kann (aus welchen Gründen auch immer, darauf soll hier nicht eingegangen werden), könnte hier leichter in Richtung PKK kanalisiert werden als im Süden. Eine größere Bereitschaft der PDK zur bewaffneten Auseinandersetzung ist also nicht allzu schwer nachzuvollziehen. Die PUK hatte im vergangenen Jahr viel offensiver versucht, politische Beziehungen zur Türkei aufzunehmen. Talabanis Vorschläge waren bis hin zur Angliederung des "kurdischen Bundeslandes" an die Türkei gegangen. Nachdem dieser Vorschlag international nicht mehr diskutabel war, wurde die PUK zunehmend zum Ziel propagandistischer Aggression der Türkei. Bis hin zu Presseberichten im Oktober, die Talabani als "Schlange im Gras" bezeichneten. Die Beziehungen der PDK dagegen waren schon immer weniger offiziell, aber enger. Aufgegeben hat die PUK ihre "türkische Karte" sicherlich noch nicht. "Langfristig gibt es nur eine politische Lösung für die kurdische Frage in der Türkei", sagt Talabani, um dann zu erklären, daß er momentan die Bedingungen für eine erneute Waffenstillstandsoffensive nicht gegeben sieht. Dennoch - in der Türkei gibt es zur Zeit vor allem eine Zeitung, die beharrlich dazu auffordert, über eine solche Lösung nachzudenken. Sabah hatte sich im Laufe des vergangenen Jahres zu einem Sammelbecken für die Journalisten entwickelt, die Turgut Özal nahegestanden hatten. Der Chefredakteur dieser Zeitung hielt sich in der zweiten Oktoberhälfte in Irakisch-Kurdistan auf, als Gast Celal Talabanis. Auch hier scheinen sich beide kurdischen Parteien, auf sehr verschiedene "türkische Ansprechpartner" verlegt zu haben.

Was die Türkei angeht, so hat die Regierung Ciller mit dem PKK-Verbot in verschiedenen europäischen Ländern eigentlich grünes Licht für ihre Falkenpolitik erhalten. Sowohl das Verbot, als auch die fast schon schamlose Offenheit, mit der sie in der kurdischen Region und innerhalb der Alliierten Kommandostruktur Hegemonie für sich beansprucht, weisen auf internationale Billigung der türkischen Falkenpolitk und ihres Streben auf Einfluß im Mittleren Osten hin. Im Rahmen des internationalen Geschehens gibt es einige Entwicklungen, die eine solche Billigung zumindest teilweise erklären könnten. Einmal sehen die USA mit zunehmender Beunruhigung den russischen Versuchen zu, in den zentralasiatischen Republiken Einfluß zu behalten oder zurückzugewinnen. Die Türkei scheint hier als potentieller Gegenpol akzeptiert zu sein. In der Frage um die Erdölpipeline von Baku nach Europa hat sich dieser Konflikt mit am deutlichsten manifestiert. Nachdem der ehemalige Ministerpäsident Elcibey schon einen Vertrag mit der Türkei unterschrieben hatte, wurde dieser von seinem Nachfolger zurückgenommen. Jetzt liegt ein Vorschlag aus Moskau vor, die Pipeline über Rußland und Polen nach Europa zu führen. Die Türkei leistet erbitterten Widerstand dagegen(siehe Tercüman vom 4.12.1993) und dies zumindest im Sinne der USA.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Tatsache, daß sich die Türkei schon seit mehreren Monaten für eine Aufhebung des Embargos gegen den Irak stark macht und versucht, die Normalisierung der Beziehungen mit Bagdad voranzutreiben. Sie kann mit dieser Haltung eine zwar nicht sehr öffentliche, aber dafür um so wichtigere Position im sogenannten "Middle East Peace Process" einnehmen. Einerseits herrscht wohl Einstimmigkeit darüber, daß der Irak - in seiner bisherigen Form - in irgendeiner Weise in diesen Prozeß miteinbezogen werden muß. Die Zusage von Tariq Aziz in New York, alle UN Resolutionen einzuhalten, zeigt auch, daß die Regierung in Bagdad die Zeichen der Zeit erkannt hat. Gleichzeitig muß bei einer Integration des Irak darauf geachtet werden, Syrien nicht zu überfordern. Eine zu schnelle Normalisierung der Beziehungen mit dem syrischen "Erbfeind" könnte eine weitere Verzögerung der Golan-Verhandlungen zur Folge haben. Es ist also durchaus nicht auszuschließen, daß die Türkei dazu "ausersehen" wird, dem Irak die zugedachten Happen zukommen zu lassen.

Zwei wichtige Funktionen, die einerseits den totalen Krieg gegen die Kurden in der Türkei und den zunehmenden Druck gegen die Kurden im Irak zu "legitimieren" scheinen. Und es andererseits zur "Routine" werden lassen, daß die Opfer weltpolitischer türkischer Ambitionen nicht mehr nur im türkischen Teil Kurdistans zu suchen sind (was schon mehr als schlimm genug wäre), sondern zunehmend auch auf der

anderen Seite der Grenze, wo Peschmerge beider Parteien zu Razzien gezwungen sind, die sie nicht durchführen wollen. Viele haben versucht Atteste zu bekommen, um "nicht in den Bruderkrieg ziehen zu müssen, wo Menschen aus ihren frischaufgebauten Dörfer wieder herausgebombt werden, wo alle, die sich für die Ereignisse auf der türkischen Seite der Grenze interessieren, damit rechnen müssen, vom türkischen Geheimdienst dafür bestraft zu werden.

Doch die Medien haben schon recht - in beiden Teilen Kurdistans zählt das schon zur "Routine".

Ahmet Berse

Südkurdistan, den 6.12.1993

10. Krise und Umstrukturierung der Autoindustrie. Teil 1

"Reise nach Jerusalem"

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:16

Diesmal wird es anders werden. Waren die Absatzkrisen früherer Zeiten für die deutsche Automobilindustrie vor allem "Wachstumskrisen", ausgelöst durch konjunkturbedingte Einbrüche, die in den folgenden Jahren durch Kapitalakkumulation auf erweiterter Stufenleiter mehr als wett gemacht wurden, so wird es solch vergleichsweise einfachen Ausweg dieses Mal nicht mehr geben. Denn in den Hauptabsatzgebieten, den kapitalistischen Zentren in Nordamerika, Westeuropa und Japan, ist die Sättigung der Märkte für Ende der neunziger Jahre absehbar. Zugleich drängen aber, zusätzlich zu den japanischen Autoproduzenten, weitere Billiganbieter (bislang vor allem aus Südkorea, demnächst aber beispielsweise auch aus Malaysia) speziell auf den europäischen Markt.

Es herrsche ein weltweiter "Autokrieg", so der VW-Vorstandsvorsitzende Piech, und sein Einkaufschef López will in einer "letzten Schlacht" die japanische Konkurrenz besiegen. (Zeit, 6.8.93) Nicht ganz so martialisch, dafür aber etwas konkreter formuliert es der oberste Mercedes-Manager Werner: "Die Brutalität des Marktes muß im Unternehmen nachvollzogen werden." (FR, 2.9.93)

Voll erwischt hat es die in Deutschland produzierenden Autokonzerne im vergangenen Jahr. Nachdem die Produktionszahlen wiedervereinigungsbedingt bis einschließlich 1992 immer höher geklettert waren, folgte der steile Absturz. Nach den neuesten Schätzungen verringerte sich die Produktion von Kraftfahrzeugen 1993 um über 20 Prozent auf gerade noch 4 Millionen Kraftfahrzeuge (davon 3,76 Millionen PKW), um damit auf den Stand des Jahres 1984 zurückzufallen. Die Neuzulassungen hierzulande sanken parallel um 19 Prozent oder 700.000 Stück auf 3,2 Millionen (wobei sich der Anteil ausländischer Marken um ein auf 39 Prozent erhöhte); in Westeuropa insgesamt verringerten sie sich um 15 Prozent auf 11,5 Millionen Neuanmeldungen. (Handelsblatt, 28.12.)

Entsprechend brachen die Profite der meisten Konzerne ein. Die Kölner Ford-Werke (Umsatzrückgang von 22,3 auf rund 20 Mrd. DM) rechnen mit Verlusten "in dreistelliger Millionenhöhe", VW-Tochter Audi verbucht für 1993 (bei einem Rückgang der Produktion um ein Drittel und einer derzeitigen Kapazitätsauslastung von nur 60 Prozent) 200 Millionen Miese. Der VW-Konzern, der selbst 1992 rote Zahlen geschrieben hatte, hatte nach Verlusten von 1,6 Mrd. im ersten Halbjahr zunächst angekündigt, zum Jahresende ein ausgeglichenes Ergebnis zu fabrizieren (wobei für Außenstehende undurchsichtig bleibt, inwiefern zu diesem Zweck Rücklagen und ähnliches aufgelöst werden), wurde dann aber von plötzlich offenbar werdenden Verlusten der spanischen Tochter SEAT in Höhe von 2 Mrd. DM kalt erwischt. Auch der größte BRD-Konzern, Daimler-Benz, zu dessen Umsatz Mercedes Benz (30 Prozent weniger Neuzulassungen im ersten Halbjahr 1993) in diesem Jahr 65 Prozent beisteuerte (1992: knapp 70 Prozent), fuhr 1993 einen Verlust von 2 Mrd. DM ein.

Freilich sollten diese Zahlen auch nicht überinterpretiert werden. Denn zum einen haben die Autokonzerne über Jahre hinweg riesige Gewinne erzielt und verfügen über die entsprechenden Rücklagen (so plant Audi in diesem Jahr Investitionen in Höhe von 1,6 Mrd. DM), zum anderen schlagen in den Bilanzen gegebenenfalls auch "Zukunftsinvestitionen" negativ zu Buche: Daimler wendete 1993 allein für Rationalisierungsmaßnahmen und Personalabbau 2,8 Mrd. DM auf. (SZ, 16.12.93)

Stagnierende Auto-Nachfrage

Es spricht einiges dafür, daß sich die gegenwärtige Krise speziell der westdeutschen und westeuropäischen Autoindustrie in den kommenden Jahren weiter zuspitzen wird. Zunächst wird für 1994 davon ausgegangen, daß der Absatz von PKW in der BRD ebenso wie in Westeuropa nicht wesentlich über dem Stand des Vorjahres liegen wird. Und auch in Japan fiel der Absatz 1993 mit einem Rückgang von 8,2 Prozent auf den Stand des Jahres 1987 zurück. Die Fahrzeugproduktion ist schon seit über einem Jahr Monat für Monat rückläufig (erwarteter Produktionsrückgang 1993/94: gut 4 Prozent) und liegt derzeit noch bei 11,8 Millionen Einheiten pro Jahr. Bis 2000 soll die inländische Autoproduktion auf 11 Millionen Stück pro Jahr zurückgehen.

Eine japanische Studie kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Weltnachfrage von 48 Millionen Fahrzeugen im Jahr 1990 nach einem vorübergehenden stärkeren Anstieg vor allem in Nordamerika und Japan um 1995 auf lediglich 51 Millionen im Jahr 2000 steigern wird. (NZZ, 30.10.93) Hierfür wird die demographische Entwicklung in den kapitalistischen Zentren als wichtiger Grund betrachtet, so daß der prognostizierte (geringe) Zuwachs vor allem in den asiatischen Schwellenländern sowie eventuell in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR stattfinden werde. Auch eine britische Untersuchung sieht Ende der neunziger Jahre in Westeuropa die Sättigungsgrenze des Marktes erreicht und erkennt bis dahin nur noch sehr moderate Zuwachsraten. (SZ, 8.11.)

Ein heiß umkämpfter Zukunftsmarkt ist darum Ostasien. Die hiesigen Konzerne unternehmen derzeit Anstrengungen, auf dem wachsenden ostasiatischen Markt mit eigenen Fabriken präsent zu sein. Opel will Ende 1995 mit der Automobilproduktion in der Volksrepublik China beginnen. Geplant ist die Fertigung von zunächst jährlich rund 50.000 Fahrzeugen der Typen Corsa und Astra. Letzteres Modell wird bereits auf Taiwan montiert. Als weitere Produktionsstandorte in Fernost sind Indien, Malaysia, Thailand, Indonesien und die Philippinen ins Auge gefaßt. (SZ, 27.10.93) BMW hat sich für den Aufbau von Montagewerken in Vietnam und auf den Philippinen entschieden.

"Wir haben ... versucht, die Menschheit mit einer hochmechanisierten Ausstattung zu beglücken, und dabei vergessen, daß in Spanien Lohn- und Lohnnebenkosten preiswerter, in der Tschechischen Republik noch preiswerter und in China am preiswertesten sind. Es ist unsere Aufgabe, mit einer niedrigeren Mechanisierung die Menschen einzusetzen, solange sie wenig kosten, und damit ein gutes Geschäft zu machen." So tönt es am lautesten mal wieder aus dem Munde von VW-Piech, der hofft, bei der Shanghai-Volkswagen Automotive Company (ein bereits 1984 gegründetes Joint-Venture-Unternehmen mit 50prozentiger VW-Beteiligung) ein Auto zu produzieren, "das preiswerter und qualitativ besser ist als die Konkurrenzmodelle aus Japan. Wir können dann mit einem neueren Modell die Japaner an jedem Platz dieser Region, auch in Japan selbst, aufrollen." (Handelsblatt, 19.11.93) Einstweilen jedoch ist VW damit beschäftigt, das Reich der Mitte mit den schon etwas angestaubten Modellen Santana und Jetta zu beglücken, deren Ausstoß bis 1998 auf je 300.000 Stück erhöht werden soll. 1993 wurden in Schanghai etwas über 100.000 Santana produziert, ein Zuwachs von 57 Prozent gegenüber 1992, wobei der Anteil der in China selbst gefertigten Teile (der sogenannte "local content") inzwischen bei 82 Prozent liegt. Des weiteren werden derzeit über 10.000 Audi 100 in der nordchinesischen Stadt Changchun produziert (geplante Aufstockung bis 1996 auf 30.000), die von der chinesischen Regierung zum einzigen Dienstwagen für höhere Beamten erklärt worden sind.

Die genannten Zahlen lassen jedoch erkennen, daß zumindest in diesem Jahrzehnt die boomenden ostasiatischen Märkte für die Autokonzerne der kapitalistischen Zentren lediglich ein Zubrot darstellen (der derzeit quantitativ schon etwas bedeutendere südkoreanische Markt ist für Importeure bislang versperrt) und der Zugang auf den (stagnierenden) japanischen Markt für nichtjapanische Konzerne traditionell schwierig bleibt. Der in den den nächsten Jahren bevorstehende Verdrängungswettbewerb wird folglich auf den (stagnierenden) Märkten in Westeuropa und Nordamerika stattfinden.

Ausbau der Überkapazitäten

Widersinnig zwar, aber aus der Logik des zugespitzten kapitalistischen Konkurrenzkampfes folgerichtig ist die Branche zu diesem Zweck gerade dabei, ihre riesigen Überkapazitäten weiter auszubauen, zugleich aber auch mit der Errichtung völlig neuer Fabriken die Schließung veralteter Produktionsanlagen vorzubereiten. Bereits 1992 lag die weltweite Produktionskapazität bei 71 Millionen Fahrzeugen (die vom Chef des Ford-Konzerns als 20prozentige Überkapazität gewertet wird); sie soll für 2000 auf 78 Millionen Stück Jahresproduktion erweitert werden - die gerade erwähnte Ford Motor Company ist bis 1998 mit 30 Mrd. Dollar Investitionen allein in Nordamerika dabei. Es geht zu wie bei dem bei jung und alt beliebten Spiel "Reise nach Jerusalem": Eine größere Anzahl von Menschen bewegt sich um eine kleinere Anzahl von Stühlen. Wenn dann plötzlich die Musik unterbrochen wird, bleiben welche übrig, die keinen Platz ergattern konnten und müssen aus der Runde ausscheiden.

Die fünf südkoreanischen Autohersteller (Hyundai, Daewoo, Kia, Ssang Yong und Asia) planen Investitionen von 10 Mrd. Dollar, um bis zum Jahr 2000 ihre Produktionskapazität auf dann 5,2 Millionen zu verdoppeln (NZZ, 30.10.93), davon ein guter Teil für den Export (1993: 620.000 Stück). Zugleich lassen die südkoreanischen Konzerne bereits im Ausland montieren: in Kanada (Hyundai), Iran (Kia) oder Spanien

(Ssangyong). Weitere Werke sind in China, Vietnam und Libyen geplant. Demnächst werden in hiesigen Breiten auch Autos der Marke Proton gesichtet werden können. Dieses malaysische Unternehmen (an dessen Entwicklung, ebenso wie das bei den südkoreanischen Marken der Fall ist, ein japanischer Konzern beteiligt war) exportierte bereits 1992 gut 15.000 seiner Mittelklasse-Modelle nach Großbritannien; ab Mitte 1994 sollen fürs erste Jahr im übrigen Europa 8.000 Exemplare ihren Weg zu den Käuferinnen und Käufern finden.

Während in Japan die Autoproduktion bis zum Jahr 2000 vermutlich um 10 Prozent auf knapp 11 Millionen heruntergefahren wird und japanische Konzerne in den USA und Westeuropa "freiwilligen" Importrestriktionen unterliegen (und zugleich in Japan produzierte Wagen aufgrund des hohen Yen-Wechselkurses hierzulande nicht mehr unbedingt Billigmodelle sind), sind die japanischen Konzerne dazu übergegangen, ihre Gefährte doch gleich in den konkurrierenden kapitalistischen Zentren herstellen zu lassen. Die Produktion außerhalb Japans soll sich demnach von 4 Millionen Fahrzeugen im Geschäftsjahr 1990/91 über 6,4 Millionen Einheiten 1995/96 (davon 2,7 Millionen in Nordamerika, 2 Millionen in Asien und 1,2 Millionen in Europa) auf 7,9 Millionen im Jahr 2000 nahezu verdoppeln. (NZZ, 30.10.93; FAZ, 27.8.93) Eine Strategie, die sich bisher bezahlt gemacht hat: Während sich im Vorjahr die japanischen Exporte nach Europa um 200.000 Stück reduzierten, erhöhten die japanischen Hersteller gleichzeitig den Ausstoß aus ihren europäischen "transplants" um 100.000, so daß sie im europäischen Auto-Krisenjahr 1993 ihren EG-Marktanteil von 11,3 auf 12,5 Prozent erhöhen konnten.

Die BRD-Autokonzerne tun ihr übriges, um in den kommenden Stürmen der weltweiten Überproduktionskrise nicht unterzugehen. Sie suchen die Krise zu nutzen und ihre Produktion zum Zwecke der Effektivierung umzustrukturieren und neu zu organisieren - Massenentlassungen und Lohnsenkungen selbstverständlich inclusive. Klappern gehört dabei zum Geschäft, und die Großsprecher von VW sind dabei die besten. López: Es nütze nichts, japanische Fertigungsmethoden und Verbesserungen zu kopieren. Die asiatische Konkurrenz könne nur mit "Qualitäts-Quantensprüngen" überholt werden. Und: Nicht allein KVP ist angesagt, sondern KVP (kontinuierlicher Verbesserungsprozeß) "hoch 2". Bei Mercedes soll schon in diesem Jahr die Produktivität um 15 Prozent gesteigert werden, um dann in weniger als vier Jahren den 30-Prozent-Vorsprung der Japaner eingeholt zu haben. Da freilich die Konkurrenz nicht stehenbleibe (Mercedes-Chef Werner: "Die Amerikaner haben bei der Produktivität die Japaner inzwischen überholt"), müsse sich Mercedes, so Werner, mittelfristig sogar um 40 Prozent verbessern. (FR/SZ, 2.9.93)

Massenentlassungen

und Lohnkürzungen

Die konzertierte Aktion des Automobilkapitals läuft auf eine Totalrevision der bisherigen Produktionsbedingungen hinaus. Der naheliegendste Schritt ist zunächst die Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft. Seit dem Höchststand der Beschäftigung Mitte 1991 mit damals 787.000 Leuten (Zulieferer mit eingerechnet) sind Ende 1993 in bundesdeutschen Werken nur noch 660.000 übrig. Weitere 50.000 Menschen werden vermutlich schon in diesem Jahr ihre Entlassungspapiere in Empfang nehmen müssen. (In dieser Zahl sind die 30.000 Beschäftigten, deren Entlassung der VW-Vorstand angedroht hatte, bis es zur Einigung auf die Vier-Tage-Woche kam, schon nicht mehr enthalten.)

Nachdem bei Mercedes bereits 1992/93 23.000 entlassen wurden, will der Konzern die erwähnte 15prozentige Produktivitätssteigerung im laufenden Jahr mit 14.000 Beschäftigten weniger schaffen, die Hälfte davon im LKW-Bereich. Es handelt sich hierbei um Arbeitsplätze im "indirekten Bereich, nicht aber am Band" (SZ, 2.9.93), wozu vermutlich die 3.000 Menschen (von 8.500) aus der Entwicklungsabteilung rechnen, deren Entlassung für 1994 schon beschlossen ist, oder jene aus den höheren Etagen, die der geplanten Einebnung der Hierarchie von sechs auf vier Ebenen zum Opfer fallen. Daß Mercedes gleichzeitig das Weihnachtsgeld reduziert hat und persönliche Kleindarlehen, finanzielle Unterstützung bei Geburten und die seit Jahrzehnten gewährte Einkleidungsbeihilfe für Mitarbeiter-Kinder bei Kommunion oder Konfirmation sowie Blumen bei diversen Anlässen abgeschafft hat, mag vor dem Hintergrund der Entlassungswellen nicht allzu tragisch sein, ist aber dafür um so mehr ein ideologisches Signal, weil "wir alle" (so Mercedes-Vorstandsvorsitzender Werner) "uns mit dem Gedanken abfinden müssen, daß wir aus der Gemeinschaft des sozialen Komforts wieder zu einer Kampf-Gemeinschaft werden". (stern, 15.7.93) An die Stelle der gestrichenen Erholungs- und Jubilaraufenthalte dürfte jetzt der Besuch eines der geplanten "Leistungszentren" treten.

Mit der schwer zu überprüfenden Behauptung, der neue Mini-Mercedes ("A-Klasse"), der ab 1997 mit 200.000 Kleinwagen pro Jahr vom Band laufen soll, sei in der Tschechischen Republik um jährlich 200 Millionen und selbst in Frankreich noch um 136 Millionen DM kostengünstiger zu produzieren, handelte der Konzern dem Gesamt-Betriebsrat die Einwilligung ab, daß 1995 und 1996 alle inländischen Mitarbeiter jeweils auf einen Prozentpunkt aus einer Tariferhöhung verzichten, indem dieser auf die übertarifliche Bezahlung angerechnet wird. In Rastatt selbst wird eine Schicht am Samstag zur Regelarbeitszeit. Dafür soll es bis zum 30. Juni 1995 keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Für die oben genannten 14.000 "Mitarbeiter" werden nun ein "Frühpensionierungsprogramm" aufgelegt und Ausscheidungsvereinbarungen vorbereitet. Allerdings: Daimler-Chef Reuter "stellt den Kündigungsausschluß unter den Vorbehalt, daß die Ziele des Abbauprogramms auf freiwilliger Basis erreicht werden". (FR, 16.12.93) Den genannten Zeitraum bis Mitte 1995 darf die verbleibende Belegschaft durchaus als Galgenfrist interpretieren, denn laut Werner besteht trotz der Vereinbarungen ein "erheblicher Personalüberhang", der bis dahin durch eine Reduzierung der Arbeitszeit um bis zu drei Stunden pro Woche und durch Kurzarbeit ausgeglichen werden soll.

Ford will die Massenentlassungen schon hinter sich gebracht haben. Europaweit wurde die Zahl der Beschäftigten um 12.000 auf 83.000 gesenkt, bei Ford in Köln wurden dabei 4.000 in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Opel hat an seinen drei deutschen Standorten nach der Entlassung von 6.000 Menschen im Vorjahr noch knapp 50.000 Werktätige in Lohn und Brot stehen; 1994 sollen nicht mehr als noch einmal 1.000 rausfliegen. Dafür sollen vier Jahre lang nur noch zwei Drittel der jeweiligen Tariferhöhungen ausgezahlt werden, mindestens aber 2 Prozent. Das Weihnachtsgeld 1993 wurde vorläufig nur zu 70 Prozent ausgezahlt, die restlichen 30 Prozent werden im März 1994 überwiesen unter der Bedingung, daß sich bis dahin Geschäftsleitung und Betriebsrat auf ein 75-Millionen-Einsparprogramm geeinigt haben. Eine Kopplung des Weihnachtsgeldes mit der Anwesenheitsquote konnte verhindert werden, doch stimmte der Betriebsrat "Maßnahmen zur Verringerung der Abwesenheitsquoten" zu. Eine Vier-Tage-Woche soll es nicht geben.

Verlagerung der Produktion nach Osteuropa

Entlassungen und erpreßte Lohn- und Gehaltskürzungen hindern die Konzerne natürlich nicht daran, daß sie trotzdem damit beginnen, Teile ihrer für die hiesigen Absatzmärkte bestimmten Produktion nach Osteuropa zu verlegen. "Nicht nur als Absatz-, sondern vor allem als Beschaffungsmärkte der Zulieferindustrie - einschließlich Produktionsverlagerungen - werden Polen, Ungarn und die Tschechische Republik zudem immer interessanter. Auch wenn in Spanien und Portugal die Produktion deutscher Marken noch wächst, sei die allgemeine Orientierung nach Osteuropa deutlich zu erkennen. Dies biete auch Vorteile gegenüber der französischen Konkurrenz", verlautet aus dem Munde des Geschäftsführers des Verbandes der Automobilindustrie. (SZ, 28.12.93) Opel wird ab Mitte 1994 in einem Joint Venture (mit 50prozentiger Beteiligung) zunächst 10.000, später dann 30.000 Astra-Modelle jährlich in Polen montieren lassen.

Zu einem Montagewerk wird offenbar gerade auch das traditionsreiche tschechische Automobilwerk Skoda degradiert. Nachdem VW bei der Teilübernahme des Werkes Anfang 1991 (zunächst 31 Prozent der Anteile) Investitionen von 7,1 Mrd. DM angekündigt hatte, werden es jetzt nur noch 3,7 Mrd. sein. (Durch die geplanten Investitionen wird sich allerdings das Besitzverhältnis bis 1995 umgekehrt haben. Dann wird VW einen 70 Prozent-Anteil an Skoda besitzen.) Die wichtigste Kürzung besteht darin, daß anstelle der vorgesehenen Motorenfertigung am Skoda-Standort Rumpfmotoren aus dem VW-Konzernverbund bezogen und lediglich montiert werden. Dies hat in der Tschechischen Republik zu einiger Verbitterung geführt, zumal der tschechische Staat immer noch die Mehrheit im Unternehmen hält, aber trotzdem nicht in der Lage war, sich dem Diktat aus Wolfsburg zu entziehen. Darüber hinaus soll auch die Produktion einzelner Komponenten wie Auspuff- und Bremsanlagen an Fremdfirmen vergeben werden, denen Skoda lediglich die Montagehallen zur Verfügung stellt. Für dieses lupenreine "lean production"-Konzept (siehe Teil 2 des Artikels im folgenden ak) hält VW-Chef Piech folgendes Lob bereit: Skoda sei das "einzige Werk in Europa, das es mit japanischen Preisen aufnehmen kann. Diese Stärke werden wir bis zum Exzeß nutzen." (SZ, 18.12.; Handelsblatt, 20.12.93) Kleiner Tropfen auf dem heißen Stein: Mit der Androhung eines Bummelstreiks konnte die Skoda-Belegschaft für 1993 ein 13. Monatsgehalt durchsetzen.

Daß die erwähnte fast 50prozentige Kürzung der VW-Investitionen bei Skoda im Sinne des Piech-"Lobes" auf einer wohldurchdachten Kostenstrategie beruht, deutet eine Bemerkung des stellvertretenden (deutschen) Skoda-Vorstandes an: "Wenn statt 7,1 Mrd. DM nur 3,7 Mrd. DM zu finanzieren sind, dann reduziert das natürlich wesentlich die Fixkosten." (Tagesspiegel, 30.11.93) Was es damit auf sich hat, läßt sich bei dem in

Osteuropa führenden westlichen Automobilkonzern Fiat (Jahresproduktion in Polen: 280.000 Stück, davon 200.000 vom Typ Cinquecento, die ausschließlich nach Westeuropa ausgeführt werden) studieren: "Beim Gang durch die Produktion fällt vor allem die im Vergleich zu westlichen Werken hohe Personalintensität einiger Bereiche auf. Das ist angesichts eines Durchschnittslohns von 250 Dollar und einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden (inclusive ein Samstag pro Monat) auch kein Wunder. Ein höherer Automatisierungsgrad wird deshalb auch gar nicht angestrebt." (SZ, 11.12.93) Mit anderen Worten: Das Kapital ist bestrebt bzw. gezwungen, seinen Profit durch verstärkte Nutzung und Ausbeutung des "flexiblen Teils des Kapitals", sprich: der menschlichen Arbeitskraft zu erhöhen.

Ein kleiner Lichtblick auch hier: 1992 legte ein Streik die Produktion bei Fiat in Polen für anderthalb Monate lahm. Daraufhin kam es zu etlichen Lohnerhöhungen.

J./Westberlin

Teil II des Artikels im kommenden ak wird sich mit den künftigen Produktions- und Angebotsstrategien der Autoindustrie beschäftigen.

11. Die "Zapatistische Nationale Befreiungsarmee" (EZLN). Interview mit einem Guerillaführer der EZLN in Chiapas, Mexiko

Autor: AIPIN · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:35

Seit wann existiert Ihre Organisation?

Am 1. Januar diesen Jahres erklärten wir dem Feind den Krieg, aber unsere Organisation wurde schon vor vielen Jahren aufgebaut. Sie entstand nach dem Massaker an den Studenten (im Oktober 1968, Anm. Übers.). Zuerst wurden Guerillagruppen gebildet, die lediglich durch die Berge streiften. Dann vergrößerte sie sich und dehnten sich aus. Es kamen Campesinos, Lehrer sowie weitere Gruppen dazu und so formierten wir die "Zapatistische Nationale Befreiungsarmee" (EZLN).

Was veranlaßte die Campesinos, sich Ihrer Bewegung anzuschließen?

Die Campesinos kamen zu uns, weil sie mit ihrer Lage unzufrieden waren. Sie warteten schon jahrelang auf die Lösung unserer Probleme. Es sind Jahre der Armut und mangelnder Bildung. Deshalb entschlossen wir uns, den Krieg zu beginnen. Wir legten den 1. Januar fest. Es gelang uns einige Punkte in Chiapas einzunehmen und damit dem Feind Schläge zu versetzen. Wir besetzten Radios und Regierungsdienststellen. Unser Kampf ist mittlerweile im ganzen Land und sogar international bekannt. Wir wollen, daß allen klar ist, daß wir keinen schmutzigen Krieg führen, sondern mit sauberen Mitteln kämpfen. Wir wollen mehr als nur die Regierung auswechseln. Unser Krieg hat zum Ziel, den Kapitalismus auszulöschen und den Sozialismus einzuführen, wie es auch in vielen anderen Ländern gemacht wurde.

Sind Sie bereit, die Waffen niederzulegen?

Wir sind unter keinen Umständen bereit, die Waffen niederzulegen. Wir werden es akzeptieren müssen, daß wir Verwundete haben. Sie können uns auch Niederlagen beibringen. Aber wir werden niemals die Waffen abgeben. Wir werden mit der Waffe in der Hand bis zum Sieg für die Revolution kämpfen. Das ist unser Ziel.

Was ist für Sie der Unterschied zwischen Guerilla und Armee?

Als Guerilla waren wir in den Bergen ohne die Unterstützung der Gemeinden. In den Dörfern gaben sie uns gar nichts. Aber nachdem wir politische Arbeit in den Städten und mit den Massen gemacht hatten, traten mehr Campesinos in die Guerilla ein. Sie wuchs sehr stark. Das war 1983. In diesem Moment wurde die Armee gegründet. Wir nennen uns so, weil wir wie eine Armee strukturiert sind. Wir haben eine militärische Organisation und militärische Ränge, genauso wie die Bundesarmee. Aber wir sind etwas anderes. Wir sind eine Armee des Volkes und nicht der Bourgeoisie. (...)

Warum wollen Sie denn ein sozialistisches System? Wir haben doch gesehen, daß es auch in den Ländern, in denen dieses System praktiziert wurde, Armut und Ungleichheit gibt und daß auch dort Leute verhungern.

Ja, das ist eine Sache. Aber man muß verstehen, daß Mexiko nicht dasselbe ist, wie andere Länder. Auch die Bewohner sind unterschiedlich. (...)

Die Regierung sagt, daß sie die Lage im Griff hat und daß es keine Unzufriedenheit gibt.

Nein, das stimmt nicht. Es gibt viele Leute, die mit der Regierung nicht einverstanden sind. Erstens gibt es in Mexiko keine Demokratie. Das ist eine grundsätzliche Sache und das wissen alle. Wenn der Präsident ausgewechselt wird, fragen sie uns nicht, ob wir mit dem Kandidaten einverstanden sind oder nicht. Wenn wir die Nachrichten im Fernsehen oder im Radio hören, ist es so, daß der Kandidat schon ernannt ist, ohne daß wir gefragt wurden. Es bleibt nur noch die Frage, ob er die Wahlen gewinnt oder nicht. Das ist allen Compañeros klar. Jetzt, mit dem Freihandelsabkommen NAFTA, der Enteignung des Erdöls und mit vielen anderen Veränderungen, gibt es viele weitere Gründe.

Warum haben Sie denn solange gewartet, bis Sie aufgetaucht sind? Sie haben doch gesagt, daß Sie schon seit langer Zeit stark sind.

Weil wir uns von anderen unterscheiden. Wir sind eine anderes Heer als in der UdSSR und in anderen Ländern. Wir haben zuerst eine Guerilla aufgebaut, dann gründeten wir das Heer. Wir haben auch Milizkräfte, die uns unterstützen. Wir sind professionelle Soldaten.

Wollen Sie die Zonen, die Sie erobert haben, unter Ihrer Kontrolle halten oder haben Sie eine andere Strategie?

Wir haben vor, sie zu halten und die Zivilbevölkerung zu verteidigen. Denn wir wisse, daß die Armee sie mißhandeln wird, wenn sie die Gebiete zurückerobert. (...)

Sie sprachen davon, daß es lange dauerte, bis die Campesinos Bewußtsein hatten. Ist dies ein Krieg der Waffen oder der Ideologie?

Wir entwickeln einen bewaffneten Kampf, eine politisch-ideologische Auseinandersetzung und einen Wirtschaftskrieg. Etwas anderes können wir nicht machen.

Das Interview ist redaktionell gekürzt. Es wurde mit dem EZLN-Führer am 2./3. Januar von einem namentlich nicht genannten Journalisten in der Nähe von Ocosingo geführt. Die indianische Presseargentur AIPIN verbreitete es und Al., Nürnberg, hat es überarbeitet und übersetzt.

12. Bauernaufstand in Mexiko. Guerilla-Offensive überrascht die Weltöffentlichkeit

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:36

Die bis dahin unbekannte "Zapatistische Nationale Befreiungsarmee" (EZLN) begann am 1. Januar 1994 um 0.30 im mexikanischen Bundesstaat Chiapas eine Offensive, an der mehrere hundert Guerillas teilnehmen. Trotz massiven Einsatzes schwerer Waffen konnte die Erhebung von der Armee auch eine Woche nach deren Beginn nicht niedergeschlagen werden. Die Gefechte dauern an. Wir fassen die wichtigsten Ereignisse und Reaktionen zusammen.

"Wir waren es satt, auf unsere friedlichen Mobilisierungen keine Antwort zu bekommen und statt dessen bedroht, verfolgt und eingesperrt zu werden", antwortete Guerillakommandant "Manolo" nach der Besetzung des Gemeindehauptortes Las Margaritas auf die Frage, warum sie zu den Waffen gegriffen hätten. Die bis dahin in der Öffentlichkeit unbekannte "Zapatistische Nationale Befreiungsarmee" (EZLN) nahm am 1. Januar im südlichen mexikanischen Bundesstaat Chiapas völlig überraschend fünf Gemeindehauptorte ein: San Cristóbal de las Casas, Las Margaritas, Altamirano, Chanal und Ocosingo. Diese Orte liegen jeweils mehrer Dutzend Kilometer auseinander. Sie grenzen an dünnbesiedelte und schwer zugängliche Dschungel- und Bergregionen und sind mehrheitlich von Tzotzil-, Tzeltal- und Tojalabal-Indianern bewohnt. Einige Gemeinden grenzen direkt an Guatemala. Auf der anderen Seite der Grenze operieren seit Anfang der siebziger Jahre das "Guerillaheer der Armen" (EGP) und die "Revolutionäre Organisation des Volkes in Waffen" (ORPA), zwei Organisationen die dem Guerillaverband URNG angehören und mehrheitlich von Indianerinnen und Indianern gebildet werden.

Die perplexen mexikanischen Polizisten konnten nicht verhindern, daß die Guerillakräfte der EZLN, die offenbar hauptsächlich von verarmten Campesinos und Indianern der Region gebildet wird, sich der Gemeindeverwaltung dieser fünf Orte bemächtigten. Weil sie die Erhebung in einem indianisch geprägten Bundesstaat durchführte und der EZLN offenbar viele Indianer angehören, wird vielfach von einem Indio-Aufstand gesprochen. Bevor die mexikanische Regierung wußte, wie ihr geschah, standen bereits die Archive der Gemeinde- und Justizverwaltungen in Flammen. Die Rebellen nahmen Rundfunkstationen ein, brachten 1500 kg Dynamit unter ihre Kontrolle und verlasen ein Kommuniqué, in dem der mexikanischen Regierung der Krieg erklärt wird. Am Sonntag, dem 2. Januar begannen um 13.15 Uhr die Gefechte mit den eiligst herbeigeschafften Truppen der mexikanischen Bundesarmee.

Die Aktionen der Aufständischen

Nach dem ersten Paukenschlag verlasen Rebellensprecher über besetzte Radios logistische Nachrichten. Die Regierung schwieg. Die Nachrichten in den Massenmedien waren zunächst sehr spärlich. Die Armee verstärkte ihre Präsenz in der 200 km von den Vorfällen entfernten Gemeinde Palenque sowie in den anderen Gegenden von Chiapas. Am nächsten Tag kam es zu den ersten Gefechten. Die Aufständischen zogen sich geordnet aus der 80.000-Einwohner-Stadt San Cristóbal de las Casas zurück, nachdem sie öffentliche Gebäude zerstört und die Mauern der Stadt mit Parolen gegen die Regierung, die Armee und die Freihandelszone NAFTA bemalt hatten. Radio und Fernsehen waren unterbrochen. Die EZLN sprengte mehrere Brücken, nahm die Gemeindehauptorte Oxchuc und Huixitàn sowie den Ort Guadelupe Tepeyac ein. 40 Aufständische entführten den ehemaligen Gouverneur der Provinz Chiapas, General Castellanos Dominguez, und flohen mit seinem LKW Richtung Urwald. Eine andere Einheit stürmte das außerhalb von San Cristóbal de las Casas liegende Gefängnis und befreite etwa 170 Häftlinge. Das Wachpersonal floh oder verkleidete sich als Gefangene. Die "Zapatistische Nationale Befreiungsarmee" griff die Armeekasernen in der Nähe von San Cristóbal de las Casas an. Sie entführte mehrere reiche Viehzüchter, teilweise auch deren Familienangehörige. Später wurden zwei gefangene Viehzüchter erschossen, andere konnten entkommen. Das Haus und fünf neue Autos eines Grundbesitzers wurden niedergebrannt. In Las Margaritas versorgten die EinwohnerInnen die Aufständischen mit Lebensmitteln. In mehreren Orten schlossen sich Teile der EinwohnerInnen den Aufständischen an.

In den nachfolgenden Tagen brachte die mexikanische Armee mehr als 12.000 Soldaten, Dutzende Kampfhubschrauber und ungezählte Panzerfahrzeuge in die Region, um die Rebellen aus den

Gemeindehauptorten zu vertreiben. Gleichzeitig verlautbarte Präsident Salinas de Gortari, seine Regierung suche eine friedliche Lösung. Der Truppenaufmarsch in der Region, der ohne Beispiel ist, straft diese Aussagen Lügen. Das von den Rebellen bereits verlassene San Cristóbal de las Casas wurde völlig militarisiert und von der Umwelt abgeschnitten. Die Regierungstruppen unterbrachen auch die Zufahrt zu den übrigen besetzten Orten. Die Presse wurde zunächst ausgesperrt und hunderte Touristen wurden mit Omnibussen weggeschafft. An Straßensperren, die von der EZLN errichtet wurden, sowie in mehreren Ortschaften kommt es zu schweren Kämpfen.

Die Armee setzt massiv Kampfhubschrauber und Flugzeuge ein, um angebliche Rebellenstellungen in der Umgebung der Gemeindehauptorte zu bombardieren. Die kriminellen Bombardements reichten bis auf 50 Meter an ein großen Depot von Butangas heran, mit dem San Cristóbal de las Casas versorgt wird. Die spanische Zeitung "El Pais", die mehrere Korrespondenten vor Ort hat, läßt keinen Zweifel daran, daß "die Bomben und Geschosse auf Zonen niederhagelten, die von den Campesinos, die mit dem Konflikt nichts zu tun haben, dicht besiedelt sind" (El Pais, 4.1.1994).

In mehreren Orten brach die Guerillas Supermärkte auf und verteilte die Waren an die Bevölkerung. Mehrere Reporter, die von EZLN-Kräften gefangengenommen wurden, wurden von diesen nach einer einstündigen Beratung und der Zahlung einer geringen "Kriegssteuer" wieder freigelassen. In den folgenden Tagen übernahm die Regierungsarmee, teilweise nach blutigen Auseinandersetzungen mit den schlecht bewaffneten Aufständischen, wieder die Kontrolle über die meisten Gemeindehauptorte und verwandelte sie in Festungen. In einigen Orten wie Ocosingo kehrte eine gespenstische Friedhofsruhe ein. Die Armee verhängte Ausgangssperren. Die Guerillas der EZLN zogen sich in die umliegenden Berge zurück, wo sie von einem Armeegroßaufgebot gejagt werden. Andere Orte wie Chanal sind auch eine Woche nach Beginn der aufständischen Offensive noch in den Händen der EZLN. Eine Woche nach Beginn der Angriffe dehnte diese ihre Aktionen auch auf andere Bundesstaaten aus. Am 7. Januar wurden in Tehuacán (Bundesstaat Puebla) und in Urupán (Bundesstaat Michoacán) jeweils ein Hochspannungsmast niedergerissen. Am Tag darauf kam es in Mexiko-Stadt zu zwei Bombenanschlägen. Alles deutet darauf hin, daß es der Regierungsarmee trotz eines Großaufgebots an Soldaten und Material nicht so schnell wie von ihr erhofft gelingen wird, die Rebellenbewegung zu besiegen.

Menschenrechtsverletzungen der Armee

Die mexikanische Armee hat sich bei der Bekämpfung der Rebellion in Chiapas massive Menschenrechtsverletzungen zuschulden kommen lassen. Sie bombardiert laufend von Zivilpersonen bewohnte Gebiete, was eine Massenflucht der indianischen Landbevölkerung hervorrief. Die katholische Kirche von San Cristóbal versucht, die Flüchtlinge mit dem Notdürftigsten zu versorgen. Die Straßen sind mit Toten gesäumt. "El Pais" berichtete am 7. Januar, daß es "noch gestern auf den Straßen und an den Ortsausgängen von Ocosingo, Altamirano, Cuxujla, Oxchuc oder der Gegend von San Cristóbal de las Casas Leichenberge" gab. "Es handelte sich um Guerilleros, denn die anderen, die (Leichen, Anm. ak) von Alten, Frauen und Kindern wurden von den Soldaten rechtzeitig weggebracht, damit sie die Journalisten mit ihren Kameras nicht photographieren konnten" (El Pais, 7.1.1994). Am Tag darauf zitiert dieselbe Zeitung Berichte von US-Menschenrechtsorganisationen, die vor Ort feststellen mußten, daß zumindest "21 Rebellen außerhalb von Kampfhandlungen" getötet wurden. Sie wurden von der Regierungsarmee gefangengenommen und hingerichtet. Entsprechende Bilder gingen durch die Weltpresse. Insgesamt sind mindestens mehrere hundert, vielleicht sogar über eintausend Opfer zu beklagen. Aufgrund der Behinderung durch die Regierungsstellen gibt es keine genauen Daten. Die Arbeit der Presse wurde so effektiv behindert, wie es eben geht. Mehrere Reporter wurden verwundet. Ein Konvoi von drei Autos mit akkreditierten Journalisten, der an einer Militärsperre aufgehalten und umdirigiert wurde, entkam einem gezielten Bombardement von zwei Flugzeugen nur knapp. Die mit weißen Tüchern und Pressehinweisen weithin sichtbar gekennzeichneten Autos wurden von Kugeln durchsiebt. Wie durch ein Wunder kamen alle Journalisten unverletzt davon.

Hintergründe: Chiapas

Der Bundesstaat Chiapas, der an Guatemala grenzt und dessen 3,3 Millionen Einwohner zu etwa 28% mehr als einem Dutzend indianischer Ethnien angehören, rangiert am untersten Ende aller Sozialstatistiken Mexikos. Die Verhältnisse in diesem Bundesstaat sind am ehesten mit den Verhältnissen in Mittelamerika zu vergleichen. In der Region leben außerdem etwa 100.000 mittelamerikanische Flüchtlinge, die nicht registriert

sind. Hier gibt es die meisten Toten aufgrund von Fehlernährung, 33% der Einwohner gelten als "schwer fehlernährt", bei den Minderjährigen liegt die Zahl sogar bei 77%. Die Analphabetenrate liegt bei 33%; 62% beenden die Primarschulausbildung nicht. Die Zahl der Familien mit Einkommen, die unter dem Minimallohn liegen, erreicht Spitzenwerte. 80% der Bevölkerung muß mit weniger als 100 US-$ pro Monat auskommen, kann die grundlegenden Bedürfnisse nicht befriedigen. Die Wohnsituation ist miserabel. Dazu kommt die rassistische Diskriminierung der indianischen Ethnien, die auch nicht dadurch aufgehoben wurde, daß es Gesetze gibt, nach denen Mexiko ein multi-ethnisches Land ist.

Mexiko zeichnet sich besonders dadurch aus, daß es an sozialreformerischen Sonntagsreden und Politikerversprechen nicht fehlt. Die soziale und politische Realität hat jedoch mit diesen Worten oder auf Papier gedruckten Versprechungen in den allermeisten Fällen wenig zu tun. Aus diesen Gründen gab es in den siebziger Jahren eine breite Bewegung, die gegen die örtlichen Machthaber, die Kaziken, um Land kämpfte. Ende der achtziger Jahre gab es in der Lehrergewerkschaft, die von linken Kräften dominiert wurde, heftige Auseinandersetzungen, bis sie von der Staatspartei PRI, die seit Ende der zwanziger Jahre ununterbrochen an der Macht ist, wieder unter Kontrolle gebracht wurde. Im Mai vergangenen Jahres gab es in Altamirano einen ersten Zwischenfall, an dem bewaffnete Campesinos und Soldaten beteiligt waren. Mindestens ein Offizier und ein Zivilist starben. Danach wurde ein Guerilla-Camp entdeckt und mehrere Tzeltal-Indianer wurden festgenommen. In den Folgemonaten durchkämmte die Armee diesen Bereich mit 1.000 Soldaten und bombardierte ihn, ohne daß dies offiziell zugegeben worden wäre.

Erste Reaktionen

Die katholische Kirche von Chiapas reagierte schnell. Sie verurteilte die Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung und forderte beide Seiten zu Verhandlungen auf. Der Bischof von San Cristóbal, den Rom seit Monaten abzusägen versucht, weil er als zu links gilt, bot sich als Vermittler an. Bischof Samuel Ruiz wäre sicherlich eine Person, der die Aufständischen Vertrauen entgegenbringen könnten. Die Rebellen brachten ihn und Rigoberta Menchú als Vermittler ins Gespräch. Die Kirche wies Vorwürfe zurück, katholische Geistliche und Diakone, die Anhänger der "Theologie der Befreiung sind", arbeiteten mit der "Zapatistischen Nationalen Befreiungsbewegung" zusammen.

Präsident Salinas de Gortari forderte die Rebellen zur Waffenniederlegung auf und bot eine Amnestie an. Er betonte, er wolle einen friedlichen Ausgang. Die Taten der Armee sprechen eine andere Sprache. Die Regierung sowie regierungsfreundliche Zeitungen und Intellektuelle wie Octavio Paz zeigen sich sehr besorgt, daß Mexikos Prestige Schaden nehmen könnte.

Am 1. Januar trat das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft und genau an diesem Tag begann an der Südflanke des größten Marktes der Welt der bewaffnete Konflikt. Hier, sowie in den möglichen Rückwirkungen auf die mexikanischen Präsidentschaftswahlen, die für Mitte des Jahres vorgesehen sind und deren Gewinner eigentlich schon feststand, liegt die politische Brisanz der aufgeflammten Krieges. Die US-Regierung entsandte Beobachter vor Ort. Verschiedene mexikanische Regierungsstellen gestanden zu, daß die Rebellion mit der miserablen sozialen Situation zu tun habe. Dennoch wurden Gerüchte ausgestreut, wonach "Ausländer" - sprich die guatemaltekische Guerilla - hinter dem Austand steckten. Angeblich sollen auch Flugblätter aufgetaucht sein, in denen der "Leuchtende Pfad" als Vorbild genannt worden sei. Bisher konnten die mexikanischen Behörden aber noch keinen einzigen Ausländer und auch keine Beweise für angebliche Außensteuerung präsentieren.

Es bleibt festzuhalten, daß sich in jahrelanger geheimer Vorarbeit eine Guerillaorganisation mit einer derartigen Schlagkraft bilden konnte. Dies ist jedoch nicht einmalig. Im benachbarten Guatemala arbeiteten das EGP vier Jahre und die ORPA sogar acht Jahre völlig im Geheimen, bevor sie ihre militärischen Aktionen begannen.

Al., Nürnberg 10.1.1994

13. Das neue russische Parlament

Autor: Kt. · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:18

Ein endgültiges Ergebnis der russischen Wahl vom 12. Dezember lag auch drei Wochen danach noch nicht vor. Die 450 Parlamentssitze wurden je zur Hälfte aufgrund einer Listenwahl und einer Wahl von Direktkandidaten vergeben. Für die Listenwahl galt eine Fünf-Prozent-Sperre. Nach dem vorläufigen Endergebnis, das zwei Wochen nach der Wahl bekanntgegeben wurde, waren von insgesamt dreizehn zugelassenen Parteien acht bei der Listenwahl erfolgreich:

Liberal-Demokratische Partei, 22,8 %

Rußlands Wahl, 15,4 %

Kommunistische Partei, 12,4 %

Frauen Rußlands, 8,1 %

Agrarpartei, 7,9 %

Wahlblock Jawlinskij-Boldyrew-Lukin (Jabloko), 7,8 %

Einheit und Eintracht, 6,8 %

Demokratische Partei, 5,5 %

Die Bewegung für demokratische Reformen des Leningrader Oberbürgermeisters Sobtschak scheiterte mit vier Prozent bei der Listenwahl. Ebenso die im letzten Parlament noch einflußreiche Bürgerunion, eine "zentristische" Gruppe, die Interessen des Managements der Großindustrie vertritt: sie holte landesweit nur etwa zwei Prozent. Erstaunlich schlecht auch das Ergebnis der Öko-Liste Zeder, 0,7 Prozent.

Durch die Wahl von Direktkandidaten in den Wahlkreisen - deren Ergebnisse noch nicht vollständig vorliegen - verschiebt sich die Verteilung der Mandate gegenüber der reinen Listenwahl erheblich: Erstens sind mehrere Parteien, die landesweit unter fünf Prozent blieben oder nicht zugelassen waren, durch die Direktwahl dennoch mit Abgeordneten im neuen Parlament vertreten. Ebenso auch viele Einzelkandidaten ohne Parteizugehörigkeit. Zweitens hat die prozentual stärkste Partei, die rechtsextremen Liberal-Demokraten Schirinowskijs, nur wenige Direktkandidaten durchbringen können, im Gegensatz zur hier sehr erfolgreichen Regierungspartei Rußlands Wahl. Das deutet darauf hin, daß die Liberal-Demokraten kaum über örtlich bekannte und populäre Politiker verfügen, sondern ganz ausgeprägt eine "Führer"- und "Weltanschauungs"-Partei sind.

Listenwahl und Direktwahl zusammengenommen ergibt sich voraussichtlich etwa folgende Verteilung der 450 Parlamentssitze:

Rußlands Wahl, 96 Sitze

Liberal-Demokraten, 70 Sitze

Kommunistische Partei, 65 Sitze

Agrarpartei, 47 Sitze

Jawlinskij-Block, 33 Sitze

Einheit und Eintracht, 27 Sitze

Frauen Rußlands, 25 Sitze

Demokratische Partei, 21 Sitze

Bürgerunion, 18 Sitze

Bew. f. demokrat. Reformen, 8 Sitze

Würde und Barmherzigkeit, 3 Sitze

Einzelkandidaten, 30 Sitze

Als voll auf Jelzins Kurs stehend kann im neuen Parlament eigentlich nur die von Wirtschaftsminister Gajdar geführte Liste Rußlands Wahl gelten. Die vom Nationalitätenminister und Vizepremier Schachraj gegründete Partei der Russischen Einheit und Eintracht betont stärker die autonomen Interessen der einzelnen Regionen Rußlands. Sie befürwortet eine Abschwächung des Tempos und der Radikalität der Wirtschaftsreformen. Das gilt mindestens ebenso für den vom Wirtschaftsfachmann Jawlinskij geführten Block, der außerdem unter der Parole antrat, das autoritäre Regime Jelzins durch demokratische Methoden zu ersetzen. Die Bewegung für demokratische Reformen scheint den schwierigen Spagat zwischen einem noch schnelleren Sturz in den Kapitalismus einerseits und mehr Demokratie andererseits zu vertreten.

Diese vier Parteien mit zusammen 164 Abgeordneten repräsentieren im Wesentlichen das Spektrum, auf das Jelzin sich bisher halbwegs zuverlässig stützen konnte. Wahrscheinlich wird aber selbst in diesem Kreis jetzt Streit ausbrechen über die weitere "Reformpolitik", über die Investitions- und Subventionspolitik, über flankierende soziale Maßnahmen, über die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Moskauer Zentrale einerseits und den Regionen und Städten andererseits. Als erste Reaktion nach der Wahl hat Jelzin mehrere Berater und Regierungsfunktionäre entlassen, darunter offenbar insbesondere solche, die der Partei Einheit und Eintracht angehören oder nahestehen. Andererseits deutet die Ernennung des früheren Gorbatschow-Beraters Alexander Jakowlew zum Direktor des Fernsehens darauf hin, daß Jelzin sich mit der Bewegung für demokratische Reformen zu arrangieren versucht, für die Jakowlew kandidiert hatte.

Der "radikalen Opposition" werden in erster Linie die Schirinowskij-Leute, die Kommunisten und die Agrarpartei zugerechnet. Das wären, rein theoretisch, zusammen etwa 182 Abgeordnete. Hinzuzählen könnte man beispielsweise noch einzelne Rechtsextreme oder "Links"-Nationalisten. So etwa die direkt gewählten Vorsitzenden der Nationalrepublikaner und der Volksunion, Lyssenko und Baburin, deren Parteien zur Listenwahl nicht zugelassen worden waren.

Tatsächlich macht eine solche Rechengröße "radikale Opposition" keinen Sinn, da die Kommunisten und Rechtsextremen zwar in manchen Fragen zusammen stimmen würden, in anderen jedoch nicht. Außerdem hat Schirinowskij angekündigt, daß er sich als "konstruktive Opposition" gebärden will. Das ist vermutlich nicht nur taktisches Geschwätz, wie sich in der Zustimmung der Liberal-Demokraten zu Jelzins Verfassung schon gezeigt hat. Zugleich gibt es auf außen- und militärpolitischem Gebiet soviele reale Übereinstimmungen zwischen Regierung und Liberal-Demokraten, daß eigentlich nur die Rücksicht auf negative Reaktionen im Ausland Jelzin von einer punktuellen Zusammenarbeit abhalten könnte.

Die Agrarpartei, die hierzulande bequemerweise als Sprachrohr altkommunistischer Kolchosbürokraten diffamiert wird, ist eher eine Lobby der landwirtschaftlich Tätigen allgemein. Natürlich wird sie sich für mehr Subventionen und protektionistische Maßnahmen sowie gegen eine administrative Zerschlagung oder wirtschaftliche Strangulierung der Agrargenossenschaften einsetzen. Wieweit ihre Abgeordneten in anderen, sie nicht so unmittelbar angehenden Fragen, mit der Regierung oder mit der Opposition stimmen würden, ist schwer einzuschätzen. Übertriebene Erwartungen hinsichtlich des radikalen Oppositionsgeistes dieser Partei werden allein schon durch die Tatsache widerlegt, daß an ihrer Spitze der amtierende Landwirtschaftsminister steht.

In sozialen Fragen wird die Regierung sicher auch auf den Widerstand der Frauenpartei sowie der Abgeordneten von Würde und Barmherzigkeit treffen. Insgesamt setzt sich die Frauenpartei traditionelle, keineswegs radikale Ziele. Dazu gehören der Kampf gegen die Zunahme der Kindersterblichkeit und der Prostitution, für die Verbesserung der Situation der Mütter usw. Es geht auch, ganz schlicht, darum, zumindest den bestehenden Anteil von Frauen am politischen Leben zu verteidigen bzw. zurückzuerobern: Waren zur Sowjet-Zeit mindestens ein Drittel der Parlamentsmitglieder Frauen, so waren es im letzten Parlament nur noch 5,9 Prozent. Auch unter den über 2000 Kandidaten für die jetzt gewählte Duma befanden sich lediglich 5,5 Prozent Frauen.

Zu den Gegnern einer wirtschaftlichen "Schocktherapie" in der bisher vor allem mit dem Namen Gajdars verbundenen Form werden, außer den bisher aufgezählten, vermutlich in vielen Einzelpunkten auch die

Abgeordneten von Wolskijs Bürgerunion - Interessenvertretung des Managements der Großindustrie - und der Demokratischen Partei von Trawkin gehören.

Jelzin und Gajdar würden also voraussichtlich eine große Ablehnungsfront im Parlament gegen sich haben, falls sie versuchen sollten, ihre Wirtschaftspolitik einfach stur in der bisherigen Weise fortzusetzen, wie es beispielsweise Finanzminister Fjodorow explizit gefordert hat. Er plädiert sogar dafür, aus dem Regierungsteam diejenigen zu entfernen, die der bisherigen "Reformpolitik" irgendwie kritisch gegenüberstehen. Dies würde allerdings die parlamentarische Basis von Jelzin und Gajdar auf eine Abgeordnetenzahl reduzieren, die noch kleiner wäre als die Fraktion Rußlands Wahl.

In einer normalen parlamentarischen Demokratie wäre die Situation Jelzins nach diesem Wahlausgang praktisch aussichtslos. Nicht so vermutlich in Rußland. Erstens kann Jelzin kraft Verfassung sowieso total am Parlament vorbeiregieren. Zweitens wird er, wie mit dem alten Parlament auch schon, das Spiel wechselnder Mehrheit betreiben können. So wenig einerseits eine regierungsfähige Mehrheit besteht, so wenig gibt es andererseits eine handlungs- und bündnisfähige Opposition, die sich auf reale Alternativen verständigen könnte.

Kt.

14. Rußland nach der Wahl

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:27

Das erfolgreiche Abschneiden der Liberal-Demokratischen Partei von Wladimir Schirinowski scheint für westliche Medien und PolitikerInnen das Aufregendste an den russischen Parlamentswahlen zu sein. Dabei reiht sich Rußland mit diesem Ergebnis nur in die Reihe anderer europäischer Länder, wie Frankreich und Italien etwa, ein. Die Rechten, extreme Nationalisten und Faschisten, sind in Europa auf dem Vormarsch. So ekelerregend und angstmachend dieser Aspekt der Wahlen in Rußland auch ist, er ist nicht der interessanteste.

Der Wirbel um die Person Schirinowski verdeckt nämlich zwei wichtige Dinge. Erstens: Die offensichtlich faschistische Gesinnung Schirinowskis und weiter Teile seiner Anhängerschaft ist für die BRD Anlaß, ihn zur Persona non grata zu erklären und ihn somit nicht noch einmal einreisen zu lassen. Da stellt sich doch die Frage, wieso der Gesinnungsfreund dieser unerwünschten Person, Gerhard Frey, der ak-Leserschaft bestens bekannt, den Schirinowski bei seiner ersten Einreise unbehelligt besuchen konnte, in der BRD immer noch ebenso unbehelligt seine faschistische Gesinnung publizieren kann.

Wichtiger ist jedoch zweitens, daß durch diesen Wirbel die entscheidende Veränderung in der russischen Politik in der öffentlichen Betrachtung fast völlig aus dem Blick gerät: Die formale Annahme von Jelzins Verfassungsentwurf, wenn auch nur durch ca. 35 Prozent der Wahlberechtigten. Denn damit hat sich die politische Realität Rußlands wesentlich dramatischer geändert als durch die gesamte Wahl zur neuen Staatsduma.

Nach dieser neuen Verfassung ist der Präsident des Landes so etwas wie ein Alleinherrscher mit einem demokratisch scheinenden Beiwerk. So hat der Präsident das Recht, die Duma aufzulösen, wenn etwa sein Vorschlag für einen Premierminister nicht die notwendige Mehrheit bekommt oder das Parlament einen Gesetzentwurf des Präsidenten ablehnt. Darüber hinaus ist die vom Präsidenten ernannte Regierung nur ihm und nicht dem Parlament verantwortlich. Zusätzlich ist der Präsident Oberster Befehlshaber der Streitkräfte, er ernennt die Obersten Richter und Staatsanwälte. Damit bestimmt der Präsident alle Posten, die dazu in der Lage wären, ihn in der Ausübung seiner Macht zu kontrollieren. Ob der jeweilige Präsident diese Machtfülle in einem demokratischen, autoritären oder diktatorischen Sinne nutzt, hängt allein von der Person des Präsidenten und seiner Hausmacht ab.

Über so etwas verfügt der derzeitige Präsident Boris Jelzin nicht. Er hatte es abgelehnt, zu diesen Wahlen mit einer eigenen Gruppierung oder Partei anzutreten. Denn Jelzin sieht sich über den Dingen, d.h. über den Niederungen der alltäglichen Politik stehen. Außerdem betont er ständig, daß er der Präsident aller RussInnen und somit für Parteipolitik nicht zu haben sei. Diese Auffassung führte dazu, daß er auch nicht die Gruppierung Rußlands Wahl unterstützte, die mit zahlreichen Ministern bestückt ist und von einem seiner Lieblinge, Jegor Gaidar, geleitet wird. Immerhin ist das die einzige Partei, die sich vorbehaltlos hinter die Politik des Präsidenten gestellt hat. Sie sind die rigorosesten Reformbefürworter, die das Land mittels einer neoklassischen Austeritypolitik à la Reagan oder Thatcher raus aus der Krise, rein in den Kapitalismus führen wollen.

Insgesamt betrachtet muß die Zusammensetzung des neuen Parlamentes für Jelzin eine herbe Enttäuschung sein. Denn ursprünglich sollte durch die Neuwahl der Duma eine "reformfreudigere" Zusammensetzung erreicht werden. Jelzin war es leid, sich mit den tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern eines Umbaus der russischen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Der riesige Aufwand von militärischer Konfrontation und Erstürmung des alten Parlamentes sowie der Durchführung von Wahlen hat im Grunde genommen für die Zusammensetzung des Parlamentes recht wenig gebracht. Denn die klaren Reformbefürworter sind auch in dieser Volksvertretung in der Minderheit. Nur rund ein Drittel der Delegierten ist den Pro-Reform-Kräften zuzurechnen, aufgeteilt auf die Gruppen Rußlands Wahl, den Jawlinski-Block, die Russische Einheit und Verständigung sowie die Bewegung für demokratische Reformen. Demgegenüber stehen die restlichen zwei Drittel, wovon ebenfalls rund zwei Drittel auf ausgewiesene Reformgegner wie die Agrarpartei, die Kommunistische Partei und die Partei von Schirinowski entfallen.

Allerdings sind die Gründe, die zur Ablehnung des Reformkurses führen, bei den jeweiligen Gruppen so verschieden wie nur irgendwie denkbar. Der Rest der Delegierten gehört zu diversen Gruppen, die sich wahrscheinlich nach taktischen und tagespolitischen Situation mal für, mal gegen Jelzin und seine Politik entscheiden werden. Damit ähnelt das neue Parlament in seiner Zusammensetzung durchaus dem alten - und Jelzin würden die gleichen Konflikte drohen, wenn nicht die neue Verfassung wäre.

Wie oben bereits erwähnt, hat das Parlament keine echten Einflußmöglichkeiten auf die Politik der Regierung. Der Präsident ist von der Verfassung her noch nicht einmal dazu verpflichtet, eine Koalitionsregierung oder dergleichen zu bilden. Denn mit der Machtfülle, mit der ihn die Verfassung ausstattet, kann er jederzeit am Parlament vorbeiregieren, auch ohne Ausnahmegesetzgebung. Die reale Zusammensetzung dieser Duma spielt so gesehen für die Politik des Landes nur eine untergeordnete Rolle. Sie hat eher den Status der ersten Staatsduma von 1905, als den des US-amerikanischen Kongresses etwa.

Somit stellt sich insgesamt die Frage, was dieses Parlament soll. Nach meiner Ansicht dient es ausschließlich dazu, den Menschen in Rußland etwas vorzugaukeln und den Westen zu beruhigen. Was hier gespielt wird, nennt sich Demokratie. Aber es ist keine. Das jetzige politische System in Rußland ist eine Form von Alleinherrschaft. Diese soll den Übergang Rußlands ins kapitalistische Lager garantieren. Wobei hierfür ausgerechnet die Variante des Kapitalismus zum Vorbild genommen wird, die gerade nicht den vermeintlichen Sieg im Kampf der Systeme gewonnen hat. Es war und ist eben nicht der Kapitalismus der Thatcher und Reagans, der mit ansehnlichen positiven Wachstumsraten, hoher Beschäftigungsquote und Massenkonsum auf höchstem Niveau den Menschen in den Zentren des Kapitalismus ein einträgliches Dasein ermöglichte. Nicht die Kräfte des freien Marktes waren die Eckpfeiler für dieses Modell des Kapitalismus, sondern Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Staatsintervention, eben das sozialdemokratische Verständnis einer staatlich geregelten kapitalistischen Gesellschaft.

Sowohl Jelzin als auch sein oberster Wirtschaftsberater Gaidar stehen demgegenüber für die rücksichtslose Einführung einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die möglichst ohne jegliche Staatsintervention auskommen soll. Die ersten Auswirkungen dieser Art von Umbau haben die Menschen in Rußland bereits zu spüren bekommen. Und sie haben ihre Antwort bei diesen Wahlen gegeben. Mit rund 50% Beteiligung steht Rußland ungefähr auf der gleichen Ebene wie die USA. Für eine Hälfte der Bevölkerung sind Wahlen derzeit vollkommen uninteressant, da für sie nicht erkennbar ist, wie durch den Gang zur Urne ihre Situation eine entscheidende Verbesserung erfahren könnte. Die andere Hälfte hat mehrheitlich den Reformern eine Absage erteilt.

Der beeindruckende Stimmenanteil von erklärten Reformgegnern am Gesamtergebnis ist natürlich für Jelzin und seine Regierung ein klares Signal dafür, daß sie ihre Wirtschafts- und sonstige Umbaupolitik sozialverträglicher gestalten sollten; was immer das in diesem Zusammenhang konkret bedeutet. Denn momentan ist nicht zu erkennen, wie der russische Staat z.B. eine funktionierende Sozial- und Krankenversicherung aufbauen will und kann; es fehlt schlicht und ergreifend am Geld. Hierzu sagen zwar einige Leute im IWF, daß Rußland doch bloß die Subventionen für die staatlichen Betriebe zu streichen brauche, und schon wäre Geld in ausreichendem Maße vorhanden.

Diese Art von Hinweisen enthält eine große Portion Zynismus, denn die Streichung der Subventionen würde über die Schließung von Betrieben ohne Schaffung neuer Arbeitsplätze eine Spirale in Gang setzen, die das Land ökonomisch nur noch tiefer in die Krise führen würde.

Was die Menschen in Rußland derzeit dringender als solche Ratschläge brauchen, ist eine staatliche Politik, die ihnen Arbeit, Einkommen und menschenwürdiges Wohnen bietet. In der aktuellen Situation in Rußland wäre eine klassische sozialdemokratische Politik schon ein Fortschritt. Davon aber sind die politischen Verhältnisse dort derzeit weit entfernt. Jelzin und seine Klientel setzen auf gnadenlose Modernisierung. Seine Gegnerschaft ist zersplittert und bietet, wenn überhaupt, nur nationalistische und faschistische Lösungsoptionen für das derzeitige Dilemma im Land der Oktoberrevolution.

Dabei sollte mensch nicht vergessen, daß Jelzin selber stets immer auch die nationalistische Karte gespielt hat, wenn es darum ging, Stimmen bei Wahlen oder Zustimmung im Volk zu erheischen. Das Setzen auf den russischen Nationalismus ist für das ehemalige KP-Mitglied Jelzin fester Bestandteil der eigenen Politik. Da darf es nicht verwundern, wenn es andere politische Kräfte gibt und geben wird, die diesen offen und

aggressiver auf ihre Fahnen schreiben. Ob ein Wladimir Schirinowski davon auf längere Sicht profitieren kann, wird sich in den nächsten zwei Jahren zeigen. Unabhängig davon wird sich die russische Politik in ihrer Mehrheit, so steht zu befürchten, in Richtung autoritärer nationalistischer Lösungen der derzeitigen Probleme bewegen. Rußlands Wahl, so befürchte ich, hat das Land näher an den Abgrund eines zweiten Jugoslawiens gebracht.

Andreas Skrypietz, Bristol

15. "Es lebe die deutsch-russische Freundschaft!" (Schirinowskij und DVU-Chef Frey)

Autor: Kt. · Rubrik: DVU (Deutsche Volks-Union); Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:19

Nein, das ist selbstverständlich kein Kampfruf aus dem "Neuen Deutschland" oder aus der "Jungen Welt". Schließlich schreiben wir inzwischen schon das Jahr 5 nach der Wende. Andere haben das achtlos fallengelassene Staffelholz aufgenommen und in eine erstaunliche Richtung entführt. Mit dem in der Überschrift zitierten Satz endet das Glückwunschtelegramm des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey an "seinen Freund", den "lieben Wladimir" Schirinowskij. Atemberaubend auch der vorletzte Satz des Schreibens: "Es lebe das große, ewig unbesiegbare Rußland."

Mit dieser Unbesiegbarkeit haben wir auch selbst böse Erfahrungen gemacht, aber das ist lange her. Heute sind Deutsche und Russen "Freunde für immer". So jedenfalls verspricht es die Schlagzeile über einem Interview mit Freund Wladimir in Freys "Nationalzeitung" (17.12.93). "Rußland, unser alter Freund und Weggefährte, der uns durch zwei mörderische Weltkriege und seine Folgeerscheinungen vorübergehend entfremdet wurde" - so steht es im Vorspann des Interviews - ist uns durch das triumphale Wahlergebnis der russischen Faschisten so nahe wie schon lange nicht mehr.

"Dein Sieg ist das Fanal zum Schulterschluß der beiden größten Völker des Abendlandes, der Russen und der Deutschen. Niemals wieder soll es gelingen, diese beiden im Grunde so seelenverwandten Nationen mit einer Fülle gemeinsamer Interessen und einer herrlichen Geschichte gemeinsam erfochtener Erfolge gegeneinander zu hetzen." - Das war nun wieder der Dr. Frey in seinem Glückwunschtelegramm an den lieben Schiri.

Kenner rechtsextremer Geschichtsbetrachtung werden mühelos erraten, wer die Ungenannten waren, die zuletzt 1939-45 unsere beiden Völker aufeinandergehetzt haben. Aus dem deutschen Überfall auf ein Land, mit dem man gerade eben zu vorzüglichen Konditionen einen Nichtangriffsvertrag geschlossen hatte, ist ein gemeinsames Fronterlebnis geworden, das man zwar eigentlich nicht gewollt hat - schließlich wurde man hineingehetzt -, aber das man rückblickend auch nicht mehr missen möchte: "Vorbehalten blieb die menschlich-kriegerische Höchstleistung (gemeint ist der Kampf um Stalingrad) den Antidemokraten: den Bolschewiken und Nationalsozialisten. Das begreifen nur deutsche und russische Nationalisten. (...) Was deutsche und slawische Soldaten an der Wolga vollbrachten, demokratischen Volksverächtern ist dies ein Dorn im ideologischen Auge, zumal sich die Fronten verkehrt haben. Es gibt heute, 50 Jahre nach der Schlacht, nichts Essentielles mehr, was deutsche und russische Nationalisten trennt. Der gemeinsame Feind ist erkannt. Deutsche und Russen in einer Front, als Verbündete: ein Apokalypsebild für das westliche Ancien régime und seine publizistischen Hiwis."

Nein, das ist nicht vom DVU-Frey. Es sind ein paar Töne darin, die ihm vermutlich nicht passen würden. Autor ist der in Lettland aufgewachsene "Nationalrevolutionär" Wolfgang Strauß, sachkundig und sehr schreiblustig zur Geschichte und Gegenwart rechter Theoriebildung in Rußland.

Strauß zitiert in seinem Artikel (Staatsbriefe 10/92) Schirinowskij, der ihm im Gespräch gesagt habe: "Gedemütigt, verarmt, zerrissen, verkolonialisiert - wir sind das Volk von Stalingrad geblieben. Lenin und Stalin sind tot, ihr satanisches Werk zerstört, der Kommunismus besiegt, der Geist von Stalingrad aber lebt." Das steht, von einem Russen gesprochen, aber doch auf einer ganz anderen Ebene als das protzige Bekenntnis, mit dem Strauß seinen Artikel schließt: "Ich bin stolz, zum Volk der Stalingradkämpfer zu gehören." Schließlich unterschied sich Stalingrad nicht nur dadurch von einem harten, aber fairen Fußball-Match, daß nach dem Abpfiff kein Tausch der Trikots stattfand.

"Freunde für immer"? Die Attraktivität russischer Faschisten auf geistesverwandte Gruppen in Deutschland ist derzeit offensichtlich groß. "Von Rußland lernen, heißt siegen lernen", ist zum Motto eines intensiven Polittourismus neuen Typs geworden. Frey hat seinen Wladimir, die militanten Nazi-Banditen haben ihren "Kameraden Alexander" Barkaschow. Der eine sammelt Wahlergebnisse ein, von denen Frey und Schönhuber nur neidisch träumen können. Der andere verfügte über eine schwerbewaffnete Truppe, die bei der Verteidigung des Moskauer Parlaments am 4. Oktober in mehrstündiger weltweiter Live-Übertragung ihren Mann stand.

Aber es ist zweifellos mehr als nur die Attraktivität des Erfolgs und des Kampfs mit der Waffe in der Hand. Auch in anderen Ländern haben rechtsextreme Parteien beachtliche Wahlergebnisse, auch in anderen Ländern gibt es Nazi-Terroristen, die technisch einiges zu bieten haben. Über dem Verhältnis deutscher und russischer Rechter zueinander liegt tatsächlich eine besondere Affinität, eine Haßliebe ganz eigener Art und mit einer langen Geschichte.

Barkaschow hat recht, wenn er feststellt - was den meisten deutschen Faschisten nicht bewußt ist und niemals bewußt war: "Der deutsche Nationalsozialismus, vor allem in den 20er Jahren, hat reichlich aus den russischen Vorbildern der Jahrhundertwende geschöpft." (Die Woche, 22.12.93) Die antijüdische Paranoia als Welterklärung beispielsweise, gipfelnd in der Staatsfälschung der "Protokolle der Weisen von Zion", ist maßgeblich von russischen Autoren, in russischem Ambiente, entwickelt worden. Das spezifisch deutsche Element, das der NS-Staat hinzufügte, war die absolut durchorganisierte, allumfassende, bewußt nach Perfektion und Effektivität strebende, industrialisierte Massenvernichtung. Alles in allem Dinge, die traditionell zur besonderen Anziehungskraft des Deutschen auf viele Russen gehören. Es sei hier nur an Lenin erinnert.

Der gemeinsame Nenner der "deutsch-russischen Seelenverwandtschaft" auf rechtsextremer Grundlage ist die Betrachtungsweise, daß beide Völker nicht zum negativ bewerteten Kulturkreis des Westens gehören. Westen wird identifiziert mit Durchkapitalisierung der Gesellschaft, Herrschaft der Banken und internationaler Finanzinstitutionen, Zerstörung vorkapitalistischer Strukturen und Wertesysteme, insbesondere Vernichtung des "gesunden Bauernstands" als gesellschaftstragendes Element, geistiger und kultureller Oberflächlichkeit, "moralischem Verfall".

In diesem Sinn schrieb Oswald Spengler 1919: "Das Russentum ist das Versprechen einer kommenden Kultur, während die Abendschatten über dem Westen länger und länger werden." Die "russische Urseele" mystifizierte er als "etwas Unergründliches", "kindlich dumpf und ahnungsschwer", die von Westeuropa "durch die aufgezwungenen Formen einer bereits männlich vollendeten, fremden und herrischen Kultur gequält, verstört, verwundet, vergiftet worden" sei. (Preußentum und Sozialismus) Offensichtlich hatte der Mann seinen Dostojewski aufmerksam gelesen.

Moeller van den Bruck brachte das Schlagwort von den "jungen Völkern" auf, denen die Zukunft gehöre, und meinte an erster Stelle die Russen, über deren Spiritualität sich schließlich auch Deutschland geistig regenerieren und verjüngen sollte: "Die Geschichte des russischen Volkes war eine Leidensgeschichte. Und dieses Leiden hat es nicht nur demütig gemacht. Es hat es tief gemacht. Das russische Genie ist ein seelisches Genie. (...) Wir brauchen in Deutschland die voraussetzungslose russische Geistigkeit. Wir brauchen sie als Gegengewicht gegen ein Westlertum, dessen Einflüssen auch wir ausgesetzt waren und das auch uns dahin gebracht hat, wohin wir heute gebracht sind." (Rußland, der Westen und wir; 1933)

Eine Minderheit rechter Autoren ging in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg in ihrer Leidenschaft für das derart interpretierte Russentum sogar so weit, ihre Sympathien auf das damalige konkrete Experiment Rußlands, den Aufbau des Sozialismus, zu übertragen. Mehrheitlich waren die deutschen "Russophilen" allerdings militante Antikommunisten und erklärten den Bolschewismus als vom Westen importiertes, dem russischen Wesen zutiefst fremdes Teufelswerk.

Bemerkenswert ist dennoch, daß die Schriften Moeller van den Brucks und Spenglers auch noch in der NS-Zeit erschienen oder neu aufgelegt wurden. Die Anziehungskraft Rußlands war auch nazistischen Ideologen nicht völlig fremd, wie beispielsweise die Aufzeichnungen von Goebbels gelegentlich erkennen lassen. Noch im deutsch-russischen Nichtangriffsvertrag von 1939 und der dadurch ermöglichten Zusammenarbeit schwang, jenseits des vordergründigen taktischen Kalküls, auch etwas von diesen Gefühlen mit. Selbst Hitler hatte Momente, in denen er sich achtungsvoll über den "famosen Teufelskerl" Stalin äußerte und die Möglichkeit einer längerfristigen Zusammenarbeit doch nicht gänzlich auszuschließen schien.

Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion ist jedoch das bitterste Beispiel, daß dem sentimentalen Geschwätz von der "deutsch-russischen Seelenverwandtschaft" auf deutscher Seite auf Dauer keine reale Politik entsprach. Das deutsche Schwelgen in Seelenzuständen und Beteuerungen ewiger Verbundenheit ging und geht mit eiskaltem Willen zur Instrumentalisierung des Verhältnisses einher.

Konkret und aktuell gesagt: DVU-Chef Frey spricht, beispielsweise, allzu oft und viel zu unverblümt von Ostpreußen, dessen Wieder-Inbesitznahme er sich offensichtlich von der "Freundschaft" mit Schirinowskij

verspricht. Jener hat, vielleicht aus höflicher Zurückhaltung, bei mehreren Gelegenheiten gesagt, daß das Gebiet kein Zankapfel zwischen beiden Staaten sein dürfe und daß man eine auch für Deutschland zufriedenstellende Formel finden werde. Die daraus hergeleitete Annahme, ausgerechnet der Nationalist Schirinowskij würde die Zugehörigkeit des Gebiets zu Rußland ernsthaft zur Disposition stellen, wenn er könnte, ist allerdings die "typisch deutsche", in diesem Ausmaß weltweit herausragende Kombination von Dummheit und Unverschämtheit.

Wenn die ebenfalls von Frey herausgegebene "Deutsche Wochenzeitung" (17.12.93) Schirinowskij eine "prodeutsche Politik" anrühmt, dann deutet das auf die gleiche anmaßende, vereinnahmende Grundeinstellung. Daß Deutsche zur Verdrängung ihrer Geschichte tendieren und allmählich wirklich meinen, sie seien Opfer eines ungewollten Krieges gewesen wie alle anderen Völker auch, bedeutet selbstverständlich nicht, daß russische Nationalisten diese bewußtlose Geschichtssicht teilen. Schon deshalb wird es mit der frischgebackenen "ewigen Freundschaft" zwischen deutschen und russischen Rechtsextremisten insgesamt wohl nicht lange gut gehen.

Schirinowskij hat zum deutsch-russischen Verhältnis vieles gesagt, was nicht so freundschaftlich und rücksichtsvoll klang wie seine Rede auf der Passauer Großveranstaltung der DVU im Oktober 1993 oder seine Äußerungen im Interview mit der "Nationalzeitung". Beispielsweise soll er auch gesagt haben: "Wir nahmen Berlin 1945 und gaben es dann wieder zurück. Nun leben die Deutschen gut und die Russen schlecht. Warum also haben wir Berlin genommen? Wir hätten Millionen von Deutschen zwingen sollen, für uns zu arbeiten." Oder dies: "Wenn ich im Kreml sitzen werde und ein Deutscher uns Russen schräg angucken wird, werdet ihr für alles bezahlen, ihr Deutschen, für alles, was wir Russen in Deutschland aufgebaut haben. (...) Das gleiche blüht den Japanern. Wir werden neue Hiroshimas und Nagasakis schaffen. Ich werde mit dem Einsatz von Atomwaffen nicht zögern. Sie wissen, was Tschernobyl für unser Land bedeutete. Sie werden ihr Tschernobyl in Deutschland bekommen." (zit. nach FAZ, 16.12.93)

Zu Zitaten wie diesen ist anzumerken, daß sie liberalen russischen Journalisten und Zeitungen zu verdanken sind, die jetzt bündelweise alles auf den Markt werfen, was sie in den letzten Jahren über den Führer der Liberal-Demokraten gesammelt und archiviert haben. In der Regel läßt sich weder der Zeitpunkt der Äußerungen noch der Kontext ermitteln. Selbst wenn man subjektive Genauigkeit der zitierenden Journalisten unterstellt, dürfte der Wortlaut der Zitate oftmals aus dem Gedächtnis oder nach handschriftlichen Aufzeichnungen rekonstruiert sein. Wenn Schirinowskij in vielen Fällen bestreitet, das von ihm Zitierte wirklich so gesagt zu haben, muß das also nicht von vornherein Lüge oder selektiver Gedächtnisschwund sein.

Insgesamt ist allerdings unübersehbar, daß der Mann - so wie vermutlich die Mehrheit des russischen Volks - einen tiefsitzenden Groll gegen die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit hat, die darin liegt, daß es dem Volk der Angreifer und Völkermörder vergleichsweise vorzüglich geht, während im Land der Überfallenen Armut, Chaos und Ausweglosigkeit herrschen. Insofern hat Schirinowskij gerade dort, wo er am meisten von deutschen Sudelmedien wie der "Bild" angegriffen wird, der Tendenz nach recht. Es ist wahr und schändlich, daß die reiche BRD der Sowjetunion niemals Entschädigungszahlungen für die Kriegsschäden geleistet hat. Schirinowskij beklagt dies zu recht, auch wenn seine Ergänzung - schließlich sei an die Juden doch auch gezahlt worden - die Kritik in eine falsche Richtung führt.

Es wäre äußerst erstaunlich, wenn Differenzen wie diese nicht sehr schnell zur Aufkündigung der "ewigen Freundschaft" seitens der DVU führen würden. Zumindest aus politischem Opportunismus kann das überhaupt nicht ausbleiben. Schließlich will man bald wieder zu Wahlen antreten, und die Klientel der DVU hält mehrheitlich ohnehin von Völkerfreundschaft sehr wenig und von den Russen vermutlich absolut nichts. Außerdem bezieht sie ihr Weltbild primär nicht aus der Frey-Presse, sondern aus den Sudelmedien, in denen von Schirinowskij nur als dem "schrecklichen Russen-Hitler" die Rede ist, in dessen Parteizentrale gerade an Plänen zur atomaren Vernichtung Deutschlands gearbeitet wird.

Daher wird das Kapitel "braune Verschwörung" und "neue Achse des Faschismus" (Die Woche, 22.12.93), soweit es jedenfalls die DVU angeht, vermutlich bald der Vergangenheit angehören. Erhalten bleiben wird uns leider bis auf weiteres das ebenso miese wie mutmaßlich erfolgreiche Unternehmen der meinungsprägenden Medien, mit dem Stichwort "Russen-Hitler" die im deutschen Volk weit verbreitete geschichtslose Blödheit noch zu verstärken und ein neues Feindbild Ost zu kreieren. In einem Land, wo die tolldreiste Schlagzeile möglich

war: "Kanzler Kohl: Die Deutschen haben Rußland immer geholfen" (Bild, 15.12.93), in einem solchen Land scheint überhaupt keine Dummheit mehr ausgeschlossen.

Kt.

16. Rußland: Warum hat das Militär noch nicht geputscht?

Autor: Kt. · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:28

Nicht mehr als ein Drittel habe in den Streitkräften für Schirinowskijs Liberal-Demokratische Partei gestimmt, teilte Präsident Jelzin mit. Er meinte das beruhigend. Tatsächlich aber hat in wichtigen Einheiten und Armeeteilen weit mehr als ein Drittel der Soldaten dem rechtsextremen Demagogen ihre Stimme gegeben:

In den Luftstreitkräften waren es immerhin 40%. Nur 10% votierten für die Regierungspartei Rußlands Wahl, 8% für die KP.

Im Gesamtergebnis des Moskauer Militärbezirks erreichten die Liberal-Demokraten 46%. Rußlands Wahl liegt weit abgeschlagen bei 8,5%, noch hinter den Kommunisten mit 13,7%.

Bei den Strategischen - d.h. atomar bewaffneten - Raketentruppen kam Schirinowskij auf stolze 72%. Weit dahinter folgt auf Platz zwei die KP mit 16,5%, und nur 5,8% vertrauten ihre Stimme der Regierungspartei an.

Das absolute Rekordergebnis wurde von der Moskauer Militärakademie gemeldet: Mit 93% für Schirinowskij stimmte der Nachwuchs fast so geschlossen wie in der guten alten Zeit, nur leider für die ganz falsche Partei.

Politisch vielleicht am wichtigsten sind die Zahlen aus den beiden Einheiten, die am 4. Oktober zu den Hauptkräften beim Sturm auf das Parlament gehörten: In der Tamanskaja Panzerdivision votierten 87,4% rechtsextrem. In der Kantemirskaja Schützendivision gaben 74,3% Schirinowskij ihre Stimme. (1)

Präsident Jelzin hat also nicht nur in der Bevölkerung und im Parlament keine tragfähige Basis. Er hat, was für einen Politiker mit seinen antidemokratischen Ambitionen weit schlimmer ist, in politisch-programmatischer Hinsicht auch die Mehrheit der Streitkräfte offenkundig gegen sich. Darunter unter anderem gerade jene Einheiten, die am 4. Oktober in letzter Stunde Jelzins Macht gerettet haben, und überhaupt der Moskauer Militärbezirk, der bei jedem künftigen Machtkampf vermutlich eine zentrale Rolle spielen wird. Der Wahlsieg Schirinowskijs in den bewaffneten Organen Rußlands zeigt, daß die Unzufriedenheit der Soldaten mit ihrer eigenen sozialen Situation ebenso wie mit der Lage der Streitkräfte und des Landes insgesamt extrem groß ist. Ob sie Jelzin noch einmal für bürgerkriegsartige Aktionen zur Verfügung stehen würden, scheint zumindest zweifelhaft.

Eine völlige Überraschung stellt das überdurchschnittlich starke Abschneiden des rechtsextremen Demagogen im Militär jedoch nicht dar. Schon eine Umfrage im Herbst 1992 ergab, daß 58% der Offiziere mit dem nationalistischen Oppositionsblock gegen Jelzin sympathisierten und nur 25% sich gegenteilig aussprachen. Am beliebtesten war damals die Partei von Vizepremier Ruzkoj: 50% der Offiziere mochten sie, nur 18% lehnten sie ab. Immerhin 35% der Befragten fanden schon damals die Partei Schirinowskijs sympathisch, während 43% sich gegen sie aussprachen. Selbst noch weiter rechtsaußen agierende Gruppen wie Pamjat fanden unter den Offizieren 29% Befürworter, allerdings auch 47% Gegner. (2)

Dies Umfrageergebnis zeigt, was wahrscheinlich auch für die russische Bevölkerung insgesamt gilt, daß das hervorragende Abschneiden Schirinowskijs in dieser Höhe nicht zustande gekommen wäre, wenn Jelzin nicht rechtzeitig den eigentlichen Favoriten aller nationalistisch gestimmten Kreise, Ruzkoj, gewaltsam ausgeschaltet hätte. Der Sieg der Liberal-Demokraten ist, wie immer man es betrachtet, ein Kind Jelzins und des 4. Oktober. Offenbar hat Schirinowskij die Stimmen der meisten Ruzkoj-Anhänger einsammeln können, und genau das war nach Lage der Dinge von vornherein zu erwarten.

Sowjetische Armee

und Nationalismus

Das Selbstverständnis der sowjetischen Armee hatte schon traditionell eine starke nationalistische Komponente. Das kann bei Streitkräften, deren Aufgabe nun einmal die Landesverteidigung sein soll - gelegentlich auch außerhalb der eigenen Grenzen, wie in Afghanistan - zwangsläufig kaum anders sein. Militär hat "normalerweise" eine hohe Affinität zu nationalistischen und autoritären Doktrinen und Politikangeboten.

In den achtziger Jahren, vor allem in deren zweiter Hälfte, nach Einleitung des Perestrojka-Experiments durch Gorbatschow, war in führenden Militärkreisen ein verstärkter Rechtstrend zu beobachten. Zentrale Institutionen der Streitkräfte begannen zum Beispiel Publikationen zu fördern, in denen, kaum noch links bemäntelt, klassische Anschauungen der russischen Rechten vorgetragen wurden. Zeitschriften wie Prochanows "Den", "Literaturnaja Rossija" und "Nasch Sowremennik" verdankten ihre Existenz und Verbreitung in dieser Phase zum guten Teil der Förderung durch höchste Militärs. Der "Den" beispielsweise, in einer entscheidenden Phase wohl die bedeutendste Selbstdarstellungs- und Diskussionsplattform der sich herausbildenden russischen Neuen Rechten, soll die Unterstützung der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte gehabt haben.

Die gleichen militärischen Kreise waren maßgeblich an dem Versuch beteiligt, eine breite kommunistisch-nationalistische Einheitsfront aufzubauen, Theoretiker und Politiker beider Lager zusammenzubringen und eine ideologische Synthese anzustreben. In dem Maß, wie der Sozialismus als staatstragende Ideologie zusammenbrach, wurde Nationalismus pur zum einzigen Band, das die Streitkräfte einte und ihre Existenz legitimierte.

Auch in dieser Hinsicht haben die Rechten Jelzin einiges zu verdanken. Schon im Juli 1991, gerade zum Präsidenten Rußlands gewählt, hatte er als eine seiner ersten Amtshandlungen die Tätigkeit von politischen Parteien in Staatsorganen - also auch in der Armee - und Betrieben verboten. Das hörte sich schön neutral an, richtete sich aber eindeutig gegen die KPdSU, die die einzige landesweit existierende Partei zu diesem Zeitpunkt war. Nach dem Putschversuch vom August 1991 kam das Verbot der KPdSU und die explizite Kriminalisierung ihrer Tätigkeit in den Staatsorganen hinzu. Erst die Rechtsprechung des obersten Gerichts konnte Jelzin von seinem Vorhaben abbringen, die KP durch Illegalisierung ganz aus dem politischen Leben Rußlands zu verbannen.

"Entpolitisierung"

der Streitkräfte

Nach offizieller Lesart sind die russischen Streitkräfte durch weitere Dekrete Jelzins völlig "entpolitisiert" worden. Innerhalb der Truppen ist laut Gesetz jede Tätigkeit politischer und gesellschaftlicher Organisationen verboten. Nicht nur dürfen sie keine Strukturen unter den Soldaten bilden, sondern auch jede Form von politischer Agitation ist untersagt. Im Gegensatz zu diesen formalen Bestimmungen sind die Streitkräften Rußlands tatsächlich so hochgradig politisiert wie kaum eine andere Armee. Es gibt eine unüberschaubar große Zahl politisch aktiver Offiziersverbände, die meisten davon selbstverständlich weit rechts stehend. Hochrangige Militärs sind auf allen Ebenen der Politik aktiv, offensichtlich ohne sich Beschränkungen auferlegen zu müssen.

In der Praxis bedeutet die "Entpolitisierung", das Verbot von "politischen Strukturen" in den Streitkräften nur eines: Die einstmals außerordentlich umfassende und exklusive Stellung der KP wurde administrativ zerschlagen. Die KP hatte die zentrale Rolle bei der politischen Ausbildung der Rekruten, bei der Definition des "Verteidigungsauftrags" und der Motivierung der Soldaten, sie allein hatte das Monopol auf die Bildung organisatorischer Zusammenhänge und Vernetzungen. Die KP und die "marxistisch-leninistische" Ideologie stellten, bei aller kritikablen Affinität zum Nationalismus, doch eine Barriere gegen die rechtsextreme Überflutung der Streitkräfte dar, die in den allerletzten Jahren stattgefunden hat. Selbstverständlich haben Jelzins Dekrete den rapiden Zusammenbruch des KP-Einflusses nicht verursacht, aber sie haben ihn beschleunigt.

Eine Umfrage, die im November 1992 unter russischen Offizieren durchgeführt wurde, ergab, daß nur 19% der Befragten sich für die Regierung aussprachen, während sich 56% als Gegner der Regierungspolitik bekannten. Ungefähr 70% favorisierten nationalistische Gruppen, also noch mehr als bei der oben erwähnten, etwas früheren Untersuchung. Rund zwei Drittel der Offiziere sagten, daß sie ein Militärregime unterstützen würden. (2)

Die erwähnten Umfrageergebnisse, zusammen mit den Zahlen der Parlamentswahl, führen zu mehreren Fragen:

- Warum wurde noch kein ernsthafter Versuch unternommen, ein nationalistisches Militärregime zu errichten, obwohl die Debatte darüber in militärischen und nationalistischen Kreisen schon seit Sommer 1990 in aller Offenheit und Direktheit geführt wurde?

- Warum fand der Putschversuch im August 1991 keinerlei Unterstützung und brach in kürzester Zeit kampflos zusammen, obwohl führende Militärs und Politiker ihre Namen dafür hergegeben hatten? Immerhin gehörten dem "Komitee für den Ausnahmezustand" unter anderem der Parlamentspräsident, der Verteidigungsminister, der Innenminister, der Stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsrats und der KGB-Chef an.

- Warum ließ sich die Armee am 4. Oktober, wenn auch nach Zögern und Einwänden, von Jelzin zum Sturm auf das Parlaments ansetzen, statt Ruzkoj zu unterstützen, oder sich wenigstens neutral zu verhalten, wie es das offizielle Selbstverständnis der russischen Streitkräfte vorschreibt?

Diese Fragen sind, gleich vorweg gesagt, offenbar schwer oder gar nicht zu beantworten. Ein Erklärungsversuch lautet, das russische Offizierskorps stelle "keine eigenständige, politisch hegemoniefähige und in Bezug auf konkrete Handlungsoptionen geeinte Elite dar. Für eine bonapartistische Machtübernahme sind unter den führenden Generälen keine Kandidaten zu finden. (...) Die Demokratie als Legitimationsform (nicht unbedingt als Realität) prägt zumindest insoweit den postsozialistischen politischen Prozeß, als ein eigenständiges Militärregime jenseits ziviler Legitimität kaum Durchsetzungschancen hätte. Zwischen einer Machtübernahme durch Militärs oder der aktiven Beförderung einer Wende zum Autoritarismus auf der einen (Seite) und der Bereitschaft, einem autoritären Regime zu Willen und Diensten zu sein, bleibt somit zu unterscheiden. Eher zu rechnen ist mit einer breiten Unterstützung für zivil auftretende und sich den Anschein ziviler Legitimität gebende autoritär-nationalistische Politiker." (2)

Zum ersten Teil dieses Erklärungsversuchs ließe sich einwenden: Stellt nicht die Tatsache, daß die Militärs mehrheitlich gegen zentrale Elemente der Regierungspolitik sind und nationalistischen sowie auch staatswirtschaftlichen Alternativen zuneigen, ein ausreichend vereinheitlichendes Element dar? Deuten die Umfrage- und Wahlergebnisse nicht schon auf ein sehr hohes Maß an nicht nur allgemein-ideologischer, sondern auch parteipolitischer Übereinstimmung innerhalb der Streitkräfte hin?

"Zivile Legitimität"

Zum Argument der "zivilen Legitimität": Das hat in der Vergangenheit, vor allem bei der Entscheidung der Offiziere während des Putschversuchs im August 1991, gewiß eine erhebliche Rolle gespielt. Jelzin mobilisierte zu dieser Zeit in Moskau noch Hunderttausende, während eine massenhafte Zustimmung zu den Intentionen der Putschisten nicht sichtbar und wohl auch nicht vorhanden war. Die Erwartungen in der Bevölkerung über die Früchte einer raschen Demokratisierung und wirtschaftlichen Liberalisierung waren zu dieser Zeit auf dem Höchststand. Seither hat eine zunehmende Desillusionierung und Entpolitisierung stattgefunden. Putschende Militärs bräuchten heute wahrscheinlich nicht mehr zu befürchten, "auf das Volk schießen" zu müssen, sondern könnten sich im Gegenteil als Vollstrecker des Mehrheitswillens fühlen.

Als Stichwort zum Konflikt zwischen Jelzin und der Parlamentsmehrheit im Herbst 1993 ist die "zivile Legitimität" kaum noch hilfreich und aussagekräftig. Beide Seiten waren ungefähr gleich viel oder gleich wenig demokratisch legitimiert. Beide Seiten hatten wahrscheinlich annähernd das gleiche (schwache) Potential von Unterstützung in einer insgesamt überwiegend desinteressierten Bevölkerung. Mit dem Argument der "zivilen Legitimität" läßt sich jedenfalls nicht begründen, warum das Militär in dieser Krise den Befehlen Jelzins folgte, statt sich auf die Seite der Parlamentsmehrheit zu stellen. Dies muß vielmehr als politische Entscheidung für eine Konfliktseite interpretiert werden. Das zeigt erstens, daß das Militär sehr wohl zu einer solchen autonomen Entscheidung zwischen konkurrierenden Machtanwärtern fähig ist. Es wirft zweitens die Frage auf, warum die Entscheidung am 3./4. Oktober 1993 so und nicht anders ausfiel. Lagen denn die politischen Sympathien im Militär nicht überwiegend auf der Seite, gegen die man sich dann von Jelzin in Marsch setzen ließ?

Nach der Neuwahl des Parlaments ist noch klarer als zuvor, daß von einer "zivilen Legitimität" der Jelzin-Administration absolut nicht mehr die Rede sein kann. Das Wahlergebnis legitimiert Jelzins Autokratie nicht, sondern es müßte ihn ganz im Gegenteil in einer zivilen, demokratischen Gesellschaft zum Rücktritt veranlassen. Welche "zivile Legitimität" besteht überhaupt noch nach dieser Wahl? Am ehesten könnte sie wohl eine ausgeprägt nationalistische Regierung für sich beanspruchen.

Die Verfassung gibt Jelzin zwar das Recht, als Präsident autokratisch am Parlament vorbeizuregieren und vorbeizudekretieren. Aber irgendjemand muß ihn dabei unterstützen, und warum sollte das ausgerechnet eine Armee tun, die Jelzins Politik mehrheitlich ablehnt und mit seinen Gegnern sympathisiert? Um dies beantworten zu können, müßte man wohl genauer wissen, warum und um welchen Preis das Militär Jelzin am 4. Oktober gerettet hat.

Zugeständnisse

Schon seit längerem ist es der militärischen Führung Rußlands gelungen, von ihr angefochtene Entscheidungen der Regierung mit Erfolg in Frage zu stellen und teilweise rückgängig zu machen. Revidiert wurde zum Beispiel die noch vom alten Parlament abgesegnete Absicht, die Mannschaftsstärke der Streitkräfte auf 1,5 Millionen zu senken. Das sei, so Verteidigungsminister Gratschow, ein Fehler gewesen. Nun ist ein Bestand von 2,1 Mio. festgelegt worden.

Das reale Problem dürfte allerdings darin liegen, diese Zahl überhaupt zu erreichen, weil die Armee enorme Rekrutierungs- und Disziplinprobleme hat. Es wird berichtet, daß im russischen Durchschnitt nur noch ein Fünftel der Wehrpflichtigen tatsächlich einberufen werden kann. Der reale Mannschaftsstand der Streitkräfte soll bei etwa 50 Prozent der offiziellen Zahl liegen.

Um dies zu verändern, müßte die materielle Situation der Soldaten und Offiziere, ihr soziales Prestige sowie auch das Ansehen des Militärs insgesamt erheblich verbessert werden. Diesem Ziel soll längerfristig die Umwandlung in eine Berufsarmee dienen. Nötig wäre, aus Sicht der Militärs, darüber hinaus, daß der "Verteidigungsauftrag" der Armee, also ihre Daseinsberechtigung, mehr als bisher propagiert und praktisch verdeutlicht werden müßte. Das bedeutet u.a. mehr Präsenz und Engagement in Konfliktsituationen. Daran, unter anderem, ist zu denken, wenn Jelzin in seiner Neujahrsansprache angekündigt hat, man werde mehr als bisher für den Schutz der rund 25 Millionen Russen im "benachbarten Ausland", d.h. auf dem Territorium der früheren Sowjetunion, tun. Neben der Diplomatie und den Optionen wirtschaftlichen Drucks ist dabei tendenziell auch die Armee gefragt.

Weitgehend durchgesetzt hat sich das Militär auch mit seinem Widerstand gegen die Absicht, große Teile der russischen Rüstungsindustrie zu zerschlagen bzw. auf zivile Produktion umzustellen. Im November bekannte sich Jelzin ausdrücklich zur Notwendigkeit, die Konkurrenzfähigkeit der Rüstungsindustrie zu erhalten. "Man darf nicht zulassen, daß Rußland in diesem Bereich hinter die führenden Industriestaaten zurückfällt." Eine der wichtigsten Aufgaben sei es, sich auf dem profitablen Weltmarkt für Waffen fest zu etablieren. Zwar sollten auch weiterhin Rüstungsbetriebe auf Zivilproduktion umgestellt werden, doch dürfe sich Konversion nicht gegen die Interessen des Landes richten. Die Ausstattung der Streitkräfte mit neuester Spitzentechnik müsse sichergestellt werden.

Inzwischen konnte die Regierung bekanntgeben, daß Rußland 1994 rund viermal soviel Waffen exportieren wird wie 1992, von 2,3 auf etwa 9 Milliarden Dollar. Das ist, da devisenbringend, auch gesamtwirtschaftlich hochwillkommen. Höchstwahrscheinlich hätte es Rußland im Fall einer Konversion äußerst schwer, sich mit neuen Produkten auf dem Weltmarkt zu plazieren. Waffen gehören nun einmal, neben Öl, Erdgas und vielleicht noch ein paar anderen Rohstoffen, zu den wenigen Gütern Rußlands, die sich international gut verkaufen lassen.

Als Erfolg der Militärs ist auch die Verabschiedung der neuen Militärdoktrin, kaum vier Wochen nach dem Sturm aufs Parlament, zu sehen. Über dieses Papier war schon seit mehreren Jahren ergebnislos diskutiert und gestritten worden, was auf erhebliche Widersprüche schließen läßt. Nach dem 4. Oktober ging es dann plötzlich sehr schnell.

Die neue Militärdoktrin legt den Schwerpunkt auf die Führung von regionalen, konventionell geführten Kriegen. Die Armee müsse strukturell und technisch in die Lage versetzt werden, auf solche Situationen "offensiv" zu reagieren. Diesem Zweck soll auch die rasche Schaffung einer Schnellen Eingreiftruppe dienen, wofür 1996 als Datum gesetzt ist. Die neuen Richtlinien sehen den Einsatz der Armee auch bei "inneren Konflikten" vor: Gemeinsam mit den Truppen des Innenministeriums soll sie eingesetzt werden können, um "Regionalkonflikte einzudämmen, bewaffnete Konflikte zu verhindern, Konfliktparteien zu trennen und empfindliche Objekte zu schützen".

Das alles, sowie auch die mehrfache Anhebung der Besoldung und andere soziale Maßnahmen, sollte eigentlich ausreichen, um die Streitkräfte zufriedenzustellen - soweit es ihre ureigensten Belange angeht. Die in den Streitkräften weitverbreitete Unzufriedenheit bezieht sich aber nicht nur auf die militärischen Dinge im engeren Sinn, sondern auf die Lage des Landes insgesamt, die Zukunft Rußlands sowie auch der Russen im "benachbarten Ausland".

Zweifellos gibt es zahlreiche und einflußreiche Militärs, die den Streitkräften eine ausschlaggebende und führende Rolle bei der Rettung und Sanierung Rußland zuweisen möchten. Eine solche Mission könnte sich vermutlich auf eine breite Zustimmung bei Soldaten und Offizieren stützen. In dem Maß, in dem sich die Probleme Rußlands verschärfen, wächst das Risiko, daß sich ein Retter oder auch mehrere konkurrierende Anwärter auf diese Position finden. Das traditionelle Tabu, daß sich die sowjetischen bzw. russischen Streitkräfte nicht in innenpolitische Machtkämpfe einzumischen haben, sondern eine neutrale Institution bleiben müssen, hat Jelzin am 4. Oktober zerstört. Die verfassungsmäßigen Grundlagen, an denen jeder Chef einer Militärjunta seine reine Freude haben wird, hat Jelzin am 12. Dezember vom Wahlvolk absegnen lassen.

Kt.

Anmerkungen:

1) Zahlen aus dem ND vom 24.12. und der FR vom 29.12. 93, nach russischen Presseangaben.

2) Angaben nach Andreas Heinemann-Grüder, Das russische Militär zwischen Staatszerfall und Nationbildung. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 27-1993.

17. "Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus". Gedanken über Rußland anhand eines Buches

Gedanken über Rußland an Hand eines Buches - von Kai Ehlers

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:02

In ak 360 habe ich im Zusammenhang mit einem Artikel zur Agrarfrage in Rußland das in der Überschrift genannte Buch von Heiner Karuscheit und Alfred Schröder empfohlen. Nach abschließender Lektüre muß ich die Empfehlung bekräftigen: es ist nicht nur lesenswert, es provoziert auch eine Reihe kritischer Fragen.

Das Buch nimmt für sich ein, weil es die Bedeutung der Agrarfrage für die russische Entwicklung unmißverständlich herausarbeitet, und weil es die Geschichte der russischen Bauerngemeinschaft - bekannt als "mir", "obschtschina" und in ihrer sowjetisierten Form als Kolchose oder Sowchose - als Kern der Bauernfrage erkennbar macht.

Anhand umfangreichen, wenn auch nicht vollständigen, historischen Materials weisen die beiden Autoren nach, daß die bäuerliche Eigentumsgemeinschaft als Grundform der russischen, nach der Oktoberrevolution sowjetischen, Gesellschafts- und Staatsordnung begriffen werden muß. Akribisch haben sie historische Tatsachen zusammengetragen, die erkennen lassen, daß die allgemeinen Fragen der Transformation der Nach-Sowjetunion nur aus den besonderen Transformationsproblemen der "Obschtschina" und ihren heutigen Erscheinungsformen der Sowchose oder Kolchose, also generell des damit untrennbar verbundenen russischen Kollektivismus, zu verstehen sind.

Dafür lohnt sich die Lektüre dieses stilistisch im übrigen schwer verkraftbaren Buches. Es hilft zu verstehen, warum der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht, jedenfalls nicht allein, die bekannten "agrar-feudalistischen" Probleme eines Landes der sog. 3.-Welt hervorbringt, sondern warum eine De-Industrialisierung, wie sie der IWF anstrebt, eine besondere Dynamik und besondere Gefahren entwickelt. Denn soviel ist bei Betrachtung der letzten hundert bis hundertfünfzig Jahre russischer Geschichte unübersehbar: Die sozialen Unruhen, Revolten, Bürgerkriege, aber auch die außenpolitischen Abenteuer in deren Verlauf, sind alle entweder unmittelbar, mindestens aber mittelbar ursächlich mit der "Bauernfrage" verknüpft. Das wird, wie der Zustand der Landwirtschaft und die wachsenden Spannungen zwischen Land und Stadt heute zeigen, in Zukunft nicht anders sein. (Siehe meinen Artikel dazu im letzten "ak")

In einem weiteren Punkt sorgen die Autoren in erfrischender Weise für die Infragestellung herrschender Klischees, wenn sie darauf hinweisen, daß Rußland keinen Feudalismus gekannt hat, wie er für die europäische Entwicklung typisch ist. Viele Menschen, vor allem solche, die sich als links bezeichnen, halten den Feudalismus ja trotz vieler historischer Gegenbeispiele nach wie vor für ein unüberspringbares Glied in der Entwicklung menschlicher Gesellschaften, über das die Urgesellschaft gesetzmäßig zum Kapitalismus aufsteigen müsse. Der euro-asiatische Raum aber, soviel ist sicher, das russische Imperium insbesondre, ist seinen eigenen Entwicklungsweg gegangen. Er wird besser mit Begriffen wie Tribut- oder Gefolgschafts-Ordnung beschrieben. In Verbindung mit dem bäuerlichen Kollektivismus entstand so eine korporativistische Grundgliederung des Raumes und der dort lebenden Völker, auf die westliche Kategorien nicht aufpfropfbar sind, jedenfalls nicht ohne Gewalt. Versuche dazu hat es in der Geschichte ja immer wieder gegeben. Der letzte war der des Realen Sozialismus. Jetzt steht offenbar ein neuer Anlauf bevor.

Je tiefer die beiden Autoren allerdings in die Details gehen, je weiter sie über die gut aufgearbeitete Zeit von 1917 bis 1944 hinauskommen, um so mehr stellen sie ihren anfänglichen Ansatz in Frage. Die Kapitel über die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, insonderheit über die Ära Chruschtschows und Breschnjews, bleiben an sachlicher Eindringlichkeit weit hinter dem ersten Teil zurück. Das ist sicher eine Materialfrage - zumal keine russischen Quellen mit herangezogen werden. Außerdem können zwei Autoren nicht alles zu diesem Thema Wichtige abdecken. Man könnte im Übrigen offene Fragen ja offen stehen lassen, mehr noch, ausdrücklich für die weitere Klärung herausarbeiten. Leider kommen die Autoren statt dessen aber zu recht apodiktischen Schlußfolgerungen.

Zunächst formulieren sie im Ton objektiver Wahrheit: Die "obschtschina's", die Sowchosen, die Kolchosen, kurz, die kollektiven Formen bäuerlichen Eigentums und Lebens, seien unproduktiv, reaktionär und fortschrittshemmend. Aber haben diese Kollektive, bei aller Kritik, die berechtigterweise an ihrer wirtschaftlichen Effektivität und an ihren patriarchalischen Strukturen zu üben war und ist, andererseits nicht auch soziale Schutzräume gebildet, in denen sich die Menschen gegenseitigen Beistand in Existenz-Fragen, aber auch gegen "die Macht" leisteten? Wurden dort nicht trotz patriarchaler Vertretung nach außen auch Formen der direkten Demokratie praktiziert, die im westlichen Europa und im übrigen "Westen" schon lange zerstört oder als ethnologische Rarität in den "Busch" abgedrängt wurden und bis heute nicht adäquat ersetzt sind?

Und was ist mit dem Disput zum Doppelcharakter der "Obschtschina" und ihrer möglichen Rolle für einen besonderen russischen Weg zum Kommunismus, der zwischen den westeuropäischen und den russischen Sozialisten in der Mitte des vorigen Jahrhunderts öffentlich geführt wurde? Immerhin waren Karl Marx und Friedrich Engels auf Anfragen der Narodnikin Vera Sassulitsch - nachzulesen im Vorwort zur ersten Ausgabe des "Kommunistischen Manifestes" in russischer Sprache - zu der Meinung gekommen, die "Obschtschina" könne ein besonderer nicht-kapitalistischer Weg zum Kommunismus werden, wenn er im Zusammenhang mit einer siegreichen Revolution in den westlichen Ländern beschritten werde. Wie stellt sich diese Frage, nachdem die Revolution in den kapitalistischen Ländern nicht, dafür aber stellvertretend in einem Land, nämlich in Rußland, stattfand und dort zu dem Ergebnis führte, das wir heute vor uns haben?

All diese Fragen bleiben bei Heiner Karuscheit und Alfred Schröder ungestellt. Anders als die Sozialisten am Vorabend der erwarteten sozialistischen Revolutionen Mitte und Ende des letzten Jahrhunderts tun sie so, als ob ein kapitalistischer Weg zum Sozialismus in Rußland gesetzmäßig beschritten werden mußte, daß er nur so und nichts anders beschritten werden konnte, daß Gewalt, insbesondere die gewaltsamen Versuche zur Zerschlagung der "obschtschina", dafür unumgänglich war.

Folgt man ihnen, so mußte Stalin die "Entkulakisierung", wie es im sowjetisierten Russischen tatsächlich heißt, und die damit verbundene Überführung der "obschtschinas" in staatlich kontrollierte Zwangskollektive veranlassen. Nur so habe der Sieg des Proletariats als fortschrittliche Klasse über die bäuerliche Rückständigkeit errungen werden können. Stalin erscheint nur noch als Vollstrecker des Unvermeidlichen. Wenn nicht erreicht wurde, was hätte erreicht werden müssen, so lag das eben daran, daß die "obschtschina" nicht zerschlagen, sondern umgekehrt, in Sowchosen umgewandelt, ja die ganze Sowjetunion praktisch in eine einzige große "Obschtschina" verwandelt und so das Proletariat durch Verbäuerlichung an der Verwirklichung seiner historischen Mission gehindert wurde.

Daran ist soviel richtig, und dies wird von den Autoren sehr gut herausgearbeitet, daß der Eigentumsbegriff und die darauf basierende Moral der "obschtschina" zum herrschenden Prinzip und zur staatstragenden Ideologie der Sowjetunion erhoben wurde, sie also eine ganz eigene nicht- oder halbkapitalistische Form der Industrialisierung hervorbrachte - allerdings unter Weglassung wesentlicher Züge: der rotierenden Umverteilung und der Elemente kollektiver Selbstbestimmung.

In die Untersuchung der letztgenannten Aspekte gehen die beiden Autoren leider nicht hinein. Wenn sie es getan hätten, wären sie auf die interessante Tatsache gestoßen, daß die Vergesellschaftung, also die Verstaatlichung der "obschtschinas", insbesondere die stalinsche Zwangs-Kollektivierung, im Wesen nichts anderes war als die Enteignung der russischen Bauernschaft, genereller gesehen der russischen Bevölkerung von ihrem eigenen historisch verankerten Kollektivismus. Aus der Sippe gewachsen, oft zusätzlich ethnisch geprägt, als Dorfgemeinschaft konsolidiert, erneuerte er sich im Lauf der Geschichte trotz aller zentralistischen Vereinnahmung immer wieder von unten. Hier liegen soziale, wirtschaftliche und kulturelle Wurzeln, aus denen wichtige Impulse für die weitere Umgestaltung der nach- sowjetischen Gesellschaft, insgesamt des euro-asiatischen Raumes erwachsen können.

Nicht zuletzt werden an dieser Frage auch die Rezepte des Westens für die Menschen der ehemaligen Sowjetunion überprüfbar, wenn die von den Ergebnissen der totalen Privatisierung Erfaßten - der Privatisierung als anti- kommunistische Strategie und Ideologie nach Vorgaben des IWF - erkennen, daß sie statt wie bisher vom kollektiven nun vom privaten Produkt ihrer Arbeit entfremdet und expropriiert werden; wenn sie erkennen: Expropriation, Entfremdung und Fremdbestimmung kennzeichnen das eine wie das andere System; ein anderer, ein neuer Weg muß gefunden werden.

Auch zu diesen Fragen findet sich bei Heiner Karuscheit und Alfred Schröder Nichts. Sie beschränken sich darauf, festzustellen, daß der Prozeß der Industrialisierung in der Sowjetunion kein, genauer noch kein kapitalistischer gewesen sei, da er die Selbstverwertung des Kapitals nicht erreicht habe. Die objektivistische Sprache verschleiert hier, daß Fragen nach dem historischen, menschlichen, ja auch moralischen Sinn dieses Fortschritts und seiner heute sichtbaren Ergebnisse von den Autoren nicht gestellt werden.

Mehr noch, mit Hinweis auf den von ihnen herausgearbeiteten bäuerlichen, als noch nicht kapitalistisch klassifizierten Charakter der sozialistischen Revolution verreißen sie im Anhang alle Versuche zeitgenössischer Autoren wie etwa den von Robert Kurz, Entwicklung und Zerfall der Sowjetunion als sozialistisches Spiegelbild des westlichen Kapitalismus in die Kritik des Industrialismus und seines Fortschrittsmythos mit einzubeziehen. Dabei schütten sie das Kind, nämlich ihre berechtigte Kritik an der nivellierenden Gleichsetzung von Realem Sozialismus und Kapitalismus, genauer der Mißachtung der von der "obschtschina" geprägten Strukturen in der Analyse von Kurz, mit dem Bade aus, wenn sie Kurz' Kennzeichnung der "etatistischen Kommando-Ökonomie eines geplanten Marktes" schlicht als "Konstruktion" abtun. Am Ende bleibt von ihrem Ansatz, die "Obschtschina" als Element einer besonderen russischen Entwicklung zu begreifen, nur deren zu überwindende Rückständigkeit in einer noch nicht vollständig erreichten Kapitalisierung übrig.

Im Kapitel zur heutigen Entwicklung verwandelt sich die Beschränkung der Autoren auf im Westen zugängliche Texte von einem verständlichen Mangel zum systematischen Fehler: Über die aktuelle Entwicklung der Landwirtschaft, speziell über die Frage der Privatisierung der Landkollektive, läßt sich wohl kaum eine Aussage treffen, die den wissenschaftlichen Ansprüchen der Autoren genügt, ohne die Lage dieser Betriebe konkret untersucht zu haben, sie nach Möglichkeit selbst in Augenschein genommen, mindestens aber die Auseinandersetzung analysiert zu haben, die dazu heute in der GUS- Literatur geführt wird. Berichte aus der Zeitschrift "Osteuropa" können das meiner Ansicht nach nicht ersetzen.

Den letzten drei Absätzen des Buches kann ich leider überhaupt nicht mehr folgen. Man mag ja feststellen, wie die beiden Autoren es tun, daß der europäische Kolonialismus den "stationären Charakter" der Gesellschaften der gesamten außereuropäischen Welt "aufgesprengt" und "für eine europäische Entwicklung geöffnet" habe. Das ist nicht zu bestreiten. Dies beziehen sie auch auf Rußland. Aber dann stellt sich die Frage: Ja und? Wie weiter? Begründet sich das "Aufsprengen" in sich selbst als progressiv? Was wäre das Kriterium für "progressiv"? Begründet sich Kapitalisierung durch sich selbst als notwendig? Hatten die beiden Autoren nicht gerade herausgearbeitet, daß unterschiedliche Bedingungen zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen führten?

Worauf läuft das alles hinaus? Muß der bäuerliche Kollektivismus Rußlands nach Ansicht der Autoren nun endlich in einem vierten Anlauf kapitalisiert werden - und konsequenterweise auch wieder mit Gewalt? Müßte man nicht gerade eine solche Konsequenz ablehnen? Klare Aussagen dazu kommen leider nicht. Die Ablehnung könnte immerhin eine Erkenntnis aus der Analyse der heute sichtbaren Ergebnisse der geschichtlichen Entwicklung sein, zumal schon jetzt offensichtlich ist, daß sich die Privatisierung als aus dem Westen importiertes Rezept an dem in die sozio-ökonomischen und psycho-sozialen Strukturen eingeschriebenen Kollektivismus des euro-asiatischen Raumes bricht und bestenfalls Mischformen entstehen werden - im schlimmeren Fall aber Chaos, Hungersnöte, Bürgerkrieg.

Hierzu wäre noch viel zu konkretisieren. Ich muß das hier erst einmal so stehen lassen. Die Untersuchung dieser Entwicklung und die Diskussion der daraus resultierenden Fragen beginnt ja erst. Das Buch von Heiner Karuscheit und Alfred Schröder ist ein wichtiger Beitrag zur Klärung der anstehenden Fragen. Seine Rechtfertigung der Zwangs-Industrialisierung durch Stalin ist dagegen nicht zu akzeptieren, denn gerade der ins Extrem pervertierte industrielle Etatismus, mit imperialen Ambitionen zur Weltmission gesteigert, ist es ja, der in Gestalt der ehemaligen Sowjetunion heute vor aller Augen scheitert! Eine Theorie, die sich als radikale Kritik des Bestehenden versteht und auf die Schaffung von menschenwürdigen Lebensbedingungen für alle Menschen orientiert, muß das herausarbeiten, statt es zu verschleiern. Enthält doch eben diese Erkenntnis die Keime für die bitter notwendige, neue Sicht von Gesellschaft.

Heiner Karuscheit, Alfred Schröder: Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus, VTK, September 1993

18. Todesschwadronen ermorden FMLN-Kommandanten 100 Tage vor den Wahlen in El Salvador. Mordwelle gegen Linke

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:11

In weniger als zwei Monaten wurde mit Mario López (FMLN-PRTC) der dritte Ex-Kommandant der Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" erschossen. Verantwortlich: "Illegale bewaffnete Gruppen mit politischer Motivation", wie der ultrarechte Präsident Cristiani feinsinnig formulierte, um den häßlichen Begriff "Todesschwadronen" zu vermeiden. Seit Ende Oktober '93 nimmt die Verfolgung der Linken wieder dramatisch zu. Die gezielte Einschüchterungskampagne soll die Erfolgschancen der linken Koalition aus FMLN/CD für die im März '94 anberaumten Wahlen verringern. Wir fassen die Fakten zusammen und arbeiten dabei auch die Mitverantwortung der USA sowie der UNO heraus.

"Wer aus der Geschichte nichts lernt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen", warnte die Jesuitenuniversität UCA ahnungsvoll. Die "Mittelamerikanische Universität" (UCA), die am 16. November 1989 infolge eines Mordkomplotts, das von der obersten Armeeführung ausgeheckt und abgesegnet worden war, sechs ihrer anerkanntesten Lehrer und Priester verloren hatte, fuhr fort: "Man kann schließen, daß die Außenpolitik der USA wenig aus ihrer Geschichte in El Salvador gelernt hat. In den nächsten Jahren wird es ‚andere El Salvadors` geben. Vielleicht tritt der Zyklus von Gewalt und Intervention wieder in Mittelamerika auf. Vielleicht erleiden andere unterentwickelte Länder das Schicksal El Salvadors. Angesichts der Instabilität, die in vielen Teilen der Erde herrscht, gibt es dafür viele Kandidaten." (1)

Die angesehene Universität sah sich schon im vergangen Juli zu dieser Aussage veranlaßt, weil die Arbeit ihrer Menschenrechtsabteilung INDHUCA bewies, daß im Verlauf des Jahres 1992 die Anzahl der Tötungsdelikte wieder leicht zunahm. Die UCA kritisierte auch, daß sich die USA und die Vereinten Nationen darauf kaprizierten, die anhaltenden Übergriffe wegzudiskutieren, anstatt die Aufklärung dieser besorgniserregenden Vorfälle voranzutreiben. Die Entwicklung in den letzten drei Monaten zeigt, daß an den Einschätzungen der Jesuitenuniversität, die zum Zeitpunkt ihrer Erstveröffentlichung kein größeres Echo fanden, einiges dran ist. Seit Ende Oktober nahm nämlich die Verfolgung von FMLN-Leuten sowie Aktivisten der Basisbewegung drastisch zu. Einige Beispiele:

- Am 27.10. wurden zwei Ex-Guerillas und ein Mitglied der Selbsthilfegruppe CONFIEM, die in einem Elendsviertel arbeitet, erschossen.

- Am 22.10. wurde der weit über die FMLN hinaus angesehene Vize-Präsidentschaftskandidat der Linken, Francisco Lima, von der Todesschwadron "Maximiliano Hernández Martínez" mit dem Tode bedroht, falls er seine Kandidatur nicht zurückziehe. In einem Brief an seinen Bruder, der ebenfalls bedroht wird, schrieb die Killertruppe zur Begründung: "Dieser Alte wird mit seiner Kandidatur viele Leute mitreißen. Das werden wir nicht zulassen."

- Am 29.10. wurden Mitglieder der Menschenrechtsgruppe CODEFAM mit dem Tode bedroht.

- Am 25.10. wurde in San Salvador Francisco Velis alias Comandante Manuel Hernández (FMLN-PRTC) von "schwerbewaffneten Unbekannten in Zivilkleidung" erschossen, als er seine Tochter zum Kindergarten brachte. Das Kind überlebte. Motorisierte Polizeikräfte, die sich nur 100 Meter vom Tatort entfernt aufhielten, griffen trotz der Aufforderung von Passanten nicht ein. Sie nahmen auch die Verfolgung der fliehenden Mörder nicht auf. Francisco Velis war Mitglied der Politischen Kommission der PRTC und Mitglied des Nationalrats der FMLN. Er kandidierte auf der Liste der FMLN als Abgeordneter für San Salvador. Er war der erste leitende FMLN-Kader, der seit Abschluß des Friedensabkommens ermordet wurde. Sein Tod ist als Signal zu interpretieren, daß das Leben jedes Oppositionellen, auch das der bekannten Führungspersonen, in Gefahr ist. Zwei Tage nach der Tat streute die Regierung Gerüchte in die Welt, wonach ein Mordkomplott gegen Präsident Cristiani, den ARENA-Kandidaten Calderón Sol sowie Polizeichef Monterrey aufgedeckt worden sei. Belege: Fehlanzeige. Die "tageszeitung", die den Mord an Francisco Velis am 27. 10. in einem nichtssagenden Achtzeiler gemeldet hatte, widmete der Regierungsente drei Tage später immerhin 13 Zeilen.

- Exakt an dem Tag, an dem die "tageszeitung" vom Phantasiekomplott berichtete, am 30.10., wurde Heleno Castro alias Comandante Carmelo (FMLN-ERP) auf einer Straße im Departement San Vicente vom Viehzüchter Juan Arnoldo Amaya gestoppt und nach einem Wortwechsel erschossen. Der Täter ist flüchtig. Seine Schwester, die beteuert, von Unbekannten zum Steuern des Fluchtautos gezwungen worden zu sein, ist inhaftiert. Der getötete Heleno Castro war ebenfalls Mitglied des Nationalrats der FMLN und für Agrarfragen zuständig. Er befand sich auf dem Weg zu einem Treffen mit Mitarbeitern der EG. Präsident Cristiani beeilte sich zu versichern, daß es sich nicht um eine politisch motivierte Bluttat, sondern um einen persönlichen Streit gehandelt habe. Die FMLN bezweifelt dies und verlangt Nachforschungen darüber, ob der Täter Verbindungen zur Ultrarechten unterhielt.

- Am 9.12. liquidierten zwei Unbekannte in Zivilkleidung Mario López alias Comandante Venacio Salvatierra (FMLN-PRTC) vor seinem Büro in San Salvador. Sein Leibwächter wurde schwer verletzt. Die Mörder sind auf freiem Fuß. Mario López war Mitbegründer der PRTC, gehörte deren Politischer Kommission sowie der Politischen Kommission der FMLN an. Der 55jährige Mario López genoß hohes Ansehen. Er ist wohl das bisher profilierteste Opfer der Mordkampagne gegen die Linke.

Damit verlor die FMLN seit Abschluß des Friedensvertrages insgesamt 29 Mitglieder. Es kommt erschwerend hinzu, daß Mario López nur einen Tag nach Vereidigung einer Kommission getötet wurde, welche die vorhergegangenen Morde untersuchen soll. Die vierköpfige Sonderkommission wurde erst auf Druck der FMLN eingerichtet. Der neuerliche Mord kann als direkte Antwort der Todesschwadronen auf diese Kommission gedeutet werden. Die schnelle Reaktion der Ultrarechten beweist, daß diese nach wie vor gut organisiert sind und über eine ausgebaute Logistik verfügen. Der Tod des dritten Ex-Kommandanten der FMLN innerhalb kurzer Zeit zeigt auch, daß die Opposition weiterhin einer permanenten Überwachung ausgesetzt ist. Die rechte Presse brachte den Tod mit einem Raubüberfall in Verbindung, "der bedauerlicherweise in der Nähe stattfand". Das Strickmuster - Ermordung von Linken und (verdeckte) Rechtfertigung durch Regierung und Presse - ist aus der Vergangenheit bestens bekannt.

Mitverantwortung der USA

und der UNO

Knapp drei Monate vor den wichtigsten Wahlen in der Geschichte El Salvadors ist es auch für die Regierung der USA sowie für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht mehr länger möglich, "die Sonne mit dem Finger zu verdecken". Sie können die erneut zunehmenden Übergriffe durch Armee und Polizei sowie die Existenz von Todesschwadronen nicht länger leugnen. Seit Inkrafttreten des Friedensabkommens im Februar 1992 hatten sowohl die USA als auch die UNO-Friedensmission für El Salvador (ONUSAL), die mit etwa 1000 hochdotierten Beobachtern vor Ort ist, auf die enge Zusammenarbeit mit der Regierungspartei ARENA sowie mit der Armee gesetzt. Auf diese Weise wollten sie die antidemokratischen Fraktionen der Ultrarechten in den Prozeß des politischen Übergangs einbinden, der in ein parlamentarisches System westlichen Zuschnitts münden soll. Es wurde alles getan, um diese Kreise in Armee, Oligarchie und ARENA nicht zu provozieren, damit diese ihr militärisches Potential nicht einsetzten, um den Übergangsprozeß gewalttätig zu torpedieren.

Diese Umarmungstaktik, deren Scheitern jetzt offenkundig ist, wurde auch vom sich herausbildenden sozialdemokratisch-zentristischen Flügel der FMLN mitgetragen. Sie hatte u.a. auch zur Folge, daß die Massenmörder, Folterer und Entführer, wenn überhaupt, dann nur mit Samthandschuhen angefaßt wurden.

Wie äußert sich die Schonung derer, die für die jahrzehntelange Unterdrückung und, laut UNO-Wahrheitskommission, für 95% aller Kriegsverbrechen verantwortlich sind?

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit steckt erst in den Anfängen. Sie ist selektiv, und es wurde letztlich vermieden, den Verbrechen auf den Grund zu gehen. Das bisher positivste und beste Ergebnis, der Bericht der UNO-Wahrheitskommission (siehe ak 353, S. 28f), beschreibt zwar eine Reihe exemplarischer Fälle und benennt 40 uniformierte Täter namentlich. Aufgrund des Zeitdrucks und des - unausgesprochen - selektiven Vorgehens der UNO-Wahrheitskommission wurden jedoch entscheidende Aspekte völlig ausgeblendet. So wurde insbesondere die aktive und passive Verwicklung der USA (Regierung, Kongreß, Botschaft, Militärberater, CIA, zivile Projekte zur Aufstandsbekämpfung) nicht einmal ansatzweise thematisiert, obwohl sie für den Verlauf des Konfliktes eine entscheidende Rolle spielte. Die entsprechenden Akten blieben unter Verschluß.

Auch die enge Verflechtung von salvadorianischen Regierungsstellen, Oligarchie, offiziellen Sicherheitsapparaten und illegal operierenden Todesschwadronen wurde fein säuberlich ausgeklammert. Mit Ausnahme des bereits verstorbenen Major D'Aubuisson wurden in diesem Bereich weder Namen noch Strukturen aufgedeckt. Das geheime Netz der Spitzel und Killer, ihrer Finanziers und ihrer zivilen und militärischen Helfershelfer wurde nicht öffentlich zerrissen.

Die UNO-Wahrheitskommission griff im wesentlichen einige gravierende Verbrechen der Armee sowie anderer legaler Sicherheitsapparate auf, kritisierte sie eindeutig und forderte deren personelle Säuberung und ideologische Neuorientierung. Diese Empfehlungen, die in der Rechten El Salvadors einen Sturm der Entrüstung auslösten, decken sich recht exakt mit der US-Sichtweise. Die USA zielen auf eine Verkleinerung, Professionalisierung und "Zivilisierung" der Sicherheitsapparate ab, ohne jedoch die uniformierten Täter, jahrzehntelang treue Verbündete im Kampf gegen den Kommunismus, für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Außerdem soll die maßgebliche Rolle ausgeblendet werden, die US-Dienststellen beim Aufbau und bei der Ausrichtung der legalen sowie der geheimen Repressionsapparate spielten und spielen.

Eine juristische Ahndung der Kriegsverbrechen fehlt. Wenngleich von der UNO-Wahrheitskommission empfohlen, wurde sie durch ein von der ultrarechten ARENA eilig durch das Parlament gepeitschtes Amnestie-Gesetz vereitelt. Die Verabschiedung dieses Gesetzes widerspricht eindeutig den Friedensvereinbarungen. Dennoch unterließen es sowohl die UNO als auch die USA, von der ARENA-Regierung dessen Rücknahme zu erzwingen. Dies hatte zur Folge, daß nicht einmal die 40 bekanntesten, von der UNO-Wahrheitskommission überführten und zur juristischen Sanktion freigegebenen Täter für ihre Untaten bestraft wurden, vom Rest ganz zu schweigen.

Die Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" konnte sich nicht darauf verständigen, einheitlich und massiv gegen das Amnestiegesetz vorzugehen. Maßgebliche Vertreter ihres sozialdemokratisch-zentristischen Flügels (ERP, RN) und auch der linke Präsidentschaftskandidat Rubén Zamora antworteten auf meine diesbezüglichen Nachfragen, daß aufgrund juristischer Probleme gegen das Amnestiegesetz leider nichts mehr zu machen sei. Der linke Flügel der FMLN und die Menschenrechtsorganisationen konnten nicht den erforderlichen Druck entfalten, um die juristische Würdigung der Verbrechen zu erzwingen. Das Ende vom Lied: Die Kriegsverbrecher blieben straffrei. Bis auf ca. 100 hohe Offiziere, die zumindest ihrer militärischen Aufgaben entbunden wurden, bekleiden sie weiterhin führende Funktionen. Das repressive Netz ist offensichtlich im wesentlichen intakt.

Neue Gewalttaten: Mit dem Kriegsende hörten die Menschenrechtsverletzungen nicht völlig auf. Dies mußte von vornherein befürchtet werden, da die Regierungsseite schon vor dem offenen Ausbruch des Krieges die Freiheitsrechte mit Füßen trat. Dennoch muß festgestellt werden, daß im Vergleich zu den Vorjahren 1991 und 1992 die Zahl der Übergriffe rückläufig war. In einer Reihe von Fällen war es nicht möglich, eindeutig zwischen organisierter Kriminalität, in die fast immer ehemalige Soldaten verwickelt sind, und politischer Verfolgung zu unterscheiden. Dies haben die unabhängigen Menschenrechtsorganisation stets betont. Sie wiesen jedoch auch darauf hin, daß es weiterhin zu politisch motivierten Übergriffen kommt und daß die regierungsoffiziellen Stellen sowie die UN-Beobachtertruppe ONUSAL und das US-Außenministerium die "Tendenz hatten, dies zu verleugnen" oder die Übergriffe "zu verniedlichen", wie die Jesuitenuniversität UCA kritisch anmerkt. (2)

Wie sieht die Realität im einzelnen aus? Beschränken wir uns der Übersichtlichkeit halber auf das "Verschwindenlassen" und "außergerichtliche Hinrichtungen": Während 1991 noch 169 Fälle von "Verschwindenlassen" zu beklagen waren, sank die Zahl 1992 auf 29, davon 6 im zweiten Halbjahr. Für 1993 liegen mir keine Angaben vor. In dieser Rubrik ist zweifellos ein signifikanter Rückgang zu registrieren. Die UNO-Friedenstruppe folgerte aus diesen Zahlen, daß der Friedensprozeß auf einem guten Weg sei. Daß die Strukturen nicht demontiert wurden, die in der Vergangenheit das "Verschwindenlassen" von Gegnern ermöglichten, wurde in diesem Zusammenhang aber völlig ausgeblendet.

Was die Anzahl der Toten betrifft, die mutmaßlich aus politischen Gründen ermordet wurden, so ist von 1991 (96 Fälle) auf 1992 (148 Fälle) eine Zunahme festzustellen. Hierfür waren vor allem die Sicherheitsorgane des Staates, Todesschwadronen und "Unbekannte" verantwortlich. In zwei Fällen soll die FMLN je eine Person erschossen haben. 1992 starben täglich durchschnittlich etwa zwei Menschen eines gewaltsamen Todes. In gut 40% aller Fälle wurden "Kriminelle" und in weiteren knapp 30% "Unbekannte" als Täter angegeben. 20% aller Toten wiesen Foltermerkmale auf - ein klassisches Indiz für das Agieren von Todesschwadronen.

In diesen Zahlen können durchaus weitere Opfer versteckt sein, die aus politischen Gründen ihr Leben verloren. (3) In den ersten vier Monaten des Jahres 1993 nahm die Zahl der gewaltsam verursachten Todesfälle noch einmal um 15% zu. (4)

Es gab also bereits vor der jüngsten Mordwelle, die im Oktober 1993 einsetzte und erstmals hochrangige FMLN-Mitglieder das Leben kostete, genügend seriöse und gut recherchierte Hinweise darauf, daß in El Salvador staatliche Institutionen und mit ihnen eng verbundene klandestine Unterdrückungsapparate weiterhin die Grundrechte mißachten. Dagegen haben weder die USA noch die UNO-Friedenstruppe UNOSAL ernsthaft etwas unternommen. Die alten Verbündeten der USA führen den "Kampf gegen Kommunismus" in der Art und Weise fort, wie sie ihn seit eh und je betrieben haben. Im Unterschied zu vergangenen Jahren gibt es jedoch Hinweise, daß die USA ihre jetzigen Aktionen mißbilligen. Die politische Distanz geht jedoch nicht so weit, daß die USA ihr umfassendes Wissen über diese Strukturen aufdecken würden, um so diesen illegalen Apparaten und ihren Helfershelfern in der herrschenden Elite das Handwerk zu legen. Aus der Sicht der US-Regierung besteht nämlich unter anderem das Problem, daß dabei notwendigerweise auch ein Teil der eigenen schmutzigen Praktiken an die Öffentlichkeit käme.

Die UNO-Friedenstruppe in El Salvador trägt diesen Kurs der Aufdeckung von politisch opportunen Teilwahrheiten und der Ausblendung von heiklen Fragen mit. Dies äußerte sich beispielsweise im Kompetenzentzug von ONUSAL-Mitarbeitern, die einzelnen Übergriffen genauer auf den Grund gehen wollten. Regierungskritische Berichte wurden zurückgezogen. Die periodischen ONUSAL-Reporte zeichnen sich eher durch Wortakrobatik und Verharmlosung denn durch eine klare Darstellung der Übergriffe aus. Daß mit dieser opportunistischen Taktik den Todesschwadronen das Handwerk nicht zu legen ist, dürfte niemanden verwundern.

Die Reaktion

von USA und UNO

Nach der Mordwelle gegen Linke schellten offenbar auch im US-Kongreß sowie im US-Außenministerium einige Alarmglocken. Das State Department verurteilte noch am Tag der Ermordung von Francisco Velis die "abscheuliche Bluttat", versicherte der Familie und den Freunden ihre "tiefsten Sympathien" und sprach die Erwartung aus, daß der Präsident alle nötigen Mittel einsetzen werde, um die Tat aufzuklären.

Am 3. November äußerte sich auch der UNO-Sicherheitsrat. Er zeigte sich besorgt, daß "illegale Gruppen existierten, deren Methoden die Beispiele der Vergangenheit wiederholen". Boutros Ghali forderte eine gründliche Untersuchung. Außerdem, so der UNO-Generalsekretär in der dreiseitigen Stellungnahme, sei es notwendig, "sofort die Empfehlung der UNO-Wahrheitskommission umzusetzen", derzufolge über diese Gruppen weitere Nachforschungen angestellt werden sollen. Während die US-Stellungnahme deutlich harscher ausfiel als in der Vergangenheit, fällt bei dem Schreiben, das Boutros Ghali veröffentlichen ließ, auf, daß dieser darauf verzichtete, die salvadorianische Regierung explizit aufzufordern, ihren vertraglichen Verpflichtungen endlich nachzukommen und beispielsweise die Sicherheitsapparate und die Justiz zu säubern, die Kriegsverbrechen juristisch zu ahnden sowie die Praxis der Straflosigkeit zu beenden.

Die sehr zurückhaltende Formulierung der Kritik ist um so unverständlicher, wenn man sich erinnert, mit welcher Verve der UNO-Generalsekretär die FMLN im vergangenen Sommer wegen der von ihr gehorteten (aber in keinem einzigen Fall eingesetzten) Waffen geißelte. Dieses Verhalten ist nur zu erklären, wenn man dem UNO-Generalsekretär eine klammheimliche Sympathie mit dem ARENA-Regime unterstellt. Dies wäre insofern nicht verwunderlich, als sich Boutros Ghali auch in einem weiteren Regionalkonflikt, nämlich im Falle Angola, eindeutig parteiisch verhält. Hier setzt er seit Monaten sein Prestige ein, um Sanktionen gegen die vertragsbrüchige rechte Bürgerkriegstruppe UNITA zu vermeiden.

Die US-Administration kartete nach. Anfang November gab sie auf Bitten des Kongresses über 12.000 bisher geheime Akten aus den Beständen des Außenministeriums und der CIA frei. Am 9. November veröffentlichte die "New York Times" eine als Enthüllung aufgemachte Zusammenfassung dieser Akten. Später zitierten auch die "Frankfurter Rundschau" und die "tageszeitung" Auszüge daraus. Trotz einiger interessanter Details gehen aber die bisher bekanntgewordenen Informationen nicht wesentlich über das hinaus, was ohnehin bereits bekannt war. Die Mehrzahl der Akten behandelt die Rolle des 1992 verstorbenen Majors D'Aubuisson, den der ehemalige US-Botschafter White schon vor über zehn Jahren öffentlich als "pathologischen Killer"

charakterisiert hatte. Daß sich die USA mit ihm arrangiert hatten, ist ohnehin bekannt, und daß D'Aubuisson für die Ermordung von Erzbischof Romero verantwortlich ist, wurde spätestens im Bericht der UNO-Wahrheitskommission bestätigt. Auch die anderen genannten Figuren, wie der mittlerweile abgelöste Luftwaffenchef Bustillo, Ex-Verteidigungsminister Ponce und der noch im Amt befindliche Vize-Präsident Merino wurden bereits in dem erwähnten Bericht der UNO-Wahrheitskommission als diejenigen genannt, die eng mit den Todesschwadronen verquickt sind.

Bleibt die Erwähnung vom ARENA-Präsidentschaftskandidaten Calderón Sol. Es heißt, in seinem Haus sei 1981 eine Entführung geplant worden. Jedoch gebe es "keinen konkreten Hinweis, daß Herr Calderón Sol an dem Komplott beteiligt war", so die "New York Times". Die US-Behörden blieben ihrer Linie treu, keine Dossiers zu veröffentlichen, die ihre eigene Rolle ins Zwielicht bringen könnten. Aus diesem Grunde fehlen auch die eigentlich interessanten Informationen über die Verbindungslinien von legalen Sicherheitsapparaten, Regierungsfunktionären und Oligarchie sowie den klandestinen Killertrupps der Ultrarechten. Die Erwähnung einiger Namen ist als Warnsignal an diese Leute zu verstehen, den Bogen nicht zu überspannen. Wir dürfen getrost davon ausgehen, daß in US-Archiven genügend belastendes Material lagert, das ausreichen würde, Leute wie den ARENA-Kandidaten Calderón Sol politisch zu erledigen. Die Frage scheint mir lediglich zu sein, ob die USA Interesse daran haben. Es spricht viel dafür, daß dem nicht so ist.

Es besteht Handlungsbedarf

Offenkundig ist die Mord- und Einschüchterungskampagne darauf angelegt, einen möglichen Wahlerfolg der linken Koalition aus FMLN und demokratischer Konvergenz zu verhindern. Es wird sich zeigen, ob es den Ultrarechten auf diese Weise gelingt, die Organisierung und Mobilisierung der Linken ernsthaft zu behindern. Die jüngsten Vorfälle demonstrieren jedoch, daß von der vielbeschworenen "Zivilisierung" der Rechten El Salvadors nicht die Rede sein kann.

Um dem Druck ihrer Mörderbanden zu widerstehen, braucht die FMLN auch weiterhin die solidarische Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang sind die Reste der hiesigen Linken unter anderem aufgefordert, (nicht nur) in Ländern wie El Salvador die Bedeutung des Einsatzes für Menschenrechte zu erkennen. Die Differenz zwischen der Einhaltung bzw. Nichteinhaltung dieser Rechte ist viel zu oft die Differenz zwischen Leben und Tod von Genossinnen und Genossen.

Al., Nürnberg

Anmerkungen:

1) Siehe: Un informe increíble sobre El Salvador, in: ECA Nr. 537/538 San Salvador Julio/Agosto, S. 750

2) Alle Zahlenangaben nach: Derechos Humanos en 1992: el derecho a la vida y los derechos de la infancia, in: ECA Nr. 537/538, a.a.O., S. 677 - 691; ONUSAL: séptimo informe sobre la situación de los derechos humanos, in: ECA Nr. 537/538, a.a.O., S. 743 - 750

3) Siehe: Proceso Nr. 544, San Salvador 30. Dezember 1992, S. 34f

4) Vergleichsangaben für das ganze Jahr 1993 liegen mir noch nicht vor. Für die ersten vier Monate sah die Bilanz wie folgt aus: 423 Personen starben eines gewaltsamen Todes, 66 mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Von diesen 423 Personen wurden 193 (45%) das Opfer von "Kriminellen", weitere 124 (29%) von "Unbekannten". 31 (7%) der Ermordeten wiesen deutliche Foltermerkmale auf.

19. Venezuela: Linksoppositionelle im Aufwind. Interview mit Pablo Medina, Generalsekretär der Bewegung "Radikale Sache"

Interview mit Pablo Medina, Generalsekretär der Bewegung "Radikale Sache" (Causa R)

Autor: Causa R · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:08

Im südamerikanischen Erdölland Venezuela bricht gegenwärtig das jahrzehntelang stabile politische System ein. Die Zeiten, da sich Sozialdemokraten ("Demokratische Aktion", AD) und Christdemokraten (COPEI) an der Regierung abwechselten und ihre Ämter nutzen konnten, um beträchtliche Teile der Ölrente unter sich und ihresgleichen aufzuteilen, gehen dem Ende zu. Bei den Präsidentschafts-, Parlaments- und Regionalwahlen, die am 5. Dezember stattfanden, wurden beide Parteien schwer gerupft. Besonders interessant ist dabei, daß die linke Bewegung "Radikale Sache" (Causa R) deren Niedergang nutzen konnte. Im nachfolgenden Gespräch stellt Pablo Medina seine Organisation vor und erläutert den politischen Kontext, der diesen erstaunlichen Einflußgewinn ermöglichte. Pablo Medina ist Metallgewerkschafter, ehemaliges KP-Mitglied und gehörte 1973 zu den Mitbegründern von Causa R. Er hat heute als Generalsekretär und Parlamentsabgeordneter herausgehobene Funktionen inne. Im nächsten ak folgt ein ergänzender Hintergrundartikel zu Venezuela.

1. Ursachen für die gegenwärtige Krise

Die gegenwärtig noch andauernde politische Krise kam 1992 zum offenen Ausbruch. Warum knickte die fast vierzig Jahre lang stabile gesellschaftliche Ordnung ein?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Sie sind teils konjunktureller teils struktureller Natur. Zunächst ist hier das Fallen des Ölpreises zu nennen. Venezuela ist ein Erdölland. 65-70% des Staatshaushalts sind auf die eine oder andere Weise auf Öleinkünfte zurückzuführen. Es liegt auf der Hand, daß der Preisverfall pro verkauftes Barrel Erdöl nicht nur Mindereinnahmen für die großen Finanzgruppen zur Folge hat, sondern daß auch die Staatseinnahmen sinken. 1992 betrug der Preis etwa 14 US-Dollar pro Barrel. Vorher lag er bei 18-20 US-Dollar. In den siebziger Jahren ging er zeitweise auf bis zu 40 $ hoch. Aufgrund dieser Entwicklung hatte das politische System nicht mehr die finanziellen Mittel, die es zuvor hatte, um damit den Massenbewegungen Zugeständnisse zu machen. Die Möglichkeit, auf Grundlage finanzieller Versprechungen um politische Zugeständnisse zu feilschen, nahm also deutlich ab. In wirtschaftlicher Hinsicht ist dies ein wichtiger struktureller Krisenfaktor.

Welche Rolle spielt die exorbitant hohe Auslandsverschuldung Venezuelas?

Oh Gott! Die Folgen sind schrecklich. Wir sollten aber nicht übersehen, daß diese Verschuldung ein sehr spezifisches venezolanisches Gepräge hat. Die Banker Venezuelas haben dem Staat die gesparten Erdöleinkünfte weggenommen. Sie zwangen den Staat, sich bei den internationalen Banken zu verschulden. Indessen eigneten sich die venezolanischen Banken die staatlichen Ersparnisse in Form von günstigen Krediten an und plazierten dieses Kapital auf den internationalen Finanzmärkten. In anderen Fällen verschuldete sich die Kreditwirtschaft, bei uns war es der Staat selbst. Die Summe liegt bei knapp 40 Mrd. $. Jährlich gehen zwischen 30-35% des Staatshaushaltes außer Landes, um die Kredite zu bedienen.

Welche Auswirkungen hat das auf die Wirtschaftspolitik?

Die berühmten Strukturanpassungsprogramme des Ex-Präsidenten Carlos Andrés Pérez drehten sich im Kern darum, die Zahlungsbilanz zu stabilisieren. Mit anderen Worten, den internationalen Banken die Zinszahlungen zu garantieren.

Waren die Jahre 1983 und 1989 die markanten Wendepunkte in diesem Prozeß der Verschuldung?

Die drastische Verschuldung Venezuelas begann unter der ersten Regierung von Carlos Andrés Pérez (1973-1978). Kurioserweise war es die Phase, in der unser Land immense Öleinkünfte erzielte. Im Jahr 1973 fand ja der Yom-Kippur-Krieg statt, der zur Erhöhung der Ölpreise auf bis zu 40 $ führte. Obwohl in dieser Zeit also Extraprofite eingestrichen wurden, verschuldete sich das Land. In diesem Moment entstand unsere

Bewegung "Radikale Sache" (Causa R). 1974 veröffentlichten wir unsere Position zu den Öleinkommen. Wir sagten, daß diese Extraprofite nicht das Ergebnis der Arbeit von uns Venezolanern sind. Wir befürchteten, daß diese immensen Gelder die wirtschaftlichen, politischen und moralischen Strukturen des Landes zu korrumpieren drohten.

Was sollte denn Ihrer Meinung nach mit diesen Extraprofiten getan werden?

Wir schlugen vor, die Ölproduktion zu reduzieren.

Welche politischen Gründe liegen denn der gegenwärtigen Krise zugrunde?

Unser politisches System ist am Ende. Es basierte seit 1958 auf einem Zwei-Parteien-Schema: der sozialdemokratischen "Demokratischen Aktion" (AD) und der sozialchristlichen COPEI. Beide Parteien unterscheiden sich in programmatischer Hinsicht so gut wie gar nicht. Die Art und Weise, wie sie regieren, gleicht sich ebenfalls. Der Hauptunterschied liegt darin, daß die Sozialchristen am Sonntag zur Messe gehen, während die AD-Leute mit der Religion nicht viel am Hut haben.

Kontrollierten diese beiden Parteien nur den Staatsapparat oder darüberhinaus auch die sozialen Bewegungen wie Gewerkschaften, Campesino-Vereinigungen etc.?

Vor allem die "Demokratische Aktion" (AD) schreckte weder vor dem Einsatz von Gewalt noch vor Korruption zurück und kontrollierte etwa 70% der Gewerkschaftsbewegung. Wir sollten nicht vergessen, daß in Venezuela der Staat stark in der Wirtschaft engagiert ist. Fast alle großen Unternehmen gehören dem Staat. Vom Staat her kontrollierten sie auch die Gewerkschaften. Dies verlieh dem Staat dauerhafte Stabilität sowie eine immense Macht. Wir wurden uns darüber klar, daß es notwendig war, in diesen Gewerkschaften Einfluß zu gewinnen, wenn wir eine neue politische Kraft aufbauen wollten. Wir mußten die Arbeiter für uns gewinnen, die von der Sozialdemokratie beeinflußt wurden.

Ich nehme an, daß die Kommunistische Partei (PCV) seit jeher in der Gewerkschaftsbewegung aktiv war und dort auch eine gewisse Bedeutung hatte.

In den vierziger und sechziger Jahren spielte die KP in der Arbeiterschaft eine wichtige Rolle. Heute hat sie weder in den Gewerkschaften noch als Partei nennenswerten Einfluß.

Es gibt ja auch noch andere linke Kräfte wie die aus Guerillaresten hervorgegangene "Breite Bewegung für den Sozialismus" (MAS). Waren sie nicht fähig, die Zwei-Parteien-Herrschaft aufzubrechen?

Zwischen dem Ende der sechziger Jahre und 1973 wurden die "Demokratische Aktion" (AD) und das Zwei-Parteien-System entscheidend gestärkt. 1973 gewann der Sozialdemokrat Carlos Andrés Pérez die Wahlen. AD und COPEI holten etwa 85% aller Stimmen. Im Jahr darauf schossen die Ölpreise in die Höhe. Wir, die Causa R, gingen davon aus, daß Venezuela eine Phase relativer Stabilität durchlaufen würde. Das heißt, daß wir zwar den einen oder anderen Konflikt erwarteten, daß im großen und ganzen aber nichts passieren würde. Wir begannen damit, unsere neu gegründete Kraft aufzubauen. Wir vermieden die frontale Auseinandersetzung. Wir konzentrierten uns auf die Bewußtseins- und Organisationsarbeit. Andere Teile der Linken gingen anders vor. Sie gewannen eine Gewerkschaft und riefen bald darauf zu einem Generalstreik auf. Der Gegendruck war zu groß und die Kräfte gingen wieder verloren.

Wer waren diejenigen, die so "radikal" vorgingen?

Die "Sozialistische Liga", "Rote Fahne" und andere marxistische Gruppen. Damals waren sie bedeutender als wir, aber im Laufe der Zeit gingen sie ein. Die Phase der Stabilität dauerte von 1973/74 bis 1988. Seit diesem Zeitpunkt gingen wir davon aus, daß die Stabilität erste Risse zeigte. Wir erwarteten, daß in den nächsten fünf Jahren auch die Zwei-Parteien-Herrschaft zu Ende gehen und neue Parteien, unter ihnen die Causa R, an Bedeutung gewinnen würden. Die Grundlage dafür war die veränderte wirtschaftliche Lage. Wir veröffentlichten ein Buch mit diesen Thesen. Damit versuchten wir unsere Einschätzung zu untermauern, daß das kommende Jahrfünft sich von den vorhergegangenen deutlich unterscheiden würde.

Der Sozialdemokrat Carlos Andrés Pérez gewann 1988 die Wahlen erneut. Mit einem populistischen Programm stellte er sich als der große Retter in der Krise dar. Die Leute glaubten an ihn. Er galt als der Mann, der den Boom der siebziger Jahre beschert hätte. Wenige Tage nach seinem Sieg warf er sein Programm in

die Ecke und leitete eine neoliberale Roßkur ein. Die Bevölkerung fühlte sich betrogen und reagierte empört. Können Sie etwas genauer erklären, was dann ablief?

Bei diesen Wahlen, die Carlos Andrés Pérez gewann, kam es erstmals in der Geschichte des Landes zu einer Wahlenthaltung von 20%. Er erhielt 43% der abgegebenen Stimmen. Aber wenn man auch die Enthaltungen in Rechnung stellt, so gewann er nur noch 33%. Das waren schon deutliche Zeichen der Schwäche. Und das, obwohl er sich als derjenige in Szene setzte, der die Öl- und Stahlindustrie verstaatlicht hatte und der Arbeitsplätze und Wohlstand versprechen könnte. Nach dem Urnengang begann er unvermittelt von einem wirtschaftlichen Streichpaket neoliberalen Zuschnitts zu reden. Als er am 2. Februar die Präsidentschaft antrat, kamen 23 Präsidenten aus der ganzen Welt. Nur drei Wochen später, am Montag den 27. Februar, begann das größte Massaker, das in diesem Jahrhundert in unserem Land verübt wurde. Genaue Zahlen gibt es nicht. Einige gehen von 500, andere sogar von 1000 Toten aus. Es ist eigenartig, daß der Präsident am Montag den 27., einem Tag vor Monatsende, an dem viele Leute also kein Geld mehr haben, massive Benzin- und Fahrpreiserhöhungen ankündigte. Um fünf Uhr morgens begannen an vier Punkten der Stadt kleine Gruppen gegen diese Maßnahmen zu demonstrieren. Die Polizei stand bereit, um diese Gruppen niederzuhalten.

Waren es Linke, die mobilisierten?

Ja, es waren kleine Gruppen aus der Universität. Kurioserweise erhielten die Polizeioffiziere in den ersten Stunden die Order, nicht einzugreifen. Auch die Armee und die Nationalgarde agierten nicht. Im Laufe des Vormittags sammelte sich die Bevölkerung, demonstrierte, und das Fernsehen brachte erste Bilder davon. Erst am Nachmittag, als die Unruhe auf der Straße stark zugenommen hatte und es bereits zu Plünderungen kam, griffen Truppen der Polizei und der Nationalgarde ein. Um 17.00 Uhr verließen Carlos Andrés Pérez und sein Stellvertreter die Hauptstadt und reisten ins Landesinnere. Am Tag darauf rief der Präsident die Parteien zusammen, um den Ausnahmezustand zu verkünden. Ich stand ihm direkt gegenüber und sagte: "Herr Präsident, das können Sie nicht machen! Es kommt sonst zu einem Massaker an der Bevölkerung. Sie sollten ankündigen, daß Sie die Maßnahmen zurücknehmen. Dann werden sich die Leute beruhigen. Außerdem haben Sie niemals angekündigt, daß Sie sich den Regeln des IWF unterwerfen würden." Ich fuhr fort: "Hier haben wir einen anderen Vorschlag. Auf dieser Liste sind die Namen derjenigen, die Gelder ins Ausland verschoben haben. Exakte Zahlen haben wir auch. Besteuern Sie deren Konten und Sie haben das Geld, das Sie brauchen". Er sagte kein Wort darauf und schaute an die Decke. Ich erzähle das so detailliert, weil ich unsere Hypothese begründen möchte. Wir haben den Eindruck, daß er bewußt zuließ, daß sich etwas zusammenbraute. Dies gab ihm den Vorwand für das Massaker. Auf diese Weise konnte er das Land in Angst und Schrecken versetzen. Denn er brauchte entweder eine Militärdiktatur oder Bedingungen des Terrors, um seine Wirtschaftspolitik durchziehen zu können.

Das mag in der Regel zutreffen, muß aber nicht naturnotwendig so sein. Der Fall Mexiko zeigt, daß ein neoliberales Anpassungsprogramm auch mit einer begrenzten politischen Öffnung verbunden sein kann.

Stimmt, aber im Falle Venezuelas gilt die Regel. Carlos Andrés Pérez bediente sich jahrelang dieser Angst, um zu regieren. Er holte die Armee auf die Straße, um die Bevölkerung niederzukartätschen. Eine Woche nach diesen blutigen Vorfällen übersandte der Präsident höchstpersönlich eine Reihe von Dokumenten an die "Breite Bewegung für den Sozialismus" (MAS). Aus diesen geht hervor, daß sich wichtige Funktionäre der sozialdemokratischen Vorgängerregierung unter Jaime Lusinchi bereichert hatten. MAS und die Presse begannen von den Korruptionsfällen zu reden. Dies diente dem Präsidenten als Nebelwand, um die Toten vergessen zu machen und die Wirtschaftsmaßnahmen in Kraft zu setzen. Er setzte seine Pläne um.

Welche Folgen hatte die Schlächterei vom 27. Februar 1988 für die Armee?

Das Massaker hatte weitreichende Konsequenzen. Viele Soldaten sagten, daß sie nicht noch einmal auf die Bevölkerung schießen würden. Unsere Streitkräfte unterscheiden sich von denjenigen Argentiniens, Chiles oder Kolumbiens. Die große Mehrheit der Offiziere kommt aus dem einfachen Volk. Es sind Söhne von Arbeitern oder kleinen Leuten. Die Struktur der Ränge verläuft in unserer Armee nicht parallel zur Klassenstruktur, wie dies in den übrigen Armeen Lateinamerikas der Fall ist; das heißt, viele hochrangige Offizieren kommen aus bescheidenen Verhältnissen.

Bedeutet dies, daß Carlos Andrés Pérez die Kontrolle über das Instrument verlor, das er brauchte, um den Terror aufrechtzuerhalten?

Nicht direkt. Denn er konnte auf Grundlage der weitverbreiteten Angst und mit einigen politischen Manövern von 1989 bis 1991 regieren. Aber die Leute hatten von dieser Regierung die Nase schon gestrichen voll.

Schließlich verweigerte ihm sogar seine eigene Partei die Unterstützung. In dieser Situation entschloß sich die christdemokratische Oppositionspartei, COPEI, dem sozialdemokratischen Präsidenten im Parlament die Mehrheiten zu beschaffen.

COPEI unterstützte sein neoliberales Schockprogramm. Nach dem gescheiterten Putsch vom 4. Februar 1992 trat sie sogar in die Regierung ein. Dies führte dazu, daß nach der Sozialdemokratie auch die Christdemokratie drastisch an Ansehen verlor.

Das heißt, daß die beiden Parteien, die das politische System seit vierzig, fünfzig Jahren beherrschten, in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise gerieten.

Das Zwei-Parteien-System ist am Ende. Aber es gab schon vor dem Februar-Putsch einige Anzeichen dafür. So siegten wir, die Causa R, in einem Bundesstaat, gelangten ins nationale Parlament und hatten in der Gewerkschaftsbewegung an Einfluß gewonnen. Am 4. Februar wurden diese Wandlungsprozesse stark beschleunigt.

Welche Bedeutung hatte denn der versuchte Militärputsch vom 4. Februar 1992?

Die Bevölkerung verlor die Angst. Sie merkte, daß die Armee kein monolithischer Block und die Regierung sehr geschwächt war.

Heißt das, daß man diesen Putschversuch nicht einfach mit anderen, uns geläufigeren Vorfällen im Cono Sur - Stichwort Pinochet - gleichsetzen kann?

Die Gründe für den Coup liegen offen auf der Hand. Das System war politisch und wirtschaftlich ausgelaugt. Dazu kommt die tiefe Korruption der politischen Klasse, die Korrumpierung des Präsidenten selbst. Deshalb brachten die Leute der "Bolivarianischen Bewegung" enorme Sympathien entgegen. Einen Monat später zeigte sich dies erneut, als um 20.00 Uhr in vielen Häusern ein Aufruf befolgt wurde, aus Protest gegen den Präsidenten auf Töpfe zu schlagen. Es kam zu Demonstrationen. In jener Nacht brachte die Polizei allein in Carácas zehn Menschen um. Carlos Andrés Pérez sagte, das komme aus Chile, diese Proteste seien reaktionär. Aber in Wirklichkeit waren es Anzeichen, daß ihn niemand mehr im Amt sehen wollte. Es kam zu weiteren ähnlichen Aktionen. Wir versuchten als Causa R, die Bewegung zu politisieren. Wir schlugen zu diesem Zweck vor, daß darüber abgestimmt werden sollte, ob der gewählte Präsident weiter amtieren solle, oder nicht. Wir organisierten in mehreren Städten Probeabstimmungen.

Unterstützten dies andere Tendenzen der Linken?

Nein. Das war eine Angelegenheit der Causa R. 600.000 Menschen beteiligten sich daran. An der Stimmenauszählung beteiligten sich etwa 20 Abgeordnete aus unterschiedlichen Parteien. 90% stimmten gegen Carlos Andrés Pérez.

Es gab also auch nach dem Februar-Putsch eine breite Bewegung, die auf den Rücktritt des Präsidenten drängte?

Natürlich. Wir brachten einen Gesetzesentwurf ein, in der eine Volksabstimmung vorgeschlagen wurde. Die Kongreßmehrheit, AD und COPEI, lehnten das Referendum ab. Die "Breite Bewegung für den Sozialismus" (MAS) stimmte dafür. In den Monaten Mai, Juni, Juli erreichte die politische Krise neue Höhepunkte. Im Oktober schlug ein COPEI-Abgeordneter, der Angst vor einem drohenden Militärputsch hatte, im Senat erneut vor, ein Referendum abzuhalten. Der Senat schloß sich an. Am gleichen Tag traf sich der Präsident Carlos Andrés Pérez mit der Armeeführung und sagte: "Dieses Referendum wird nicht durchgeführt!" Die AD- und COPEI-Abgeordneten, die dafür votiert hatten, bekamen es mit der Angst zu tun und zogen wieder zurück. Eine Woche danach kam es zum zweiten Putschversuch.

Wie reagierte die Bevölkerung?

Viele sympathisierten. Während im Februar vor allem das Heer putschte, wurde die November-Erhebung von allen Waffengattungen der Armee unterstützt. Vor allem die Luftwaffe nahm teil. Sie erlangte die Kontrolle über einige Basen im Landesinneren. Wenngleich beim zweiten Mal auch die Basis breiter war, so fehlte doch das

Überraschungsmoment. Es gelang dem Präsidenten, sich rechtzeitig darauf einzustellen und die Reihen der Putschisten mit seinen Leuten zu infiltrieren.

Der putschende Teil der Streitkräfte bezeichnet sich selbst als "bolivarianisch". Was bedeutet das?

In Carácas wurde Simón Bolívar geboren. Er leitete von 1810-1824 die Unabhängigkeitskriege gegen die spanische Kolonialherrschaft. Für die Länder Lateinamerikas ist Bolívar eine außerordentlich bedeutende historische Figur.

Aber was heißt das - unter den heutigen Bedingungen - im politischen Sinne?

Hier gibt es keine explizit begründete Interpretation. Klar, ein Teil der Ideenwelt Bolívars ist sehr präzise. Er trat immer für die Einheit Lateinamerikas ein. Aber was die Innenpolitik betrifft, ist sie weniger deutlich. Er hatte sehr rigide Moralvorstellungen. Aus seiner Amtszeit als Präsident Boliviens gibt es Dekrete, nach denen Dieben die Erschießung drohte. Aber was die heutigen Militärs betrifft, so ist nicht klar, was in ihrem Regierungsprogramm bolivarianisch ist. Die Putschisten wenden sich gegen die selbstmörderische Wirtschaftspolitik von Carlos Andrés Pérez, die den Armen immer weitere Opfer auferlegt. Während die Devisenreserven des Landes wieder zunahmen, nahmen die Nahrungsmittelreserven der Bevölkerung ab. Während die Banken noch gigantischere Gewinne machten, mußte die Bevölkerung den Gürtel immer enger schnallen.

Lehnen die "bolivarianischen Militärs" den Ausverkauf der Reichtümer des Landes an die transnationalen Konzerne ab?

Exakt. Es wurden beispielsweise Agrarsubventionen gestrichen, während den skrupellosen Bankiers das Geld nachgeschmissen wurde etc. Das sind skandalöse Mißstände, die allen Leuten und eben auch den Offizieren, die, ich wiederhole es, aus einfachen Schichten kommen, geläufig sind. Deshalb kam es auch zu derart massiven Protesten. Dazu kommen vor allem nach dem Massaker von Carácas weitere moralische und politische Beweggründe.

Was die moralischen Beweggründe der von Ihnen so genannten volksnahen Offiziere betrifft, habe ich meine Zweifel. Normalerweise haben Soldaten, selbst wenn sie aus einfachen Verhältnissen kommen, letztendlich keine Hemmungen, gegen die Schichten gewaltsam vorzugehen, aus denen sie kommen. Sie wurden schließlich jahrelang dazu abgerichtet, auf Befehl zu töten.

Na ja, ich weiß nicht. Sie schossen schließlich gegen die eigenen Familienangehörigen. Das hat ihnen sehr wohl etwas ausgemacht. Außerdem wurden sie auf der Grundlage von Simón Bolívars Gedankengut ausgebildet. Ideen von Einheit, dem Kampf gegen die Korruption, daß man nicht gegen das Volk schießen dürfe usw. ...

2. Das politische Profil

von Causa R

Im Dezember 1992 gab es Kommunal- und Regionalwahlen, die nicht zuletzt auch als Ventil für die angestaute Unzufriedenheit dienten. Ihre Organisation verzeichnete erheblich Zugewinne ...

Wir hatten im Bundesstaat Bolívar schon 1989 die Gouverneurswahlen gewonnen und eroberten im Nationalparlament drei Mandate. Außerdem konnten wir unsere Gewerkschaftsarbeit verstärken. Wir drei Causa R-Parlamentarier wußten, daß wir nicht nur innerhalb des Kongresses arbeiten durften. Wir gingen auf die Straße.

Was ist darunter zu verstehen?

Wir nutzen die parlamentarische Immunität aus, um an allen Kämpfen teilzunehmen, die von Arbeitern, Studenten oder anderen Teilen der Bevölkerung vom Zaun gebrochen wurden. Wenn es irgendeinen wichtigeren Konflikt gab, war mindestens einer von uns präsent. Nach unserem Wahlsieg von 1989 hatten wir uns zum Ziel gesetzt, bei den nächsten Wahlen in einem weiteren Bundesstaat zu gewinnen. Wir entschieden uns, alle finanziellen und personellen Kräfte auf die Hauptstadt Carácas zu konzentrieren. Ich kannte Carácas vorher nicht besonders. Aber der Februarputsch und unsere Aktivitäten, um Carlos Andrés Pérez vor dem

Repräsentantenhaus, dem Senat und schließlich vor dem Obersten Gericht anzuklagen, trugen uns viele Sympathien ein.

War die Unterstützung auf der Straße zu spüren?

Und wie! Alle waren gegen Pérez. Wir versuchten, diese Ablehnung in Form einer Anklage zu konkretisieren, die wir am 16. November 1992 erhoben. Wenige Tage später, am 27. November, kam der zweite Putschversuch. Der Präsident konnte ihn niederschlagen. Er trat eine Repressionswelle los, die sich gegen die gesamte Opposition richtete. Wir kamen nur davon, weil wir Parlamentarier sind. Aber sogar uns wollten sie einsperren. Aber der Präsident hatte nicht gemerkt, daß er zwar einen kurzfristigen militärischen Sieg erzielt hatte, politisch jedoch eine Niederlage erlitt. Das Oberste Gericht ließ unsere Anklage gegen ihn zu! Dies stoppte seine Offensive und verhalf uns zum Wahlsieg in Carácas. Den Erfolg an den Urnen mußten wir auf der Straße verteidigen. Denn in unserem Land gab es schon immer Wahlbetrug.

Kommen wir zum Verhältnis von Causa R zu den übrigen politischen Kräften. Was unterscheidet Sie von der "Demokratischen Aktion" (AD)?

Ihre Philosophie ist sozialdemokratisch. Für sie ist Demokratie gleichbedeutend damit, alle fünf Jahre zu wählen. In der Zwischenzeit sind keine demokratischen Mechanismen vorgesehen. Was die Wirtschaft betrifft, so betrachten sie die Arbeiter lediglich als Lohnempfänger, die Kollektivverträge abschließen. Auf diese Weise können sich Arbeiter nie in Produzenten verwandeln. Das Kapital wird so immer die Herrschaft über die Arbeit beibehalten. In der Bevölkerung Venezuelas ist eine demokratische Mentalität verbreitet. Seit unserer Gründung sehen wir unsere Rolle darin, die Demokratie zu vertiefen. Eine Demokratie, die von unten ausgeht.

Was ist damit konkret gemeint?

Wir müssen die staatlichen Strukturen verändern. Nur so kann der Staat in einen Diener der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung umgewandelt werden. Heute ist dieser Staat den Bankiers und der politischen Klasse zu Diensten. Das muß anders werden. Damit dieser Umstrukturierungsprozeß von unten her einsetzen kann, schlagen wir zum Beispiel vor, die Stadtregierungen aufzulösen und durch Gremien zu ersetzen, die aus den Stadtteilen heraus gebildet werden. Diese erneuerten städtischen Einrichtungen müssen auch mit Kompetenzen und mit wirklicher Macht ausgestattet sein. Auf diese Weise soll der Bevölkerung ermöglicht werden, an politischen Entscheidungen mitzuwirken. So können die Lebensqualität der Menschen und die politischen Debatten ein höheres Niveau erlangen.

Sie wollen die Ausübung politischer Macht möglichst weit nach unten verlagern?

Wir wollen die Demokratie in die Gemeinden bringen. Die Kommunen sollen selbst offen und demokratisch verfaßt sein. Demokratie soll nicht mehr nur ein alle fünf Jahre stattfindender Wahlakt sein, sondern alltägliche Praxis werden.

Endet Ihr Demokratie-Konzept hier? Wie stellen Sie sich die Ordnung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vor?

Wir treten für soziale Sicherheit, funktionierende Schulen und Krankenhäuser in ganz Venezuela ein.

Soll das über den Staat organisiert werden oder über die Privatisierung dieser Bereiche?

Das sind Aufgaben des Staates. Allerdings muß die Bevölkerung Möglichkeiten zur Mitsprache haben. Wir wollen keine Privatisierung, wie sie die Neoliberalen vertreten.

Mit welchen Strömungen oder Organisationen können Sie denn beispielsweise in Gewerkschaften oder Bauernverbänden zusammenarbeiten? Wer sind Ihre Gegner?

Wir schließen in unserer Gewerkschaftsarbeit keine politischen Bündnisse. Wir setzen auf soziale Allianzen.

Was bedeutet das? Warum lehnen Sie politische Bündnisse ab?

Weil das politische System Venezuelas, das auf einer Zwei-Parteien-Herrschaft von "Demokratischer Aktion" (AD) und COPEI fußt, mit seinen finanziellen Ressourcen auf alle politischen Parteien Einfluß ausübte. Auch auf diejenigen, die als "links" bezeichnet werden. Sie schufen einen gewissen politischen Stil. Dessen Kennzeichen waren Absprachen, Verhandlungen und Pakte. Du gibst am Punkt X nach, dann mache ich dir im

Bereich Y Zugeständnisse. In diese Art von Abkommen ließ sich auch die Linke einbinden und wurde selbst korrupt.

Die Debatten fanden innerhalb der Parteispitzen statt und die Bevölkerung blieb außen vor?

Exakt. Sie wird von niemandem vertreten. Unserer Meinung nach bringt es gar nichts, in diese parlamentarischen Ränkespiele einzusteigen. In diesem Sinne sind wir Sektierer. Wir bekennen uns offen dazu, daß wir mit diesen politischen Parteien keine Allianzen eingehen wollen. Seit wir im Kongreß präsent sind, haben wir weder mit den Sozialdemokraten noch mit den Christdemokraten auch nur einen einzigen Pakt geschlossen.

Auch nicht mit der linkssozialdemokratischen "Breiten Bewegung für den Sozialismus" (MAS)?

Einige Male vertraten wir ähnliche Ansichten oder stimmten gleich ab. Aber das war nicht das Ergebnis einer Absprache, sondern lag einfach daran, daß wir zu bestimmten Problemen eben gleiche oder zumindest ähnliche Meinungen haben. Unser Verhalten führte dazu, daß die Bevölkerung sah, daß es im Parlament eine kleine Gruppe von Abgeordneten gibt, die sich ganz anders verhält, als die übrigen Parlamentarier. Für uns ist es sehr wichtig, daß es an unseren Abgeordneten keinerlei Zweifel daran gibt, daß wir uns vom Rest deutlich unterscheiden. Das hat natürlich auch seine Nachteile. So sind wir im Kongreß weitestgehend blockiert, und die Massenmedien versuchen uns totzuschweigen.

Was verstehen Sie unter "sozialer Allianz"?

Wir beziehen uns auf die Arbeiterschaft, die Bauern, kleine und mittlere Produzenten und Sektoren der Industrie. Unsere Grenze liegt bei den Banken. Sie sind die Krisengewinnler des neoliberalen Wirtschaftsprogramms. Sie haben mehr als 60 Mio. $ außer Landes gebracht. Mit den Bankiers können wir uns nicht verbünden.

Welches Verhältnis haben sie zu den "bolivarianischen Militärs"?

Auf unserer Abgeordnetenliste für den Bundesstaat Zulia steht der Kommandant Arias Cardenas, einer der fünf Kommandanten der "bolivarianischen Militärs". Während des Putsches nahm er den Staat Zulia, der im Westen des Landes liegt und die Ölindustrie beherbergt, ein, ohne auch nur einen einzigen Schuß abzugeben. Arias Cardenas hält die Teilnahme an den Wahlen für wichtig, während andere Militärs, die sich ebenfalls erhoben, dies ablehnen. Auf unserer Liste für Zulia stehen noch zwei weitere "bolivarianische Militärs".

Mit welchen internationalen Kräften arbeitet Causa R zusammen?

Wir unterhalten vor allem zur brasilianischen Arbeiterpartei (PT) enge Beziehungen. Als Causa R gegründet wurde, waren wir nur wenige Personen. Wir wuchsen sehr langsam. Aus diesem Grund widmeten wir uns ausschließlich der Arbeit in Venezuela und waren international nicht präsent. Damit fangen wir gerade erst an.

Nehmen Sie am Forum von Sao Paulo teil, dem lockeren Zusammenschluß der lateinamerikanischen Linken?

Wir gehören zu dessen Mitbegründern. Wir nahmen an drei von vier Kongressen teil. Wir brauchen die Einheit Lateinamerikas, ansonsten gibt es keine Entwicklungsmöglichkeiten. Eine Einheit, die mehr ist als bolivarianische Reden. Wir brauchen eine wirkliche Integration. Aber dies ist nur möglich, wenn alle gleichberechtigt daran teilnehmen können.

Einige Worte zu den Wahlen. Was ist zu dem ausgestiegenen COPEI-Mitbegründer und Ex-Präsidenten Rafael Caldera zu sagen, der von einem lockeren und recht heterogenen Bündnis aufgestellt wurde, dem auch linke Gruppen angehören?

Caldera ist der Kandidat von Parteien wie der MAS, MEP oder der Kommunistischen Partei. In der Vergangenheit waren sie immer verfeindet. Es ist kurios, daß der Kandidat Rafael Caldera in den Umfragen immer etwas über 30% liegt, während die Parteien, die ihn unterstützen, seit Jahren nicht stärker werden.

Das heißt, daß sie zwischen 5 und 10% liegen?

Laut Umfragen hat die "Bewegung für den Sozialismus" (MAS) etwa einen Anteil von 8%. Die MAS ist sogar etwas geschrumpft. Die anderen haben zwischen 0,5 und 1%. Caldera bedient sich dieser Parteien. Das

Verhältnis zwischen dem Kandidaten und seinen Unterstützern ist sehr schwierig. Mit ihnen wird Caldera nicht regieren. Er wird dazu seine eigenen Leute holen.

Es gibt ja auch ein Beispiel, das noch gar nicht lange zurückliegt. Der Ex-Präsident Rafael Caldera macht etwas ähnliches, wie sein geschaßter Vorgänger Carlos Andrés Pérez. Viele schöne Worte vor den Wahlen und danach kommt höchstwahrscheinlich das bittere Erwachen.

Exakt. Nach Caldera kommen wir. Wir können auf eine Organisation zurückgreifen, die in den letzten zwanzig Jahren aufgebaut wurde. Causa R gewinnt auf nationaler Ebene immer mehr an Bedeutung. Das gibt uns nicht nur für Präsidentschaftswahlen gute Chancen, sondern auch für die Parlamentswahlen. Dort können wir uns zu einer wichtigen Kraft mausern. Das bedeutet, daß Sozial- und Christdemokraten unter Umständen das erste Mal in der Geschichte über keine parlamentarische Mehrheit mehr verfügen. Das würde die Kräfteverhältnisse entscheidend verändern und demokratische Reformen ermöglichen. Diese Wahlen könnten auch zum historischen Bankrott der "Demokratischen Aktion" (AD) führen. Denn die Sozialdemokratie tritt unter sehr ungünstigen Bedingungen an. Ihre Ex-Präsidenten Carlos Andrés Pérez und Jaime Lusinchi stehen vor Gericht, ebenso Antonio Ríos, der ehemalige Chef des sozialdemokratischen Gewerkschaftsdachverbandes. Auch ihr Präsidentschaftskandidat Claudio Fermín steht wegen Korruptionsverdachts schwer unter Beschuß.

Bedeutet das, daß das Terrain links von der Mitte, das traditionell von der Sozialdemokratie kontrolliert wurde, sich nun neu formiert?

Dieser Raum ist nun ziemlich frei. Es kommt dazu, daß die "Demokratische Aktion" im Zwei-Parteien-System die bestimmende Kraft war. COPEI trottete ihr seit jeher lediglich hinterher. Hier öffnen sich außerordentliche Spielräume für unsere Arbeit. Causa R zeichnet sich durch ihre extrem geduldige Arbeit aus. Wir haben die neue Option sehr, sehr langsam aufgebaut. Hinzu kommt, daß Causa R nach innen hin zutiefst demokratisch ist. Sie ist eine revolutionäre Arbeiterorganisation, die aufgrund ihrer inneren Struktur sehr untypisch ist. Wir haben beispielsweise kein Schiedsgericht, das Verstöße gegen die Parteidisziplin ahndet. Wir haben keine Mitgliedsausweise und es wird nicht abgestimmt.

Kann man einfach in eine Basisgruppe kommen, mitdiskutieren und -entscheiden?

Das ist nicht nur an der Basis möglich. Jeder Aktivist kann beispielsweise an den Leitungstreffen teilnehmen, die in der Hauptstadt stattfinden. Wir haben zwar Führungsgremien, aber es handelt sich dabei um Minimalstrukturen.

Warum stimmen Sie nicht ab?

Wir fällen unsere Entscheidungen nach einem Diskussionsprozeß. Wir versuchen immer, die besten Ideen aufzugreifen. Für uns spielt die Toleranz eine sehr große Rolle. Wenn ich in der Diskussion in der Minderheit bin, so begreifen wir das nicht als Niederlage, sondern als Zugewinn von neuen Einsichten.

Aber es ist doch in der Praxis nicht möglich, sich immer zu einigen. Was passiert dann?

Einige Male lief es nicht so. Dann probieren wir eine der zwei Meinungen in der Praxis aus. Dazu brauchst du natürlich die erforderliche Toleranz, um überhaupt zuzulassen, daß erst einmal eine Variante überprüft wird. Dieses Vorgehen ist insofern interessant, weil es nicht auf dem Prinzip der organisatorischen Hierarchie beruht, sondern weil die Idee ganz vorne steht. Darin liegt die große Stärke unserer Organisation. Wir haben nicht im herkömmlichen Sinne verschiedene Tendenzen. Die Leute unterscheiden sich dadurch, ob sie Entscheidungen abwarten und damit leben können, oder nicht.

Woher kommen die Causa R-Leute?

Wir haben die unterschiedlichsten Wurzeln, wenngleich der Großteil aus der Arbeiterschaft kommt. In der letzten Zeit stießen auch Studenten und Menschen aus den ärmeren Schichten der Bevölkerung dazu.

Welche politische Vergangenheit haben Sie, das Führungspersonal?

Der Gründungskern, zwölf Personen, kam aus der Kommunistischen Partei. Davon blieben nur wenige übrig. Viele gehörten nie einer anderen Partei an. Andere kommen aus der MAS, der "Demokratischen Aktion" (AD) oder sogar aus der christdemokratischen COPEI.

Es sind Marxisten darunter und auch Nicht-Marxisten...

Revolutionäre. Ich würde lieber sagen, Revolutionäre.

Das Interview führte Al., Nürnberg, am 4.10.1993 in Dietzenbach

20. Sozialer Dienst versus soziale Bewegung? - Die Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) in Chile

Autor: Boris Scharlowski · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:03

In Chile, wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern auch, hat sich im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte ein gesellschaftliches Subjekt herausgebildet, das in vielem ursprüngliche Funktionen des Staates und seiner tragenden Institutionen (Parteien etc.) übernommen hat. Gemeint sind die Nichtregierungsorganisationen (NRO), ein Typus von Organisation, der sein Profil im jahrelangen Kampf zugunsten der gesellschaftlichen Basis auf der einen und gegen die Machtmonopole des Staates und der Wirtschaft auf der anderen Seite entwickelt hat.

Diese Organisationen befinden sich seit dem Ende der Diktatur Augusto Pinochets in einem extremen Spannungsfeld. Der Rahmen der beginnenden politischen Demokratisierung vor dem Hintergrund des neoliberalen Wirtschaftsmodells deutet zwei mögliche Szenarien für die Entwicklung der chilenischen Gesellschaft an. Auf der einen Seite bestand und besteht immer noch die Hoffnung auf eine kontinuierliche Entwicklung hin zu einer tatsächlichen politischen und sozialen Demokratie, eine momentan immerhin recht utopisch wirkende Perspektive. Auf der anderen Seite droht die ungehemmte Fortsetzung des in Chile mehr als bekannten Modells neoliberaler sozialer Repression. Diese Situation beginnt tief in die Strukturen der NROs hineinzuwirken, da sie grundsätzlich die Frage nach deren Verhältnis zur politischen Macht im Staate als auch zu den darwinistischen Gesetzen der Marktwirtschaft im freien Fall stellt. Im weiteren geht es um die Chancen, die diesen ursprünglich emanzipatorischen Institutionen eingeräumt werden können.

Ein neues

gesellschaftliches Subjekt

In Chile hießen die NROs noch bis zur Mitte der achtziger Jahre "Unterstützerorganisationen". Der Begriff der NRO kam von außen. Er wurde von der UNO ins Spiel gebracht, oder wie es Cristina Có von der von Paolo Freire mitbegründeten CEAAL (Consejo de Educación de Adultos de América Latina) (1) ausdrückt: "Wir haben uns selber nicht so genannt, die UNO hat uns so getauft". So dauerte es einige Zeit, bis die betreffenden Organisationen die neue Bezeichnung akzeptierten. Die Problematik dieses Begriffes liegt darin, daß damit die Unterscheidung zwischen Organisationen wie dem Roten Kreuz und einer Basisorganisation der Armen aufgehoben wird.

Aber mit der Zeit (Ende der achtziger Jahre) wurde der Benennung eine positive Seite abgewonnen. Fernando Ossandón von ECO, Educación y Comunicaciones (2): "Dann stellten wir fest, daß wir eigene Dinge, ein eigenes Profil beizusteuern haben. Darunter verstehe ich, daß die NROs bestimmte fachliche Kenntnisse, bestimmte Themen, die Möglichkeit zur reflexiven Analyse und die Fähigkeit, die verschiedenen Basisinitiativen mit dem Rest der Gesellschaft zu vernetzen, einbringen können. Dieses sind die Fähigkeiten, die wir besitzen und die die übrigen sozialen Organisationen nicht besitzen."

Im chilenischen Kontext versteht man traditionell unter NRO einen Typ von Organisation, der eine vom Staat unabhängige Finanzierung vorweisen kann (auch wenn sich hier neuerdings einiges zu ändern beginnt), von keiner Partei abhängig ist und dessen Engagement der Unterstützung und Vernetzung der Basisorganisationen d.h. der sozialen Bewegungen gilt. In den Zeiten Pinochets erkannte man sie an ihrer entschiedenen Gegnerschaft zum diktatorialen Regime; im besten Sinne waren sie Nicht-Regierungsorganisationen. Ihre Aktivitäten sind heute mehr denn je auf einen demokratischen, sozialen Wandel ausgerichtet, jenseits einer lediglich politisch-parlamentarischen Demokratisierung.

Grundsätzlich herrscht hinsichtlich des Entwicklungszieles des Demokratisierungsprozesses in den Nichtregierungsorganisationen Chiles soweit Übereinstimmung, daß "... sich Entwicklung auf die Menschen und nicht auf die Gegenstände beziehen muß. In diesem Sinne könnte man sagen, daß sie das Resultat der Mobilisierung aller Faktoren, die das Leben der Menschen, aller Menschen ohne Ausschluß und deren Verhältnis zur Umwelt bestimmen, ist." (3) Es handelt sich also um eine Entwicklung in deren Zentrum der Mensch steht. Diese Vorstellung von Entwicklung sieht sich als eine, die vor allem die Veränderung hin zu

einer demokratischen Gesellschaft meint, die den Menschen Platz für eine autonome, gerechte und partizipative Beteiligung läßt.

Dennoch präsentieren sich die chilenischen NROs, trotz dieser Gemeinsamkeiten, recht unterschiedlich. Sie sind in den verschiedensten Tätigkeitsfeldern aktiv (Forschung, Erziehung, Gesundheit, Frauen, Saisonarbeiter) und in verstärktem Maße in den Basismedien (4). Ihre Größe variiert zwischen einer handvoll MitarbeiterInnen (z.B. ICAR, einer NRO, die sich um die Organisierung der LandarbeiterInnen kümmert) bis zu solchen mit über 100 (z.B. El Canelo de Nos). Selbst ein einheitlicher rechtlicher Status, der ihnen in einem Land, in dem die Übergriffe des Staates auf der Tagesordnung standen, einen gewissen Schutz bieten könnte, blieb ihnen bisher verwehrt.

Nicht-Regierungsorganisationenpar excellence

In Chile entstanden den heutigen NROs ähnliche Organisationen erstmals Ende der sechziger Jahre. Das eigentliche Entstehen der NROs ist jedoch eng mit der Diktatur und gleichzeitig der sich ausdehnenden "Entwicklungs"-Hilfe seitens des Nordens Ende der siebziger Jahre verbunden. Cristina Có: "Der Ursprung der NROs ist in den diktatorialen Regimes zu suchen. Die NROs hatten sich die Aufgabe gesetzt, den Diktaturen entgegenzusteuern, den Staat anzuklagen, ihn in bestimmten Bereichen zu ersetzen."

Die ersten NROs wurden gegründet, weil jene gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, Parteien ...), die sich zugunsten der gesellschaftlichen Basis hätten engagieren können, aus gegebenen Gründen nichts unternahmen oder unternehmen konnten. Abgesehen von einigen eher individuellen Formen der staatlichen Unterstützung nach dem Subsidiaritätsprinzip (z.B. bei der Wohnungsvergabe), gab es keinerlei Initiative des Staates zugunsten der Basis. Vielmehr war die Repression gegen die Unterklassen und deren gesellschaftliche Ausgrenzung erklärte Politik des Regimes. Das staatliche Erziehungs- und Gesundheitssystem wurde zum fast vollständigen Zusammenbruch geführt. In anderen Sektoren des unter Allende vorbildlichen Sozialsystems waren die Wirkungen kaum weniger fatal. Zudem fehlte hinsichtlich der gesellschaftlichen Basis jegliche Form kritischer analytischer Reflexion oder wissenschaftlicher Forschung.

Zunächst wurden die NROs deutlich von den Kirchen finanziell gefördert. Deren gesellschaftliche Bedeutung gewährte den kleineren NROs einen gewissen Schutz. Aus den Kirchen heraus bildeten sich Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte (Pro Paz, Vicaría de la Solidaridad). Ihre Aufgabe war die Unterstützung der Bewegungen in den Elendsvierteln, den poblaciones.

Während der Diktatur erfüllten die NROs in manchen Fällen Stellvertreterfunktionen für Parteien oder soziale Organisationen. Außerdem bildeten sich in den NROs viele der sozialen und politischen Aktivisten heran.

Die Demokratisierung

und die Folgen

Grundsätzlich hat der Wandel hin zur Demokratisierung einige fundamentale Veränderungen für den nicht-staatlichen Sektor bewirkt: Neben einem deutlichen Rückgang der internationalen "Entwicklungs"-Hilfe haben die sozialen Basisbewegungen und die mit ihnen verbundenen NROs im offiziellen gesellschaftlichen Kräftespiel deutlich an Einfluß und Dynamik zugunsten der parlamentarischen Kräfte verloren. Und: Die Beziehungsgeflechte zwischen den NROs und anderen Trägern der chilenischen Gesellschaft sind komplizierter und enger geworden. So hat sich vor allem der Kontakt zum Staat und den Parteien grundsätzlich geändert.

Die versickernde "Entwicklungs"-Hilfe

Viviana Erazo von Fempress, der einzigen lateinamerikanischen Presseagentur von Frauen für Frauen, umreißt das Problem: "Für die chilenischen NROs stellt sich jetzt das Problem, daß die europäischen Kooperationspartner es vorziehen, Projekte in Osteuropa statt in Lateinamerika zu finanzieren."

Zu Beginn der Demokratisierung konnten die NROs noch rund 55 Mio. US-Dollar aus internationalen Mitteln kanalisieren. Diese Summe beinhaltete auch Gelder von auswärtigen Regierungen, die damals noch nicht mit der chilenischen Regierung kooperieren wollten.

Während bilaterale staatliche Entwicklungsgelder mittlerweile nahezu ausschließlich über staatliche chilenische Institutionen z.B. FOSIS, dem Fondo de Solidaridad y de Inversión Social (Solidaritäts- und sozialer Investitionsfonds), kanalisiert werden, hat gleichzeitig die private internationale Hilfe für chilenische Organisationen deutlich abgenommen. Weltweit wird davon ausgegangen, daß Chile durch das Ende der Diktatur und die im lateinamerikanischen Kontext relativ stabile wirtschaftliche Situation bei der "Entwicklungs"-Hilfe keine erste Priorität verdient. So decken die NROs mittlerweile, d.h. seit Ende der Diktatur, einen bedeutenden Teil ihrer Finanzierung über staatliche Mittel ab. Dies macht sie auf der pragmatischen Ebene zu Beteiligten staatlicher Sozialpolitik.

Insgeheim wird darauf gehofft, daß sich diese Entwicklung wird umkehren lassen. Aber: "Wir wünschen nicht, daß die entwicklungspolitischen Entscheidungen unserer Gesprächspartner auf Seiten der im Norden angesiedelten Hilfsorganisationen nur aus individuellen Abmachungen mit bestimmten NROs oder lediglich Gesprächen mit der chilenischen Regierung entstehen. Statt dessen erhoffen wir uns, daß die Chile betreffenden Entscheidungen von allen Betroffenen gemeinsam getroffen werden", so Gonzalo de la Maza, der Direktor der CNO, der Coordinadora Nacional de Organizaciones No-Gubernamentales (Nationale Koordinierungsstelle für NROs). Dies wird die einzig wirksame Methode sein, einem zunehmenden, hemmungslosen Wettlauf zwischen den NROs um die weniger werdenden Mittel vorzubeugen und eine gemeinsame Aktion z.B. gegenüber staatlichen Institutionen zu erreichen. Bis dahin werden sich die NROs zunehmend um neue Möglichkeiten der Eigenfinanzierung kümmern müssen, ein Feld auf dem der neue Typus der noch vorzustellenden Consulting-NROs mit seinem marktorientierten Profil einen deutlichen Vorsprung hat.

Parteilich oder parteiisch?

In vielen Ländern Lateinamerikas ist traditionell das Politische an die Existenz der Parteien gebunden. Seit einiger Zeit beginnt sich das zu ändern. Die emanzipatorischen Veränderung in den Gesellschaften Lateinamerikas gehen heute weniger denn je von den Parteien aus. Es sind die jeweiligen sozialen Bewegungen, die sich gegen sie erheben. Sei es die brasilianische Frauenbewegung gegen die PT (die Arbeiterpartei), die peruanische Basis gegen die Izquierda Unida (die Vereinigte Linke) oder die unabhängigen Frauenorganisationen gegen die AMNLAE (die nicaruguanische Frauenorganisation) und die FSLN. Die auch für weite Teile der Linken typische Form des (partei-)politischen Mandats, was dazu beigetragen hat, daß sich die Repräsentanz von den eigentlichen Problemen der Basis entfernt hat bzw. neue Widerspruchsformen nicht aufgenommen und nicht berücksichtigt wurden, wird von den Bewegungen thematisiert. Dies ist weniger erstaunlich als es im ersten Moment erscheint, da auch in Lateinamerika das klassische Politikmodell Ermüdungserscheinungen aufzuweisen beginnt. Den Parteien (auch und im speziellen den linken) wird ihr virulenter Machismus vorgeworfen, ihr Festhalten an Ideologismen, ihre Geringschätzung der in den sozialen Bewegungen gemachten Erfahrungen. Und, um so erstaunlicher, der Überdruß im Volk geht scheinbar an weiten Teilen der Linken unbeachtet vorüber: Gerade in dieser Zeit einer eindeutigen Krise versuchen viele der ehemals starken Guerillabewegungen ihr zweites Bein in die jeweiligen parlamentarischen Elfenbeintürme zu bekommen, um einen Platz im gesellschaftlichen Rollenspiel zu behaupten.

In Chile ist die Situation nicht deutlich anders. Jaime Durán, Generalsekretär der MIDA (5), gibt selber zu: "Trotz der offiziellen Definition wurde bisher die vollständige Integration der Unabhängigen und der sozialen Bewegungen in der Führungsebene der MIDA noch nicht erreicht". Aber: "Die Beziehung zwischen den Politikern und den sozialen Bewegungen ist eine Herausforderung, die diese neue Kraft von Anfang an annehmen muß".

Vor allem die etablierten Parteien haben sich allerdings längst das Phänomen der NROs auf ihre Weise zunutze gemacht.

Und die Basis?

Die Rolle der NROs ist in der letzten Zeit auch bei uns deutlich in das Kreuzfeuer der Kritik geraten (6). Hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den Basisorganisationen wird ihnen vorgeworfen, die NROs zeigten ihnen gegenüber deutlich paternalistische Strukturen. Und: Durch die NROs würde einem System Vorschub geleistet, das man mit dem Begriff "Klientelismus" (Möller) (7) umschreiben kann. Basisgruppen hätten demnach als Gegenleistung für die Leistungen der NROs mit einer entsprechenden (ideologischen oder

andersgearteten) Willfährigkeit zu reagieren. Ein existentielles Interesse seitens der NROs an dieser Abhängigkeit stünde einer nachhaltigen Veränderung der Situation entgegen.

Es ist keine Frage, daß diese Kritik in vielen Fällen von NROs angebracht ist. Viele der chilenischen NROs, so z.B. jene, die sich im Bereich der alternativen oder der Basismedien engagieren, scheinen sich allerdings in einem etwas anderen Koordinatensystem zu bewegen.

Bemüht man sich um eine Abgrenzung des Phänomens NRO von dem der Basisorganisation, so kann man unter dem ersten eine Form der Institution sehen, die sich (hoffentlich!) zugunsten der Basis engagiert und unter dem zweiten eine Gruppe, die sich für ihre eigenen Interessen einsetzt. So eindeutig - des höheren Grades an Autonomie wegen - das Votum zugunsten der letzteren ausfallen müßte, gibt es dennoch einige Gründe, die unter den derzeitigen Bedingungen in Chile für eine Funktionsaufteilung zwischen NROs und Basisorganisationen sprechen.

Aber auch wenn man bestimmten NROs tatsächlich ein nicht zu leugnendes Interesse an der Erhaltung des gegenwärtigen Systems unterstellen kann, so spricht doch zumindest im chilenischen Fall einiges für ein befristetes Fortbestehen. In der chilenischen Gesellschaft, in der die emanzipatorischen Kräfte zunehmend an Bedeutung zu verlieren drohen, ist heute mehr denn je eine Vernetzung der Initiativen von unten entscheidend. Dies stellt offensichtlich die alleinige Chance dar, sich der sich abzeichnenden Erstarrung der demokratischen Ansätze in einem System parlamentarischer Demokratie nach westlichem Muster zu widersetzen. Dies ist aber unter den derzeitigen Bedingungen in einem Land, in dem über die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, von den Mitgliedern der Basisorganisationen nicht leistbar. Weder besitzen sie heute die finanzielle Ausstattung noch das entsprechende Know-how, um diese Arbeit durchzuführen.

Das Beispiel der Red de Prensa Popular (8), das Netzwerk der chilenischen Basispresse, das erst durch die Hilfestellung der NRO ECO - Educación y Comunicaciones - entstehen konnte, ist einer der vielen Belege für diese These. Oder aber die vielfach geleistete Hilfe bestimmter NROs im Bereich der Fortbildung der Mitglieder der Basisorganisationen im Bereich der Selbstorganisation.

Zudem geht gerade in Chile das Verständnis einiger NROs, das sie auf die Funktion der Selbsthilfeförderorganisation (also einer Organisation, die eine Basisorganisation in ihrem Autonomiebestreben fördert), festlegt, darübrt eindeutig hinaus. Ihr Dienst an der Basis ist von einem breiteren Verständnis getragen. Dafür stehen NROs wie ILET (9) und CENECA (10). Sie greifen die kritische Analyse von gesellschaftlichen Themen (Partizipation und Demokratie, Medien und multinationaler Imperialismus...) auf, die ohne den entsprechenden Grad an Professionalisierung im Rahmen einer Basisorganisation nicht geleistet werden könnte und die dort weder von den Universitäten noch anderen Institutionen unternommen wird.

Interner Paradigmenwechsel

Gerade bezüglich einer Veränderung seit Anbeginn der Demokratisierung ist Vorsicht geboten. Denn innerhalb der NRO-Landschaft hat sich Grundlegendes getan. Mit den Worten Gonzalo de la Mazas läßt sich sagen: "Es entstehen neue Körperschaften, die formal als NROs - ein Kürzel, das alles zuläßt - bezeichnet werden, deren Wesen sich allerdings deutlich von den NROs der vorhergehenden Jahre unterscheidet".

Gemeint ist das Entstehen neuer Typen von NROs. Ein Teil von ihnen geht direkt den Pakt mit den Parteien ein oder ist von diesen gar gegründet worden. Während dies den NROs ein gewisses Auskommen sichert, bedeutet dabei die Verbindung mit den NROs für die Parteien einen weitaus leichteren Zugang zur Basis, die sich erst wieder an die Existenz von Parteien gewöhnen muß.

Auch bei einem anderen, neuen Typus von NROs handelt es sich im Grunde um nichts anderes als Consultingfirmen, die über diesen Umweg versuchen, an die immer reichlicher fließenden staatlichen Gelder zu kommen. Im Gegensatz zu den parteigebundenen NROs ist ihre Ausrichtung weitaus technokratischer, ihr Funktionieren unterliegt rein marktwirtschaftlichen Gesetzen.

Staat oder Leben!

Die NROs als gesellschaftliches Subjekt befinden sich in einer durchaus schwierigen Situation. Die meisten von ihnen wurden während der Diktatur gegründet und haben ihr Profil im jahrelangen Kampf gegen die

politische und soziale Ausgrenzung des Großteils der chilenischen Bevölkerung gewonnen. Im besten Sinne waren sie Nicht-Regierungsorganisationen. Heute gerät diese Handlungsperspektive zunehmend ins Wanken. Der so lange herbeigesehnte nachdiktatoriale Staat ist da und bietet sich immer häufiger als Kooperationspartner bei der Projektarbeit an.

Und das, obwohl es seitens des Staates derzeit noch keine zusammenhängende Politik bezüglich der NROs gibt. Es sind zwei gegensätzliche Positionen auszumachen: Eine Richtung, die die Arbeit der NROs und deren Rolle hinsichtlich der Zivilgesellschaft, ihre Professionalität etc. für die Entwicklung der chilenischen Gesellschaft anerkennt; die andere, die weiterhin die Arbeit der NROs als in Konkurrenz zum Staat stehend ansieht.

Vor dem Hintergrund der ausbleibenden internationalen Hilfe stellen die Offerten des Staates ein nachgerade verführerisches Angebot dar. Dennoch sind sie für viele NROs eine widersprüchliche Angelegenheit. Denn die Projektgestaltung trägt häufig die Handschrift des zuständigen Ministeriums oder des FOSIS. Nicht nur, daß die so verteilten Gelder immer häufiger zugunsten der privaten Consultingfirmen, die sich in traditionelle Sektoren der NROs wagen, ausgeschüttet werden, sondern die Auswahlkriterien für die Projekte haben meistens einen deutlich quantitativ-technokratischen Charakter. Diese Kriterien widersprechen grundlegend dem klassischen Profil der NROs, die in ihrer jahrelangen Arbeit Formen sozial-politischer Unterstützung entwickelt haben, die den qualitativen Aspekt deutlich hervorheben.

Die NROs müssen sich aufgrund ihrer häufig finanziell mehr als schwierigen Situation somit zwar auf das finanzielle Angebot einlassen, laufen aber damit Gefahr, zu Beteiligten im staatlichen Plan der Privatisierung des Sozialsektors zu werden. Häufig gerät ihre Arbeit so ohne ihren Willen zum Akt neoliberalen Handelns. Oder wie es Gonzalo de la Maza ausdrückt: "Die NROs werden von staatlicher Seite als private Vollstrecker der Sozialpolitik angesehen. Jeglicher Versuch, die NROs als Projekte mit einer eigenen, autonomen Identität zu akzeptieren, wird abgetan." Soweit zur Identitätskrise der chilenischen NROs.

Erfüllungsgehilfen des Neoliberalismus?

Die NROs sind Organisationen, deren Selbstverständnis sie dazu verpflichtet, auf die Herbeiführung von gesellschaftlichen Zuständen hinzuwirken, die ihre eigene Existenz überflüssig machen. Der Staat soll dazu gezwungen werden, wieder die ihm zugeschriebenen Verantwortlichkeiten im sozialen Sektor zu übernehmen. Obwohl die chilenischen NROs zu Zeiten der Diktatur massiv am Aufbau paralleler Strukturen zu denen des Staates beteiligt waren, zielte und zielt ihr Wirken nicht per se auf die Überwindung der Institution Staat. Durch die eindeutige Betonung der sozialen Komponente gegenüber der technokratisch-parlamentarischen ist ihre Vorstellung von der Demokratisierung des Landes derzeit zwar immer noch deutlich verschieden zu der in Chile herrschenden. Gleichzeitig befinden sie sich aber auch nicht in radikaler Opposition zu dem neuen Herrschaftsmodell. Die Regierung der Concertación des Präsidenten Patricio Aylwins wird seitens der NROs als Verhandlungspartner angesehen. Ihre Kritik stellt die Option der Regierung für das neoliberale Modell als herrschendes Wirtschaftssystem in Frage, unterstützt aber deren Vorstöße hinsichtlich der politischen Demokratisierung des Landes.

Ihre eigene labile wirtschaftliche Situation, die vor allem durch das Ausbleiben der internationalen Unterstützung entstanden ist, macht manche von ihnen auf der Suche nach alternativen Formen der Finanzierung für Angebote seitens des Staates empfänglich. Die Gefahr, in die sie sich dabei begeben, ist, daß sie unter dem Druck der staatlichen Institutionen ihr eigenes Profil einer alternativen Form des sozial-politischen Engagements zugunsten der qualitativ-technokratischen Vorstellungen staatlicher Träger opfern müssen. Auf diesem Wege der Privatisierung staatlicher Sozialpolitik bleibt den NROs nichts anderes übrig, als die Rolle eines Erfüllungsgehilfen des neoliberalen Modells einzunehmen. Zu wünschen wäre es ihnen nicht.

Boris Scharlowski

Anmerkungen:

1) Die CEAAL ist ein kontinentaler, thematischer Zusammenschluß von NROs mit Sitz in Santiago. Sie stellt die bei weitem größte und repräsentativste Koordinationsstelle lateinamerikanischer NROs im Bereich der Volksbildung (comunicación popular) dar.

2) ECO - Educación y Comunicaciones ist eine der wichtigsten chilenischen NROs im Bereich der Kommunikation. Sie hat den Begriff der Basismedien entscheidend geprägt und engagiert sich dort seit Ende der siebziger Jahre.

3) Comisión Plataforma y Organización del Seminario de ONG chilenas e italianas, Hacia una plataforma de las ONG chilenas para construir futuro, (Hektografierte Diskussionsvorlage des Seminars "El Sur todavia existe", das in Santiago de Chile im Juni 1992 stattgefunden hat), Santiago de Chile 1992. Kapitel "Desarrollo Lokal", Comisión, S. 1.

4) s. dazu epd-Entwicklungspolitik 23/24/92, 2/3/93, 7/93

5) Das Movimiento de Izquierda Democrático Allendista (MIDA = Bewegung der demokratischen, allendistischen Linken) ist ein Zusammenschluß aus sieben linken Parteien, deren wichtigste Vertreterin die PC ist. Die MIDA steht in Opposition zum regierenden Bündnis der Concertación Patricio Aylwins.

6) Gustavo Esteva, Bedrohlicher als die alten Fortschrittsexperten, epd-Entwicklungspolitik 14/15, 1988, Neuabdruck in ila 164, April 1993. Kritisiert wird dort das Entwicklungsmodell der lateinamerikanischen NROs.

Alois Möller, Klientelismus und Schenkungsmarkt, Ein Beitrag zur NRO-Debatte, epd-Entwicklungspolitik 20/21, 1992. ila Nr 164, April 1993.

7) Alois Möller op. cit.

8) s. dazu epd-Entwicklungspolitik 23/24/92. Dort wurde die Red de Prensa Popular ausführlich vorgestellt.

9) ILET ist die Abkürzung von Instituto de Estudios Transnacionales (Institut Transnationaler Studien). Außer in Chile gibt es Dependancen in Mexico und Argentinien. ILET arbeitet seit Jahren zu Themen wie dem Einfluß der multinationalen Konzerne auf regionale Medien Lateinamerikas.

10) ENECA - mit Sitz in Santiago untersucht schwerpunktmäßig die Rolle medialer Rezeption.

21. Die Nationale Demokratische Front der Philippinen: Träger von Befreiung oder Opfer von Befriedung?

Von Rainer Werning

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:04

Die Nationale Demokratische Front der Philippinen (NDF)

Träger der Befreiung oder Opfer von Befriedung?

Von Rainer Werning

Die linken revolutionären Organisationen der Philippinen, Kommunistische Partei der Philippinen (CPP), Neue Volksarmee (NPA), Nationale Demokratische Front (NDF), sind in eine tiefe Krise geraten und in zwei oder mehr Lager gespalten. Nur "Eingeweihten" waren die Kanten und Schnittpunkte der seit Mitte der 80er Jahre vehement geführten innerparteilichen Diskussion bekannt. Das hat auch mit den besonderen Umständen und Bedingungen einer de facto noch immer illegalisierten Partei/Guerilla zu tun. Zwar gilt die CPP mit der Aufhebung des seit 1957 bestandenen Republic Act 1700 am 22. September 1992 nicht länger mehr als verbotene Organisation. Doch wer auch nur mit den Grundzügen des philippinischen Rechts- und Gerichtswesens vertraut ist, weiß, daß eine Mitgliedschaft im Regelfall weiterhin strafrechtlich relevant bleibt. Aufgrund noch in der Marcos-Ära erlassener und bis heute gültiger Dekrete wird "Subversion" meist mit "illegalem Waffenbesitz" in Verbindung gebracht. Das stellt nach wie vor ein kriminelles Delikt dar, dem unmittelbar nach Verkündung des rechtskräftigen Urteils der Strafantritt folgt. Gemäß dieser Praxis verbüßen etliche CPP-Führer langjährige Haftstrafen.

Zu Beginn der 90er Jahre, vor allem aber im vergangenen Jahr, drangen einzelne Kritikpunkte in die Öffentlichkeit und wurden gleichermaßen in den großen Tageszeitungen Manilas und nicht Nicht-Regierungsorganisationen diskutiert. Erst - sozusagen ex cathedra - die Publikation der von der CPP selbst als bedeutsam eingestuften Dokumente, die der (selbst)kritischen Aufarbeitung ihrer jüngeren Geschichte gewidmet und als Positionspapiere gedacht sind, erlaubt es, die Debatte nunmehr quellenmäßig belegbar nachzuzeichnen und sich mit den darin geäußerten Einschätzungen sinnvoll auseinanderzusetzen.

Der Diskussionsprozeß ist in vollem Gange und sein Ausgang völlig offen. Unser Autor analysiert in seinem zweiteiligen Artikel den Stein des Anstoßes, d.h. die von der CPP offiziell verfolgte Politik der sog. Berichtigungsbewegung (rectification campain), konfrontiert sie mit den Argumenten der Kritiker und entwickelt Positionen, die in der gesamten Diskussion bislang nur sporadisch oder gar nicht berücksichtigt wurden.

Nach dem Ende des Vietnam-Krieges (1975) und dem siegreichen Einmarsch der kambodschanischen, laotischen und südvietnamesischen Widerstandsgruppen in Phnom Penh, Vientiane und Saigon (hernach Ho-Chi-Minh-Stadt) bildete die am 26. Dezember 1968 "im Kampf gegen den modernen Revisionismus auf marxistisch-leninistischer Grundlage und gemäß den Ideen Mao Tse-tungs reorganisierte Kommunistische Partei der Philippinen/CPP", einschließlich der von ihr maßgeblich beeinflußten Neuen Volksarmee (NPA) sowie der Nationalen Demokratischen Front/NDF, die zahlenmäßig stärkste und politisch bedeutsamste sozialrevolutionäre Bewegung in Südostasien.

Gemäß ihren (Gründungs)Programm für eine Volksdemokratische Revolution verfolgte die CPP die in Anlehnung an die von der Kommunistischen Partei Chinas in den 20er Jahren entwickelte Strategie des langwierigen Volkskrieges und strebte mittels des engen Bündnisses zwischen Arbeitern und (Pacht)Bauern als Kern einer Einheitsfront die Beseitigung des US-Imperialismus und seiner lokalen sozialen Stütze, des Feudalismus, an. Das seinerzeit herrschende Regime von Ferdinand E. Marcos ward als "bürokratisch-kapitalistisch" charakterisiert und galt in der Sicht der CPP als Instrument der politischen Interessenvertretung der Kompradorenbourgeoisie und Großgrundbesitzerklasse. Zentrales Anliegen der Partei war demnach der Sturz der mal als "faschistisches Marcos-Regime", mal als "US-Marcos-Diktatur" bezeichneten Regierung in Manila im antiimperilistischen, antifeudalen und antidiktatorischen bzw. antifaschistischen Kampf sowie die Durchführung eines revolutionären Agrarreformprogramms als Hauptinhalt der volksdemokratischen Etappe der Revolution.

Derart polarisiert waren die sozialen Gegensätze und politischen Fronten in der Endphase des Kriegsrechts (1972-1981), daß nennenswerte Opposition sich jahrelang nahezu ausschließlich im Untergrund zu artikulieren und organisieren vermochte. Trotz mehrfacher Rückschläge (z.B. die Verhaftung führender CPP- und NPA-Kader) zeigte sich die Partei dieser Herausforderung, nicht zuletzt aufgrund ihrer mittlerweile landesweiten Verankerung und entfalteter dezentraler Strukturen, gewachsen: Die bürgerliche Opposition war, sofern nicht von Marcos gewaltsam mundtot gemacht, bis auf wenige couragierte Einzelpersonen verstummt, während neben und außerhalb der CPP langjährig keine politische Kraft eine derart herausgehobene, wenn nicht gar hegemoniale Stellung im revolutionären, bewaffneten Widerstand innehatte. (Die alte, 1930 gegründete Kommunistische Partei beispielsweise, die Partido Komunista ng Pilipinas/PKP, von der die Gründungsmitglieder der CPP seit Mitte der 60er Jahre aufgrund ideologischer, strategischer wie politischer Differenzen zunehmend auf Distanz gingen und sich schließlich von ihr abspalteten, wertete Marcos als Garanten nationaler Interessen und versprach sich von seiner Regierung den Aufbau einer nationalen Industrie und die Überwindung der rückständigen sozialen Verhältnisse im Hinterland. Folgerichtig legten die letzten versprengten bewaffneten PKP-Kader Anfang 1974 ihre Waffen nieder, ließen sich auf die mit der Verhängung des Kriegsrechts ausgerufene sogenannte Neue Gesellschaft vereidigen, und einige ihrer Führungskräfte genossen im Gegenzug das Privileg, fortan in Regierungsbehörden (z.B. in der Landwirtschafts- und Agrarreformbehörde) eine Anstellung zu finden.)

Von den beiden während des Kriegsrechts relevanten, da intakten gesellschaftlichen Institutionen - dem Militär und der (vorrangig römisch-katholischen) Kirche - bot einzig letztere einen gewissen Schutzschild für sich formierende Menschen- und Bürgerrechtsgruppen sowie Basisgemeinden, die Unrecht und Unterdrückung anprangerten und sich gleichzeitig als Kern eines überparteilichen, wiewohl parteiischen Widerstandes verstanden. Dies erklärt u.a. die relevante Autonomie der Christen für nationale Befreiung/CNL innerhalb der aus 15 Organisationen gebildeten NDF; die Gründung der CNL im Jahre 1972 war weder eine Kopfgeburt der CPP, noch übte diese in der Anfangsphase auf die Organisation einen bestimmenden Einfluß aus.

Mitte der 80er Jahre schien die CPP/NPA/NDF ihrem Ziel nahe zu sein: Die Ermordung des Ex-Senators Benigno Aquino auf dem Flughafen von Manila (August 1983) rüttelte plötzlich das metropolitane, zum Arrangement mit Marcos geneigte Bürgertum aus der politischen Lethargie, da nunmehr eines seiner Mitglieder buchstäblich vor laufenden Kameras liquidiert und mithin die Gefahr eines gewaltsamen, blutigen Regierungswechsels heraufbeschworen worden war. Doch anstelle eines unter der Ägide der CPP herbeigeführten revolutionären Umschwungs entfaltete das metropolitane Bürgertum nunmehr seinerseits eine politische Dynamik, die mit dem Sturz der Marcos-Diktatur im Februar 1986 ihren Höhepunkt erreichte.

Die noch wenige Monate zuvor in Positions- und Strategiepapieren hochrangiger US-amerikanischer Sicherheitsberater und Militärs geäußerte Befürchtung, durch die "weltweit am schnellsten wachsende Guerilla der Neuen Volksarmee" sei ein enger Verbündeter Washingtons in Südostasien bedroht und die Gefahr einer politischen Destabilisierung auf den Inseln gestiegen, sollte sich alsbald als realitätsferner Zweckpessimismus entpuppen. Statt des befürchteten Machtzuwachses des militärischen Arms der CPP waren die Armed Forces of the Philippines (AFP) die eigentlichen Sieger des Machtwechsels in Manila, denen "Cory" Aquino frischen Glanz und neue Legitimation verlieh, wie denn die AFP ihrerseits der populären Präsidentin als Korsettstange dienten.

Seit jenen bewegten Februartagen des Jahres 1986 ist die CPP ihren Ziel - der Volksdemokratie als erste Etappe auf dem Wege zum Aufbau des Sozialismus - nicht nur entrückt; es wurde und wird seitdem inner- wie außerhalb der Partei in einer Weise diskutiert und in Frage gestellt, was letztlich für die CPP insgesamt von existentiellem Belang ist.

Die folgenden Ausführungen markieren einerseits Defizite in der normativen Ausrichtung und politischen Praxis der Partei. Zum anderen geht es um die kritische Würdigung eines Prozesses, der CPP-intern als Berichtigungskampagne (rectification campaign) bezeichnet wird und die (selbst)kritische Reflexion der im vergangenen Jahrzehnt verfolgten Strategie und Taktik fördern soll. Die Auseinandersetzung konzentriert sich deshalb auf die CPP, weil diese - zumindest in der Vergangenheit - für die NPA und NDF in weitaus größerem Maße richtungweisend war, als sich umgekehrt für diese beiden Organisationen eine von der CPP losgelöste Existenz kurzfristig realisieren ließe.

Um sogleich ein mögliches Mißverständnis auszuräumen: Die Tatsache, daß die CPP sowohl Geburtshelfer der NPA als auch der NDF war, soll nicht heißen, daß ihnen bzw. ihren Mitgliedern jedwede Eigenständigkeit im Denken wie im Handeln abzusprechen ist - das wäre töricht. Damit soll lediglich die bislang ungebrochene Dominanz der CPP über beide Organisationen hervorgehoben werden; mir ist kein Fall bekannt, da es die NPA oder NDF vermocht hätte, der Politik der CPP ihren Stempel aufzudrücken oder gar diese nachhaltig zu ändern. Statt dessen gab und gibt es handfeste Interventionen unter umgekehrtem Vorzeichen.

Kopierte Originalität - die Ideen

Mao Tse-tungs als Vorbild

"Filipinos verfügen seit den Tagen der (vor der Jahrhundertwende aktiven Widerstandsorganisation; R.W.) Katipunan über einen reichen Schatz an revolutionären Erfahrungen, doch philippinische Marxisten haben außerhalb der Arena militärischer Strategien und Taktiken wenig zur revolutionären Theoriebildung beigesteuert. Sie waren so sehr in ihre alltäglichen Kämpfe verstrickt, daß sie sich kaum mit den Feinheiten der Theorie befaßten. Was als theoretische Arbeit ausgewiesen wird, ist meistens nicht mehr als die Dekoration pragmatischer Entscheidungen im einschlägigen Jargon und mit Zitaten." - Francisco Nemenzo Jr., Questioning Marx, Critiquing Marxism - Reflections of the Ideological Crisis of the Left, in: Kasarinlan 8.2:9, Quezon City (4th Quarter) 1992.

So paradox es anmutet: Die historischen Stärken der CPP schlugen auf dem Höhepunkt ihres politischen Einflusses und Prestiges in fortschreitende Schwäche und Lähmung um, deren Wunden die Parteiführung bis heute leckt.

Die Legitimation der Partei wurde aus der kritischen Abrechnung mit der lokalen Spielart des "modernen Revisionismus" bezogen, verkörpert in den Gebrüdern Lava als Führungspersönlichkeiten der PKP während der 50er und 60er Jahre. Diese, so die seinerzeit maßgeblich von dem CPP-Gründungsmitglied und ersten Parteivorsitzenden, José Maria Sison alias Amado Guerrero, formulierte Kritik, hätten prinzipienlos geschwankt zwischen Kooperationsbereitschaft mit, ja Kapitulationismus gegenüber den ersten Nachkriegsregierungen und Putschismus sowie zwischen Defätismus und der Strategie des raschen militärischen Sieges. Der politischen Arbeit unter den Massen im Hinterland sei von der städtisch zentrierten "Lava-Clique" ungenügend Beachtung geschenkt und aufgrund der Fixierung auf den Parlamentarismus der Nährboden für politischen Opportunismus bereitet worden. Dieses klägliche politische Scheitern, das schließlich im Gefolge der sino-sowjetischen Auseinandersetzungen um die Politik der friedlichen Koexistenz die Preisgabe des bewaffneten Kampfes besiegelt und die PKP zur Bedeutungslosigkeit herabgewürdigt habe, hätte eine den philippinischen Verhältnissen angemessene Rückbesinnung auf marxistisch-leninistische Prinzipien notwendig gemacht.

Entsprechend verstand sich die CPP als genuine Wahrerin des revolutionären Erbes im Lande, die dort anknüpfen wollte, wo 1898 - nach Ausrufen der Ersten Republik und dem Ende der spanischen Kolonialherrschaft - durch den Verrat des gemäßigten Bürgertums (illustrados) und sein Arrangement mit der neuen Kolonialmacht USA aufgehört worden war. Die Waffen der Kritik, welche die Partei in Verfolgung ihrer genannten Ziele ins Feld führte, waren, selbst was die Terminologie und Diktion betraf, auffällig stark den von Mao Tse-tung entwickelten Kategorien entlehnt. Insofern außenpolitische Ereignisse die Weltsicht und Handlungsmuster der CPP beeinflußten, waren es die sogenannte Große Proletarische Kulturrevolution in der Volksrepublik China (1966-1975) und der zeitgleiche Befreiungskampf in Vietnam, Laos und Kambodscha gegen den übermächtig erscheinenden Gegner USA.

Die Wirkungen, die von diesen beiden Ereignissen ausgingen, waren weltweit nicht zu unterschätzen. In den USA und Westeuropa schufen sie einen bedeutsamen Bezugspunkt der dort erstarkten antiautoritären, außerparlamentarischen und primär von Jugendlichen/Studenten getragenen Protestbewegung, die in Indochina just jene Werte pervertiert sah, die angeblich die Fundamente des "Freien Westens" ausmachten - Selbstbestimmung, Freiheit, Demokratie. Erfolgte eine derartige - ob moralischem Impetus, ethischen Normen oder politischer Analyse geschuldete - Kritik im "Westen" schlimmstenfalls als jederzeit widerrufbare, belanglos-risikoarme Attitüde, so konnte ihre Spitze im damaligen Kontext der Philippinen - immerhin die nebst Thailand wichtigste Nachschubbasis der mörderischen Kriegsführung der USA gegen Indochina - unmittelbar Leib und Leben von AktivistInnen gefährden. Dem Verfasser sind aus jenen Tagen etliche Fälle persönlich

bekannt, da in der Jugend- und studentischen Arbeit engagierte Personen, in erster Linie Mitglieder der Kabataang Makabayan, von staatlichen Ordnungskräften ermordet wurden, da sie in tragischer Überhöhung revolutionären Pathos' die Qualität der eigenen Arbeit am Kriterium der schnellstmöglichen Umsetzung des "maoistischen Modells" maßen.

Die Übernahme wesentlicher Bestandteile der in China erfolgreichen revolutionären Strategie seitens der CPP-Führung - vorrangig das Konzept des langwierigen Volkskrieges mit der Umzingelung der Städte von den Dörfern her als ihrem Eckpfeiler - kontrastierte auffällig mit der aus der Volksrepublik bezogenen Hilfe. Von ideeller und logistischer Unterstützung (z.B. Kaderschulung) abgesehen, dürfte das tatsächliche Ausmaß ihres materiellen Wertes, letztlich ein Geheimnis der Parteispitze, beispielsweise im Vergleich zu den kommunistischen Parteien in den Anrainerstaaten (namentlich die KP Indonesiens, Burmas, Thailands und Malaysias) bescheiden ausgefallen sein, zumal diese Hilfe seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und Manila im Jahr 1975 gedrosselt und aufgrund der wenig später aufgebrochenen Differenzen in der Beurteilung der ASEAN als potentiellen Verbündeten der USA zur Abwehr "hegemonialer Ambitionen seitens des sowjetischen Sozialimperialismus" schrittweise nahezu eingestellt wurde. (ASEAN ist ein regionales Bündnis reaktionärer südostasiatischer Staaten.)

Dennoch wäre es verkürzt, der CPP-Führung ein mechanisches Nachahmen des chinesischen "Originals" zu unterstellen. Trotz Adaption von Kernelementen des chinesischen Revolutionsmodells - nebst der SLV (Strategie des langwierigen Volkskrieges) die im Interesse der agrarischen Produzenten zum Hauptinhalt der volksdemokratischen Etappe der Revolution erkorene Lösung der Landfrage - richtete sich die Aufmerksamkeit der philippinischen Revolutionäre auf die politische Organisierung und Mobilisierung von Kleinbauern und Pächtern als Hauptverbündete des städtischen Proletariats. Der Aufklärung und Arbeit im Hinterland wurde erstmalig in der Geschichte einer philippinischen KP landesweit Beachtung geschenkt; selbst die in den 40er Jahren größte und mit der PKP kooperierende Antijapanische Volksbefreiungsarmee (Hukbalahap) vermochte ihren Einflußbereich kaum über die Reisanbaugebiete in Zentralluzon hinaus zu erweitern. Das vor allem geleistete Engagement in den Bereichen Alphabetisierung, Gesundheitsvorsorge, Hilfestellung bei der Artikulierung und dem Wahrnehmen von Eigeninteressen der ländlichen Bevölkerung zur Minderung weitverbreiteten Wuchers und - zumindest partiell - das Vereiteln von Landvertreibungen seitens der Großgrundbesitzer und/oder ihrer Schergen bleiben ein unbestreitbar herausragendes Verdienst der CPP und der mit ihr verbündeten Gruppen.

Ob in entlegenen Gebieten Nordluzons, Samars oder Mindanaos - dort hatten oftmals bei gänzlicher Abwesenheit staatlicher Instanzen oder einzig der Stationierung bewaffneter Streitkräfte zum vorgeblichen Schutz "nationaler Entwicklungsprogramme" (zuvörderst Infrastrukturmaßnahmen, unkontrollierter Holzeinschlag und ökologisch desaströses open-pit mining) national-demokratische und der CPP/NPA/NDF nahestehende Organisationen immerhin rudimentäre Strukturen von administrativer, politischer, wirtschaftlicher, juristischer wie kultureller Selbstverwaltung begründet. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß der Volksmund bis zur Mitte der 80er Jahre mit dem Kürzel NPA - im Sinne von "nice people around" ("die netten Leute von nebenan") - durchaus positive Aspekte assoziierte. (Seitdem freilich wird die Abkürzung ungleich häufiger mit "no permanent adress" übersetzt - eine markante Bedeutungsverschiebung; entweder haben die Betroffenen etwas oder gar sich selbst zu verbergen.)

Daß diese bedingte Verankerung unter den Massen im Hinterland nicht zuletzt qua bewaffnetem Kampf (und sei es als kollektiv organisierte Selbstverteidigung) verwirklicht werden konnte, war eine Sache. Doch daraus die kategorische und bis heute gültige Schlußfolgerung zu ziehen, der Primat der SLV ergebe sich aufgrund der besonderen Topographie des Landes (Archipelcharakter, gebirgiges Terrain mit vielfältigen Rückzugsmöglichkeiten) nachgerade naturwüchsig und entspreche in angemessener Weise den "spezifischen Merkmalen des Volkskrieges in den Philippinen" - so der bezeichnende Titel der 1974 von Sison verfaßten und von der CPP-Führung als richtungweisend eingestuften Schrift "Specific Characteristics of Our People's War" -, entpuppte sich als weitaus kritikwürdiger, als es sich seine Verfechter vorstellen sollten:

1. Die für den langwierigen Volkskrieg vermeintlich günstigen Voraussetzungen ließen sich gleichermaßen seitens der staatlichen Ordnungsorgane für langandauernde Counterinsurgency-Maßnahmen nutzen. Im Verlauf zahlreicher Militäroperationen und -offensiven mußte die Guerilla bereits sicher geglaubtes Terrain räumen - mit teilweise verheerenden Langzeitwirkungen für die Revolutionäre und Zivilbevölkerung.

2. Ein sorgfältiges Studium der chinesischen Revolutionserfahrungen seit Ende der 20er Jahre hätte eigentlich die Erkenntnis befördern können, daß das Konzept des langwierigen Volkskrieges nicht von der Existenz bzw. den Möglichkeiten zur Schaffung sicherer Rückzugsgebiete "roter" Basen abzukoppeln war. Statt von der Guerilla kontrollierte Gebiete hat es auf den Inseln allenfalls - überdies unterschiedlich lange und intensiv - "rote Zonen" gegeben. Selbst die "Hochburg" des ersten Zentralkomitees der CPP in den Bergen der Isabela-Provinz im Nordosten Luzons - von den Genossen liebevoll "unser kleines Yenan" genannt - wurde sehr bald zur Fluchtburg, von der aus - teils geplant, mehr noch durch gegnerische Militäroperationen erzwungen - ein Ausweichen und die Ausweitung der politischen Arbeit gen Süden und Südwesten erfolgten.

3. Ein langwieriger Volkskrieg ohne (die Aussicht auf) kontrollierte, d.h. der gegnerischen Seite nicht mehr zugängliche Stützpunkte ist der latenten Gefahr ausgesetzt, selbst anfänglich spektakuläre militärische Erfolge nicht dauerhaft politisch konsolidieren zu können. Losgelöst von der gleichrangigen Bedeutung des politischen Kampfes, der Schaffung sozioökonomischer Alternativen und der sensiblen Bündnispolitik in den städtischen Ballungsgebieten, welche anstelle instrumenteller Einheitsfronttaktiken einen in wesentlichen Fragen strategischen Grundkonsens bei strikter Respektierung der jeweiligen politischen wie organisatorischen Selbständigkeit sucht, verkommt die SLV zum Selbstzweck und verkehrt sich in einen Auszehrungskrieg gegen das Volk.

4. Der langwierige Volkskrieg, primär militärisch gedeutet und verabsolutiert, vermag mit zunehmender Dauer keine Alternativen jenseits von Militarismus zu erzeugen. In diesem Sinne besteht ein, wenngleich unbeabsichtigter Zusammenhang zwischen der CPP-Propaganda (leider auch der NDF-Öffentlichkeitsarbeit) und der infolge der sogenannten Anti-DPA (deep penetrating agents) Campaign in den Jahren 1985/86 auf Mindanao praktizierten parteiinternen "Säuberungswelle", die annähernd 1.000 Menschen das Leben kostete. In jenen Monaten vor dem Machtwechsel in Manila sprach Ang Bayan, das Zentralorgan des Zentralkomitees (ZK) der CPP, wiederholt von der sprunghaft (by leaps and bounds) entfalteten militärischen Aktivität der NPA-Kämpfer, während die ersten internationalen Ausgaben des NDF-Organs Liberation in Form von Pictorials die Guerilla hochleben und die "roten Soldaten" ihre Gewehre hochleben ließen. Das in beiden Publikationen zu der Zeit auffällig häufige Auflisten erbeuteter Waffen und "außer Gefecht gesetzter Feldtruppen" erinnerte fatal an den - seinerzeit unter umgekehrten Vorzeichen betriebenen - "body count" der Pentagonstrategen zur Zeit des Vietnam-Krieges.

Die List vertrackter Ungleichzeitigkeiten

Den Charakter ihres Kampfes kennzeichnete die CPP seit ihrer Gründung durchgängig als "antiimperialistisch, antifeudal und antidiktatorisch". (Nachdem Marcos im September 1972 das Kriegsrecht verhängt hatte, wurde anstelle des "antidiktatorischen" häufiger noch vom "antifaschistischen" Kampf gesprochen - ein fragwürdiger Begriff, zumal eine entsprechende faschistische Massenbewegung weder existierte noch jemals geschaffen werden konnte.) Stürzt der Imperialismus, so die Argumentation, sieht sich die lokale "feudale, bürokratisch-kapitalistische" Herrschaft ihrer ausländischen Schutzmacht beraubt, wie denn der erfolgreiche antidiktatorische Kampf die lokale Stütze ausländischer Herrschaft beseitigt. Da der Operationsschwerpunkt gemäß der SLV im Hinterland lag/liegt, kam dem antifeudalen Kampf Priorität zu, während damit gleichzeitig der Imperialismus erschüttert werden sollte. Dem antidiktatorischen - positiv gewendet: dem demokratischen - Kampf wurde allenfalls als Begleitprodukt der beiden erstgenannten Komponenten des Kampfes Beachtung geschenkt.

Die vermeintliche Einheit sämtlicher drei Kampfkomponenten zählte in der Realität nicht; sie ward unzulässig des demokratischen Elements beraubt. Dies sollte sich gerade in den beiden Jahren vor dem Marcos-Sturz auf beklemmende Weise bewahrheiten.

Gab es neben der CPP nur wenige politische Organisationen, die ausdrücklich die antiimperialistische und antifeudale Perspektive teilten, so waren spätestens nach dem Aquino-Mord etliche - vorwiegend manilazentrierte - Gruppierungen sowie sektorale Vereinigungen entstanden, die sich dem Engagement für Demokratie bzw. dem antidiktatorischen Kampf verschrieben hatten. Und es war diese Kampfkomponente, die zweifellos die Dynamik des politischen Geschehens bis zum Machtantritt Corazon Aquinos bestimmte. Je vielfältiger, machtvoller sich dieser Kampf entfaltete, desto desorientierter zeigte sich die Parteiführung, darauf angemessen zu reagieren. Daß sich außerhalb ihrer Ränge plötzlich eine eigenständige Bewegung gegen die Diktatur formiert hatte, die sich überdies eines ebenso unerwartet raschen Zulaufs erfreute, schien ihr suspekt:

Die CPP-Führung vermißte in dieser diffusen Protestbewegung die antiimperialistische, antifeudale Perspektive und witterte Opportunismus, da sich ihr mittlerweile Personen anschlossen, die entweder Marcos langjährig die Stange gehalten oder dessen Politik stillschweigend gebilligt hatten.

Spätestens 1985 hatte diese Bewegung den Charakter einer Massenbewegung angenommen, der die CPP-Führung - trotz kritischer Stimmen ehemaliger Kader ihres Hauptstadt- bzw. Manila-Rizal-Komitees - nicht nur die ideologisch-politische Orientierung vorgeben, sondern sie zudem organisatorisch an sich gebunden wissen wollte. Die Geringschätzung des demokratischen Kampfes paarte sich fatal mit dem Bestreben, diesen, da er denn schon einmal an Schubkraft gewonnen hatte, für sich zu reklamieren bzw. ihn durch eine zweifelhafte Bündnispolitik zu instrumentalisieren.

Die in der Vergangenheit mit gewissem Recht ausgeübte Avantgarderolle im Widerstand gegen die Diktatur und hegemoniale Stellung im ideologisch-politischen Bereich hatten innerhalb der Parteiführung einem Ausschließlichkeitsanspruch Vorschub geleistet, der sich in dieser entscheidenden Phase des politischen Umbruchs als Hemmnis für eine genuine Bündnisarbeit erwies. Statt dessen wurde diese als schlichte Erweiterung der NDF bzw. als Zu-, gar Unterordnung unter national-demokratische Positionen begriffen.

Die Parteiführung betrieb direkt und/oder durch NDF-Repräsentanten selbst bei inhaltlicher Übereinstimmung mit anderen antidiktatorischen Kräften in jener Zeit eine Vereinnahmungspolitik, woraus diese Gruppierungen bittere Schlußfolgerungen ziehen mußten: Was erst geschähe, sollte eines fernen Tages die CPP gemäß ihren Vorstellungen die politische Macht im Lande errungen haben? So ward insbesondere zwischen dem Herbst 1985 und Frühjahr 1986 innerhalb des oppositionellen Spektrums viel politisches Porzellan zerschlagen, das bis heute nicht gekittet werden konnte.

Entsprach der Ende 1985 einzig vom Exekutivkomitee (EK) der CPP beschlossene Boykott der vorgezogenen und für Anfang Februar 1986 anberaumten Präsidentschaftswahl aus der Perspektive des politischen Instrumentalismus einer gewissen Logik, so erwies sich die für sämtliche national-demokratischen Kräfte ausgegebene Direktive der Parteiführung bereits zum damaligen Zeitpunkt als taktisch falsch, strategisch verfehlt und politisch verheerend: Die Wahlen, so das EK in seiner Boykottbegründung, seien "ein lärmendes Theater", ein "vom Diktator abgekartetes Spiel", dessen massive Fälschungen und Manipulationen ihn unweigerlich im Amt bestätigen würden. Demnach stand Marcos' Verweilen im Amt außer Frage, was im übrigen dem Kalkül der US-amerikanischen Regierung entspräche. Dieser Sicht lag die Überlegung zugrunde, Marcos selbst habe die vorgezogene Wahl zur Fassadenreinigung seines Regimes inszeniert, um auf diese Weise einen zentralen Kritikpunkt der um die Jahreswende 1984/85 publik gewordenen Washingtoner Nationalen Sicherheitsdirektive bezüglich der Gestaltung US-amerikanischer Politik gegenüber den Philippinen zu entsprechen.

In dieser seit Herbst 1983 (nach der Ermordung Aquinos) von einer interministeriellen Arbeitsgruppe in Washington (Inter-Agency Task Force for the Philippines) zunächst als Entscheidungshilfe für Präsident Ronald Reagan erarbeiteten Studie, deren Kernelemente schließlich den Haupttenor besagter Direktive bildeten, hieß es an einer Stelle: "Marcos ist Teil des Problems, aber auch ein Teil seiner Lösung". Um ihn aber fortan als "Teil der Problemlösung" betrachten zu können, war Marcos zu weitreichenden Lockerungen seiner diktatorischen Vollmachten angehalten. Dazu zählte nicht zuletzt eine vorgezogene Präsidentschaftswahl, wogegen sich der Präsident zunächst sträubte, zu der ihn aber bereits im Mai 1985 der damalige CIA-Chef William Casey anläßlich dessen Manila-Besuchs gedrängt hatte. Nach langem politischen Tauziehen wurde Marcos schließlich zum Einlenken bewegt; kurz nachdem zuvor ein Report des U.S. Senate Select Committee on Intelligence publik geworden war, der ein düsteres Krisenbild der Philippinen gezeichnet hatte, verkündete der Präsident im November desselben Jahres im amerikanischen Fernsehen seinen Entschluß, sich im Februar des darauffolgenden Jahres neuerlich dem Wählervotum zu stellen.

Das Verdikt - "Marcos ist Teil des Problems, aber auch ein Teil seiner Lösung" - war eine, wiewohl diplomatisch verklausuliert, unmißverständlich scharfe Kritik an der Amtsführung des Präsidenten, die im Kontext der seinerzeit namentlich vom Pentagon und dem State Department erstellten Lageeinschätzungen nicht weniger als dies bedeutete: Marcos galt als strategisch unhaltbar, sein weiteres Verbleiben im Amt polarisierte nicht nur die politischen wie sozialen Gegensätze auf den Inseln, sondern beeinträchtigte selbst US-amerikanische Sicherheitsbelange. Von Interesse war er allenfalls im taktischen Sinne, indem er geordnet

und qua demokratischer Spielregeln - eben durch vorgezogene Wahlen - zum Abdanken veranlaßt werden sollte.

Dieses Szenario gewann just in dem Moment an Gewicht, als Frau Aquino in Verbindung mit dem langjährigen Marcos-Gönner, Ex-Senator Laurel, ihre Präsidentschaftskandidatur anmeldete und sofort von sämtlichen relevanten Institutionen und Organisationen im Lande - mit Ausnahme des Militärs in seiner Gesamtheit - Sympathie und Unterstützung erfuhr. Vom damaligen stellvertretenden Generalstabschef Fidel V. Ramos war bekannt, daß er gegenüber Marcos auf Distanz gegangen war, weil dessen Intimus, Fabian C. Ver, entgegen der eigentlichen militärischen Rangfolge und Beförderungspraxis zum Chef des Generalstabs ernannt worden und somit zu Ramos' Vorgesetzten avanciert war. Ramos galt im Pentagon - zumal wegen seiner Ausbildung in der renommierten Militärakademie West Point - als erfahrener, sachkundiger und nicht durch Korruption belasteter Eliteoffizier, dessen Position es zu stärken galt. Als Reagans überaus versierter und in internationalen Konflikten als kompetenter Schlichter und Vermittler in Erscheinung getretener Sonderbeauftragter Philip Habib nach einem Kurzbesuch in Manila (Mitte Februar 1986) dem Nationalen Sicherheitsrat Rapport erstattete, schwenkte letztlich das Weiße Haus vollumfänglich auf die zuvor zielstrebig verfolgte Politik des State Departement und Pentagon ein: Der Mohr hatte seine Pflicht und Schuldigkeit getan, Marcos mochte, ja mußte nunmehr abtreten.

So starr war das Feindbild der CPP auf Marcos fixiert, daß man sich dessen Sturz nur als gleichzeitigen Durchbruch, gar als zeitgleiche Realisierung antiimperialistischer und antifeudaler Positionen vorstellen konnte. Das Weltbild der Parteiführung ließ nicht einmal hypothetisch zu, der Diktator könne schließlich "nur" durch breiten demokratischen Widerstand, der sich zu allem Überfluß auch noch jenseits ihrer Einfluß- und Kontrollmöglichkeit entwickelt und an außergewöhnlicher Dynamik gewonnen hatte, in die Knie gezwungen und zu Fall gebracht werden. Die (selbst parteiintern virulente) Geringschätzung des demokratischen Elements, die Arroganz im Umgang mit potentiellen Verbündeten und die analytische Kurzsichtigkeit in bezug auf das umsichtige, gewiefte Krisenmanagement des "Hauptfeindes" jenseits des Pazifik waren ausschlaggebend dafür, daß die Inhalte des antidiktatorischen Kampfes von anderen bestimmt wurden und die aus dem Machtwechsel resultierende politische Neukonstellation die Parteiführung als "begossene Pudel" dastehen ließ.

Der von der CPP als Vorbild geschätzte Große Vorsitzende und Steuermann Mao hatte einst ein schönes Bild bemüht, als er sagte: "Der Frosch im Brunnen kennt nicht die unendliche Weite des Firmaments". Eben: Seine südlichen Schüler mißdeuteten aus der Froschperspektive die sich ihnen von unten darbietende Brunnenöffnung als Gesamtheit des Firmaments.

Besagte Entscheidung des EKs der CPP, die vorgezogene Präsidentschaftswahl im Februar 1986 zu boykottieren, war im Kontext der realen Ereignisse relativ belanglos und im Hinblick auf parteiinternes Gebahren - da ohne demokratische Konsultationen gefällt - peinlich. Verhängnisvoll war dieser Beschluß, da er als Direktive an die Mitgliedsorganisationen der NDF ausgegeben und von diesen mehrheitlich befolgt wurde. So mißglückte in den entscheidenden Jahren einer politischen Zäsur (1985/86) nicht nur die Emanzipation der anderen NDF-Mitgliedsorganisationen von der CPP, sondern auch die Möglichkeit eines NDF-Projekts, außerhalb ihrer eigenen engen Grenzen eine Nationale Demokratische Allianz mit anderen ihr bis dahin wohlwollend gegenüberstehenden Organisationen und Gruppen zu begründen. Ein solches Projekt hätte aufgrund größerer Flexibilität und im Sinne einer Erweiterung der fortschrittlichen Basis eher den von der NDF respektierten chinesischen und vietnamesischen Vorbildern entsprochen als die gepflegte Praxis, die "korrekte Linie" erfordere unter allen Umständen die Anerkennung des und Unterordnung unter den Fixstern CPP.

Die Boykottlinie mußte zwangsläufig die Befürchtung nähren, die NDF sei außerstande und nicht willens, den demokratischen Kampf als Teil und zugleich eigenständige Komponente im Prozeß nationaler Befreiung und politischer Emanzipation ernstzunehmen. Entschärft wurde zugleich eine der drei "magischen Waffen", als die die CPP durchgängig außer sich selbst die Volksarmee und Einheitsfront bezeichnet hatte. Daß die Partei in ihrem Zentralorgan Ang Bayan (Ausgabe vom Mai 1986) die Boykottentscheidung ihres Exekutivkomitees lediglich als "taktischen Fehler" bezeichnete und konstatierte, das hinter den Kulissen feinsinnig betriebene US-Krisenmanagement "überschätzt" zu haben, offenbarte einen eigentümlichen Reduktionismus und die instrumentelle Behandlung von (potentiellen) Bündnispartnern als Manövriermasse im gleichsam verengten Partei-Kalkül.

Die politischen Umbrüche zur Jahreswende 1985/86 bedeuteten in mehrfacher Hinsicht einen Einschnitt: War die CPP/NPA bis dato beträchtlich expandiert, so verringerte sich aufgrund ihrer Praxis in der politischen und militärischen Arena ihre Mitgliederzahl und soziale Basis. Die NDF mußte in dieser Phase bei Strafe des Herabsinkens in die Bedeutungslosigkeit lernen, sich bestenfalls als primus inter pares zu begreifen, dessen Schicksal zwangsläufig mit der Fähigkeit zur organisationsübergreifenden politischen Kooperation verknüpft ist. Die in ideologischer, politischer und organisatorischer Hinsicht bei der Gründung der NDF vorhandene und bis etwa 1982 deren Verhältnis zur CPP/NPA auszeichnende Homogenität existiert nicht mehr. Die seitdem geführten Diskussionen um den NDF-Programmentwurf und die seit 1992 öffentlich ausgetragene Strategiedebatte inner- wie außerhalb der Partei unterstreichen die kritische Distanz zu und eine tendenzielle Abkehr von doktrinärem CPP-Ballast unter (vormaligen) Mitgliedern und Sympathisanten. Womit dieser Trend die These relativiert, die NDF sei lediglich eine "Frontorganisation" der CPP.

22. Rassismus und Eurozentrismus bekämpfen! - Interview mit Assata Shakur

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:15

Assata Shakur, Mitglied der Black Panther Party (BPP) und eine militante Kämpferin der Black Liberation Army (BLA), wurde nach sechs Jahren Haft am 2. November 1979 von ihren GenossInnen aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Clinton in New Jersey befreit. Sie lebt seit 1984 mit ihrer Tochter auf Kuba im Exil.

Ivo Bozic hatte im April 1993 in Havanna die Gelegenheit zu einem Interview mit ihr, das wir hier gekürzt abdrucken. Die Übersetzung erstellte Heike Kleffner. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten.

Hast Du den neuen Malcolm X-Film von Spike Lee gesehen oder schon davon gehört?

Ja, ich habe eine Version des Spike Lee-Films gesehen. Der Film war in der African American Community in den USA sehr umstritten. Meiner Ansicht nach ist kein Künstler perfekt, und es gibt einfach keine perfekte historische Darstellung. Insgesamt hat der Film einen sehr positiven Anteil dabei gehabt und wird ihn auch in Zukunft haben, Menschen nicht nur über die Person von Malcolm X zu unterrichten, sondern der Film hilft ihnen auch, einige der historischen Bedingungen zu verstehen, die zur Entwicklung von Malcolm X sowie der Nation of Islam und der gesamten Entwicklung der African-American-Befreiungsbewegung beigetragen haben.

Spielt der Islam tatsächlich eine so wichtige Rolle in der schwarzen Bewegung wie im Film dargestellt? Wie sieht Dein Verhältnis zum Islam aus?

Meiner Ansicht nach war die Nation of Islam ein sehr wichtiger Einfluß für die schwarze Befreiungsbewegung und ist es, in der Art, wie sie von Farrakhan wieder aufgebaut wurde, in gewisser Hinsicht immer noch. Erstens war es zu jener Zeit für afrikanische Menschen, die in den USA lebten, sehr wichtig, eine Bewegung zu haben, die unsere Wut, unseren Haß direkt ansprach. Und wenn die Nation of Islam und Elijah Muhammad behaupteten, daß Weiße die Teufel seien, dann war das nicht unbedingt eine Wiedergabe einer ideologischen Position von uns, sondern drückte unsere Gedanken über das aus, was uns angetan wurde. Außerdem ermöglichte uns diese Position, den Haß, der gegen uns gerichtet war, nicht zu verinnerlichen, sondern ihn nach außen zu richten und auszudrücken. Was die Nation of Islam für mich z.B. attraktiv machte, war u.a. ihre Disziplin und die respektvolle Haltung gegenüber Frauen. Ich wurde allerdings nie Mitglied der Nation of Islam, weil ich zu der Zeit eine andere ideologische Perspektive in Bezug auf die Rassenbeziehungen in den USA hatte: Für mich definierte sich der Kampf nicht religiös, und ich sah auch keine Notwendigkeit, Religion zu einem Aspekt der Auseinandersetzungen zu machen. Meine Sichtweise war nicht so eng. Und außerdem hatte ich den Eindruck, daß ich als Frau in der Nation of Islam eingeengt würde, denn meiner Ansicht nach war die Vorstellung der Nation of Islam von der Rolle der Frau, daß ihr Platz zuhause sei, und daß sie dort eine dem Mann untergeordnete Stellung habe. Ich war nicht bereit, diese Rolle zu übernehmen. Meiner Meinung nach war diese Haltung eines der Mankos der Nation of Islam zu jener Zeit. Aber ich bewunderte ihren Respekt gegenüber Frauen, ihr diszipliniertes Leben und ihren Lebensstil, ihre alternative Lebensweise, die sich der allgemeinen Konsum- und Drogenkultur widersetzte, die die US-Regierung uns aufzwingen wollte.

Als Du im Gefängnis warst, hattest Du eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Islam und bist dann auch zum Islam übergetreten.

Während ich im Gefängnis war, konvertierten viele meiner GenossInnen zum Islam, und es gab viele Gefangene, die Moslems waren. Daher entschied ich mich, wenn ich überhaupt eine Religion annehmen wollte, für den Islam. Zum anderen hielt ich es für mich als Person wichtig, den Islam systematisch zu studieren und eine spirituellere Herangehensweise ans Leben zu bekommen. Denn die Repression um mich herum war so erdrückend, daß ich ein spirituelles Element benötigte, um ihr etwas entgegensetzen zu können und die Atmosphäre von Tod und Gewalt, von der ich umgeben war, zu bekämpfen. Ich fing an, den Koran und den Islam zu studieren, und mein Verhältnis zu Spiritualität erweiterte sich wesentlich. Darüber hinaus studierte ich die Yoruba-Religion und die Bibel. Ich erkannte, daß alle Religionen Elemente besitzen, die revolutionär sind, Elemente, die den Kampf für Befreiung beinhalten. Ich glaube auch, daß Religionen keine statischen Phänomene sind, sondern daß Religionen sich entwickeln und verändern müssen. Die Theologie der Befreiung hat mich z.B. sehr beeinflußt - nicht nur in ihrem christlichen Sinn, sondern in ihrem weltweiten

Sinn. Denn m.E. müssen sich Religionen wesentlich mehr in die Geschehnisse und weltlichen Ereignisse einmischen und engagieren. Und sie müssen eine weitergefaßte Definition von Moral und Ethik entwickeln. Religionen können sich nicht der reaktionären Sichtweise von Moral verschreiben, nach dem Motto: alles was uns interessiert ist, wer mit wem schläft - und das ist dann die Moral. Ethik hat m.E. mehr mit der Befreiung von Menschen zu tun. Unabhängig davon, um welche Religion es sich handelt, geht es darum, daß sie einen Bezug zu den Menschen und ihren Kämpfen entwickelt, zu einer "Religion des Volkes" wird, die die Menschen nicht nur spirituell, sondern auch politisch, gesellschaftlich und ökonomisch befreit. Meine religiösen Ansichten und meine politische Meinung sind miteinander verwoben und verknüpft, und Spiritualität hat für mich einen erweiterten Sinn erhalten. Die Auseinandersetzung mit dem Islam hat mir dabei geholfen, diesen Standpunkt zu entwickeln.

Die Rolle, die Frauen bei der BPP hatten, unterscheidet sich doch sehr von der Rolle der Frauen in der Nation of Islam.

Nun ja, Frauen waren bei der BPP wesentlich offensichtlicher und sichtbarer in Führungspositionen. Aber auch die BPP war wie alle Organisationen in den USA sehr von Sexismus betroffen. Es gab einen Macho-Stil. Frauen in der Partei mußten darum kämpfen, daß ihnen zugehört wurde, daß sie als gleichberechtigt behandelt wurden - Frauen mußten auf allen Ebenen kämpfen. Sexismus betrifft und beeinflußt Menschen weltweit - nicht nur Frauen, sondern auch Männer und Kinder. Nur wenn Bewegungen für gesellschaftliche Veränderungen sich damit auseinandersetzen, daß neue und freie Gesellschaften nicht auf dem männlich-orientierten und männlich-dominierten Modell für Veränderung aufgebaut werden können, und daß es wichtig ist, daß Frauen Führungspositionen in revolutionären Bewegungen und beim Aufbau von revolutionären Gesellschaften übernehmen, nur dann kann es tatsächliche Befreiung geben. Nur wenn Menschen diesen Bewußtseinsstand erreicht haben, wird gesellschaftliche Veränderung tatsächlich einen universellen und vollständigen Ansatz haben. Das muß sich auch in der alltäglichen Arbeit von politischen Organisationen ausdrücken. Die klassische Art von politischer Organisierung ist fast immer patriarchal und hierarchisch aufgebaut - mit Führungspersonen und denjenigen, die ihnen untergeordnet sind. Diese Art von Organisierung muß sich verändern.

Hat sich Deiner Ansicht nach das Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen verbessert? Gibt es da eine positive Entwicklung?

Überhaupt nicht. Rassismus und rassistische Auseinandersetzungen nehmen nicht nur in den USA immer mehr zu. Rassismus wird in weiten Kreisen wieder akzeptabel; Rassismus ist wieder "in". Rassismus ist zum Bestandteil einer gesamten Bewegung geworden, die nicht nur eine nationale, sondern eine internationale Bewegung ist. Wenn man die ganzen rassistischen Angriffe nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas betrachtet, dann sieht man ganz klar eine internationale Entwicklung, die bei mir große Angst verursacht und mich an die 30er Jahre, an Faschismus, erinnert. Hier erhebt sich eine neofaschistische Bewegung, die wesentlich ausgereifter als der nackte Faschismus der 30er Jahre ist. Die Feindseligkeit gegenüber ImmigrantInnen, gegenüber "Fremden", ist eine unterdrückte Form von Rassismus, von nur mühsam verdecktem Rassismus. Dieser Rassismus ist zum Teil Ergebnis der jahrelangen Propaganda in den imperialistischen Industrieländern, die einen "Arbeiter" als eine Person darstellt, die weiß ist, in einem luxuriösen Haus lebt und ein großes Auto fährt. Die Darstellung der Medien in Bezug darauf, wie das "Leben der Arbeiterklasse" sein sollte, ist eine Märchenkonstruktion von Luxus. Unglücklicherweise sind viele weiße Arbeiter in Europa und in den USA völlig von diesem Bild beeinflußt. Und gleichzeitig wurde jede Art von Internationalismus aus dem Denken der sogenannten Arbeiterklasse getilgt. So daß es jetzt eine ganze Generation von weißen Arbeitern in Osteuropa gibt, die sich an den weißen Arbeitern in England und anderen westlichen Industrieländern orientieren und sagen, "wir wollen den gleichen Lebensstandard wie diese Arbeiter der oberen Mittelklasse". Sie verstehen nicht, daß der einzige Grund für diesen Lebensstandard darin besteht, daß England, Frankreich und die USA Länder der sogenannten Dritten Welt systematisch ausgebeutet und unterdrückt haben, und daß dieser Lebensstandard sozusagen durch das Elend der Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika subventioniert wird. Der weltweite Konflikt hat sich von einem Ost-West-Konflikt zu einem Nord-Süd-Konflikt entwickelt. Europa, die USA und Kanada versuchen ihre Machtposition weiterhin durch die Unterdrückung des Südens zu stabilisieren. Rassismus wird zu einem immer größeren Faktor, den Menschen, die behaupten, daß sie für Frieden und soziale Veränderung eintreten, ernsthaft bekämpfen müssen.

Sind die Aufstände in L.A. und anderen nordamerikanischen Städten Deiner Ansicht nach ein Ausdruck davon, daß sich die Bedingungen verschlechtert haben?

Nur wenigen Menschen sind die Lebensbedingungen von African Americans und Latinos in den USA bekannt. Jeder vierte junge schwarze Mann in den USA ist entweder im Gefängnis oder unter der Aufsicht von Gefängnisbehörden, d.h. auf Bewährung etc. Die Polizei hat in den Dritt-Welt-Communities die Rolle einer Besatzungsarmee. Das, was Rodney King geschah, ist ein normales Ereignis in jeder Stadt in den USA. Der einzige Unterschied war, daß die Situation gefilmt wurde. Und obwohl es den Film gab, war die Reaktion von vielen Weißen: "Na und? Er wird schon irgendetwas getan haben, er hat sich ja gewehrt." Obwohl er eindeutig das Opfer von brutalen Mißhandlungen war. Aber der Rassismus ist auf einem Level, daß die Geschworenen die Polizisten für unschuldig erklärten. Darauf haben die Menschen reagiert, weil das einfach zu offensichtlich war. Aber das Ereignis unterscheidet sich in keinster Weise vom Alltag in den gesamten USA. Der Rassismus, der in den USA vorherrscht, existiert auf allen Ebenen, z.B. in der Gesundheitsversorgung: Die Kindersterblichkeitsrate in der schwarzen Community in den USA ist doppelt so hoch wie die von Weißen. Die Zahl von schwarzen Frauen, die bei der Geburt ihrer Kinder sterben, ist dreimal so hoch wie bei weißen Frauen. Die Lebenserwartung von Schwarzen ist 7-8 Jahre geringer als die von Weißen. Schwarze verdienen noch immer nur 60% dessen, was eine weiße Person verdient. Jeder Aspekt des Lebens und der Gesellschaft ist rassistisch, sei es das Gesundheitssystem, das Bildungssystem etc., und ähnlich sieht es in den meisten europäischen Industrieländern aus. Dieses System beruht auf Rassismus und weißer Vorherrschaft. Aber immer mehr Menschen setzen sich dagegen zu Wehr und sind nicht länger bereit, diese weiße Vorherrschaft und die eurozentristische Sichtweise in den Wissenschaften, in Bezug auf Geschichte, auf Literatur etc. hinzunehmen. Das hat sich z.B. auch in der Kampagne gegen die offiziellen 500-Jahr-Feiern ausgedrückt, wo viele Menschen ganz klar gesagt haben: Erstens hat Columbus überhaupt nichts entdeckt, und zweitens bedeuten diese 500 Jahre für uns 500 Jahre Unterdrückung, Ausbeutung, Sklaverei, Kolonialismus und Neokolonialismus. Es reicht daher nicht aus, Rassismus in einem Vakuum zu sehen, sondern die Verbindung zwischen Rassismus und Eurozentrismus muß gesehen und beides muß bekämpft werden.

Haben diese Riots einen anhaltenden Einfluß auf die schwarze Bewegung in den USA gehabt?

Zuerst einmal: Wir nennen sie Rebellionen, denn in diesen Riots rebellieren Menschen gegen eine Realität, die sich immer weiter fortsetzt. Ein Grund für die Wahl von Clinton zum Präsidenten ist m.E., daß es Bevölkerungssegmente in den USA gibt, die sich bewußt sind, wie explosiv die Situation in den USA ist. Und das nicht nur in Bezug auf African Americans, sondern auch in Bezug auf Latinos, Native Americans und Asian Americans sowie auf arme Menschen. Die US-Regierung und ihre Institutionen kümmern sich nur um die Bedürfnisse einer kleinen Minderheit. Um eine allumfassende Explosion der Unzufriedenheit der vielen unterdrückten Menschen in den USA zu verhindern, wurde Clinton gewählt. Die WählerInnen drückten darin zum einen ihren Protest gegen die unmenschliche Politik der Bush- und Reagan-Administrationen aus. Gleichzeitig ging es aber auch darum, die Situation zu entspannen und erträglich zu machen. M.E. ist die Situation in den USA sehr explosiv, und Veränderungen sind notwendig. Ich glaube, daß viele Menschen die Rebellion in L.A. als einen Aspekt dessen, wie sich die Situation in den USA entwickelt, gesehen haben, und daß viele Menschen beginnen zu begreifen, daß diese spontane Reaktion zu einem systematischen Kampf gegen die unmenschliche Politik der US-Regierung entwickelt werden muß.

Du hast von dem wachsenden Rassismus in Europa geredet. Nicht nur Faschisten, sondern auch "normale" Deutsche greifen Flüchtlinge an, schlagen sie, verbrennen sie. Gleichzeitig hat die Regierung Gesetze verabschiedet, die es Flüchtlingen noch schwerer macht, in die BRD zu kommen. Bist Du der Ansicht, daß Rassismus in Europa, z.B. gegen Roma und Sinti oder gegen türkische Menschen in der BRD, der gleiche Rassismus ist wie der Rassismus von Weißen gegen Schwarze in den USA?

Ich glaube, daß dieser Rassismus Teil des gleichen Rassismus ist. Ich glaube nicht, daß es vollständig das gleiche ist. Wenn man sich anschaut, wer die Opfer des Rassismus in Europa sind, dann kann man feststellen, daß darunter viele Afrikaner sowie Menschen aus Asien, z.B. VietnamesInnen, sind. Die Opfer sind Menschen, die vor allem aus der sogenannten Dritten Welt kommen: "people of color". Daher denke ich, daß dahinter derselbe Rassismus steht, der gleiche eurozentristische Rassismus, die gleiche Unfähigkeit, Kulturen außerhalb von europäischen Kulturen zu respektieren und zu schätzen. Einer der Gründe hierfür liegt m.E. darin, daß es in vielen europäischen Ländern nach der Niederlage der Nazis keine tiefergehende Erziehung der Jugendlichen über die Ursachen von Faschismus gab. Genausowenig gab es eine tiefergehende Analyse

von Fremdenfeindlichkeit, weißer Vorherrschaft und Eurozentrismus. Es gab m.E. keinen umfassenden ideologischen Kampf gegen faschistische Ideen, und daher konnten sie wieder auftauchen. Und sie sind wieder aufgetaucht, weil der Kapitalismus die Bedürfnisse der Menschen in einem ganzheitlichen Sinn nicht erfüllen kann. Diese Bedingungen führen dazu, daß deutsche Arbeiter, anstatt sich solidarisch mit Arbeitern in der sogenannten Dritten Welt zu fühlen, diese als Feinde und als Bedrohung ansehen, die ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen wollen. Ihnen ist eine sehr enge, begrenzte Denkweise beigebracht worden. Das ist etwas, was nicht über Nacht passiert ist, sondern es ist Teil eines Prozesses.

Du sagst manchmal, daß der Kampf in Südafrika eine große Bedeutung für den schwarzen Befreiungskampf in den USA hat. Jetzt gibt es ja in Südafrika eine neue Entwicklung? Siehst Du sie als positiv an und bist Du der Meinung, daß es eine reale Möglichkeit für ein Ende von Apartheid gibt?

Ich hoffe, daß das so sein wird. Meiner Ansicht nach sind Verhandlungen Teil des revolutionären Kampfes und ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen Apartheid. Aber es wird kein einfacher Kampf werden, denn die Vertreter der weißen Vorherrschaft, die die Kontrolle über die südafrikanische Regierung und die südafrikanische Wirtschaft haben, werden ihre Macht und ihre Privilegien nicht so einfach aufgeben. Obwohl ich der Ansicht bin, daß sich Südafrika in einer wichtigen Phase befindet, glaube ich nicht, daß Apartheid und das ganze System der weißen Vorherrschaft so einfach und plötzlich abgeschafft werden. Dies ist vielmehr eine wichtige Phase, die viel zur vollständigen Befreiung Südafrikas in der Zukunft beitragen kann - die ich allerdings nicht gerade um die nächste Ecke sehe. Um das noch einmal zu wiederholen, die weltweite rassistische Offensive hat nicht nur Auswirkungen in den USA und in Europa gehabt, sondern hat sich auch auf die Entwicklung in Südafrika ausgewirkt. Z.B. gibt es immer mehr EuropäerInnen, die versuchen, nach Südafrika einzuwandern. Viele Leute aus den ehemaligen Ostblockstaaten versuchen, jetzt nach Südafrika zu emigrieren und von der Ausbeutung von schwarzen AfrikanerInnen in Südafrika zu profitieren.

Insgesamt ist es eine schwierige Zeit für Befreiungsbewegungen weltweit, und Menschen, die wirklich an einer gesellschaftlichen Veränderung interessiert sind, müssen sich neu zusammenfinden und eine internationale Bewegung aufbauen - wo dann z.B. Menschen, die in Südafrika kämpfen, direktere Verbindungen und Beziehungen mit Menschen, die z.B. in Lateinamerika und Asien oder den USA kämpfen, haben. Für RevolutionärInnen stellt sich gerade eine sehr schwierige Aufgabe - nämlich ob es uns gelingen wird, eine höhere und ausgereiftere ideologische und praktische Basis zu entwickeln.

Wir sind ja nun mit einer neuen Realität konfrontiert: Die Berliner Mauer ist gefallen, die meisten sozialistischen Länder existieren nicht mehr. Die Mehrheit der revolutionären Bewegungen weltweit ist gescheitert. Die Menschen in Nicaragua haben sich per Wahlzettel gegen die Sandinisten entschieden. Die meisten linken und kommunistischen Menschen sind momentan ohne Konzept. Gleichzeitig erhalten die USA, Europa und insbesondere die BRD eine neue Bedeutung als imperialistische Mächte. Die Faschisten werden immer aggressiver, und die staatliche Politik wird immer repressiver. Die momentane Entwicklung ist wirklich sehr düster und dunkel. Siehst Du irgendwelche Möglichkeiten für Menschen, die weiterhin für Befreiung kämpfen?

Ich möchte erst einmal einen kurzen Kommentar zu der Einordnung dieser Situation - und dem zugrundeliegenden Konzept - als eine sehr "düstere, dunkle" Entwicklung machen. Ich sehe das vielmehr als eine sehr "weiße" Entwicklung. Immer noch wird Dunkelheit mit Negativem assoziiert, und ich glaube nicht, daß das mit der Menschheitsgeschichte in Einklang steht.

Davon abgesehen, z.B. Nicaragua: Ich glaube nicht, daß es darum ging, daß das nicaraguanische Volk die Sandinisten loswerden wollte. Der entscheidende Punkt waren zehn Jahre konterrevolutionärer Aktivitäten, die von der US-Regierung unterstützt und finanziert wurden. Das nicaraguanische Volk stand zehn Jahre lang unter ständigem Druck von außen. Trotzdem gewannen die Sandinisten die ersten Wahlen; aber zum Zeitpunkt der zweiten Wahlen hatten die CIA und die US-Regierung einen Apparat aufgebaut, durch den sie insgeheim Millionen von Dollars an die Opposition weiterleiten konnten. Dadurch konnten sie eine Menge Stimmen von Leuten kaufen, die eigentlich die Revolution unterstützten.

Und dann fand direkt vor den Wahlen die US-Invasion in Panama statt. Die Botschaft war sehr eindeutig: Entweder stimmt ihr für die Opposition, oder ihr werdet genauso behandelt werden. Meiner Ansicht nach kann diese Situation nicht mit der Situation in der BRD, Europa oder der Realität in den USA verglichen werden. Denn es ist nun einmal Realität - auch wenn viele Leute das nicht gerne hören wollen - , daß die meisten

Länder der sogenannten Dritten Welt, in denen sozialistische Revolutionen stattgefunden haben, sozialistisch geblieben sind. D.h., wenn Du davon redest, daß der Sozialismus am Ende sei, mußt Du aufpassen, daß Deine Analyse nicht von einer eurozentristischen Sichtweise bestimmt ist. Die Analyse darf sich nicht allein auf Europa beschränken, sondern muß die Entwicklungen in Afrika, Asien und Lateinamerika miteinbeziehen. Es stimmt sicher, daß progressive Regierungen wie in Angola oder Mosambik tagtäglich dem Terror, der von den imperialistischen Kräften verursacht wird, ausgesetzt sind. Aber meiner Ansicht nach beeinflußt das die Gefühle des Volkes nicht direkt, trotz der langanhaltenden, gut finanzierten und systematischen imperialistischen Kampagne.

Natürlich stimmt es, daß die UdSSR aufgehört hat zu existieren, und daß der Sozialismus in Europa zusammengebrochen ist. Das macht mich in vielerlei Hinsicht traurig, denn der Sozialismus hat m.E. Europa etwas zivilisierter gemacht. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus gewinnen alle möglichen Spielarten von reaktionärem Negativismus, Barbarei und Primitivität in Europa momentan die Oberhand.

Aber ich bin nicht davon überzeugt, daß das Scheitern des Sozialismus in Europa gleichbedeutend mit einem Scheitern des Sozialismus weltweit ist. Ich glaube, daß die Menschen, die in Europa und weltweit für gesellschaftliche Veränderungen gekämpft haben und immer noch kämpfen, sich genau anschauen müssen, welche Art von Sozialismus in Europa aufgebaut wurde. Worin bestanden die guten und die schlechten Seiten dieser Art des Sozialismus? Was waren seine Erfolge und seine Grenzen? Ich glaube, daß es eine ganz kurzsichtige Analyse darstellt, wenn gesagt wird, daß der Sozialismus allgemein tot und unmöglich sei, nur weil dieses oder jenes Land eine lausige Form des Sozialismus entwickelt hat. Das würde bedeuten, daß gesellschaftliche Veränderungen weltweit eine Unmöglichkeit wären. Die Menschen müssen sich einfach mit der Geschichte Europas und der Geschichte der revolutionären Bewegungen in Europa auseinandersetzen; sie müssen sich des Chauvinismus', der in diesen europäischen Bewegungen vorherrschend war, bewußt werden, der z.B. für die Niederlage der 2. Internationale verantwortlich war. Es muß ein Bewußtsein geben für die Negativität von Stalinismus und die Auswirkungen, die das stalinistische Modell unglücklicherweise auf den Aufbau von Sozialismus und in den revolutionären Bewegungen weltweit hatte. Denn viele Menschen übernahmen die rigiden, dogmatischen Konzepte, die von der UdSSR verbreitet wurden und sich durch die Komintern in fast allen revolutionären Bewegungen ausbreiteten. Ich halte nicht die gesamte Geschichte der UdSSR für falsch, aber ich bin der Ansicht, daß bestimmte geschichtliche Entwicklungen in eine angemessene Perspektive gerückt werden müssen, und daß man Verantwortung nicht nur für die Erfolge übernehmen muß, sondern auch dafür, daß dieser wundervolle Sozialismus eben nie in dieser Weise in der UdSSR, in Polen, in der DDR oder der CSSR existierte. Die Menschen kamen aus extrem feudalistischen Strukturen in Gesellschaften, die sehr vom Faschismus beeinflußt waren und danach sozialistisch wurden. Meiner Ansicht nach haben Feudalismus und Faschismus die Art und Weise, wie EuropäerInnen den Sozialismus in Europa aufgebaut haben, sehr stark beeinflußt. Die Menschen müssen die geschichtlichen Ursachen für das Scheitern des Versuches, einen menschlichen Sozialismus in Europa aufzubauen, analysieren.

Ich weigere mich allerdings, diese Periode über das Scheitern des Sozialismus zu definieren. Meiner Ansicht nach ist der Sozialismus eine Idee, ein Konzept, das noch in den Kinderschuhen steckt. Die Versuche, Sozialismus aufzubauen, waren wichtig und berechtigt, aber es muß eine größere Sensibilität für Freiheit und Befreiung entwickelt werden, um in der Lage zu sein, eine gleichberechtigte Gesellschaft aufzubauen, in der Menschen nicht ausgebeutet werden, in der Frauen nicht ausgebeutet werden, in der die Umwelt nicht zerstört wird. Die Art und Weise, in der die Umwelt in den sozialistischen Ländern zerstört wurde, beweist ein völlig falsches Konzept von Industrialisierung und eine völlige Ignoranz in Bezug auf Umweltfragen bzw. eine Unfähigkeit, eine Weltsicht zu entwickeln, die die Bewahrung der Umwelt zu einem wichtigen Bestandteil von revolutionärem Kampf und dem Aufbau von Sozialismus macht.

Ich sehe diese Periode als eine Zeit des Verlustes an - die weltweite revolutionäre Bewegung befindet sich in einer ernsthaften Krise. Aber ich bin der Ansicht, daß diese Krise dazu führen wird, daß eine positivere weltweite Bewegung entstehen wird. Ich rede hier für mich, für mein Volk und für die vielen Menschen weltweit, die unterdrückt werden und die sich der Ursache ihrer Unterdrückung bewußt sind. Wir sind nicht willens, einfach aufzugeben und zu sterben. Wir sind nicht bereit, aufgrund der Ereignisse in Europa aufzugeben. Und wir sind nicht bereit, uns der Unterdrückung zu unterwerfen, die wir seit 500 Jahren ertragen müssen. D.h., wenn irgendjemand meint, daß die weltweite revolutionäre Bewegung und die Menschen, die weltweit um Befreiung kämpfen, einfach aufgeben werden, dann ist das ein großer Irrtum. In kurzer Zeit werden wir eine

revolutionäre Bewegung sehen, die internationalistischer in ihrer Ausrichtung sein wird, die sensibler sein wird, die menschlicher sein wird, die keine eurozentristische Perspektive haben wird. Und ich hoffe, in der Zukunft einen kleinen Anteil zu dem Aufbau dieser Bewegung beizutragen.

Du bist seit 1984 auf Kuba, und in Interviews äußerst Du dich immer sehr positiv über die Situation auf Kuba. Aber wenn wir hier mit den Menschen reden, dann hören wir von der Mehrheit der Bevölkerung sehr viel Unzufriedenheit, Enttäuschung etc.. Glaubst Du, daß das sozialistische Kuba in der Zukunft eine Chance haben wird?

Nun ja, Kuba befindet sich momentan in einer sehr schwierigen Situation. Das Land leidet nicht nur unter den Folgen der 30jährigen Blockade durch die US-Regierung, sondern auch unter den Folgen des Zusammenbruchs des europäischen sozialistischen Lagers. Weder die ehemalige Sowjetunion noch irgendein anderes ex-sozialistisches Land hat seine Handelsabkommen mit Kuba eingehalten. Da der Großteil des kubanischen Handels mit diesen Ländern stattfand, befindet sich Kuba in einer unmöglichen Situation. Es hat 70%-90% seines Außenhandels verloren. Das hat die kubanische Wirtschaft völlig ruiniert. Kuba muß neue Absatzmärkte für seine Produkte finden und sich einem enormen Wandel auf allen wirtschaftlichen Sektoren unterziehen. Das führt natürlich zu Engpässen und Mangelerscheinungen auf allen Ebenen sowie zu großer Unzufriedenheit - sei es der Mangel an Seife, an Bleistiften, an Papier oder die Nahrungsmittelknappheit allgemein. Die Mängel sind in allen Landesteilen und in allen Bevölkerungsschichten spürbar. Aber im Vergleich zu vielen anderen Ländern haben die Menschen hier ein sehr hohes Bewußtsein. Obwohl viele Menschen sich beschweren, hat die Regierung bei den Wahlen ein hohes Maß an Unterstützung erhalten. Wenn es der Regierung allerdings nicht gelingen sollte, die Produktion in den nächsten Jahren zu verbessern, dann werden die Menschen aufhören, die Regierung und die Revolution zu unterstützen. Aber m.E. verstehen die Menschen im Moment, obwohl sie sich beschweren, daß die kubanische Regierung nicht für die wirtschaftliche Situation verantwortlich ist. Das heißt nicht, daß die kubanische Regierung keine Fehler gemacht hat. Sicherlich hat sie wie alle Regierungen Fehler begangen. Ein Fehler, den Kuba offen zugibt, ist, daß zuviele der falschen Praktiken der europäischen Länder aus dem sozialistischen Lager übernommen wurden. Sie versuchen jetzt, diese Fehler wiedergutzumachen.

Aber in Bezug auf Kubas Zukunft: Ich habe große Hoffnungen in Kuba, ich habe großen Respekt für das kubanische Volk, für die kubanische Führung, die wirklich alles versuchen, um zu überleben und in einer schwierigen Situation und in einer Kuba feindlich gesinnten Weltsituation die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Ich bin einerseits hoffnungsvoll, andererseits habe ich natürlich auch Angst um Kuba. Aber ich habe auch lange genug in Kuba und mit den Menschen gelebt, um zu wissen, daß die KubanerInnen sehr starke und sehr bewußte Menschen sind. Und daß das Volk, unabhängig von den Problemen mit und der Kritik an der Revolution, im Kern antiimperialistisch ist - mehr als jedes andere Volk, das ich kennengelernt habe. Das gibt mir eine Menge Hoffnung für die Zukunft, aber ich bin natürlich keine Wahrsagerin.

Befürchtest Du nicht, daß mit der gesellschaftlichen Krise eine Menge der Probleme entstehen werden, die für kapitalistische Länder und Systeme typisch sind? Z.B. habe ich gehört, daß in Kuba mehr als 40.000 Menschen im Gefängnis sind, vor allem, weil sie Diebstähle begangen haben oder aufgrund von anderen gesellschaftlichen Problemen. Meinst Du, daß das zu einem noch größeren Problem werden wird?

Ich weiß nicht, ob die Zahl von 40.000 Gefangenen stimmt. Sicherlich sind bestimmte gesellschaftliche Probleme dieser Art unvermeidbar, und das einzige, was die Regierung machen kann, besteht darin, daß sie ein Programm und eine Politik entwickelt, die versucht, die gesellschaftlichen Probleme so gering wie möglich zu halten. Es ist einfach unmöglich, daß eine Regierung, die einem derartigen Druck von seiten der imperialistischen Länder ausgesetzt ist, in der Lage sein kann, ihrer Bevölkerung ein Traumland zu garantieren. Momentan versucht die Revolution einfach zu überleben und die Schwierigkeiten und Widersprüche, denen die Bevölkerung unterworfen ist, so gering wie möglich zu halten. Die Fähigkeit der Regierung und des Volkes hierzu werden über das Überleben der Revolution entscheiden.

Was hast Du seit 1984 gemacht?

Arbeitest Du?

Ja, ich arbeite ein wenig, ich habe ein Buch geschrieben. Momentan arbeite ich an einem weiteren Buch über die ideologische Entwicklung der schwarzen Befreiungsbewegung in den USA und einige andere Themen, die

damit zusammenhängen. Ich arbeite gerne mit jungen Menschen zusammen, denn sie sind die HoffnungsträgerInnen für die Zukunft. Ich versuche, soviel Kontakt wie möglich mit jungen Menschen zu haben - sei es über Englischunterricht oder Diskussionen über Rap-Musik.

Eine bemerkenswertes Buch über das Leben und den Kampf in den USA ist: Assata Shakur: Assata - Eine Autobiographie aus dem Schwarzen Widerstand in den USA. 360 Seiten. DM 29,80. Agipa-Press, Bremen.

23. Zwischen Tradition und Moderne. Neue afrikanische Literatur über die Situation der Frauen (Teil 1)

Neue afrikanische Literatur über die Situation der Frauen - Teil I

Autor: A. Hoffmann, Berlin · Rubrik: Frauen; Kultur; Afrika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:20

Traditionelle Lebenszusammenhänge und importierte westliche Einflüsse bestehen in den afrikanischen Gesellschaften nebeneinander. Beide sind für die afrikanischen Frauen Repressionsinstanzen. Die Relikte der Tradition wirken sich als Fesseln aus - während der Kolonisation wurde die Machtposition der Frau in der Familie untergraben, ihre Arbeitskraft stärker als je zuvor ausgebeutet. Gleichzeitig geriet sie dem Mann gegenüber ins Hintertreffen, da ihr jeglicher Zugang zur Ausbildung versperrt war. Heute ist sie in einer neuen urbanen Umwelt, in der sich alle überkommenen Wertgefüge, aber auch die Schutzinstanzen aufgelöst haben, neuer Aggressivität ausgesetzt. Die moderne afrikanische Literatur zeigt sich als facettenreicher Spiegel der Lebenssituation der afrikanischen Frauen. Bestimmendes Thema ist der Kampf um Ausbildung, die einen Weg in eine bessere Zukunft ebnen soll - entweder für die Frauen selber oder für deren Kinder. Durchgängig sind auch die Beschreibungen des Aufeinanderprallens von "traditionellen" und "modernen" Auffassungen und des enormen Anpassungsdrucks.

Besonders schwer haben es die Schriftstellerinnen aus islamischen Ländern. Die nigerianische Schriftstellerin Zaynab Alkali (siehe ak 358) beschreibt die Schwierigkeiten: "In Nigeria allgemein und im Norden ganz besonders gelte ich als radikal, komme ich aber nach Europa, lächelt die Literaturszene offen oder hinter meinem Rücken und fällt über mich als eine Softie her. (...) Das Mißverständnis beginnt mit der Annahme, daß Texte eines Schriftstellers und erst recht einer Schriftstellerin Allgemeingültigkeit haben sollten. Ich sollte also für die Welt schreiben. Doch ich komme aus dem Norden Nigerias, aus der Welt des afrikanischen Islam und aus einer Gegend, wo bis vor kurzem Mädchen nicht zur Schule gehen durften. Aus diesen Erfahrungen heraus versuche ich zu schreiben." Zaynab Alkali benennt die Rolle des Islam bei der Unterdrückung der Frau, dennoch bleibt sie - wie viele ihrer Schriftstellerkolleginnen - gläubige Muslimin. "Aber das nehmen mir westliche Feministinnen übel. Sie meinen, ich sollte ausbrechen. Sie erwarten von mir die klare Verurteilung der Polygamie. Auch hier ist der Druck enorm. Dabei übersehen die Missionarinnen den Druck, dem ich schon dadurch ausgesetzt bin, daß ich lehre, reise, kritisiere, schreibe und neugierig-offen bin." (Aus einem Gespräch mit Al Imfeld, nach: Literaturnachrichten, Frankfurt, Nr. 35, Oktober-Dezember 1992)

Nachfolgend werden - in zwei Teilen - sieben in deutscher Übersetzung vorliegende Romane afrikanischer Schriftstellerinnen und Schriftsteller vorgestellt, die das Leben afrikanischer Frauen beschreiben. Um den Kampf um Schulbildung geht es in Tsitsi Dangarembas packendem Buch "Der Preis der Freiheit". Buchi Emecheta beschreibt in "Zwanzig Säcke Muschelgeld" das Schicksal einer Frau vom Lande, die in die Stadt verheiratet wird. In ihrem zweiten Roman erzählt sie "Die Geschichte der Adah", einer Nigerianerin, die sich in London von ihrem Mann trennt und mit ihren fünf Kindern durchschlägt.

In einem im nächsten ak erscheinenen zweiten Teil werden vier weitere Bücher afrikanischer SchriftstellerInnen vorgestellt, die die unterschiedlichen Lebenssituationen afrikanischer Frauen darstellen.

Tsitsi Dangaremba

Der Preis

der Freiheit

Die Geschichte, "wie alles begann", erzählt Tsitsi Dangaremba in ihrem 1988 verlegtem Buch "Der Preis der Freiheit". Die zimbabwische Schriftstellerin fasziniert mit ihrer lebendigen und konkreten Beschreibung der Entwicklung eines Mädchens vom Lande.

Die Ich-Erzählerin Tambu legt sich Rechenschaft ab über ihre Jugend, ihren Kampf um Bildung und Emanzipation und die koloniale Gesellschaft, in der sie lebt. Sie wächst in den 60er Jahren in einem

rhodesischen Dorf auf, ihre Eltern sind Bauern, zur Schule geschickt wird nur ihr älterer Bruder Nhamo. Er besucht die Missionsschule, die von Tambus Onkel Babamukuru geleitet wird - einem der wenigen Afrikaner dieser Zeit, der die Chance hatte, eine gehobene Ausbildung zu absolvieren. Tambus Versuche, das Schulgeld selbst zu verdienen, scheitern an ihrem Bruder Nhamo und der Einstellung ihrer Familie, daß Frauen keine Ausbildung benötigen.

"Nhamo war nicht darauf aus, fair zu sein. Vielleicht anderen Leuten gegenüber, aber sicherlich nicht seinen Schwestern gegenüber, seinen jüngeren Schwestern. Vielleicht ist es unfair von mir, ihn postum mit Vorwürfen zu überhäufen, wenn er sich nicht mehr verteidigen kann und ich genug gesehen habe, um zu wissen, daß Schuld nicht in sauber verpackten Päckchen vorkommt. Vielleicht stelle ich es so hin, als hätte Nhamo einfach beschlossen, ekelhaft zu sein und dies sehr gut beherrscht; tatsächlich tat er nichts anderes, als sich, vielleicht etwas extrem, so zu verhalten, wie es erwartet wurde. Die Bedürfnisse und Gefühle von Frauen wurden in meiner Familie nicht vorrangig betrachtet, es gab sie offiziell nicht einmal. Deshalb war ich in dem Jahr, als Nhamo starb, noch in der dritten Klasse statt in der fünften, wie es meinem Alter entsprochen hätte. Damals empfand ich die Ungerechtigkeit meiner Lage jedesmal, wenn ich darüber nachdachte, was ich oft tun mußte, da Kinder ständig über ihr Alter reden. Dieser Ungerechtigkeit wegen fing ich an, meinen Bruder nicht leiden zu können, und nicht nur meinen Bruder: meinen Vater, meine Mutter, eigentlich alle."

Tambu erhält die Möglichkeit, zur Schule zu gehen, nachdem ihr Bruder plötzlich gestorben ist. Ein Mitglied jeder Familie soll eine Schulausbildung erhalten, um aus der Armut herauszukommen, so will es Babamukuru, und er holt Tambu an die Missionsschule. "Wie kann ich die Empfindungen beschreiben, die mich überfluteten, als Babamukuru das Auto anließ und ich neben ihm auf dem Vordersitz saß, an jenem Tag, an dem ich von zu Hause wegging? Es war Erleichterung, aber noch mehr als das. (...) Es gab keinen Raum für das, was ich zurückließ. Mein Vater, so freundlich, so oberflächlich umgänglich wie immer, war bedeutungslos. Meine Mutter, meine besorgte Mutter, war nicht mehr als ein weiteres Stück Szenerie, das beibehalten, selbstverständlich beibehalten werden mußte, aber dennoch überflüssig war, ein Hindernis auf dem Weg hinaus. Und meine Schwestern: Nun, sie waren da. Sie beobachteten, wie ich in Babamukurus Wagen stieg, um grenzenlosen Horizonten entgegenzubrausen. Sie mußten die wichtige Lektion lernen, daß Umstände nicht unveränderlich sind, daß keine Last so bindend ist, daß man sie nicht abschütteln könnte. Mir gebührte die Ehre, sie diese emanzipierende Lektion zu lehren. (...)

Als ich in Babamukurus Auto stieg, war ich ein Bauernmädchen. (...) Das war die Person, die ich zurückließ. Bei Babamukuru erwartete ich, ein anderes Selbst vorzufinden, ein sauberes, gut gepflegtes, vornehmes Selbst, das zu Hause nicht hätte überleben können. Bei Babamukuru würde ich Muße haben, mich mit Fragen zu beschäftigen, die das geistige Überleben, die Bewußtseinsbildung betrafen, nicht nur das reine Überleben des Körpers. Dieses neue Ich würde nicht geschwächt werden von rauchigen Küchen, von denen einem die Augen brannten und man chronische Bronchitis bekam."

Die Entwicklung Tambus zu einer emanzipierten Frau beschreibt Tsitsi Dangaremba mit allen Widersprüchlichkeiten. Da sind die Bindungen an die Familie auf dem Land, die in Armut lebt und von der sich Tambu immer weiter entfernt in ihrem neuen Leben. Während ihres ersten Besuches zu Hause schämt sie sich für den erbärmlichen Zustand des Hauses ihrer Eltern, den Schmutz und die Tatsache, daß ihre Eltern den Kampf um ein besseres Leben bereits aufgegeben haben.

Da ist ihr Onkel Babamukuru, der die Maßstäbe für die ganze Familie setzt - und an dessen uneingeschränkter Autorität sich Tambu abarbeitet. "Er war ein starrer, beeindruckender Perfektionist, unbeugsam genug, um so zu funktionieren, wie er es in seiner puritanischen Art von der ganzen Welt erwartete oder vielmehr forderte. Glücklicherweise, oder für ihn unglücklicherweise, hatte sich Babamukuru in seinem Leben stets in Positionen befunden - als ältester Sohn, als einer der ersten Afrikaner mit gehobener Ausbildung, als Schuldirektor, als Ehemann und Vater, als Ernährer von vielen -, die es ihm ermöglichten, seine unmittelbare Umwelt und ihr Dasein so zu formen, wie er es wollte. (...) So hatte sich für ihn nie die Notwendigkeit ergeben, verschiedene Möglichkeiten zu erwägen, es sei denn, es waren seine eigenen. Mit stoischer Ruhe akzeptierte er seine Allmacht." Voller Groll verfolgt Tambu die Bemühungen Babamukurus, die Ehe ihrer Eltern nach 19 Jahren und zahlreichen Kindern durch eine kirchliche Heirat zu legalisieren - und ist unfähig, diesem Zorn Raum zu verschaffen. "Natürlich war ich böse auf ihn, weil er sich diesen Plan ausgedacht hatte, der meine Eltern, mein Heim und mich selbst dem Gespött aussetzte. Aber zugleich konnte ich ihm nicht böse sein, denn das wäre

sicherlich eine Sünde gewesen. Böse auf Babamukuru, der mein Wohltäter war, mein Vater praktisch, der gut war und Liebe, Respekt und gehorsam verdiente! Also verdrängte ich die Wut."

Und da ist ihre Freundschaft zu Nyasha, ihrer Cousine, dem ersten Menschen, den sie lieben lernt, "ohne ihn mit ganzem Herzen zu billigen". "Bewußt dachte ich, meine Richtung wäre klar: Ich erhielt eine Ausbildung, und wenn ich die erst einmal hätte, würde ich eine Anstellung finden und in der Zeit, die mir vor meiner Heirat blieb, Babamukurus großes Werk, die Familie voranzubringen, weiterführen. Alles war für mich damals klar definiert: Hier waren die Ziele und dort der Weg, auf dem wir sie erreichen konnten. Babamukuru war mein Prüfstein, der mir zeigte, daß dies wahr war. Also hätte ich zufrieden sein müssen, zur Schule zu gehen, meine guten Noten zu bekommen und mich auf das Leben vorzubereiten, das ich beschrieben habe. Aber Nyashas Energie - manchmal stürmisch und turbulent, manchmal zuversichtlich gelassen, aber immer ausgreifend, ein wenig weiter ausgreifend, als ich mir je hatte vorstellen können - begann mir zu zeigen, daß noch andere Richtungen einzuschlagen waren, daß man sich noch in anderen Kämpfen engagieren mußte, neben dem verzehrenden Wunsch, mich und meine Familie zu emanzipieren."

Nyasha, die Tochter Babamukurus, zerbricht fast im Kampf gegen die Autorität ihres Vaters und um eine eigene Persönlichkeit. Sie rebelliert gegen die Frauenrolle, die ihr Vater ihr zuweist, und gegen die geforderte Unterwürfigkeit. Sie, die Teile ihrer Jugend in Großbritannien verbracht hat, findet keinen Platz im kolonialen Rhodesien, verachtet ihren Vater, weil er sich um jeden Preis anpaßt, "ein guter Kaffer" ist. Tambu gerät zwischen die Fronten - sie verurteilt Babamukurus Verhalten, hat aber Probleme, als arme Verwandte vom Lande, die ihm "alles verdankt", Kritik an ihrem Wohltäter zuzulassen. "Ich folgte ihr (Nyasha, Anm. d. Verf.) zu den Räumen der Dienstboten, wo wir uns hinsetzten; sie zündete sich eine Zigarette an und hielt sie zwischen den zitternden Fingern, während ich mit ihr litt und daran dachte, wie grauenhaft bekannt mir die ganze Szene war - Babamukuru, der sie als Nutte bezeichnete und so zum Opfer ihrer Weiblichkeit machte, genauso wie ich zu Hause zum Opfer wurde (...).

Überall, sah ich nun, wurden Menschen zu Opfern gemacht. Es hing nicht von Armut ab oder von mangelnder Bildung oder von Tradition. Es hing von keinem der Dinge ab, in denen ich bisher den Grund gesehen hatte. Männer erzeugten Opfer, wohin sie auch gingen. Sogar Helden wie Babamukuru taten es. Und das war das Problem. Man mußte zugeben, daß Nyasha taktlos war. Man mußte zugeben, daß sie insgesamt zu launisch und dickköpfig war. Man konnte nicht übersehen, daß sie keinen Respekt vor Babamukuru hatte, obwohl sie großen Respekt hätte haben sollen. Aber was mir mißfiel, war das Muster, nach dem sich alle Konflikte auf die Frage der weiblichen Rolle reduzierten. Wäre ich in meinem Denken selbständiger gewesen, hätte ich die Sache zu Ende gedacht. Aber damals fiel es mir leicht, verwickelte Gedanken im Knäuel zu belassen, mit lose herabhängenden Fäden." Und Tsitsi Dangaremba beschreibt, wie Tambu diese Knäuel auflöst. "Langsam und sprunghaft festigte sich mein Denken; ich begann Dinge in Frage zu stellen und widersetzte mich der Gehirnwäsche, bis ich so weit war, diese Geschichte niederzuschreiben. Es war ein langer und schmerzhafter Prozeß für mich, (...) es ist die Geschichte, wie alles begann."

Tsitsi Dangaremba, im heutigen Zimbabwe geboren, studierte zuerst Medizin und dann Psychologie in Cambridge. Als Zimbabwe 1980 unabhängig wurde, kehrte sie zurück. Sie wandte sich dem kommunalen Theater zu und begann, selbst Dramen zu schreiben, lebte einige Jahre in Berlin und absolvierte die Film- und Fernsehakademie. Heute arbeitet sie schwerpunktmäßig in der Filmbranche.

Sie vollendete ihr Buch "Nervous Condition" (deutscher Titel: Der Preis der Freiheit), eine Anspielung auf ein Zitat Frantz Fanons, bereits 1983; 1988 erst nahm der englische Frauenverlag Women's Press ihr Erstlingswerk in sein Programm auf. Das Buch wurde ein großer Erfolg, Kritiker stellten neue Töne und ein bewußtes Verletzen von Tabus fest. Ihr wurde bescheinigt, daß sie das bisher Geschriebene hinter sich gelassen hat und in neue Dimensionen vorstieß. 1989 wurde der Roman mit dem Commonwealth Writer Prize, African Region, bedacht. Doris Lessing über das Buch: "Viele gute, von Männern geschriebene Romane sind in Afrika entstanden, aber wenige von schwarzen Frauen. Dies ist der Roman, auf den wir gewartet haben. (...) Eine faszinierende Geschichte, schwer aus der Hand zu legen."

Buchi Emecheta

Zwanzig Säcke

Muschelgeld

Buchi Emechetas Roman beschreibt das Leben einer in die Stadt verheirateten Frau, die - selbst ohne Schulbildung - alle Opfer dafür bringt, ihren Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen. Und sie beschreibt den Alltag einer Familie in einer afrikanischen Großstadt.

Die Geschichte von Nnu Ego beginnt im Nigeria der 20er Jahre. "Dieses Kind ist unbezahlbar. Es ist mehr wert als zwanzig Säcke Muschelgeld," ruft ihr Vater, ein bedeutender Chief im nigerianischen Ibuza, bei ihrer Geburt aus, und das ist der Name, der ihr bleibt. Ihre Mutter ist die unabhängige Ona, die eine Heirat mit eben jenem Chief abgelehnt hat - sie wollte nicht das Schicksal der Frauen ihres Landes teilen und zur untergebenen Ehefrau werden. Ona stirbt früh, kurz nach der Geburt ihres zweiten Kindes. Die Tochter Nnu Ego wächst beim Vater auf. Sie wird verheiratet, bleibt kinderlos und fällt in Ungnade aufgrund ihrer vermeintlichen Unfruchtbarkeit. Ihr Mann heiratet andere Frauen, sie kehrt zurück zum Haus ihres Vaters und wird wiederum verheiratet - diesmal in das ferne Lagos, wo Nnaife Owulum, der Abkömmling einer einflußreichen Familie aus Ibuza lebt.

Die erste Begegnung mit ihrem neuen Mann ist ein Schock: "Nnu Ego war gerade dabei, einzunicken, als ein Mann eintrat. Sein Bauch war dick wie der einer trächtigen Kuh und schwabbelte hin und her. Er sah aus wie ein Faß. (...) Seine Haut war blaß wie bei Menschen, die immer im Haus arbeiteten und selten an der frischen Luft sind. Wie mit heißen Yamswurzeln vollgestopft wirkten seine fetten Wangen, die den Mund über den schmalen Kiefern zusammenschoben. Und erst seine Bekleidung - noch nie hatte Nnu Ego einen Mann gesehen, der so etwas anhatte: löchrige Khakishorts und ein altes, ausgeleiertes weißes Unterhemd. Sollte ihr zukünftiger Mann so aussehen, würde sie wieder zu ihrem Vater zurückkehren, dachte sie." Dafür aber ist es zu spät, die Heirat ist besiegelt.

Für Nnu Ego beginnt ein hartes Leben in der Stadt. Ihr Mann, als Wäscher bei weißen Herrschaften angestellt, verdient nur wenig Geld, die Familie lebt in Armut. Buchi Emecheta erzählt schnörkellos und ohne Larmoyanz das Leben einer Frau, deren Daseinsberechtigung sich auf dem Gebären von Kindern - vorzugsweise Söhnen - gründet. Nach der Überzeugung der Ibo gelangen Männer durch ihre Söhne zur Unsterblichkeit, wird kein Sohn geboren, bedeutet dies das Ende des Erdendaseins für den Mann.

Nnu Ego haßt ihren brutalen Mann, der sie demütigt, schlägt, vergewaltigt. Nach kurzer Zeit wird sie schwanger, ist glücklich über diesen Beweis ihrer Fruchtbarkeit, der sie endlich "zur Frau macht". Das Leben der Familie besteht aus Armut, Verzweiflung und einer Kette von katastrophalen Geschehnissen. Buchi Emecheta läßt keinen Raum für Entscheidungen und Entwicklungen, das macht den Roman zu einer zeitweise sehr bitteren Lektüre. Es gibt keinen Weg aus dem Elend.

Nnaife wird entlassen, da seine Herrschaften nach England zurückkehren. Sein älterer Bruder, der in Ibuza lebte, stirbt - das bedeutet, daß Nnaife dessen drei Frauen und ihre Kinder "erbt" und für ihren Unterhalt verantwortlich ist. Eines Tages steht eine von ihnen, Adaku, mit ihrer kleinen Tochter vor der Tür. Widerstrebend muß Nnu Ego sie als zweite Frau in die Einzimmerwohnung einziehen lassen, sie teilen sich den Ehemann. Das Geld wird immer knapper, Nnu Ego hat Fluchtgedanken. "Auf dem Weg ins Zimmer zurück begriff Nnu Ego plötzlich, daß sie eine Gefangene war. Sie war gebunden durch die Liebe zu ihren Kindern und die Rolle als ranghöchste Frau. Sie durfte nicht einmal mehr Geld für ihre Familie fordern; schon das war unter der Würde einer Frau in ihrer Stellung. Es war ungerecht von den Männern, das Verantwortungsgefühl einer Frau geschickt auszunutzen, um sie zu versklaven. Sie wußten, daß eine Frau, die wie sie mit traditionellen Wertvorstellungen aufgewachsen war, um nichts in der Welt ihre Kinder verlassen würde. Nnu Ego versuchte, sich den Gesichtsausdruck ihres Vaters vorzustellen, sollte sie zu ihm zurückkehren und darüber klagen, wie schlecht Nnaife sie behandelte, er würde sie mit Schimpf und Schande wieder zu ihren Pflichten zurückschicken. In Ibuza würde ihr eine eigene Hütte gehören und man würde ihr wenigstens ihrer Stellung entsprechend begegnen. Aber hier in Lagos war der Alltag hart und sie mußte mit einem Hungerlohn auskommen." Und sie findet sich mit ihrem Schicksal ab.

Nnaife wird zwangsrekrutiert und kämpft als britischer Soldat im Zweiten Weltkrieg in Indien und Burma, die Familie in Lagos ist kurz vor dem Verhungern. Die beiden Frauen versuchen mit Handel den Lebensunterhalt der Familie zusammenzutragen. Adaku, die geerbte zweite Frau Nnaifes, lehnt sich auf gegen die Konventionen, die ihr als zweite Frau auferlegt werden, und gegen die Mißachtung, die ihr als Mutter von Töchtern entgegengebracht wird. Sie beschließt, das Haus zu verlassen und als Marktfrau und Prostituierte den Unterhalt für sich und ihre beiden Töchter zu verdienen. "Meine Töchter werden ihren eigenen Weg in

dieser Welt finden müssen. Ich bin nicht bereit, hierzubleiben und langsam verrückt zu werden, nur weil ich keine Söhne habe. Die Männer taten ja so, als wüßte ich, wo Söhne herkommen und ich hätte versäumt, für meinen Mann einen mitzubringen. (...) Wenn meine Töchter mir nicht verzeihen können, wenn sie erwachsen sind, kann ich es nicht ändern. Mich wirft man sowieso weg, wenn ich tot bin."

Sie geht und läßt Nnu Ego mit gemischten Gefühlen zurück: "Warum sollte sie sich etwas vormachen? Der Frau ging es jetzt besser als vorher, bloß wurde sie gesellschaftlich geschnitten. Nnu Ego sagte sich: ‚Mich schneidet man nicht, aber halte ich durch? Ich habe kein Geld mehr, um Lebensmittel zu kaufen.` " Sie kämpft allein für das Überleben ihrer Familie und nimmt sich vor, daß alle ihre Kinder, ob Mädchen oder Junge, ein gute Schulbildung bekommen sollen: "Sie und ihr Mann waren nur schlecht auf ein Leben wie hier vorbereitet, wo nur der Stift und nicht der Mund reden konnte. Ihre Kinder mußten lernen."

Nnaife kehrt aus dem Krieg zurück, er nimmt sich eine dritte Frau, die Konflikte in der Familie eskalieren. Für die Kinder ist der Vater ein Held, der zudem ihre Ausbildung finanziert, Nnu Ego nur eine verhärmte keifende Frau. "Die Geburt ihrer jüngsten Zwillingstöchter machte Nnu Ego sehr niedergeschlagen. Sie fühlte sich unzulänglicher denn je zuvor. Männer - die waren alle nur an Söhnen interessiert, um ihren Namen weiterzuvererben. (...) ‚Aber wer hat es eigentlich zum Gesetz erhoben, daß wir auf unsere Töchter keine Hoffnungen setzen sollen? Wir Frauen unterwerfen uns diesen Gesetzen mehr als alle anderen. Wenn wir das nicht verändern, leben wir weiter in einer Welt des Mannes, an der die Frauen stets mitbauen werden.` "

Als Nnaife nach einer Messerstecherei zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wird, kehrt Nnu Ego zurück in ihr Heimatdorf. Ihre Kinder, die in Lagos zurückbleiben, haben die Ausbildung erhalten, die sie ihnen bieten wollte, zwei haben Stipendien für die USA und Kanada bekommen. Nachdenklich läßt sie ihr Leben in Lagos Revue passieren. "Sie war in dem Glauben erzogen worden, daß erst Kinder eine Frau wirklich zur Frau machen. Sie hatte Kinder bekommen, insgesamt neun, und ihr war das große Glück beschieden, daß sieben von ihnen am Leben geblieben waren. (...) Wie hätte sie auch ahnen sollen, wie sehr sich die Werte ihres Landes, ihres Volkes und ihres Stammes in einem Menschenalter verändern würden, daß sogar eine Frau mit vielen Kindern ein einsames Alter zu erwarten hatte, ja; vielleicht einen elenden, einsamen Tod, wie bislang nur kinderlose Frauen? (...) Nnu Ego sagte sich, es ginge ihr jetzt sicherlich besser, wenn sie mit den Frauen in Kontakt hätte bleiben können, die ihr die Freundschaft angeboten hatten; aber dazu hatte sie nie Zeit gehabt. Immer hatte sie sich Sorgen machen müssen, mal wegen eines Kindes, dann wegen einer Schwangerschaft, oder es war kein Geld da; und weil sie außerdem keine geeignete Kleidung hatte, um ihre Freundinnen zu besuchen, war sie vor jeder Freundschaft zurückgeschreckt und hatte sich eingeredet, sie brauche keine Freunde, sie habe an ihrer Familie genug. Aber hatte sie recht gehabt?"

In ihrem Heimatdorf erwartet sie ein einsames Leben ohne Kontakt zu ihren Kindern. Nnu Ego stirbt allein. "Als ihre Kinder von ihrem plötzlichen Tod erfuhren, kamen sie alle nach Hause. Ihnen allen tat es leid, daß sie gestorben war, bevor sie selbst in der Lage waren, ihrer Mutter ein angenehmes Leben zu ermöglichen. Sie bekam das teuerste und lauteste Begräbnis, das es in Ibuza je gegeben hatte, zu ihren Ehren errichtete man einen Schrein, damit ihre Enkel sie um Hilfe bitten konnten, wenn sie unfruchtbar waren. Später hieß es jedoch, Nnu Ego sei auch über ihren Tod hinaus noch eine boshafte Frau gewesen, denn wieviele Menschen sie auch immer anflehten, Frauen fruchtbar zu machen, sie tat es nie. Arme Nnu Ego, noch nicht einmal im Tode hatte sie Frieden! Viele waren der Meinung, sie habe sich für ihre Kinder aufgeopfert. Die Freude einer Mutter, so sagt man, ist die Freude, den Kindern alles zu geben. Und welchen Dank bekam Nnu Ego? Hatte sie nicht das größte Begräbnis bekommen, das Ibuza je gesehen hatte?"

Buchi Emecheta

Die Geschichte

der Adah

Die Geschichte einer der Töchter, die zu der Generation der Ausgebildeten gehören, beschreibt Buchi Emecheta in ihrem autobiographisch gefärbten Roman "Die Geschichte der Adah". Adah wächst in Nigeria als Tochter einer bedeutenden Familie auf und kann eine höhere Schule besuchen. "Schule - damit scherzten die Ibos einfach nicht! Sie erkannten schnell, daß Bildung die Rettung aus Armut und Leiden war."

Ihr Vater stirbt unerwartet, als sie neun Jahre alt ist: "Danach entwickelte sich alles so schnell, daß sie die Ereignisse manchmal durcheinander brachte. Adah sollte, wie die meisten Waisenmädchen, bei dem älteren Bruder ihrer Mutter als Dienstmädchen leben. (...) Adah wollte man nichts mehr lernen lassen, aber jemand wies darauf hin, daß der Brautpreis, den ihr zukünftiger Ehemann für sie zahlen müßte, um so höher wäre, je länger sie zur Schule ginge. (...) Kindern, besonders Mädchen, wurde sehr früh beigebracht, sich nützlich zu machen, und das hatte seine Vorteile. Zum Beispiel lernte Adah zeitig, für sich selbst verantwortlich zu sein. Niemand war an ihrem eigenen Wohlergehen interessiert, nur an dem Geld, das sie einmal einbringen würde, und an der Hausarbeit, die sie verrichten konnte, und Adah, glücklich über diese Möglichkeit zu überleben, verschwendete ihre Zeit nicht darauf, nachzudenken, ob es richtig oder falsch war. Sie mußte überleben."

Dank ihres Ehrgeizes schafft sie es, ein Stipendium für die höhere Schule zu bekommen, sie verläßt ihre Familie, schließt die Schule ab. Sie heiratet Francis, einen mittellosen Studenten. Und ihr größter Traum erfüllt sich: Sie und ihre beiden kleinen Kinder folgen Francis, der in London studiert - finanziert durch ihre Arbeit im amerikanischen Konsulat. Auch sie will dort studieren und sieht sich bereits auf der Karriereleiter in eine wohlhabende Zukunft.

Francis bereitet ihr einen frostigen Empfang: "Eins mußt du wissen, meine liebe junge Dame: In Lagos magst du tausendmal eine Beamte für die Amerikaner sein; du magst eine Million Pfund am Tag verdienen, du kannst hundert Dienstboten haben, du magst so leben, als gehörtest du zur Elite; an dem Tag aber, an dem du in England landest, bist du ein Bürger zweiter Klasse. Du kannst nicht deine eigenen Leute diskriminieren, denn wir sind alle zweiter Klasse. (...) Ich erinnere mich noch an eines eurer Absolvententreffen, wo diese weiße Dame ... ja, ich erinnere mich, sie war aus Oxford, oder? - ich weiß noch, daß sie euch sagte, junge Frauen von eurem Niveau sollten nie im Leben mit Busfahrern reden. Nun, mein Liebling, in England hat der Schwarze aus der Mittelschicht enormes Glück, wenn er einen Job als Busfahrer bekommt. Deshalb solltest du besser anfangen, sie zu achten."

Adah findet Arbeit in einer Bibliothek, verdient weiterhin das Geld für die Familie, wird erneut schwanger. Und sie verändert sich, wird selbstbewußter, lernt aus ihrer Situation, geht ihren literarischen Neigungen nach und schreibt ein Buch, verarbeitet ihre Erfahrungen, ist zufrieden mit ihrem neugewonnenen Selbstvertrauen. "In ihrem Glück vergaß sie, daß Francis aus einer anderen Kultur stammte, daß er nicht zu den Männern gehörte, die sich neuen Anforderungen so leicht anpaßten, daß seine Ansichten über Frauen immer noch die gleichen waren. Für ihn war eine Frau ein Wesen zweiter Klasse, mit der man eine Zeitlang schlief, sie, wenn sie nicht wollte, so lange prügelte, bis sie zur Vernunft kam und nachgab; man konnte ihr befehlen, aus dem Bett zu steigen, wenn man es mit ihr getrieben hatte; sie war dazu da, seine Kleider zu waschen und dafür zu sorgen, daß das Essen rechtzeitig auf dem Tisch stand. Er wollte kein intelligentes Gespräch mit seiner Frau, denn dann könnte sie ja auf dumme Gedanken kommen. Adah wußte, sie war ein Dorn in seinem Fleisch. Sie begriff, was er durchmachte, weil er offensichtlich litt. Doch obwohl er ihr leidtat, obwohl sie alles verstand, was mit ihm geschah, würde sie nie so eine Ehefrau sein. Francis konnte sie totprügeln, doch sie würde sich nie mehr so tief erniedrigen. Und doch hoffte sie die ganze Zeit, daß der Aufenthalt in England ihn noch ändern würde."

Doch Francis ändert sich nicht. "Er war der Typ Mensch, der glaubte, daß die Welt ihm soviel schuldete, daß er nichts zurückzugeben brauchte. Nichts, nicht einmal ein Erdbeben, konnte diesen festen Kern in Francis erschüttern." Sie beschließt, ihn zu verlassen. "Wenn du es wirklich wissen willst, ich habe meine Kinder hergebracht, um sie aus den Klauen deiner Familie zu befreien, und, Gott helfe mir, sie werden als andere Menschen zurückgehen; nie, nie werden sie so werden, wie du bist. Meine Söhne werden lernen, ihre Frauen als Menschen zu behandeln, als Individuen, nicht wie Ziegen, denen man das Reden beigebracht hat. Meine Töchter ... Gott helfe mir, keiner wird irgendeinen verdammten Preis für sie zahlen. Sie werden heiraten, weil sie ihre Männer lieben und respektieren, nicht weil sie nach dem höchsten Bieter oder nach einem Zuhause suchen ..."

Adah zieht mit ihren fünf Kindern in die Pussy-Cat-Siedlung, eine Ansammlung von Hochhäusern am Rande der Stadt. "Die Wände im Treppenhaus waren aus blanken, unpersönlichen Ziegeln, wie man sie noch in alten U-Bahnstationen sieht, doch eigentlich ähnelten sie noch mehr solchen, die Adah in Filmen über Gefängnisse gesehen hatte. Die Fenster waren klein, die Türen ebenso. Die meisten Wohnungen waren dunkel und verstärkten so die düstere Atmosphäre. Ach ja, die Siedlung war ein einzigartiger Ort, ein gesonderter Ort, der für ‚Problemfamilien` reserviert war. Problemfamilien mit echten Problemen kamen an einen problematischen

Ort. Selbst wenn man in der Siedlung wohnte und keine Probleme hatte, würden die Zustände hier Probleme schaffen - in Hülle und Fülle."

Und es gibt Probleme - Adah schlägt sich herum mit Behörden und der Sozialarbeiterin Carol. "Die Kinder liefen in die Küche und Adah teilte das Essen aus. Wie üblich Reden und Streiten. ‚Hör auf, mich zu treten, du Monster! Ich erzähle es Mami!` ‚Wie niedlich,` bemerkte Carol und beugte ihren dicken Hals zur Seite. Bei einer anderen Frau hätte die Haltung und das Verhalten, das sie an den Tag legte, weiblich und mütterlich gewirkt, doch ihre Fülle nahm ihr alle diese Eigenschaften wieder. Kein Wunder, daß man sie zur Familienberaterin gemacht hatte. Ihr Gewicht würde jedes Familienproblem zermalmen."

Adah muß ihre Arbeit in einer Museumsbibliothek aufgeben, um sich um die Kinder kümmern zu können. "Die Sozialstation war nun vollständig. Sie, eine afrikanische Frau mit fünf Kindern und ohne Mann, ohne Job und ohne Zukunft, war genauso wie ihre meisten Nachbarn - hilflos, entwurzelt, ohne Recht auf irgend etwas. Einfach abgeschnitten. Keiner von ihnen kannte den Beginn seiner Existenz, den Grund, weshalb er von der Hand in den Mund lebte, das Ergebnis oder die Zukunft dieses Lebens. Alle würden im Sumpf steckenbleiben, bis sie von jemand herausgezogen wurden oder aber untergingen. Das Museum war froh, sie loszuwerden, wenn auch zu höflich, um es zu sagen. Damit endete ihre Mittelschicht-Episode. Von nun an gehörte sie zu überhaupt keiner Schicht mehr. Sie konnte nicht behaupten, zur Arbeiterklasse zu gehören, denn das tägliche Leben der Arbeiterklasse hatte seine Regeln. Ihres hatte keine. Sie hatte jetzt eine vollkommene Problemfamilie. Die Arbeitslosigkeit war die Taufe, durch die sie in die Gemeinschaft der Siedlung aufgenommen wurde. Wie die meisten Mieter dort wurde sie eine regelmäßige Besucherin in Carols Büro. (...) Das Lächeln und freundliche Kopfnicken dieser verwelkten und zurückgestoßenen Frauen beruhigte sie. Sie schienen zu sagen: Du bist nicht allein. Schau uns an, wir sind auch Menschen! Die Wärme der Aufnahme tröstete sie, und sie war dankbar."

Sie schlägt sich durch, findet Freunde und ist zunächst entsetzt über die angebotene Chance, in eine bessere Wohnung umzuziehen. "Insgeheim wurde die Möglichkeit eines Umzugs von bösen Ahnungen verdüstert. Es war eine Mischung aus Skeptizismus und der Entschlossenheit, sich keine falschen Hoffnungen zu machen, aber dahinter stand, das mußte sie zugeben, Angst. Sie war absolut nicht sicher, ob sie jetzt schon eine andere Wohnung wollte, absolut nicht sicher, ob sie bereit war, der Welt gegenüberzutreten ohne den warmen menschlichen Trost der Pussy-Horde." Doch sie entschließt sich, den "Sumpf" zu verlassen. "Eine Woche später zog sie aus der Siedlung aus. (...) Es war Zeit, daß sie ein Individuum wurde."

Buchi Emecheta wurde 1944 in einem Vorort von Lagos in Nigeria geboren. Ihre Eltern stammen aus Ibuza. 1962 kam sie nach England und studierte Soziologie. Buchi Emecheta ist geschieden und lebt mit ihren fünf Kindern in London. Sie veröffentlichte zahlreiche Romane und Kinderbücher. Ihr Werk ist mehrfach ausgezeichnet worden. Buchi Emecheta engagiert sich neben ihrer Arbeit als Schriftstellerin im Arts Council und in Regierungskommissionen gegen die Rassendiskriminierung in Großbritannien. Seit 1981 ist sie Professorin für Englische Literatur an der Universität Calabar, Nigeria.

A. Hoffmann, Berlin

Die vorgestellten Bücher:

Tsitsi Dangaremba, "Der Preis der Freiheit" (Nervous Condition, aus dem Englischen von Ilija Trojanow), rororo Neue Frau 12956, Rowohlt Verlag Hamburg, 1991, 12,90 DM. (Leider gibt es in dem Taschenbuch keine Erläuterungen der zahlreich gebrauchten afrikanischen Worte, so daß Textstellen unverständlich bleiben)

Buchi Emecheta, "Zwanzig Säcke Muschelgeld" (The Joys of Motherhood, aus dem Englischen von Helmi Martini-Honus und Jürgen Martini), Unionsverlag Zürich, 1991, 16,00 DM

Buchi Emecheta, "Die Geschichte der Adah" (Adah's Story, aus dem Englischen von Christine Steffen), Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur München, 1987, 12,80 DM

Weitere Literatur:

Zaynab Alkali, "Tot geträumt und still geboren" (The Stillborn, aus dem Englischen von Gisela Seidensticker-Brikay), Stechapfel Verlag Zürich, 1991, 22,00 DM (vorgestellt im ak 358)

Flora Nwapa, Gracy Osifo, Zaynab Alkali, "Salzlose Asche", Kurzgeschichten aus Nigeria, Hg. Lotta Suter, Stechapfel Verlag Zürich, 1989

24. Ein Leben in Widersprüchen. Robert Havemanns Leben und Wirken (1910-1984)

Autor: Osswald Pietzsch · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:09

Robert Havemann: eine Symbolfigur der DDR-Opposition. Schon in der 30er Jahren war er ein bekannter und bedeutender Chemiker. Kommunist geworden durch das Studium des "Anti-Dühring". Beitritt zur KPD 1932. Mitglied der antifaschistischen Gruppe "Neu Beginnen", später Mitbegründer der Organisation "Europäische Union". 1943 Verhaftung und Verurteilung zum Tode. Gerettet wurde er durch den Einsatz von Freunden, die ihm bescheinigten, für die Forschung unersetzlich zu sein. Nach dem Krieg maßgeblich am Neuaufbau des Wissenschaftsbetriebs in der DDR beteiligt. Bis 1956 war er ein gläubiger Kommunist. Andere philosophische und wissenschaftliche Meinungen und Forschungsergebnisse wurden auch von ihm rigoros niedergemacht: Satres existenzialistischen Ansatz bezeichnete er im Parteiauftrag als "Afterphilosophie", Freuds Psychoanalyse als "antihumanistische, barbarische Ideologie" - ohne ihre Werke je gelesen zu haben. Ab 1956 wandte er sich konsequent vom stalinistischen System ab, was sich in den 60er Jahren vor allem auf die naturwissenschaftliche- und philosophische Diskussion bezog. Die Auseinandersetzung um die Quantenmechanik nahm hierin einen besonderen Stellenwert ein. Sie war der erste nichtdeterministische Ansatz der modernen Physik und machte sich damit die orthodoxen marxistischen Theoretiker zum Feind. Dabei konnten sich diese lange auf Albert Einstein berufen, dessen berühmt gewordener Ausspruch "Gott würfelt nicht!" kein Bekenntnis zur Religion, sondern der Einspruch gegen die in der Quantenmechanik erhobene Behauptung, es gebe letztlich nur Wahrscheinlichkeiten, war. Unabhängig vom Ausgang dieses wissenschaftlichen Streits (die Fortsetzung finden wir heute in den Schriften von Stephan Hawkins) kommt Robert Havemann vor allem das Verdienst zu, mit seiner Schrift "Dialektik ohne Dogma" gegen die Unterordnung der Wissenschaften unter die Ideologie zu plädieren.

Robert Hans Günther Havemann: geboren am 11.3.1910 in München. Der Vater, Hans Havemann, arbeitete zu dieser Zeit noch an seiner Promotion an der Münchner Universität. Die Mutter, Elisabeth Havemann, geborene Schönfeld, hatte Malerei studiert. Sie war dreizehn Jahre älter als ihr Mann und galt als emanzipierte Frau. Nachdem der Vater die philosophische Doktorarbeit erfolgreich abgeschlossen hatte, zog die Familie nach Thüringen: zunächst nach Jena, dann in die kleine Gemeinde Haubinda bei Hildburghausen, wo der Vater in einem Landschulheim unterrichtete. In dieser ländlichen Umgebung entwickelte Robert Havemann früh ein besonderes Interesse für die Natur, für Pflanzen und Tiere. "Wahrscheinlich hat das zu meiner späteren Entwicklung zum Naturwissenschaftler entscheidend beigetragen."(1) In diese Richtung wirkte auch der Großvater, Oberst i.R. von Schönfeld, der "selber Privatgelehrter war: ein Sammler von Käfern und Diatomeen. Er hatte Mikroskope und Briefmarken und Sammlungen von Schmetterlingen und alle möglichen herrlichen Sachen. Seine Villa in Eisenach war für mich irgendwie ein Haus von unendlichen, phantastischen Wundern."

In seiner frühen Gymnasiastenzeit - die Familie war inzwischen nach Hannover umgezogen - durchliefen Roberts Interessen nacheinander zahlreiche Wissensgebiete. Nach der Geographie waren dies die Urgeschichte, die Biologie und schließlich die Physik. Für einen Freund, der vom Vater das Geld dafür hatte, baute Robert einen kleinen Radioapparat, einen Detektorempfänger. "Ich war überhaupt immer sehr praktisch und erfindungsreich, wenn es galt Probleme nicht mit üblichen Mitteln sondern mit Methoden zu lösen, die man in der Not erfindet und entdeckt."(2)

Der Verlust der Arbeitsstelle des Vaters veranlaßte den Umzug der Familie Havemann nach Bielefeld, wo der die Stelle eines Feuilleton-Redakteurs antreten konnte. Dort begann Robert sein leidenschaftliches Interesse für die Chemie zu entwickeln. Bei einem Freund, dem vom reichen Vater unter dem Dach der Villa ein Chemie-Labor eingerichtet worden war, wurde eifrig experimentiert, wobei das Wohnhaus mehrfach, wie Havemann später in seinen Erinnerungen mitteilte, in höchster Gefahr schwebte. Und wie das Leben oft in solchen Geschichten spielt: Beide Jungen wurden später Chemie-Professoren.

Zu Ostern 1929 legte Robert Havemann das Abitur ab. Noch im gleichen Jahr begann er in München mit dem Studium der Chemie. Mit den schon als Schüler autodidaktisch erworbenen Kenntnissen machte er rasche Fortschritte. Wie er seinem Vater schrieb, wollte er "die ganzen Anfangssachen schneller durchfressen, und

dann richtig in den Mittelpunkt der Wissenschaft gelangen".(3) In dieser Münchner Studienzeit freundete er sich eng mit Klaus Piper an, in dessen Verlag vierzig Jahre später, nachdem Havemann in der DDR nicht mehr publizieren konnte, einige seiner im Westen verlegten Bücher erschienen.

Im Sommer 1931, nach dem vierten Semester, ging Havemann nach Berlin an die Friedrich-Wilhelms-Universität, wo er nach weiteren zwei Semestern das sogenannte Verbands-Examen ablegte. 1932 trat er am berühmten Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie in Berlin-Dahlem, das von dem Nobelpreisträger Fritz Haber geleitet wurde, eine Praktikantenstelle an. In der Abteilung von Prof. Herbert Freundlich arbeitete er an kolloid-chemischen Vorgängen, speziell in biologischen Systemen. Aus diesem Gebiet stammte auch das Thema seiner Dissertation ("Ideale und Reale Eiweißlösungen", 1934), und es blieb auch für viele Jahre sein wissenschaftliches Hauptarbeitsgebiet. Jedoch konnte er die Dissertation nicht am KWI beenden. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurden die bedeutendsten, meist jüdische Wissenschaftler, darunter Haber, Freundlich und zahlreiche andere Mitarbeiter, aus dem Institut getrieben; darunter auch Havemanns Doktorvater, Dr. Georg Ettisch. Havemann verließ Ende 1933 das Dahlemer Institut. Seine Dissertation vollendete er mit einem Forschungsstipendium der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (der späteren Deutschen Forschungsgemeinschaft) in einem improvisierten Labor im Krankenhaus Moabit. Das Promotionsverfahren konnte er offiziell im Oktober 1935 erfolgreich abschließen.

Wissenschaft und Widerstand im Dritten Reich

Als Robert Havemann nach Berlin kam, war er an Politik wenig interessiert. In der Naturwissenschaft ist, anders als in dem, was die Menschen über sich und die Art ihres Zusammenlebens denken, nicht alles ungenau, unzuverlässig und phantastisch, so seine Vorstellung. Nur in einem Punkt hatte er aus dem Elternhaus einen klaren Standpunkt mitgebracht: "Meine Eltern hatten viele jüdische Freunde. Als Feuilleton-Redakteur lernte mein Vater natürlich die ganze Intelligenz- und Kultursphäre dieser Stadt kennen, und dadurch hatten wir viele interessante Bekannte. Da die Nazizeit ja schon ihre Schatten warf, taucht das Gespenst des Antisemitismus früh in meiner Vorstellungswelt auf. Sehr schnell, sehr früh habe ich begriffen, was für eine ekelhafte, widerliche, unmenschliche Erscheinung der Rassenhaß und die Rassenüberheblichkeit ist, überhaupt die ganze Art von biologischer Geltungssucht des Menschen. Und das war vielleicht das Wichtigste, was mir meine Eltern mitgaben: die vollständige, rücksichtslose und uneingeschränkte Verurteilung dieser entsetzlichen Erscheinung."(4)

Zum Kommunisten wurde Havemann in Berlin durch seine Freundin Elisabeth: "Wir liebten uns, und sie gab mir den Anti-Dühring (5) zu lesen. Ich konnte erst gar nichts damit anfangen,aber jede Nacht mußte ich den ‚Anti-Dühring` studieren, weil da so viel von Naturwissenschaften drin stand, von denen sie wieder nichts verstand. So fing ich an, mich plötzlich für eine Bewegung zu interessieren mit einem außerordentlichen geistigen Tiefgang. Das hatte ich überhaupt nicht geahnt, weil ich nur die sehr lauten politischen Manifeste und das Geschrei auf der Straße kannte. Nun war eine Frau da, die mir den Kommunismus beibrachte mit einem Buch von Friedrich Engels. Irgendwann bekam diese Beziehung zwar einen fürchterlichen Riß, aber das löste mich nicht aus meinem neugewonnenem politischen Halt, im Gegenteil." (6) Havemann wollte fortan "zu den Leuten gehören, die sich politisch ohne jede Einschränkung entschieden - ohne irgendwelche taktischen Manöver. Für mich waren Kommunisten eben diejenigen, die rücksichtslos, bedingungslos und vollständig konsequent gegen den Kapitalismus kämpfen wollten und natürlich gegen die Nazis."(7)

Seit 1932 war er Mitglied der KPD; dort wurde er "in den Komintern-Apparat der sogenannten Abwehr eingebaut".

Havemann verlor unter den Bedingungen der Illegalisierung bald den unmittelbaren Kontakt zur Partei und geriet in eine Widerstandsgruppe mit dem Namen "Neu Beginnen".(8) Havemann beschrieb in einem gleich nach Kriegsende verfaßten Lebenslauf die Ziele der Gruppe so: "1. Heranbildung von politisch qualifizierten Funktionären der Arbeiterbewegung, 2. Übung in der konspirativen Praxis, 3. Herstellung von Verbindungen zu möglichst vielen Gruppen der deutschen Widerstandsbewegung, 4. Aufbau eines wirksamen Nachrichtenapparates."(9) Hier erhielt Havemann eine intensive und systematische marxistische Schulung.

Der Teil der Gruppe, zu dem Havemann gehörte, wurde im Herbst 1935 von der Gestapo zerschlagen. Es gab zahlreiche Verhaftungen. Havemann selbst wurde verhört, jedoch nicht verhaftet. Vorläufig endete so zunächst

die organisierte Widerstandstätigkeit für ihn, nicht aber die individuelle. Mit seiner Frau - er hatte 1934 die Bielefelder Kaufmannstochter Antje Hasenclever geheiratet - versteckte er wiederholt politisch Verfolgte in der geräumigen Atelierwohnung.

Trotz dieser Widerstandstätigkeit entwickelte sich Havemanns wissenschaftliche Karriere durchaus planmäßig. Er arbeitete vor allem zu Fragen der Zellatmung, zum Stoffwechsel der roten Blutkörper und anderen Problemen der klinischen bzw. physiologischen Chemie. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit dem Arzt Dr. Georg Großcurth, den er schon am KWI in Dahlem kennengelernt und der ihn am Krankenhaus Moabit untergebracht hatte. Im Jahre 1936 arbeiteten beide in der gastherapeutischen Abteilung der militärärztlichen Akademie in Berlin über den Wirkmechanismus der Phosgen- und Perstoffvergiftung. 1937 erhielt Havemann eine Assistentenstelle am pharmakologischen Institut der Berliner Universität und setzte dort seine in Moabit begonnene Arbeit über physikalische Chemie der Eiweißstoffe, Hämoglobin und physikalisch-chemische Analysemethoden fort. Aus dieser Zeit stammen nicht nur etwa 30 Originalmitteilungen und Berichte, sondern auch einige Erfindungen Havemanns, so etwa ein "lichtelektrisches Photometer nach Havemann", das von einer Berliner Firma in die Produktion übernommen wurde, sowie ein Verfahren zur Gewinnung von Karotin aus Karotten. Durch diese Erfindungen und weitere Patente konnte Havemann beachtliche Nebeneinnahmen erzielen, die ihm den finanziellen Freiraum nicht nur für die Widerstandsarbeit gaben, sondern der jungen Familie auch einen gewissen Luxus ermöglichte. Die Zeit am pharmakologischen Institut, an dem er bis zu seiner Verhaftung arbeitete, gehörte zu den wissenschaftlich produktivsten seines Lebens. Im März 1943 absolvierte er schließlich seine Habilitation, die er 1941 mit der Schrift "Methämoglobin-Verbindungen" beantragt hatte. Er verzichtete darauf, sich um eine Dozentur zu bemühen, da er den Gedanken unerträglich fand, mit dem Hitler-Gruß vor die Studenten treten zu müssen.

Zu dieser Zeit war Havemann bereits wieder tief in die Widerstandsarbeit eingebunden. 1941 hatte er mit seinem Freund Großcurth, der inzwischen Oberarzt und Dozent geworden war, damit begonnen, eine Widerstandsgruppe aufzubauen, der sie später den Namen "Europäische Union" gaben. Einbezogen wurde der Architekt Herbert Richter, der über Kontakte zu anderen illegalen Gruppen verfügte, und der Zahnarzt Paul Rentsch, in dessen Praxis man sich häufig traf.

Zunächst beschränkte sich die Gruppe darauf, Verfolgte zu verstecken und sie mit gefälschten Papieren zu versorgen. Außerdem nutzte sie systematisch Kontakte zu prominenten Nazi-Kreisen, um Informationen zu sammeln. Auf diese Weise erfuhr sie u.a. von dem genauen Termin des geplanten Angriffs auf die Sowjetunion und konnte die sowjetische Botschaft in Berlin warnen; trotz gleichlautender Informationen von anderen Quellen wurden die Meldungen in Moskau aber nicht ernstgenommen.

Als Großcurth eine nach Deutschland verschleppte sowjetische Ärztin kennenlernte, die in Lagern für ausländische Zwangsarbeiter tätig war, ergaben sich Kontakte zu zahlreichen antifaschistischen Gruppen unter diesen Arbeitern. "Natürlich konnten diese ausländischen Arbeiter in Deutschland zu keiner planvollen Arbeit gelangen ohne die Mithilfe und Mitwirkung deutscher antifaschistischer Mitkämpfer. Wir hatten das Glück, das Verbindungsglied zwischen der deutschen Widerstandsbewegung und den antifaschistischen ausländischen Arbeitern zu werden. Wir bauten eine Organisation auf, die gänzlich auf diese spezielle Aufgabe eingestellt war, die ‚Europäische Union`. Wir suchten uns besondere Leute, die verschiedene europäische Sprachen beherrschten, Leute, die französisch, tschechisch, dänisch, polnisch und russisch sprachen, Leute, die durch ihren Beruf in der Lage waren, Briefe und Nachrichten zwischen den ausländischen Arbeitern in Deutschland und ihren nationalen Widerstandsorganisationen zu befördern." (10) Mehrfach konnten gefährdete Lager vor Razzien gewarnt werden.

In Flugblättern, hauptsächlich von Havemann und Großcurth geschrieben, formulierte die Gruppe ihre Programmatik: "Die Durchmischung aller europäischen Völker, die Hitler durchführen mußte, um seine Kriegsproduktion zu erhöhen, hat die Möglichkeit eines europäischen Zusammenschlusses geschaffen. (...) Die Revolution von morgen wird das sozialistische Europa einigen in der Europäischen Union." Als Ziele wurden formuliert: "Sozialistische Wirtschaft, Freiheit des Individuums und soziale Gerechtigkeit... Sie ermöglichen das Fortbestehen und die Weiterentwicklung der europäischen Kultur."(11) Angesichts des erwarteten baldigen Zusammenbruchs der Nazi-Diktatur strebte die "Europäische Union" die Heranbildung politisch geschulter Kader an, die in der Zeit nach der Befreiung den europäischen sozialistischen Wiederaufbau anführen sollten.

In dem Essay "Anmerkungen zu einem Lebenslauf"(12) bemerken H. Laitko und D. Hoffmann zu Recht den "zentralen Platz der Freiheit des Individuums in der von der Europäischen Union vertretenen Sozialismusidee". Sie sehen darin den späteren Konflikt und Bruch Havemanns mit dem Stalinismus bereits angelegt.

Todeskandidat

Durch tragische Umstände wurde die "Europäische Union" zerschlagen. Am 4. und 5. September 1943 wurde die gesamte Führung der Gruppe verhaftet. Havemanns Verhalten während der Verhöre (13) offenbaren sehr unmittelbar seine außergewöhnliche Furchtlosigkeit und Kaltblütigkeit in Gefahrsituationen.

Havemann, Großcurth, Richter und Rentsch wurden am 16. Dezember 1943 vom Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tode verurteilt. Sofort setzten von außen Bemühungen ein, das Leben der Todeskandidaten zu retten. Es sollte versucht werden, ihre Forschungen als kriegswichtig zu deklarieren. Letztlich gelang das nur bei Havemann. Seine drei Freunde wurden am 8. Mai 1944 im Zuchthaus Brandenburg unter dem Fallbeil hingerichtet.

Havemann erhielt zunächst sechs Monate Aufschub, der später jeweils für zwei Monate verlängert wurde. Einflußreichen Wissenschaftlern vom Pharmakologischen Institut und einem Oberstarzt beim Heereswaffenamt war es gelungen, für ihn einen Forschungsauftrag zu plazieren. Havemann sollte für das Heereswaffenamt eine Analysemethode für kleinste Mengen Fluor erarbeiten, die bei der Entwicklung eines neuartigen Kampfgases benötigt wurde.

Im Zuchthaus Brandenburg wurde ihm in einer geräumigen Zelle ein Labor eingerichtet. Durch die Tischler, die die Laboreinrichtung zu fertigen hatten, bekam Havemann Kontakt zu der gut organisierten Widerstandsgrupe des Zuchthauses. Regelmäßig bekam er Besuch von jenem Dr. Fritz von Bergmann, mit dem er schon 1938 für das Heereswaffenamt geforscht hatte. Dieser hatte den Auftrag, ihn mit Chemikalien und den benötigten Geräten zu beliefern. Auf diesem Wege erhielt Havemann in Einzelteilen einen Kurz- und Mittelwellen-Empfänger, den er versteckt in eines der wissenschaftlichen Geräte einbaute. Aus den abgehörten Meldungen der deutschen und ausländischen Nachrichtensendungen verfaßte er auf einer Schreibmaschine, die ihm für seine Forschungsberichte zur Verfügung stand, täglich zweimal die Zuchthauszeitung "Der Draht"(14). Das beidseitig eng beschriebene DIN A 4-Blatt gelangte über Kalfaktoren zu den politischen Häftlingen und wanderte dort von Hand zu Hand. Insbesondere in den letzten Monaten vor der Befreiung waren die Gefangenen so über den jeweiligen Frontverlauf genauestens informiert. Als harmlose Chemikalien getarnt, hatte Havemann sich ein Kilo Sprengstoff liefern lassen, außerdem den Reizkampfstoff Anamesit, den er zu ca. dreißig Schwelkerzen verarbeitete. Diese Materialien wurden an zuverlässige Leute gegeben, damit Widerstand für den Fall möglich war, daß abrückende SS-Einheiten versuchen sollten, die Gefangenen im letzten Moment niederzumetzeln. Nicht verhindern konnten die Gefangenen, daß noch am 20. April 1945 aus Anlaß von Hitlers Geburtstag 28 politische Gefangene hingerichtet wurden. Havemann berichtete nach dem Krieg über die letzten Tage vor der Befreiung: "Als am 20. April die fürchterlichen Hinrichtungen stattgefunden hatten, habe ich am 21. April Pfarrer Bartz erklärt, daß die Beamten im Interesse ihres eigenen Lebens dafür zu sorgen hätten, daß die technische Möglichkeit weiterer Hinrichtung in Brandenburg beseitigt wird ... Das Ergebnis war, daß am 22. April die Guillotine durch die Beamten selbst in den Plauer See versenkt wurde."

Am 27. April erschien ein Panzer der Roten Armee vor dem Zuchthaus. "Wir liefen ins Haus 2 hinein, und dann begann es dort mit dem Öffnen sämtlicher Zellentüren. Das war die eigentliche Stunde der Befreiung, der unvergeßlichste Eindruck meines Lebens, wie die Masse der verhungerten und finsteren Gestalten aus den Zellentüren kam ... Die Russen wurden hochgehoben - ungeheurer Jubel, Reden der Russen und einzelner politischer Gefangener, die im brausenden Orkan der Begeisterung untergingen" (15).

Wieder am KWI - bis zur erneuten Maßregelung

Kurze Zeit nach der Ankunft in Berlin forderten die Anstrengungen der Haftzeit ihren Tribut. Havemann erkrankte lebensbedrohlich. Noch auf dem Krankenlager erfuhr er, daß der Berliner Magistrat beschlossen hatte, ihn mit der vorläufigen Leitung der Kaiser-Wilhelm-Institute zu betrauen. "Schon bei der Eröffnung des Angebotes fühlte ich mich sofort um 25 Prozent gesünder."(16)

Die Amtsübernahme erfolgte bereits im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges. Dem Magistrat und der sowjetischen Militäradministration schien Eile geboten. Es galt, vor dem Einzug der Westalliierten in Berlin (Juli 1945) die wichtige Position mit einer Vertrauensperson zu besetzen, denn die Dahlemer Institute lagen im künftigen amerikanischen Sektor. Eine Reihe leitender Mitarbeiter protestierte schriftlich gegen Havemanns Ernennung und forderte, daß gemäß der alten - von den Nazis aufgehobenen - Satzung "der Präsident und andere leitende Persönlichkeiten durch freie Wahl ... zu bestellen"(17) seien. Protest kam auch aus Göttingen, wo der greise Max Planck bis zur Neuwahl noch einmal die Geschäfte des Präsidenten der KWI übernommen hatte. Havemann blieb mit Duldung der Amerikaner noch bis Januar 1948 in seinem Amt, wenngleich sein Einfluß auf Berlin beschränkt blieb. In dieser Zeit betrieb Havemann die Idee, in Dahlem eine Forschungshochschule zu gründen, an deren Finanzierung neben Berlin auch die drei Länder der amerikanischen Zone (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen) sowie das Land Bremen beteiligt sein sollten. Tatsächlich kam es im Sommer 1947 zum Abschluß eines Staatsvertrags. Eine Änderung in der Forschungspolitik der Westmächte ließ die Pläne aber letztlich scheitern.

Nach der Absetzung als Verwaltungsleiter der Berliner KWI behielt Havemann noch seine Funktion als Abteilungsleiter des Instituts für Physikalische und Elektrochemie in Dahlem. Parallel dazu übernahm er ab 1948 die Professur für Kolloidchemie an der Berliner Universität.

In diesen ersten Nachkriegsjahren hatte Havemann wieder Kontakt zu alten Freunden aus der "Neu Beginnen"-Arbeit. Er engagierte sich intensiv für den Aufbau des "Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" und einer Gesellschaft der "Opfer des Faschismus". Obwohl der KPD (bzw. SED) zweifelsohne nahestehend, setzte sich Havemann entschieden für die Überparteilichkeit dieser Zusammenschlüsse ein.

Havemann war Zeit seines Lebens friedenspolitisch aktiv. Seit dem Abwurf der Atombomben über Japan beschäftigte ihn die Frage der möglichen Selbstvernichtung der Menschheit durch einen Nuklearkrieg. Die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Truman, die USA würden den Bau der Wasserstoffbombe beginnen, veranlaßte Havemann, in einem Artikel für das SED-Organ "Neues Deutschland"(18) die Behauptung eines amerikanischen Know-how-Monopols zu untersuchen. Er diskutierte die verschiedenen in Frage kommenden Kernreaktionen. Der Artikel schlug erhebliche Wellen in der Weltpresse, Havemann wurde der Atomspionage verdächtigt. Wieder einmal - und nicht zum letzten Mal - wurde Havemann aufgrund seiner öffentlich vorgetragenen Meinung fristlos entlassen, diesmal auf Initiative des SPD-Stadtrats May. Sein Vorgesetzter im Dahlemer Institut hielt ihm vor, er habe die zuständige Besatzungsmacht beleidigt, der man ja die Mittel für die Forschung verdanke.

Damit verlor Havemann auch seine Dienstwohnung. Der Umzug nach Klein-Machnow in der DDR war für ihn mehr als ein Wohnungswechsel. Im sich verschärfenden Kalten Krieg - Berlin war seit 1948 eine geteilte Stadt - kam der Raum für differenzierte Positionen zusehends abhanden. Havemanns Entscheidung für die DDR wurde damit unwiderruflich. Er war "felsenfest davon überzeugt, daß der Weg, der in der DDR unter der Führung der Sowjetunion und unserer Einheitspartei von Sozialdemokraten und Kommunisten eingeschlagen worden war, der einzig richtige war, und daß nicht die Russen und der ‚Osten`, nicht die Kommunisten Deutschland gespalten hatten".(19) Er stellte noch im gleichen Jahr einen Aufnahmeantrag an die SED.

Die zweite wissenschaftliche Karriere

Als Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts der Humboldt-Universität leitete er erfolgreich die rasche Reorganisierung des im Krieg stark zerstörten Instituts. Es erlebte, wie Dieter Hoffmann bemerkt, "eine neue Blüte; die vierzehn Jahre zwischen 1950 und 1964, in denen Havemann das Institut leitete, waren ohne Zweifel die erfolgreichsten in der über 40jährigen Nachkriegsgeschichte."(20) Es entstanden zwei neue Forschungsbereiche: die Magneto-Chemie und die Photo-Chemie. Für beide Arbeitsgebiete bildeten Quanten-Effekte den Ausgangspunkt. Für seine Beiträge zur Erforschung der Photosynthese erhielt Havemann 1959 den Nationalpreis der DDR und wurde zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften gewählt. Auf Havemann geht die Konstruktion einer ganzen Reihe wissenschaftlicher Geräte zurück, deren Beschaffung im westlichen Ausland große finanzielle Probleme bereitet hätte. Um die Abhängigkeit von teuren westdeutschen Lehrbüchern zu überwinden, erschien 1957 aus seiner Feder ein Lehrbuch der chemischen Thermodynamik (21).

Die erste Hälfte der fünfziger Jahre war die Zeit, die Havemann später als seine stalinistische Zeit bezeichnete. Aufgrund seiner großen politischen und wissenschaftlichen Qualifikation gehörte er alsbald zur führenden Elite der DDR.

Von 1950 bis 1954 war Havemann Studentendekan bzw. Prorektor für Studentenangelegenheiten an der Berliner Humboldt-Universität. In dieser Funktion war er unmittelbar mit der Kampagne gegen die Evangelische Studentengemeinde befaßt, in deren Verlauf an einer Reihe von Universitäten zahlreiche Studenten zwangsexmatrikuliert wurden. Daß es nicht mehr dazu kam, daß Havemann einen entsprechenden Beschluß für die Humboldt-Universität unterzeichnete, lag einzig daran, daß Stalin plötzlich starb und die Kampagne von der SED-Führung eingestellt wurde.

Als Abgeordneter des Kulturbundes gehörte Havemann von 1949 bis 1963 der DDR-Volkskammer an. Seine Loyalität zur SED stand außer jeden Zweifels. Dies gilt ausdrücklich auch für die Zeit der Unruhen am 17. Juni 1953. Trotz inhaltlich voller Übereinstimmung mit der offiziellen SED-Politik unterschied Havemann sich von den meisten der führenden Funktionäre jedoch darin, daß er sich nicht vor den demonstrierenden Arbeitern versteckte, sondern ihnen auf der Straße gegenübertrat. Die Demonstranten schüttelten ihn aus einem Lautsprecherwagen heraus und ließen ihn stehen, ohne ihn weiter zu behelligen.

Als Havemann sich später selbstkritisch zu seinen Ansichten aus der Frühzeit der DDR äußerte, waren es insbesondere die Jahre 1951 bis 1953, die ihn bedrückten. Aus dieser Zeit stammt beispielsweise seine Rezension eines Sammelbandes mit Aufsätzen des marxistischen Naturwissenschaftlers Walter Hollitscher unter dem Titel: "... wissenschaftlich betrachtet ..." (22). Havemann polemisierte darin u.a. gegen die von Sartre vertretene "Afterphilosophie" des Existentialismus, "dieser Spielart der barbarischen Ideologie des Imperialismus" (23). Später gab er (zu seiner Ehrenrettung) zu, Sartre nie gelesen zu haben. Die von Freud begründete Psychoanalyse bezeichnete Havemann als "antihumanistische, barbarische Ideologie ... Der Pansexualismus der Psychoanalyse ist überhaupt nichts weiter als eine schamlose Verherrlichung des moralischen und kulturellen Verfalls der verfaulenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In der Sowjetunion wurde Anfang der 30er Jahre die Diskussion über die Psychoanalyse abgeschlossen und ihr reaktionärer, unwissenschaftlicher und mystischer Charakter nachgewiesen." (24) Havemanns Schlußbemerkung zu Hollitschers Buch: "Alles in allem ist es nicht zu rechtfertigen, daß der Aufbau-Verlag dieses Buch (...) überhaupt erscheinen ließ" (25). Dazu stellte Havemann 1965 fest: "Was ich damals dachte und schrieb, kann nicht als Jugendsünde abgetan werden. Meine Irrtümer von damals waren ernster Natur." (26)

Der Bruch mit dem Stalinismus

Havemanns kritische Auseinandersetzung mit dem stalinistischen System begann 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU, auf dem Chruschtschow seine berühmte Geheimrede hielt und damit Stalins zügellosen Terror anprangerte.

"Wie aber wirkten die Ereignisse auf Robert Havemann? Mitarbeiter seines Instituts berichten, daß beim Verlesen des Berichts an den XX. Parteitag diejenigen, die überhaupt noch in der Lage waren, um sich herum etwas wahrzunehmen, sehen konnten, wie ihm buchstäblich die Gesichtszüge entglitten, so wenig waren er und die meisten SED-Parteimitglieder auf das Ausmaß dessen vorbereitet, was Chruschtschow als die Folgen des Personenkults um Stalin mitteilte."(27)

Die Schlußfolgerungen, die Havemann als Kommunist wie als Wissenschaftler aus dem XX. Parteitag zog, formulierte er wenige Wochen später so: "Unsere Gesellschaftswissenschaftler müssen den Dogmatismus überwinden. In freiem wissenschaftlichem Meinungsstreit mit allen Ideen der Welt müssen wir unsere alte Kraft wiedergewinnen. Unsere Philosophie ist modern, sie wird die Jugend begeistern. Wir müssen sie nur freilegen, mit neuen Ideen bereichern. Wir müssen uns endlich auch als Marxisten schöpferisch betätigen. Das ist die Aufgabe, die uns der XX. Parteitag stellt, die von uns abverlangt wird als Beitrag in der Endphase der Weltrevolution, die jetzt anhebt."(28) Auf ausdrückliche Bitte der Redaktion schrieb Havemann einen ganzseitigen Artikel für das "Neue Deutschland": "Meinungsstreit fördert die Wissenschaften"(29). Der Artikel war ein für die Zeitumstände einzigartiges Plädoyer für die Vielfalt der Meinungen, gegen den vorherrschenden Dogmatismus: "Die entscheidende Grundlage eines wirklich produktiven, schöpferischen Meinungsstreits ist die Respektierung aller ernsthaften und sachlichen von der Gegenseite vorgebrachten Gegenargumente - ja

mehr noch, die Respektierung der Gegenansicht. (...) Wer andere Meinungen nicht achtet und zu unterdrücken sucht, schätzt offensichtlich die Überzeugungskraft seiner eigenen Ideen gering ein." Der Dogmatiker hingegen "liebt besonders die dümmste aller Methoden, sich mit entgegengesetzten Meinungen ‚auseinander`zusetzen: Die Methode des Negierens, des Nichtbeachtens und Totschweigens. Vor seiner, des Dogmatikers großen Weisheit wird alles andere Denken zum Irrtum, ja mehr noch: zur Bosheit. Darum tut der Dogmatiker am liebsten so, als ob es gar keine Gegenargumente gäbe. Er ist taub für jeden Einwand und blind gegenüber den Tatsachen, die ihm nicht passen."

Havemann als Philosoph

In diesem bemerkenswerten Artikel nahm Havemann das Thema auf, das ihn fortan stark beschäftigen sollte: die Philosophie. Dies war beileibe kein Elfenbeinturm-Thema und konnte es auch nicht sein in einem Staat, dessen führende Partei für sich in Anspruch nahm, ihre Politik auf wissenschaftlicher Grundlage zu entfalten. Diesen Anspruch ernst nehmend, forderte Havemann die elementaren Voraussetzungen der Wissenschaftlichkeit ein - den Dialog. Die Philosophie des dialektischen Materialismus verstand er nicht als eine "Reihe starrer Lehrsätze und Dogmen (...), die man nur auswendig zu lernen braucht, um Philosoph zu sein. Unsere Philosophie schöpft immer neue und tiefere Erkenntnisse aus dem Studium der Wirklichkeit, aus den Wissenschaften." Keinesfalls dürfe der Philosoph der Wissenschaft gegenüber als "Richter der letzten Instanz" auftreten. Er formulierte die These: "Die Philosophie ist ... keine spezielle Wissenschaft mit einem bestimmten Gegenstand. Sie hat alle Gegenstände zum Gegenstand, aber diese wiederum nur vermittels aller anderen einzelnen Wissenschaften von diesen Gegenständen."(30)

Insbesondere diese These rief den Widerspruch einiger führender DDR-Philosophen hervor. Bevor es darüber aber zu fruchtbaren Diskussionen kommen konnte, beendete die Parteiführung angesichts der politischen Unruhen in Ungarn das kurze Tauwetter. Mit der Verhaftung und Verurteilung des Philosophen Wolfgang Harich und des Leiters des Aufbau-Verlags, Walter Janka, ging es der SED-Führung nicht zuletzt um eine deutliche Warnung an die Intellektuellen; in der parteioffiziellen Analyse der ungarischen Ereignisse war den dortigen Intellektuellen erhebliche Schuld an dem "konterrevolutionären Putsch" zugewiesen worden. Auch Havemann wurde der fraktionellen Tätigkeit und der Propagierung revisionistischer Auffassungen geziehen, blieb aber nach einer Selbstkritik noch unbehelligt.

Das Thema indes ließ Havemann nicht mehr los. In den frühen fünfziger Jahren war er an die philosophischen Quellen des dialektischen Materialismus zurückgegangen, hatte Lenin und Engels - den Ausgangspunkt seiner Politisierung - neu studiert, hatte insbesondere Hegel im Original gelesen. Im mechanischen Materialismus, der auf der newtonschen klassischen Mechanik basierenden Philosophie, sah Havemann das Haupthindernis bei der Entfaltung der modernen Wissenschaften. Die Dialektik in den Dingen selbst aufspüren - das war die von Havemann geforderte Methode.

1957 veröffentlichte er in den Physikalischen Blättern seine "Bemerkungen zur quantenmechanischen Komplementarität"(31). In diesem Beitrag zur Interpretation der Quantentheorie erweist sich Havemann als ein eigenständiger Denker.

In der sowjetischen Debatte der späten stalinschen Ära war es gerade die Kopenhagener Deutung der Quantentheorie und insbesondere der von Niels Bohr eingeführte Begriff der Komplementarität, der als "idealistische Erfindung" (A.A. Maximow), "aus der reaktionären Philosophie des Machismus und des Positivismus" entstanden (M.E. Omeljanowskij) sei, gebrandmarkt wurde. Der Begriff der Komplementarität war bis etwa 1960 aus der sowjetischen Fachliteratur weitgehend verbannt (32).

Havemann indes sah gerade im Komplementaritätsprinzip den entscheidenden Schlüssel. Komplementarität meint für ihn die zur vollständigen Beschreibung eines mikrophysikalischen Vorgangs notwendige Kombination von Wellenbild und Teilchenbild, die, jedes für sich genommen, nur einen Aspekt darstellen und erst durch die gegenseitige Ergänzung eine wahre Beschreibung des Vorgangs liefern. Dabei ist das Wellenbild mit dem Möglichen, das Korpuskelbild mit dem Faktischen verknüpft; das Wellenbild beschreibt das Mögliche streng deterministisch, während der Übergang zum Korpuskelbild eine statistische, d.h. indeterministische Aussage über die Aufenthaltswahrscheinlichkeit des untersuchten Teilchens liefert. In diesen Überlegungen folgt Havemann völlig den Gedanken Heisenbergs (33). Der Scheidepunkt findet sich in der Aussage Heisenbergs, daß die Quantentheorie ihren statistischen Charakter deshalb behalten müsse, weil die Kenntnis des

Faktischen stets eine unvollständige bleibe. Havemann: "Ich stimme der Aussage dieses Satzes zu, nicht aber seiner Begründung. Ich bestreite, daß die Kenntnis des Faktischen unvollständig sein muß."(34)

Schon andere Kritiker der Kopenhagener Deutung hatten an dieser Stelle angesetzt. Berühmt geworden ist Einsteins Widerstand gegen den statistischen, indeterministischen Charakter der Quantenmechanik ("...der liebe Gott würfelt nicht!"). Andere Kritiker, etwa Bohm und Vigier, hatten versucht, die Quantentheorie um sogenannte "verborgene Parameter" zu erweitern, deren Aufdeckung die von Heisenberg postulierte, schmerzlich empfundene Grenze der Erkennbarkeit aufheben sollte. Allen diesen Ansätzen gemein war das Bestreben, auf den vertrauten Boden des Laplaceschen Determinismus der klassischen Physik zurückzukehren - in Havemanns Worten: zum mechanischen Materialismus. Die gleiche Tendenz ist im übrigen kennzeichnend für die meisten damaligen Beiträge der sowjetischen Interpreten des "offiziellen" dialektischen Materialismus zur Quantenmechanik und anderen modernen wissenschaftlichen Theorien.

Während also die Opponenten der Kopenhagener Deutung quasi rückwärtsgewandt argumentierten, wollte Havemann über Heisenbergs Deutung hinausgehen. Sein Ansatz: "Verfahren wir mit der angeblich prinzipiell unvollständigen Kenntnis des Faktischen so, wie die Relativitätstheorie mit dem absoluten Raum und der absoluten Zeit. Wir erklären alles das, was sich unserer vollständigen Kenntnis angeblich prinzipiell entzieht, für nur ausgedacht, aber nicht existent. Wir wollen etwas wissen und können es deshalb nicht erfahren, weil es gar nicht existiert. Wenn wir so verfahren, wird allerdings etwas anderes zu einer objektiven Realität, was auch Heisenberg noch als nur durch ‚unvollständige Kenntnis` von der objektiven Realität verursacht bezeichnet hat: der Zufall."(35) Die objektive Zufälligkeit der mikrophysikalischen Vorgänge habe ihren Grund darin, daß "das Diskontinuierliche sich nicht mit beliebiger Bestimmtheit durch das Kontinuierliche abbilden, d.h. auswirken kann. (...) Es (ist) ebenso unmöglich, das Kontinuierliche durch Diskontinuitäten in beliebiger Bestimmtheit abzubilden. Hier tritt umgekehrt die Körnigkeit der Materie als Grenze der Auflösung in Erscheinung." Daraus geht hervor, "daß das andere dialektische, d.h. widerspruchsvolle Begriffspaar, welches der Naturwissenschaft soviel Kopfzerbrechen bereitet, nämlich Zufälligkeit und Gesetzmäßigkeit, mit dem Widerspruch von Kontinuum und Diskontinuum auf sehr enge Weise verknüpft ist." In einem Vortrag vor der Physikalischen Gesellschaft der DDR in Leipzig 1958, dem auch Dirac und Heisenberg beiwohnten, betonte Havemann: "Die Quantenmechanik ist gegenwärtig die einzige ausgearbeitete physikalische Theorie, die beide Aspekte, Kontinuum und Diskontinuum, in sich vereinigt. (...) (Sie) hat uns nicht an eine Grenze der Erkennbarkeit der Natur geführt, sondern sie ist die erste ... Theorie, die die Beschränktheit des mechanisch-metaphysischen Denkens überwunden hat, das den Fortschritt der Erkenntnis der Natur in wachsendem Maße behindert hat. In der Quantenmechanik offenbart sich uns aufs deutlichste, daß die Natur durch und durch dialektisch ist; (...) sie enthüllt uns tiefe Gesetzmäßigkeiten dieser objektiven Dialektik, deren Bedeutung weit über die Grenzen der Physik hinausreicht."(36)

Havemann hatte damit Hegelsche Kategorien in einer modernen physikalischen Theorie wiederentdeckt. Wie sehr er von Hegel beeindruckt war, geht aus folgender Aussage hervor: "Viele dialektische Kategorien von größter Tragweite für bestimmte moderne Probleme hat Hegel in geradezu seherischer Weise bereits so dargestellt, daß man seine Analysen jetzt, wo die wissenschaftliche Theorie vorliegt, wie eine Vorwegnahme kommender Erkenntnis empfindet."(37)

1962 hielt Havemann die (eben schon zitierte) Rede "Hat die Philosophie den modernen Naturwissenschaften bei der Lösung ihrer Probleme geholfen?" Er beantwortete die Frage im wesentlichen negativ. Er vertrat die Auffassung, daß seit den Werken von Engels und Lenin "in der Zeit, die dann kam, ein fortschreitender Verfall der Lehren des dialektischen Materialismus (einsetzte). (...) Die Herren, die von den Kathedern der Sowjetunion den dialektischen Materialismus lehrten, kehrten zu den Positionen des Vulgär-Materialismus und des mechanischen Materialismus zurück." Von den Philosophen forderte Havemann statt dessen die Haltung, daß sie "es als das größte Glück empfinden ..., wenn in der Wirklichkeit etwas entdeckt wird, das unvereinbar ist mit ihren bisherigen Ansichten."

Der Vortrag löste einen Skandal aus. Es kam zu tumultartigen Kontroversen unter den Zuhörern. Angriffe auf die marxistisch-leninistische Philosophie und Antisowjetismus wurden Havemann vorgeworfen. Schließlich verließ mit Havemann fast die Hälfte der Teilnehmer vorzeitig die Tagung.

Havemann befand sich zu dieser Zeit, gemessen an der großen Zahl seiner Funktionen, Ämter und Ehrungen, auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn. Er war Professor mit Lehrstuhl für Physikalische Chemie an der

Humboldt-Universität, Direktor des physikalisch-chemischen Instituts, Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie bei der Akademie der Wissenschaften. Neben weiteren universitären Ämtern war er Mitglied der Volkskammer, des Präsidiums des Deutschen Friedensrates, des Präsidialrats des Kulturbundes, Vorsitzender der Strahlenschutzkommission der DDR, Mitglied der Universitätsparteileitung. Er war Mitherausgeber der Zeitschriften für wissenschaftliche Photographie, Photophysik und Photochemie, für Chemie, für physikalische Chemie sowie der populär-wissenschaftlichen Zeitschrift "Wissenschaft und Fortschritt". 1959 hatte er den Nationalpreis II. Klasse und 1961 die Johannes-R.-Becher-Medaille in Gold erhalten. Im gleichen Jahr war er zum korrespondierenden Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften gewählt worden. Die Staats- und Parteiführung wußte das Renommee des international bekannten Wissenschaftlers sehr wohl zu schätzen und schickte ihn mehrfach zu Repräsentationsreisen ins Ausland.

Nun aber, wo Havemann die 1956 begonnene Dogmatismus-Debatte in aller Öffentlichkeit wieder aufnahm und sich dabei nicht scheute, gegen zahlreiche prominente Schienbeine zu treten, bekam er den Unwillen der Führung deutlich zu spüren: Das Tagungsprotokoll erschien ohne seinen Beitrag. Daraufhin vervielfältigte er das Typoskript und verschickte mehr als 100 Exemplare an in- und ausländische Kollegen mit der Bitte, Publikationsmöglichkeiten zu prüfen.

Dialektik ohne Dogma

Indes war der Höhepunkt der Auseinandersetzung noch nicht erreicht. Dieser folgte auf die im Wintersemester 1963/64 gehaltenen Vorlesungen "Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme". Schon in der ersten Vorlesung machte Havemann klar, daß er hinter seine in Leipzig bezogenen Positionen nicht zurückzugehen gedachte: Der dialektische Materialismus werde in weiten Kreisen der Naturwissenschaftler für etwas gehalten, was er gar nicht sei. "Die Schuld ... tragen allerdings nicht die Naturwissenschaftler, sondern diejenigen, die man als die ‚offiziellen` Vertreter des dialektischen Materialismus bezeichnen muß."(38) Dazu erklärte Horst Sindermann vor dem ZK der SED: "Seine Vorlesungen über Philosophie gipfeln in der Schlußfolgerung, daß nur der dialektische Materialismus über Bord gehen müßte. Hier geht es also ... um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten mit der Linie der Partei und der Theorie des Marxismus-Leninismus."(39)

In den insgesamt zwölf Vorlesungen und drei Seminaren finden sich eine ganze Reihe zitierfähiger Stellen, die die Partei- und Staatsführung als beißende Polemik gegen ihre Politik, ja gegen ihre Weltsicht empfinden mußte. Hier sei lediglich folgendes Beispiel gegeben: "Es gibt Leute, die möchten jede einzelne Ursache planmäßig hervorrufen, damit sie zu ihrer Wirkung kommt. Alles soll vorher am grünen Tisch gründlich berechnet werden. Das widerspruchsvolle, komplexe Leben der Gesellschaft erscheint wie ein riesiger Apparat. Planung der Zukunft sei es, diesen gewaltigen Apparat aus Zahnrädern und Rädchen, in dem alles determiniert ist, in richtiger Weise in Gang zu halten. Und wenn er nicht ganz nach Wunsch funktioniert, dann muß hier die Zahnradübersetzung geändert werden oder dort die Drehrichtung - irgendwann muß es doch einmal gelingen, das Räderwerk richtig zum Laufen zu bringen."(40) Dies sei mechanisch-materialistisches Kausaldenken und seinem Wesen nach idealistisch.

Das größte Ärgernis aber war das rapide wachsende Interesse der Öffentlichkeit an Havemanns Vorlesungen. Der kleine Hörsaal des Physikalisch-chemischen Instituts platzte aus allen Nähten. Die Universitätsleitung wies ihm den großen Hörsaal des Chemischen Instituts zu, allerdings zur ungünstigen Zeit - freitags 14 Uhr. Der erhoffte Effekt blieb aus. Jetzt kamen sogar Hörer mit der Bahn angereist, was vormittags kaum möglich gewesen wäre.

Partei und Universitätsleitung vollzogen den endgültigen Bruch am 12. März 1964. Havemann wurde aus der SED ausgeschlossen und mit sofortiger Wirkung aller seiner Universitätsämter enthoben. Die fristlose Entlassung folgte am 21. März. Zum Anlaß wurde ein am 11. März im "Hamburger Echo" erschienenes Interview mit Havemann genommmen (41), das von einem Mann stammte, der, so Havemann, ihn nicht als Journalist, sondern als interessierter Zuhörer aufgesucht hatte.

Die Möglichkeit, seine Ansichten zur Diskussion zu bringen, versuchte Havemann - nun außerhalb der Partei - weiter zu verwirklichen. Er bot das Skript seiner Vorlesungen und den Leipziger Vortrag dem Dietz-Verlag und dem Deutschen Verlag der Wissenschaften zur Veröffentlichung an. Es wurde schnell klar, daß er in der DDR keinen Verleger mehr finden würde (42). Die Vorlesungen erschienen daraufhin noch im selben Jahr 1964 bei

Rowohlt in Reinbek bei Hamburg unter dem Titel "Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung". Vor die Wahl gestellt, zu schweigen oder im Westen zu publizieren, hatte Havemann sich für das zweite entschieden. Erst 1990, als die Macht der SED schon gebrochen, die DDR aber noch als Staat existent war, konnten der Dietz Verlag und der DVW Versäumtes nachholen.

Berufsverbot

Der Verlust seiner Stellung an der Universität bedeutete noch nicht unmittelbar auch den Verlust jedes Einkommens und jeder Forschungsmöglichkeit. Die seit 1960 nebenamtlich ausgeführte Leitungstätigkeit in der Arbeitsstelle für Photochemie bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften wurde in eine hauptamtliche umgewandelt, mit einem immer noch stattlichen Gehalt. Die Photochemie war ein neues Forschungsgebiet, auf das Havemann sich zuvor schon immer stärker konzentriert hatte. "Rund ein Viertel seiner Publikationen betreffen diese Arbeitsrichtung, während sich zwei Viertel auf physikalische Chemie der Proteine beziehen und ca. je ein Achtel auf die Magnetochemie bzw. auf physikalisch-chemische Analysemethoden oder den wissenschaftlichen Gerätebau."(43) Auch der Nationalpreis war ihm "für seine bedeutenden wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der Photochemie, insbesondere der Photosynthese" verliehen worden. Ähnlich wurde auch seine Wahl zum Akademiemitglied begründet.

Aus dieser letzten wissenschaftlichen Stellung bei der Akademie wurde Havemann am 23. Dezember 1965 entlassen, am 31. März 1966 folgte die Streichung aus den Mitgliederlisten der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Diese Maßnahme war ein krasser Verstoß gegen die gültige Satzung, da die nötige Dreiviertelmehrheit im Plenum nicht erreicht wurde. Anlaß für diese erneute Maßregelung war wiederum eine Veröffentlichung im Westen: Im "Spiegel" vom 22. Dezember 1965 erschien ein Beitrag Havemanns (44), in dem er sich für die Aufhebung des (bis heute bestehenden) Verbots der KPD in der Bundesrepublik einsetzte. Zugleich aber sollte eine künftige legale KPD im Westen eine "von Grund auf neue, gewandelte kommunistische Partei sein", die demokratisch in ihrer Organisation sein sollte, den doktrinären Dogmatismus gründlich überwinden und es verstehen sollte, "sich vom Odium einer radikalen Umsturzpartei zu befreien, deren Ziel die Errichtung einer totalitären Diktatur ist."

Havemanns Einmischung in einen zentralen Punkt der SED-Deutschlandpolitik führte zu sofortigen Konsequenzen. Aus den inzwischen ausgewerteten Akten der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED geht hervor, daß die Sperrung des Gehalts unmittelbar durch Kurt Hager, also eine Parteistelle, bei der Akademie der Wissenschaften veranlaßt worden ist (45).

Politischer Publizist

Verschiedene Verhandlungen bis 1968 über eine Beschäftigung Havemanns in der Industrie verliefen ergebnislos. Immer wenn er einen Vorschlag annehmen wollte, löste sich dieser im Nichts auf. Andere Angebote waren an nicht akzeptable Bedingungen geknüpft. Damit war Havemann gezwungen, von einer kleinen Ehrenpension für Verfolgte des Nazi-Regimes zu leben, die er seit Mitte 1967 erhielt. Dazu kamen seine Einkünfte als politischer Publizist. Die ihm zustehende Altersversorgung der Intelligenz wurde ihm bis zu seinem Tode vorenthalten.

Damit sollte Robert Havemann endgültig politisch mundtot gemacht werden. In der Tat erschien in der DDR erst im Jahre 1989, sieben Jahre nach seinem Tod, erstmalig wieder ein Beitrag aus seiner Feder, als nämlich die "Berliner Zeitung" seinen 1968 geschriebenen Aufsatz "Sozialismus und Demokratie" nachdruckte (46).

Havemann beharrte trotzdem darauf, in erster Linie für die DDR zu schreiben. Auf die Frage, warum er in der DDR bleibe und als Kommunist in westdeutschen Verlagen veröffentliche, die den Interessen des Kapitalismus dienten, antwortete er: "So könnte ich zum Beispiel das, was ich publizieren will, gar nicht im Westen publizieren, wenn ich nicht hier in der DDR wäre. Das klingt vielleicht paradox, ist es aber nicht. (...) Es ist mir zwar sehr daran gelegen, daß politisch Interessierte auch im Westen meine dortigen Veröffentlichungen lesen. Aber noch mehr bin ich daran interessiert, daß möglichst viele Exemplare hierher in die DDR gelangen, weil hier die Leser leben, an die ich mich eigentlich wende."(47) Er sah es als "unbedingt notwendig (an), daß wir hier bleiben in der DDR, daß wir, die wir die Zusammenhänge unserer Gesellschaft analysieren und anfangen, sie zu begreifen, nicht in den Westen gehen. (...) Es hat keinen Zweck, die DDR von allen Intellektuellen und politischen Potenzen zu entblößen, die sie so unbedingt braucht und von denen sie schon so viele verloren hat."(48) Trotz aller Repression war er der festen Überzeugung, daß "wir hier in der DDR unserem Ziel, dem

Sozialismus, um einen entscheidenden Schritt näher (sind). Um einen Schritt, von dem die Linken in der Bundesrepublik vorläufig nicht einmal mehr träumen können"(49).

Bis zu seinem Tode erschienen in der Bundesrepublik sechs Bücher von Havemann (50) sowie zahlreiche Artikel und Interviews, vor allem in der "Zeit" und im "Spiegel".

Havemanns ganze letzte Schaffensperiode hatte vor allem zwei Themen: die kritische - auch selbstkritische - Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und das Nachdenken über eine mögliche sozialistische Zukunftsgesellschaft. Was zur Vollendung der sozialistischen Revolution fehlte, sei der "nicht minder entscheidende zweite Schritt, die Entfaltung der sozialistischen Demokratie."(51)

Im Prager Frühling, an dem Havemann leidenschaftlichen Anteil nahm, sah er einen Prozeß von welthistorischer Bedeutung: "In der CSSR erleben wir heute den grandiosen Versuch eines radikalen und kompromißlosen Durchbruchs zur sozialistischen Demokratie. Gelingt dieser Versuch, so wird dieser Erfolg von einer historischen Tragweite sein, die sich nur mit der russischen Oktoberrevolution vergleichen läßt. Eins der Haupthindernisse für die weitere Umwälzung vom Kapitalismus zum Sozialismus wird dann beseitigt sein: die tief deprimierende Erfahrung (...) nämlich, daß Demokratie nur unter den Bedingungen des bürgerlichen Kapitalismus möglich, aber mit dem System des Sozialismus unvereinbar sei."(52)

Isolation

In dem Bestreben, den Namen Havemann in der DDR vergessen zu machen, wurde er sogar aus der Geschichte des antifaschistischen Widerstands gelöscht. In dem zweibändigen repräsentativen Sammelwerk "Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biografien und Briefe." (Berlin 1970) wurde der Gruppe "Europäische Union" ein Kapitel gewidmet. Georg Großcurth wird ausführlich gewürdigt, auch Richter und Rentsch werden genannt. Havemann als Mitgründer und führender Kopf der Gruppe fehlt völlig. 1975 erfolgte auch formell der Ausschluß aus dem "Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer".

Inzwischen veröffentlichte Dokumente (53) belegen, daß seitens des Ministeriums für Staatssicherheit seit Mitte 1975 Überlegungen angestellt wurden, Havemann zwangsweise aus der DDR zu entfernen. Im Sommer 1976 wurde Havemanns engem Freund, dem Liedermacher Wolf Biermann, während einer genehmigten Konzertreise durch die Bundesrepublik die DDR-Staatsbürgerschaft entzogen. Auch gegen Havemann war ein Haftbefehl schon ausgestellt, er wurde jedoch aufgrund der unerwartet breiten Proteste gegen die Biermann-Ausbürgerung nicht vollzogen.

Wiederum war es ein "Spiegel"-Artikel Havemanns, der als Vorwand für die nächste Stufe der Isolation genommen wurde. Wegen Gefährdung von Ordnung und Sicherheit der DDR und Aufrufs zum Widerstand (Havemann hatte gegen die Ausbürgerung Biermanns protestiert) verurteilte ihn das Kreisgericht Fürstenwalde zur Beschränkung seines Aufenthalts ausschließlich auf seinem Wochenend-Grundstück in Grünheide am Werlsee. Weder wurde ihm das Urteil ausgehändigt noch erfuhr er Dauer, Ausmaß und Schärfe des Hausarrests. So konnte die Staatssicherheit gegen ihn je nach Bedarfseinschätzung vorgehen. Das begann mit der Abschaltung des Telefons und erstreckte sich zeitweilig auf die gesamte Familie, die das Grundstück nur noch in Stasi-Begleitung verlassen konnte. Auf dem Höhepunkt dieser Totalüberwachung waren 200 Stasi-Leute mit der Umzingelung beschäftigt.

Unter diesen Bedingungen entstand 1978 das Buch "Robert Havemann. Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation" (Reinbek bei Hamburg), das in Form eines Tonband-Interviews zustandekam. Hierin urteilte Havemann über die jüngste Repression gegen ihn: "Der Sinn der Sache ist ganz offensichtlich: Mir die DDR zu verekeln, mich hier rauszuekeln und rauszutreiben. Man will, daß ich auch den Weg der anderen gehe, es vorziehe, meine Zelte abzubrechen. (...) Ich denke ja gar nicht daran, die DDR zu verlassen, wo man wirklich auf Schritt und Tritt beobachten kann, wie das Regime allen Kredit verliert und schon verloren hat und es eigentlich nur noch weniger äußerer Anstöße und Ereignisse bedarf, um das Politbüro zum Teufel zu jagen."(54) Mit dieser Prognose hatte sich Havemann - lediglich! - um rund zehn Jahre geirrt.

Das Erscheinen des Buches zog neue Schikanen nach sich. Wegen Devisenvergehens - es ging um das Honorar für das Buch - erhielt Havemann einen Strafbefehl über 10.000 Mark. Im Zuge der Ermittlungen hatte die Zollfahndung bei einer Hausdurchsuchung zahlreiche Bücher, die Schreibmaschine, sämtliche

Manuskripte, Briefe, sowie Tonband-, Photo- und Videogeräte beschlagnahmt. "Das sind Tatwerkzeuge! Ich kann darüber nur lachen, solange mir nur das einzige wirklich entscheidende Tatwerkzeug bleibt, nämlich mein Kopf."(55) Überraschend wurde der Hausarrest am 9. Mai 1979 beendet.

Im Jahr 1980 erschien im Münchner Verlag seines Jugendfreundes Klaus Piper Havemanns letztes Buch: "Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie." Havemann zieht seine Bilanz des zwanzigsten Jahrhunderts: "Dieses letzte Jahrhundert der Weltgeschichte war einzigartig und unübertrefflich in jeder Dimension, phantastisch und atemberaubend der Fortschritt von Wissenschaft und Technik, gräßlich, grauenhaft und unmenschlich das Hinschlachten von Abermillionen Menschen, die nicht Opfer von Naturkatastrophen wurden, sondern von Gesellschaftskatastrophen, Opfer von Verbrechen und Verbrechern, wie es sie nie zuvor gab. Jahrhundert der Atomenergie und des Mondflugs, aber auch der Konzentrationslager und der Menschenvergasung, der Bomben auf Hiroshima und Nagasaki und des Völkermordes, Jahrhundert des wachsenden Wohlstandes für jene Minderheit der Menschheit, die in den Industriestaaten lebt, aber Jahrhundert der Armut, des Elends, des Hungers und des Massensterbens für die übergroße Mehrheit der Menschen in den armen Ländern, die man teils geringschätzig, teils mit schlechtem Gewissen die dritte Welt nennt. Zwanzigstes Jahrhundert von Auschwitz und Majdanek, des Vietnamverbrechens, des Archipels Gulag, mit Schmach und Schande bedecktes Jahrhundert, es muß das letzte seiner Art gewesen sein, wenn die Menschheit leben will."(56)

Unter Verarbeitung des Berichts des Club of Rome ging Havemann der Frage nach, ob angesichts der sich zuspitzenden ökonomisch-ökologischen Krise das System des Kapitalismus oder des real existierende Sozialismus in der Lage wären, die drohende Katastrophe zu bewältigen und wirft damit Fragen auf, die auch heute, zehn Jahre nach seinem Tode, sechs Jahre vor Ende des Jahrhunderts, nicht weniger brennend sind. Havemann hielt beide Systeme für nicht in der Lage, sie zu lösen. In seiner "realen Utopie" entwarf er eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus. Neben dieser seiner politischen Identität ist es auch die des begeisterten Naturforschers, die ihn in der humanen Anwendung von Wissenschaft und Technik ein entscheidendes Hoffnungspotential zum Überleben der Menschheit sehen ließ.

Robert Havemann hat die großen Veränderungen, die schließlich zum Ende der DDR geführt haben, nicht mehr erlebt. Immerhin konnte er den Kräften, die für kurze Zeit Motoren dieser Veränderung waren, bevor sie von den professionellen Abwicklern an den Rand des Geschehens verdrängt wurden, noch auf den Weg helfen. Seine letzten Aktivitäten galten der gerade entstehenden unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Aus der seit 1980 bestehenden Bekanntschaft mit dem Pfarrer Rainer Eppelmann, der 1989 als Vertreter der Bürgerbewegung letzter Verteidigungsminister einer DDR-Regierung im Kabinett Modrow werden sollte, entstand die Idee einer Initiative "Schwerter zu Pflugscharen".

Noch im Februar des Jahres 1982 unterstützte Havemann den von Eppelmann initiierten "Berliner Appell", der seine Wirkung auch in die BRD hinein entfaltete.

Robert Havemann starb am Karfreitag-Abend, dem 9. April 1982.

Überarbeitete Fassung einer Seminararbeit von Osswald Pietzsch, 1993

Anmerkungen:

1) [5], S.33.

2) ebenda, S.35.

3) Robert Havemann an Hans Havemann. München, 29. Mai 1929. Zitiert in: [10], S. 20.

4) [5], S. 36.

5) Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaften (Anti-Dühring).
Marx-Engels-Werke Bd. 20, Berlin 1962. Dieser Band enthält auch die zweite bedeutende Schrift Engels' zu Fragen der Naturwissenschaft: Dialektik der Natur.

6) [5], S.37.

7) ebenda, S.38.

8) gestrichen

9) zitiert in: [10], S.27.

10) Rundfunkvortrag Havemanns, RIAS Berlin 1946. [9], S. 84f.

11) Flugblatt der Europäischen Union. [9], S. 81.

12) Laitko, Hubert u. Hoffmann, Dieter: Ein Aufrechter im Sturmwind der Geschichte. Anmerkungen zu einem Lebenslauf. In: [9], S. 9-77. Hier speziell: S. 19.

13) vgl. z.B. [5], S. 54 ff; [2], S. 9 ff; Brief an Gerhard Bry vom 30.9.1946 (Auszug), in: [10], S. 59.

14) Einige der letzten Ausgaben des "Draht" sind nachgedruckt in: Uhlmann, Walter (Hrsg.): Sterben um zu leben. Politische Gefangene im Zuchthaus Brandenburg-Göhrden 1933-1945. Köln 1983.

15) Robert Havemann an Walter Hammer. Berlin, 28. September 1946. zitiert in: [10], S. 44

16) [2], S. 205.

17) Schreiben der leitenden Direktoren und Mitarbeiter an die Generalverwaltung der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" vom 7. Juli 1945. Zitiert in: [10], S.101f.

18) Havemann, Robert: Mr. Trumans großer Theaterdonner. Was die Wissenschaft zur "Wasserstoff-Superbombe" sagt. Neues Deutschland, 5. Februar 1950. In: [9] S. 88ff; [10], S. 104ff.

19) [5], S. 70.

20) Hoffmann, Dieter in: [10], S. 80.

21) Havemann, Robert: Einführung in die chemische Thermodynamik. Berlin 1957.

22) Havemann, Robert: Walter Hollitscher: "... wissenschaftlich betrachtet...". in: Einheit 6 (1951) 20 [9], S. 107-116.

23) ebenda, S. 109.

24) ebenda, S. 114f.

25) ebenda, S. 116.

26) Havemann, Robert: Ja, ich hatte unrecht. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Die Zeit, 7. Mai 1965. [3], S. 59-63; [9], S. 192-196.

27) Hecht, Hartmut in: [10], S. 117f.

28) Rede auf der Parteiaktivtagung der Humboldt-Universität zur Auswertung des XX.Parteitags der KPdSU. zitiert bei Harmut Hecht, in: [10], S. 118.

29) Havemann, Robert: Meinungsstreit fördert die Wissenschaften. Neues Deutschland, 8. Juli 1956. [3], S. 16; [9], S. 133.

30) ebenda.

31) Havemann, Robert: Bemerkungen zur quantenmechanischen Komplementarität. Physikalische Blätter 13 (1957) 289-296. [8], S. 26.

32) Die Auseinandersetzung um die Vereinbarkeit einer Reihe moderner wissenschaftlicher Theorien mit dem Dialektischen Materialismus ist nachgezeichnet in: Graham, Loren: Dialektischer Materialismus und Naturwissenschaften in der UdSSR. Frankfurt am Main 1974. Die angeführten Zitate finden sich im Kapitel über die Quantenmechanik, S. 91 bzw. S. 114.

33) vgl. Heisenberg, Werner: Physik und Philosophie. Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1959, S. 28 ff.

34) wie (31). [8], S. 28.

35) wie (31). [8], S. 29.

36) Havemann, Robert: Zur Interpretation der Quantenmechanik. Vortrag auf der Hauptjahrestagung und Theoretiker-Konferenz der physikalischen Gesellschaft in der DDR, Leipzig, 26.-30. April 1958. [8], S. 35-44; [9], S .166-172.

37) Havemann, Robert: Hat die Philosophie den modernen Naturwissenschaften bei der Lösung ihrer Probleme geholfen? Rede auf der Tagung "Die fortschrittlichen Traditionen in der deutschen Naturwissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts", Leipzig, September 1962. [1], S. 9-20; [8], S. 45-55.

38) [1], S.24; [8], S. 67f.

39) Zu einigen Problemen des geistigen Lebens. Aus dem Bericht des Politbüros an das 5. Plenum des ZK der SED. Berichterstatter: Horst Sindermann. In: Neues Deutschland, 13.2.1964. [10], S. 185.

40) [1], S. 103f; [8], S.141f.

41) "Wir Deutschen machen alles besonders gründlich." Hamburger Echo am Abend, 11.3.1964. [9], S. 189-191.

42) Die "TAZ" vom 1.10.1990 veröffentlichte eine Anzahl Dokumente, die die Verabredungen und Sprachregelungen zwischen dem damals SED-eigenen Dietz-Verlag, der Parteiführung (Kurt Hager) und dem Sekretariat der Akademie der Wissenschaften nachzeichnen. Obwohl eine Veröffentlichung des Skripts von vornherein nicht in Betracht gezogen wurde, sollte die Verantwortung dafür Havemann zugeschoben werden.

43) Bilke, Wolf-Dieter u. Pietsch, Herward: Robert Havemann. Eine Würdigung seines naturwissenschaftlichen und technischen Schaffens aus Anlaß des 80. Geburtstags. Zeitschrift für physikalische Chemie Nr. 6 (1990), S. 1073-1082.

44) Havemann, Robert: Die Partei ist kein Gespenst. Plädoyer für eine neue KPD. Spiegel 19(1965) 52, S. 30-32. [9], S. 197-204.

45) vgl. Laitko/Hoffmann: Ein Aufrechter im Sturmwind der Geschichte. In: [9], S.56.

46) Havemann, Robert: Sozialismus und Demokratie. Ein freisinniges Wort zur Umwälzung in der Tschechoslovakei. Die Zeit 23 (31. 5. 1968) 22, S.3. [9], S. 206-210.

47) Havemann, Robert: Schreiben für die DDR. In: europäische ideen 1/1973. [4], S. 31.

48) [5], S. 93.

49) [5], S. 32.

50) [1-6].

51) [2], S. 59f.

52) Havemann, Robert: Sozialismus und Demokratie. In: Die Zeit, 31.5.1968. [9], S. 206-210.

53) vgl. [10], S. 251ff.

54) [5], S. 27 bzw. S. 28.

55) [6], S. 66.

56) [6], S. 7f.

25. Ende oder Neuanfang? Zur Diskussion "drinnen und draußen" nach dem Bruch zw. der RAF u. d. Mehrheit der Gefangenen

Zur Diskussion "drinnen und draußen" nach dem Bruch zwischen der RAF und der Mehrheit der Gefangenen

Autor: P. u. D., Berlin · Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:14

Die Auseinandersetzungen zwischen den Gefangenen aus RAF und Widerstand (siehe dazu den Artikel "Kampf zweier Linien" in ak 358 vom 22.9.93) ließen eine Zäsur schon seit Monaten wahrscheinlich werden.

Nach der Erklärung der RAF vom April 1992 (siehe ak 342 vom 6.5.92), in der sie ihre neue Politik begründet, gab es öffentliche Kritik daran zunächst nur von den Gefangenen aus dem Widerstand Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter und Michael Dietiker (ak 343 vom 3.6.92). Erst die ausführlichere August-Erklärung der RAF wurde vom RAF-Gefangenen Christian Klar in einem kurzen Leserbrief in der "Konkret" (Nr. 11/92) als "links-deutsche Einseiferei" qualifiziert. In Briefen äußerten auch die RAF-Gefangenen Eva Haule, Brigitte Mohnhaupt, Heidi Schulz und Rolf Heißler Kritik an der neuen Politik der Illegalen. Allerdings beschränkte sie sich auf deren Zwei-Fraktionen-Theorie im Staatsapparat und die Einschätzung der KGT-Initiative (sog. "Kinkel-Initiative"; KGT: Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung). Gegen das grundsätzliche Konzept der neuen Linie (Gegenmacht von unten, Gradualismus/Reformismus, Staatsbegriff) wurden von den Gefangenen jedoch keine Einwände erhoben. Die von Helmut Pohl im Namen von sieben weiteren Gefangenen aus der RAF im August 1993 abgegebene Erklärung (ak 358), in der der von der KGT initiierte Vorschlag einer kurzzeitigen Zusammenlegung der Gefangenen zur Unterzeichnung einer Kapitulationserklärung zurückgewiesen wurde, enthält keinerlei Grundsatzkritik an der Politik der Illegalen.

GenossInnen, die "draußen" die Neubestimmung aus feministischer, kommunistischer oder traditionell-antiimperialistischer Sicht kritisierten, wurde häufig mit dem Entsolidarisierung- und Spaltungsvorwurf begegnet. Diese Methode feiert auch in der Erklärung der RAF vom 6.11. 1993 fröhliche Urständ (ak 360). Dort werden die KritikerInnen pauschal als "SchwätzerInnen, die nur Scheindiskussionen führen und sich nie praktisch verhalten haben", diffamiert.

Der Bruch

Am 29.10.93 veröffentlichte die Frankfurter Rundschau eine von Brigitte Mohnhaupt im Namen von Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Sieglinde Hofmann, Rolf Heißler, Rolf Clemens Wagner, Eva Haule, Adelheid Schulz, Christian Klar und Helmut Pohl abgegebene Erklärung, in der die Genannten ihren Bruch zur RAF und den Celler Gefangenen Knut Folkerts, Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer sowie zu Birgit Hogefeld bekanntgeben. "Der Inhalt unserer Beziehungen ist zerstört, eine andere Entscheidung als die Trennung nicht mehr möglich. Wir haben den Endpunkt der Entwicklung in die politische Agonie erreicht, die 1992 damit anfing, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, daß unser Leben und unser Kampf hinter unserem Rücken abgewickelt werden sollen. Seit Mai haben die Gefangenen in Celle die Abwicklung von RAF und Gefangenen in Gang gesetzt, mit Einverständnis der Illegalen." (siehe auch ak 360)

Hintergrund dieser Vorwürfe ist, daß die Celler im Einvernehmen mit den Illegalen und der in Bad Kleinen verhafteten und seither in Einzelisolation inhaftierten Birgit Hogefeld über den Westberliner Grünen-Politiker und Ex-Verteidiger von RAF-Gefangenen Christian Ströbele Kontakt zu führenden Personen aus der Wirtschaft (Edzard Reuter) und des öffentlichen Lebens (Ignaz Bubis) aufgenommen haben, damit diese Einfluß auf die Bundesregierung nehmen, um eine Lösung der Gefangenenfrage zu erreichen. Andernfalls, das sollten sich die Herrschenden womöglich so denken, würde die RAF vielleicht zur Konfrontation zurückkehren, um Druck auszuüben. Die RAF-Erklärung zum Anschlag auf den Weiterstädter Knast hatte jedenfalls diese Verbindung hergestellt.

Die Auseinandersetzung zwischen RAF und Gefangenen hat somit nichts damit zu tun, ob eine Gruppe für oder gegen Gewalt ist. Statt dessen geht es um die Frage, ob revolutionäre Gewalt eingesetzt werden soll, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, sich in der Gefangenenfrage zu bewegen, oder ob es jenseits davon

eine eigenständige politische Bestimmung der RAF im Sinne einer revolutionären Intervention in der Metropole gibt. Darauf bezieht sich die Passage von Eva Haule in ihrer Prozeßerklärung, in der sie eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes der RAF für den Fall ablehnt, daß dieser Schritt mit der Situation der Gefangenen begründet wird. "Wir lehnen das ab, einen von jeder politischen Bestimmung entleerten Aktionismus der RAF im Zusammenhang mit uns wollen wir nicht, und einen Tauschhandel wird es mit uns nicht geben." (clockwork 129a, Nr.33/34)

Hier wie in ähnlichen Einschätzungen fehlt jedoch ein Nachdenken darüber, ob das bittere Wort von der "Befreit die Guerilla-Guerilla" jenseits aller Polemik nicht seit 1975 einen realen Kern gehabt hat. Schließlich hatte auch Helmut Pohl in einem FR-Interview im Hinblick auf die Ende der 70er Jahre in die DDR exilierten RAF-AussteigerInnen und späteren KronzeugInnen erklärt, daß diese ursprünglich nur aus humanitären Erwägungen zur RAF gestoßen waren, da sie die Situation der Gefangenen zum Handeln motiviert habe.

So wie sich die Spaltung bisher entwickelt, ist ihr Verlauf eher fatal. Nicht die Trennung an sich ist zu kritisieren, denn inhaltslose Zusammenhalte-Appelle sind zwar gut gemeint, können aber notwendige Analysen und neue Perspektiven behindern. Problematisch ist der Auslöser des Bruchs: der versuchte "Deal" der Celler, Birgit Hogefelds und der Illegalen mit Staat und Kapital, aber nicht die "neue Politik", die dazu führte.

Es ist verständlich, daß sich die elf Gefangenen persönlich hintergangen fühlten, als sie erfuhren, daß hinter ihrem Rücken über ihre Zukunft verhandelt werden sollte. Diese Geheimhaltung wurde von den Cellern damit begründet, daß die Initiative sonst von den anderen Gefangenen verhindert worden wäre. Kein Wunder, daß diese sich subjektiv verraten fühlen und entsprechend reagieren. (Die Briefe von Heidi Schulz, Rico Prauss, Christian Klar, Helmut Pohl, Rolf Heißler sowie die Prozeßerklärungen von Rolf Clemens Wagner und Eva Haule sind in der aktuellen Clockwork 129a Nr. 33/34 dokumentiert.) Zugleich jedoch korrespondieren die teilweise übertriebene Härte, vor allem gegenüber Birgit Hogefeld, und die Vorwürfe gegen die Illegalen mit dem Fehlen einer kritischen Aufarbeitung der eigenen Stellungnahmen zur neuen Politik oder dem Frontprozeß in den 80er Jahren. So schreibt Heidi Schulz in dem erwähnten Brief an Birgit Hogefeld beispielsweise: "lauter solche fragen hatte ich im zusammenhang mit bad kleinen und deinen briefen in der taz danach. und, wie ist sie in der lage, so einen brief nach wolfgangs tod zu schreiben und dem taz-publikum zum konsum anzubieten. ... ich, und alle, die schon lange kämpfen, haben anders als du, nicht nur einmal erlebt, wie lebens- und kampfgefährtinnen und -gefährten von der killmaschine dieses staates ermordet wurden. deswegen weiß ich, daß es für schmerz, der so tief geht, keine worte gibt. und keine/r hätte es ‚gebracht`, darüber zu schwätzen, ausgerechnet den schmerz zur ware (für szenekonsumenten) zu machen. wie du das bringst..."

Die meisten der bisher bekanntgewordenen Stellungnahmen von GenossInnen "draußen" vermeiden einen so eindeutigen Bruch mit den Cellern und Birgit Hogefeld. Schließlich ist deren Vorgehen (auch wenn es als subjektiver Verrat an den elf Gefangenen empfunden wird) nicht gleichzusetzen mit politischen Verrat, der allein diesen völligen Bruch rechtfertigen würde.

Fragen an die RAF

und die Gefangenen

Mehrere GenossInnen formulierten Fragen an beide Gruppen. Sie machen Widersprüche offen, die durch die scheinbare Klarheit des momentanen Bruchs verdeckt wurden. Nur einige Beispiele:

An diejenigen Gefangenen, die den Brief von Brigitte Mohnhaupt unterstützen, haben GenossInnen zum Beispiel folgende Fragen (aus "interim" Nr. 263, 264, 265, 267):

- Die Lübecker Gefangenen Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby hatten sich zunächst neben den Cellern aktiv für die neue Politik der RAF nach der April-Erklärung eingesetzt; Irmgard Möller hat diese Erklärung im Namen aller Gefangenen unterstützt. Bisher gibt es von ihnen keine öffentliche Stellungnahme, an welchem Punkt für sie der Bruch mit dieser Politik einsetzte. Diese Frage stellte den Lübeckerinnen auch der Gefangene aus dem Widerstand Norbert Hofmeier, der eine kritische Unterstützung für die Celler und Birgit Hogefeld erkennen läßt. - Helmut Pohl schrieb noch in seiner August-Erklärung: "Heute kommt man wohl nicht mehr daran vorbei, den Versuch (KGT-Initiative, d. Verf.) als überholt anzusehen. Wenn (...) sie glauben, die Ernte der letzten zwei Jahre einfahren zu können (...), dann kann ich ihnen gleich antworten. Ich mache die

politische Aussage, die ich die letzten Jahre vertreten habe, heute nicht mehr. Die Möglichkeit, die in der Zäsur gesteckt hat, dürfte vorbei sein." Hier wäre doch zumindest ein Ansatz zum Weiterdiskutieren. Wenn Helmut Pohl in der neuen Politik eine Zeitlang positive Momente gesehen hat, würde mensch gerne wissen, worauf sich diese Hoffnungen gegründet haben. Wann und warum hat er, anders als die Celler, davon Abstand genommen? Helmut Pohl äußerte sich dazu bislang in seiner Erklärung vom August wie folgt: "Wir wußten, daß wir dafür (gemeint ist die Zäsur, Anm. ak) nur einen engen Zeitraum des Übergangs im Umbruch haben, weil dann die Auswirkungen des Umbruchs voll herausgekommen sein werden und daß dann gesellschaftlich und politisch soviel an neuem Überlebenskampf ... aufbricht, daß davon die politische Möglichkeit dafür erdrückt wird und es damit auch für eine Lösung unseres Gefangenenproblems zu spät ist." - Die RAF schreibt in ihrer Replik auf Brigitte Mohnhaupts Brief, daß es ca. 1990 von einigen Gefangenen, in deren Namen diese dort spricht, eine Initiative gab, die Illegalen zur Einstellung des bewaffneten Kampfes zu bewegen, um die Möglichkeit einer Freilassung der Gefangenen zu erleichtern. Helmut Pohl hat in der schon erwähnten August-Erklärung bestätigt, "daß auch der schritt zur einstellung von ‚gezielt tödlichen aktionen gegen repräsentanten von staat und wirtschaft` von uns initiiert wurde. allerdings ein gutes jahr früher, als er kam ... wir gefangenen haben ursprünglich unseren kurs auf ‚diskussion` und ‚zäsur` seit ende der 80er jahre ... keineswegs aus einer ‚aufgabe des kampfes` heraus gemacht, wir haben es in der überzeugung gemacht, daß vor den ergebnissen des kapitalistischen durchmarsches eigentlich viele mehr als vorher sehen müßten, daß jetzt eine situation realität wird, aus deren antizipation wir 20 jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern." Trotz seines Abgrenzungsversuchs von der Zäsur der RAF wird aus diesen Sätzen der inhaltliche Unterschied nicht deutlich. Denn die RAF wirft ihrerseits den Gefangenen vor, sie hätten eine Deeskalations-Erklärung gewollt, ohne dabei die Notwendigkeit "eine(s) Kampfproze(sses für) neue Ausgangsbedingungen" zu sehen. Warum haben die Gefangenen nicht genauer geschrieben, wo die Unterschiede liegen, um zu verhindern, daß sich die einzelnen Gruppen in einer unsolidarischen Schlammschlacht gegenseitig um die Ohren hauen, wer zuerst für eine Zäsur gewesen sei.

An die von den Cellern unterstützte Position der RAF werden von verschiedenen GenossInnen u.a. folgende Fragen gestellt:

- Ist es für sie vorstellbar, den bewaffneten Kampf mit der Begründung wieder aufzunehmen, daß sich in der Gefangenenfrage nichts bewegt habe? Wird die Reduzierung auf die Gefangenen nicht als problematisch empfunden? Außerdem sei es widersinnig, mit der Wiederaufnahme einer politischen Praxis zu drohen, die gerade erst als gescheitert bzw., wie in der Aprilerklärung der RAF formuliert, "an eine politische Grenze gestoßen" sei.

- Auch die Begründung für die letzte militante Aktion der RAF (der Anschlag auf den Knast in Weiterstadt) wird unter diesem Aspekt betrachtet. Es wird festgestellt, daß diese Aktion von vielen der RAF gegenüber bisher kritisch eingestellten Menschen als gelungener Angriff auf das Knastsystem begrüßt wurde. Nach den letzten Verlautbarungen der RAF jedoch bekomme die Erklärung zur Aktion eine andere Bedeutung, indem sie als Verhandlungsmasse gegenüber dem Staat fungiert.

- Die Kritik an der Verknüpfung des Prozesses der Neubestimmung revolutionärer Politik mit dem Kampf um die Freiheit der Gefangenen, wie in der April-Erklärung formuliert, wird erneut kritisiert und für den Bruch mitverantwortlich gemacht.

- Der Zeitpunkt der Zurücknahme der Eskalation nach der Lancierung der KGT-Initiative wird in Frage gestellt. Warum erfolgte dieser Schritt nicht im Zusammenhang mit dem letzten Hungerstreik 1989 und der damit verbundenen verhältnismäßig großen Mobilisierung um die Durchsetzung der Forderungen der Gefangenen? Dann wäre der Eindruck vermieden worden, die Initiative der RAF sei eine Reaktion auf die Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung und spiele deren Kalkül in die Hände.

Das verbreitete Interesse an der Klärung von Fragen und Widersprüchen vor einer vorschnellen Positionierung ist positiv zu bewerten und könnte dahingehend interpretiert werden, daß die Diskussionen der letzten Jahre Ergebnisse zeigen. Statt sich kritiklos der Politik der Gefangenen unterzuordnen, wird versucht, stärker eigene Kriterien für eine Auseinandersetzung mit deren Politik bei Beibehaltung der prinzipiellen Solidarität zu entwickeln.

Die Fragen an die Celler Gefangenen und Birgit Hogefeld lauten:

- Reduziere deren Position (daß die Gefangenenfrage und die Rekonstruktion revolutionärer Politik mittlerweile nichts mehr miteinander zu tun hätten) die Bewegung draußen nicht auf das Initiieren von Menschenrechtskampagnen und humanitäre Solidarität?

- Führe diese Position nicht, zu Ende gedacht, dazu, daß alle Gefangenen versuchen würden, individuell einen Ausweg in die Freiheit zu finden, wobei der Preis, den sie dafür zahlen müßten oder wollten, davon abhänge, wie weit er oder sie zu Kompromissen bereit seien?

Konkrete und

weitere Reaktionen

Noch 1987 schrieb ein damaliger Protagonist der Amnestiekampagne und langjährige Konkret-Publizist Wolfgang Pohrt: "Der Fehler der RAF war weder die Anwendung von Gewalt noch waren es Kriminaldelikte, sondern ihr Fehler war die Niederlage im antiimperialistischen Kampf. Der RAF diesen Fehler zu verzeihen und die Mitglieder dieser Gruppe zu amnestieren, haben die Grünen, die Friedensbewegten, der akademische Mittelstand, die Pfaffen, die Linken und der Rest allen Grund." (in: Die alte Straßenverkehrsordnung - Dokumente der RAF, Berlin 1987, S. 19).

Heute will Konkret-Herausgeber Gremliza der angesprochenen Klientel eine solche Generalamnestie nicht mehr zumuten. Er schlägt in Konkret 1/94 ganz realpolitisch vor: "Die Mitrevoluzzer von einst aber, die nur malten, was jene taten, müßten nun, da sie etwas geworden sind: Minister, Land- und Stadtrat, Bürgermeister, Präsidentenbegleiter, Literaturpreisträger, Talkshow-Stammgast, endlich ihr auch auf Kosten ihrer Genossen von gestern gewonnenes Renommee nutzen, um ihren Freunden von heute zu sagen: daß endlich Schluß sein muß mit den Mißhandlungen und alle, die den ‚bewaffneten Kampf` aufgeben, wie andere Delinquenten nach zwei Dritteln ihrer Haftzeit (bei Lebenslänglichen nach fünfzehn Jahren) freizulassen sind." (Hervorhebung ak) Zu der Argumentationslinie von Pohrt hat die damalige Kritik an dessen Amnestiekampagne nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Doch auch wenn es Pohrt damals schon um die Abwicklung des bewaffneten Kampfes ging, versuchte er doch immerhin, die Freiheit für alle Gefangenen zu erreichen.

Demgegenüber hat sich Gremliza jetzt mit seinem Vorschlag auf die Linie der KGT begeben. Da zumindest die acht Gefangenen, die Helmut Pohls Brief vom August 1993 unterschrieben haben, keine Distanzierungserklärung in Gremlizas Sinne abgeben wollen, hat er ihnen mit seinem Kommentar die Solidarität aufgekündigt. Zu Zeiten des letzten Hungerstreiks 1989 las sich das auch bei ihm noch anders. Damals sollten noch alle ohne Vorbedingungen raus. Aber auch seine Empfehlung an die Gefangenen, nicht auf der Kontinuität ihres Kampfes für die Zukunft zu bestehen, da dies nur der Justiz erleichtern würde, diese weiter in Haft zu halten, bewegt sich im Rahmen der staatlichen Erpressungslogik.

In der linken Debatte ist die Frage nach Kontinuität/Niederlage des Kampfes der RAF trotz des von den Illegalen eingeräumten Scheiterns ihrer bisherigen Strategie notwendig. Im Verhältnis zum Staat aber darf diese Frage keine Bedeutung haben. Die Gefangenen werden nicht wegen dieser oder jener Fehler weiter in Haft gehalten oder freigelassen.

Die Auswirkungen des Bruchs unter den Gefangenen waren auch auf einer Konferenz vom 17.-19.12.1993 in Dassel/Solling spürbar, die der Organisierung der weiteren Solidaritätsarbeit dienen sollte. Obwohl schon seit dem Frühjahr vorbereitet, war sie der - gescheiterte - Versuch, zu einer gemeinsamen Verständigung über aktuelle Schritte nach dem Bruch zu kommen. So zog sich der "Arbeitskreis Drinnen & Draußen Celle" aus der Konferenzvorbereitung zurück, weil er befürchtete, daß die Celler Gefangenen, die sie regelmäßig besuchen, auf der Konferenz "für Anpissereien und Verschwörungstheorien herhalten sollen" (aus der Erklärung "Warum sich der ‚AK Drinnen und Draußen Celle` an der Durchführung der Arbeitskonferenz nicht weiter beteiligt").

Im Gegensatz zu dieser Verteidigung der Celler Gefangenen versuchte die verbliebene Konferenz-Vorbereitungsgruppe einerseits die Grundlagen der neuen Politik zu retten und andererseits eine offene Kritik an den Gefangenen um Brigitte Mohnhaupt zu vermeiden.

Dieser Spagatversuch endete leider nicht nur mit einem Bänderriß, sondern führte zur vorzeitigen Auflösung der größten Konferenz-Arbeitsgruppe. Ursache: "intensives Schweigen". Andere Gruppen resümierten, daß es zur Zeit in der BRD "kein revolutionäres Selbstverständnis" gebe. Das antiimperialistische "Wir", das im Frontprozeß der 80er Jahre überstrapaziert wurde, sei untergegangen.

Im Gegensatz zu diesem Versuch, in dem Konflikt eine neutrale Haltung einzunehmen, zeichnet sich die Stellungnahme der Schweizer GenossInnen vom Komitee gegen Isolationsfolter (KGI) durch eine Positionierung aus. Sie halten den offenen Bruch für längst überfällig.

Bezugnehmend auf die von ihnen schon früher an der RAF geübte Kritik schreiben sie: "Es ist immer die politische Schwäche der eigenen, der revolutionären Seite, welche die Grundlage für letztliche Niederlagen schafft. Und eine der politischen Schwächen ist, daß das Projekt RAF keine Fortsetzung ihrer ursprünglichen Ausgangslage fand und deshalb den notwendigen Schritt oder Sprung in der objektiv veränderten Situation nicht schaffen konnte ... Zentraler Punkt dieser Schwäche ist das frühe Verlassen einer Klassenposition..." (aus einem Flugblatt der KGI vom November 1993 unter der Überschrift "Der Bruch betrifft auch uns").

Eine zentrale Schwäche der BRD-Linken ist es, nicht schon früher eine Kritik an der RAF von revolutionären Positionen aus begonnen zu haben. Das wäre eine Unterstützung für die GenossInnen in den Knästen und für die Illegalen bei ihrer Positionsbestimmung gewesen. Einige Genossen haben jüngst eine Initiative begonnen, die diese Diskussion fördern soll. Sie verstehen sich als Kommunisten, die das Entstehen der Metropolenguerilla in den 70er Jahren als Vorantreiben kommunistischer Theorie und Praxis begriffen haben und die aktuelle Debatte um die ‚triple opression' (das Vorhandensein von kapitalistischer, rassistischer und patriarchaler Unterdrückung als eigenständige Widersprüche in der Gesellschaft) als eine Weiterentwicklung begreifen.

Von diesen Prämissen ausgehend dokumentieren sie Beiträge von AntiimperialistInnen, Feministinnen und KommunistInnen, die sich mit der Politik der RAF und des antiimperialistischen Widerstands seit Mitte der 80er Jahre auseinandersetzen. Die Broschüre soll demnächst beim GNN-Verlag erscheinen. (InteressentInnen können sich an folgende Adresse wenden: Broschürengruppe, c/o Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, 10997 Berlin. Die Genossen bitten, bei Nachfragen Rückporto beizulegen.)

Schließlich gibt es zu dem Konflikt noch eine Stellungnahme mit einer klaren Parteinahme für die Gefangenen um Brigitte Mohnhaupt seitens einer bewaffnet kämpfenden Gruppe, der antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah. Die Gruppe hatte in den letzten Monaten militante Aktionen gegen die Wohnung eines GSG 9-Beamten in Solingen, gegen die Jurafakultät der Universität Hamburg und gegen die Zentrale der Arbeitgeber in Köln durchgeführt. Sie verbindet damit den Anspruch, revolutionäre Politik aus dem Frontkonzept weiterzuentwickeln und in die Praxis umzusetzen (die Erklärungen waren jeweils in der "interim" abgedruckt). In einer Erklärung vom 13.12.93 (interim nr. 266) hat sich die Gruppe in die aktuelle Auseinandersetzung eingeschaltet, in der sie ihren Bruch zur RAF und ihre Unterstützung der elf Gefangenen verdeutlichen. "daß diejenigen, die für die 2.11.-erklärung (Antwort der RAF auf Brigitte Mohnhaupts Brief, Anm. ak) insbesondere auf brigitte (die im oktober die ihr gerade bekannt gewordenen fakten öffentlich gemacht hat) verbal eindreschen, ist auch ein angriff auf alle, die sich seit jahren, zum teil seit jahrzehnten, dem kampf der revolutionären gefangenen verbunden fühlen."

Am Schluß der Erklärung wird "solidarität mit denen aus der roten armee fraktion, die vom brd-staat in lübeck, köln, frankfurt, schwalmstadt, frankenthal, bruchsal und aichach als geiseln festgehalten werden" gefordert. Hier werden die Celler nicht mehr erwähnt.

Alle müssen raus!

Der Bruch unter den Gefangenen darf den Blick auf das staatliche Kalkül nicht verdecken. Die KGT-Initiative ist nicht etwa gescheitert, wie jene meinen, die sich anfangs Chancen damit ausrechneten. Vielmehr steht sie, wie Rolf Heißler schrieb, in voller Blüte und erntet ihre ersten Früchte. Sie ist das staatliche Instrumentarium, das der aktuellen Situation unter den Gefangenen am besten angepaßt ist.

Geheimdienststrategen wie Lochte waren die Vordenker dieser differenzierteren Gegenstrategie. Vorbild ist das Vorgehen gegen den militanten Widerstand in Italien Ende der 80er Jahre. (Deshalb ist es vielleicht hilfreich, die Diskussionen des italienischen Widerstandes über die Fragen der Amnestie, der Perspektive eines revolutionären Kampfes, der Zäsur darin etc., die deutliche Parallelen zur Debatte in der BRD zeigen, zur Kenntnis zu nehmen. Die Debatte ist ausführlich dokumentiert in 5 Heften der Reihe "- texte - Dokumentation zur Zeitgeschichte", die über die Gruppe 2, Fasanenstraße 142, 82008 Unterhachingen bestellt werden können.)

Durch kleine Zugeständnisse sollen schon bestehende Brüche unter den Gefangenen verstärkt werden. D.h. zur Zeit konkret: Einige Gefangene werden nach der Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Strafe entlassen, wenn sie hinreichend glaubhaft gemacht haben, daß sie persönlich den bewaffneten Kampf nicht mehr aufnehmen werden, wie Rico Prauss oder Andrea Sievering. Ali Jansen konnte als schwerkranker, seit Jahren haftunfähiger Gefangener zwei Monate vor seiner Entlassung durch öffentlichen Druck die Freilassung erreichen. Ein Teil der Gefangenen soll auf unabsehbare Zeit hinter Gittern bleiben. Dazu dienen auch die aktuellen Prozesse gegen Gefangene, die bereits in der Vergangenheit teilweise zu mehrmals lebenslänglich verurteilt wurden.

Daher gilt für uns draußen ungeachtet der Differenzen: Sie müssen alle raus!

P. und D., Berlin

26. Diskussion mit Karl Heinz Roth über Toyotismus, neue Proletarität und Widerstand

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westdeutsche Linke allgemein; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:12

Zahlreiche Diskussionen und Beiträge hatte der Vortrag von Karl Heinz Roth zur Folge, den dieser auf dem Kongreß der Zeitschrift "konkret" im Juni vergangenen Jahres unter dem Titel "Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken: Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert" gehalten hatte (weitgehend abgedruckt in ak 356 vom 7.7.93). Auf einer von mehreren hundert Menschen besuchten Veranstaltung in Berlin am 26. Oktober 1993 diskutierten auf Einladung der KB-Mehrheit Berlin sowie der Gruppe Avanti (IV. Internationale) Karl Heinz Roth, Harry Nick von der Grundsatzkommission der PDS sowie Bernd Gehrke vom Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen Ost-West. Außerdem steuerten etliche Besucherinnen und Besucher Nachfragen, Einwände und Thesen zur Veranstaltung bei. Wir fassen im folgenden die Beiträge und den Diskussionsverlauf - notwendig gekürzt und subjektiv - zusammen.

Für Karl Heinz Roth sind die von ihm als "Toyotismus" bezeichneten neuen Produktionsbedingungen und -beziehungen (Stichworte: schlanke Produktion, Flexibilisierung und Dezentralisierung der Arbeit) Folge eines "epochalen gesellschaftlichen und sozioökonomischen Umwandlungsprozesses", der nicht allein von seiner "technologischen Seite" gefaßt werden könne. Dahinter stecke die seit den 70er Jahren stattfindende Abkehr des kapitalistischen Weltsystems "von einer entscheidenden Reform, nämlich vom Status quo zwischen Arbeitern und Kapital in fixierten kollektiven Tarifvertragssystemen". Dies führe (Roth hat dies umfassend in seinem Hamburger Vortrag beschrieben) zur Entstehung segmentierter (Konzern-)Belegschaften mit (schrumpfenden) arbeitsvertraglich abgesicherten Kernen einerseits und andererseits zu (wachsenden) "prekären" Teilbelegschaften (etwa durch Leiharbeit, Auslagerung der Produktion zu Subunternehmen) und zu Klein- und Kleinstunternehmern, die am untersten Teil der Produktions"pyramide" angesiedelt sind. Roth bezeichnet letztere als "neuen Typ der selbständigen Arbeiter" (dazu weiter unten). Diese Vertikalisierung der Produktion wird ergänzt durch eine "Horizontalisierung", was unter anderem die Verlagerung der Werkbänke in Niedriglohnländer meint.

Die gesellschaftliche Betriebsweise

Im Unterschied zu Karl Heinz Roth ist für Harry Nick die Abkehr vom tayloristischen Produktionstyp (der die weitgehende Zerlegung des Arbeitsvorgangs zum Zwecke standardisierter Massenproduktion bedeutete) zuallererst nicht Folge des Strebens des Kapitals nach einer noch effektiveren Form der Ausbeutung der Arbeit und der Herrschaft über sie. Sondern der tiefere Grund liege darin, daß wir es mit der Entstehung eines neuen Produktivkrafttyps zu tun hätten, dem "zuerst objektive, sehr tiefgreifende Veränderungen des Systems der Produktivkräfte" zugrundelägen. Die "Wiederentdeckung des menschlichen Faktors in der Arbeit" (die in der zunehmenden Flexibilisierung ihren Ausdruck findet) ist die Folge der fortschreitenden Technisierung geistiger Arbeit durch informationsverarbeitende Technik, die die umfassende Regulation und Nutzung von Informationsströmen ermöglicht. Dies ist durchaus analog zu sehen zu dem seinerzeitigen Aufkommen von Energie und Stoff umwandelnden Arbeitsmaschinen, die ja nicht lediglich bloße weitere Arbeitsmittel darstellten, sondern den Grund bildeten für die Herausbildung einer neuen "gesellschaftlichen Betriebsweise" (Marx). Insofern, so Nick, sei das, was Roth als "Toyotisierung" bezeichnet, nicht nur die Basis für neue Formen der Herrschaft des Kapitals, sondern berge in sich grundsätzlich auch Möglichkeiten zu mehr Mitbestimmung, mehr Selbstorganisation der Arbeitenden und Ansätzen zum Aufbau von gewerkschaftlicher Gegenmacht.

Ähnlich wie Harry Nick wandte sich auch Bernd Gehrke gegen die seines Erachtens in der Konsequenz von Roths Ausführungen liegende Auffassung, daß "Toyotismus und Deregulierung sozusagen Auswüchse einer bösen politischen Absicht des Kapitals sind", der eine Philosophie der Flexibilisierung zugrundeliege. Vielmehr sei durch die Entwicklung der Mikroelektronik das Kapital gezwungen gewesen, seine bisherige Akkumulationsweise umzubrechen, was die Krise des bisherigen gesellschaftlichen Regulationssystems zur Folge hat. Passé sei nunmehr die auf dem tayloristischen Produktionstyp beruhende Massenproduktion von Konsumgütern, die quasi die stoffliche Grundlage des (häufig "fordistisch" genannten) jahrzehntelangen

Sozialkompromisses abgab, der die "Parallelität von Produktivitätszuwachs und Lohnzuwachs möglich machte".

Anders als Nick jedoch sieht Gehrke keinen Bedarf für auf Mitbestimmung zielende Konzepte: "Die Gewerkschaften, die sich daran beteiligen und diese Chance nutzen wollen, kommen in eine Lage, die die sogenannten Gewerkschaften in der DDR hatten: Sie müssen nämlich den Arbeits- und Produktionsprozeß als Ausbeutungsprozeß mitorganisieren. Sie gelangen real auf die andere Seite." Dies schaffe zusätzliche Klüfte innerhalb der "toyotisierten" Belegschaften. Darüber hinaus ist Gehrke der Meinung, daß die Gewerkschaften selber zunehmend gelähmt und hilflos würden, da - so Gehrke im Unterschied zu Roth - im Zuge der neuen Akkumulationsweise das gesamte Proletariat von der ökonomischen Krise erfaßt werden wird.

Der "selbständige Arbeiter"

Auch Karl Heinz Roth wandte sich im weiteren Verlauf der Veranstaltung gegen Nicks Ansicht, daß linke Strategien versuchen müßten, die steigende Bedeutung der Produktivkraft Mensch in der flexibilisierten Produktion für den Aufbau von Gegenmacht zu nutzen. Roth sieht das Dilemma dieses Ansatzes darin, "daß er sich (nur) auf die Spitze der neu entstehenden Betriebspyramide konzentriert". Diese sei aber immer weniger repräsentativ angesichts der sozialen Umwälzungen innerhalb der Arbeiterklasse, "die ich als ‚reproletarisiert` bezeichnet habe". Insofern sei diese Position "heillos defensiv". Der Widerstand könne nur von unten nach oben gehen - "from the bottom up. Dazu gibt es meines Erachtens keine Alternative."

Für Roth kommt den "selbständigen Arbeitern" im Hinblick auf die Entwicklung des Widerstands eine wichtige Bedeutung zu. Dieser neue Arbeiter-Typ existiert erst seit rund 15 Jahren. Es seien häufig sehr hochqualifizierte Menschen, die - oft auch als aufgezwungene Alternative zur strukturell vorhandenen Arbeitslosigkeit - den Weg in die "Selbständigkeit" wählten, mit einer hohen Arbeitsidentifikation und einem hohen Maß an Selbstausbeutung. Roth hält die These für diskussionswürdig, daß "dieser neue Typ des deregulierten selbständigen Arbeiters an der Basis der neuen Ausbeutungspyramide mit seinen Niedriglöhnen, seiner Überausbeutung und seiner hohen Arbeitsintensität den neuen entscheidenden produktivitätsstimulierenden Faktor des Systems darstellt".

Zugleich verkörpern diese Menschen häufig in hohem Maß den Wunsch nach Individualität und selbstbestimmtem Arbeiten. Roth möchte herausfinden, wie "der neue Individualismus, das neue (in diesen Arbeitsverhältnissen illusorische) Bedürfnis nach Selbstverwirklichung umgedreht werden kann in Solidarität". Offensichtlich sieht Roth hierfür Möglichkeiten, die er in Berlin - über seine Ausführungen in Hamburg hinausgehend - zu veranschaulichen suchte. Denn naheliegenderweise äußerten etliche Veranstaltungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in ihren Diskussionsbeiträgen Bedenken, ob die zunehmende Segmentierung der Belegschaften ebenso wie die extreme Isolation der Jobberinnen und Jobber sowie der "Klein-klein-kleinst-Unternehmer" (Roths "selbständige Arbeiter") nicht eher zu Desolidarisierung statt zu Solidarität führe. Welche objektiven Gründe könnte es dafür geben, daß diese Menschen ihre Aufsplitterung durchbrechen könnten und sich beispielsweise in (wie Roth sie taufte) "proletarischen Zirkeln" organisieren?

Fürwahr schwerwiegende und zugleich äußerst schwierig zu beantwortende Nachfragen. Roths Leistung besteht unter anderem darin, hierfür nach Antworten zu suchen und dabei Idealisierungen oder Projektionen vermeiden zu wollen. "Klar sollte auch sein, daß die Überlegungen, die ich angestellt habe, eigentlich sehr einfach darauf hinauslaufen, eine soziale Gruppierung zu finden, die ihr Ghettodasein wahrnimmt und die in der Lage ist, über die eigene Isolierung nachzudenken und Impulse zu geben, um sie zu überwinden."

Roth sieht die "selbständigen Arbeiter" in einer sehr ambivalenten Situation. Auf der einen Seite ist für sie ihr persönliches Eigentum an Produktionsmitteln (das Taxi, der PC) ein Ansatz, sich Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die den eigenen individuellen Interessen entgegenkommen, wie etwa selbstbestimmte Arbeit zu selbstbestimmten Arbeitszeiten. Auf der anderen Seite aber besteht für diese Menschen aufgrund ihrer spezifischen neuen Ausbeutungssituation (ohne klassische Arbeitnehmerrechte, abhängig z.B. von Werk- oder Projektverträgen) eine zunehmende Zwangssituation, "die ihnen die Möglichkeit nimmt, genau die erhofften Dimensionen der selbständigen Beschäftigung zu realisieren". Zugleich aber besitzen sie häufig - obgleich nicht selten hochgradige Individualisten - "ein ganz sensibles Bedürfnis nach kooperativen Formen". "Und nicht zuletzt wir selbst, das, was an linken Resten da ist. Wir geraten doch selbst immer mehr in diesen Prozeß ...

Ich meine also, daß wir unsere persönliche sozioökonomische Situation in die politische Diskussion einbringen könnten."

Zur Frage

eines neuen "New Deal"

Überraschenderweise ergaben sich zwischen Karl Heinz Roth und Harry Nick gewisse Übereinstimmungen dahingehend, daß es politisch sinnvoll und notwendig sei, über die Möglichkeiten eines neuerlichen "New Deal" nachzudenken, wenn auch die Gewichte unterschiedlich gesetzt wurden. Zwar scheint Roth die Wiederaufnahme einer linken Politik des "New Deal" im Sinne einer "Strategie der entscheidenden Reform" (ebenso wie eine Rückkehr zu staatszentralistischen Planungsmodellen) offenbar kategorisch auszuschließen. Doch sieht er das Erfordernis, der Frage nachzugehen, "wie die internationale Mobilisierung von effektiver Nachfrage als Mobilisierung der Realisierung von Massenbedürfnissen im globalen Kontext organisiert werden soll". Anders ausgedrückt: Es gelte, sich Gedanken darüber zu machen, wie die weltweit vielleicht 50 Billionen Dollar, die sich als nichtproduktives Kapital in den Händen des Finanzkapitals sowie des Großbürgertums befinden, zu konfiszieren und über eine Weltagentur so zu verteilen seien, daß die Massenbedürfnisse global zunächst einmal befriedigt werden können. Hierfür könne das Aufgreifen der linkskeynesianischen Diskussion der 30er wie der 60er Jahre von Nutzen sein.

Harry Nick hingegen gab zu bedenken, ob nicht grundsätzlich ein neuer Anlauf zu einer keynesianischen Nachfrageökonomie möglich sei. Diesmal aber nicht auf der Basis einer zu steigernden Industrieproduktion, sondern durch umfassenden Ausbau des öffentlichen Sektors, der die Durchführung gesellschaftlich notwendiger Arbeiten ebenso wie beispielsweise die Herstellung ökologisch und anderweitig nützlicher Produkte leisten könnte, gegebenenfalls durchaus unter Erzielung einer geringen Rendite. Aber selbst wenn man sich "einen Betrieb vorstellt, der keinen Gewinn macht, so bedeutet das immer noch, daß in diesem Betrieb sinnvolle Arbeit geleistet wird und ... fiskalisch eng gesehen zumindest die Arbeitslosenkosten von der Gesellschaft erspart werden".

J./Westberlin

27. Revolutionäre Gegenmacht und die Probleme der metropolitanen Linken

Von Detlef Hartmann

Autor: Detlef Hartmann · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:17

Die Menschen machen die Geschichte. Und sie wissen ziemlich gut, was sie machen (in Abwandlung eines Marx-Zitats)

Die soziale Revolution steht auf der Tagesordnung. Die Herren der kapitalistischen Akkumulation - das heißt: des Wachstums von produktiver Gewalt und Werten - brechen die Gewaltformen und -institutionen ab, in denen sie zuvor Wert und Herrschaft gesichert hatten und suchen nach neuen. Sie müssen das tun, denn die Unterwerfungsstrategien des alten Regimes waren unbrauchbar geworden. Aber sie sind weit von einer Lösung entfernt, auch wenn sie die Initiative in der Hand zu haben scheinen. Ihre Probleme sind nicht die Zusammenbrüche und Pleiten, sie gehören zum Krisen- und Erneuerungsgeschäft wie die Abrißbirne zum Neubau. Sorgen machen ihnen auch nicht soziale Zerstörung und Verelendung, im Gegenteil. Sie dienten noch in jeder "Krise" als soziale Waffe zur Auflösung unproduktiv gewordener sozialer Strukturen zum Zwecke ihrer Wiederaufbereitung zu einer neuen produktiven Formierung. Denn die Arbeitsgesellschaft ist lange nicht am Ende, sie wird nur qualitativ umgebaut. Sie fürchten auch nicht die Abwehr- bzw. Verteilungskämpfe und den Widerstand aus den alten Formen und Institutionen sozialer Interessenvertretung wie Gewerkschaften und ähnlichen Verbänden. Denn ihr "Widerspruch" ist seit mehr als 50 Jahren bis in seine radikalen Ausfransungen ein gesichertes Element des korporatistischen Arrangements. Sie haben sich durch ihre aktuellen Beiträge zur Standort-, Arbeitsmarkt- und Sozialpaktdebatte das Vertrauen in ihre Kooperationsbereitschaft verdient, selbst da wo sie ihre Teilhabeansprüche radikaler äußerten. Denn hat der Anspruch auf Teilhabe in der Metropole nicht schon immer seine produktive Kraft im Anspruch auf Ausbeutung der ganzen Welt bewiesen? Was die Suche nach einer neuen Ordnung wertschöpfender Gewalt zu einem historisch offenen Risikospiel macht, ist die Frage, ob sich neue Unterwerfungsstrategien gegen das Potential revolutionärer Gegenmacht noch einmal zu einer umfassenden Formation gesellschaftlich verdichten können. Was ist revolutionäre Gegenmacht und wo steht in diesem Widerspruch die metropolitane Linke?

Akkumulation und revolutionäre Gegenmacht

Revolutionäre Gegenmacht entwickelt sich in der Konfrontation mit der sozialen Gewalt, aus der die Herren Wert und Herrschaft gewinnen: den Zugriffsstrategien ihrer politischen Technologie und den aus ihnen folgenden Imperativen (Befehlen, Anm. ak) sozialer Anpassung, Zurichtung und Zerstörung. Aus den Kämpfen gegen die Unterwerfung unter das sozialtechnokratische Diktat der Fabrikgesellschaft haben wir, die undogmatische Linke nach '68, die Erfahrung dieser Gegenmacht gemacht und damit zugleich einen revolutionstheoretischen Begriff des sozialen Antagonismus von Akkumulation und Befreiung entwickelt. Wir haben dabei schrittweise gelernt, die Formen dieser Konfrontation aus den Verschleierungen marxistischer Ideologie zu enthüllen und den strategischen Sinn dieser Verschleierungen zu begreifen. Eine "andere" Arbeitergeschichtsschreibung hat das kämpfende Subjekt als historische Bewegkraft wiederentdeckt und in seinen Kampfformen den wirklichen Widerspruch gegen das Kapital historisch und analytisch aufgeschlüsselt: gegen die Kriegsmittel und -strategien des Kapitals im Produktionsprozeß, gegen die politische Technologie seiner Maschinerie, gegen die Sozialtechnik tayloristischer Arbeitsunterwerfung, gegen das reformistische Arrangement im Lohndiktat (1). Wir haben das Konstrukt der angeblich "inneren" ("immanenten" heißt das im Jargon) Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, in der alles angeblich nur am Eigentum an den Produktionsmitteln hängt, als Herrschaftsideologie zur Sicherung des Diktats dieser Kriegsmittel und seiner linken Agenturen bloßgelegt (2). Die Erfahrung mit der Radikalität der proletarischen Migranten in italienischen, französischen und deutschen Massenarbeiterstreiks (vor allem den Fordstreiks) zwang uns, die Ideologie eines homogenen Proletariats aufzugeben. Wir begriffen, daß die revolutionäre Qualität der Konfrontation seinen Grund nicht in der Anpassung an die Fabrikdisziplin und der sozialen Definition eines produktiven Kapitalverhältnisses findet, wie es die Marxisten predigten. Wir entdeckten sie im Gegenteil im Zusammenprall nichtkapitalistischer Lebenswerte mit der Barbarei ihres produktiven Kommandos. Wir erkannten, daß die Leblosigkeit und Trägheit des metropolitanen Kernarbeiters gerade aus dem Grad seiner Einbindung in die

Leitsektoren kapitalistischer Produktion und seiner daraus fließenden Anfälligkeit für die Identifikation mit ihrem technischen Fortschritt und dem Anspruch auf Teilhabe an seiner Rendite resultierte.

Es war die Frauenbewegung, die diese Erkenntnisse in völlig neue Dimensionen trieb. Sie entschlüsselte die historischen Etappen in der Modernisierung dieser Barbarei als Erneuerung des Patriarchats, in der nicht nur das kapitalistische Management, sondern auch der männliche Arbeiter seinen Anteil behauptete und sein Gewaltverhältnis zu den Frauen und das Kommando über die Reproduktion wiederherstellte. Die Einsicht in dieses Gewaltgefälle korrespondierte mit der praktischen Erfahrung und historischen Erkenntnis, daß sich die Anfälligkeit der metropolitanen Klasse auch in den Allianzen mit den Barbareien imperialistischer und rassistischer Erneuerung zeigte. Die faschistoiden Einstellungen auch aus der Arbeiterklasse, mit denen sich die antikapitalistischen Sozialrevolten tagtäglich herumschlagen mußten, erwiesen sich als Fortentwicklung eines Sozialimperialismus, in dem schon vor dem ersten Weltkrieg, erst recht aber im Nationalsozialismus breite Schichten der Arbeiterklasse den Anspruch der deutschen Produktivkraft auf Weltführung und sozialer Zerstörung der trikontinentalen "Unterentwicklung" mitgetragen hatten (3). Wir machten die Erfahrung mit genau dieser Ambivalenz, als sich die Kämpfe in die verschiedenen sozialen Terrains entfalteten. In der Gegenmacht der Stadtteilkämpfe gegen die Sanierung, gegen die Rationalisierung des gesellschaftlichen Lebens in Wohnen, Stadtöffentlichkeit und Verkehr zum Maschinenleben, gegen die Agenturen sozialer Hygiene und Effizienz in Psychiatrie und Medizin, gegen die statistische Erfassung, gegen die AKWs und die neuen Knäste setzten die zu Unrecht gescholtenen Einpunktbewegungen Punkt für Punkt ein Bild der gesamtgesellschaftlichen Unterwerfung unter die gewaltsame Rationalität der sozialen Fabrik zusammen, die Leben und Gesellschaftlichkeit zu Humankapital zu reduzieren und abweichendes Verhalten auszumerzen suchte. Was uns der Marxismus als "produktive Vergesellschaftung" im Schoße des angeblich faulenden Spätkapitalismus pries, legte die antikapitalistische Gegenmacht als durchaus vitalen und gesteigerten sozialen Organisationsgrad kapitalistischer Unterwerfung und Verwertung bloß. Wir verfolgten alle Momente dieses Angriffs in der Phase des nationalsozialistischen Durchbruchs zu einer metropolitanen Leistungsgesellschaft zurück und erlebten die Ambivalenz von Aufbegehren gegen die Gewalt seiner sozialen Zurichtung und hegemonialem Anspruch immer wieder neu. Ihr brüchiger "sozialer Friede" wurde erkennbar als die Gefechtsordnung einer vergesellschafteten Kriegsmaschine, die die Sozialstrukturen gesellschaftlicher "Rückständigkeit" vor allem in den drei Kontinenten durch Krieg und Entwicklungshilfe unbarmherzig umpflügte, um im Raub der daraus gewonnenen Rendite und mit einem Blutzoll von hunderten Millionen das Wachstum dieser Maschine weiter zu speisen und im Wohlstand zugleich die Meutereien zu befrieden.

Gegenmacht und Krise

Gleichwohl war diese Gegenmacht ein Teil des weltweiten sozialrevolutionären Prozesses, der die Maschine in die Krise brachte. Sie räumte auch mit dem marxistischen Geschwätz der rein ökonomischen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus auf. Wenn das fortgeschrittene Stadium kapitalistischer Verwertung als Quelle des Werts die Vergesellschaftung produktiver Unterwerfung offenlegte, so erfuhr sie ihre Krise in Befreiung und Gegenmacht aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Selbst der operaistische Slogan der "anderen Arbeitergeschichtsschreibung": "Arbeiter produzieren die Krise" erwies sich als richtig, aber zu begrenzt. Und gerade der metropolitane Arbeiter war das letzte und schwächste Segment im globalen Spektrum eines sozialrevolutionären Prozesses, der das Gefälle der globalen Wertschöpfung an verschiedenen Punkten seiner Gewaltkette und im Instrumentarium ihrer eigenen Organisation in die Enge trieb. Die wachsende Militanz der "Revolution der Erwartungen" trieb die Ausbeutungsregime in allen seinen linken bis rechten Schattierungen in den Grenzen ihrer nationalstaatlichen Verfassung ökonomisch wie politisch in die Enge. Die nationalen Budgets und Schulden, Lohnquoten, Sozial- und Repressionsausgaben schwollen in hinhaltenden Rückzügen an, fraßen Rendite und Akkumulationsfonds, trockneten den Werttransfer in die Metropolen aus und traten so die Lawine der Schuldenkrisen los. Sie übertrug den Druck ihrer ökonomischen und emanzipatorischen Motive binnen kurzem auch in die Metropolen und bildete den internationalen Grund, der auch das metropolitane Spektrum der 68er Bewegungen trug. Und diese waren nicht in erster Linie ihr intellektueller Reflex in der Studentenbewegung, sondern eine Wirkungskette von Sozialrevolten, die sich schnell in das gesamte soziale Terrain der vergesellschafteten Fabrik ausbreiteten. In der Konfrontation mit ihren einzelnen Facetten entwickelten sie die Themen ihrer Emanzipation und Gegenmacht und blockierten nicht nur ihren Fortschritt, sondern sie belasteten die Profitrate nicht zuletzt über die massiven Kompensationen ausgeweiteter Sozialprogramme. (Die linke Intelligenz fand in einer sozialdemokratischen Reaktion auf der einen und einer aberwitzigen spätstalinistischen Observanz

(Gefolgschaft, Anm. ak) auf der anderen Seite zum großen Teil und relativ schnell zu ihren sozialen Disziplinierungsformeln zurück, dazu unten). Was in dieser Gegenmacht festlief, war das globale Gefälle eines Zurichtungs- und Raubprozesses, dessen Ausbeutungsmodus jeweils gesamtstaatlich moderierter Unterwerfung an allen Gliedern seiner Kette sozial und darum auch ökonomisch in die Krise geriet.

Rückzug und Umbruch produktiver Gewalt

Die Antwort hierauf ist inzwischen ausreichend diskutiert. Sie wiederholt nur das Reaktionsschema aller großen zyklischen Umbrüche. Die Kommandoagenturen der Unterwerfung begannen das gesamte Instrumentarium dieses Modus in seinen tragenden Momenten abzubrechen und Mittel von Unterwerfung und Ausbeutung in einen höheren Organisationsgrad sozialer Gewalt zu treiben, anders: auf ein neues Niveau der Vergesellschaftung. Die Informatisierung als politische Leittechnologie sozialer Unterwerfung durchbrach das realtiv starre und anfällige Kommando der fordistischen Fließfertigung und seines Stab-Linien-Managements einschließlich seiner Ausprägungen in der zwischenbetrieblichen Fertigungsorganisation, Stadt- und Verkehrsplanung, Sozialplanung etc. Das neue Kommando sucht in Management, Betriebsinformationssystemen, informatisch koordinierter "schlanker Produktion", on-line-organisierter Lagerhaltung, Zugangskontrollen, Konsum und Freizeit incl. Cyberspace, Cyberlib, Cybersex etc., Verkehrsleitplanung und Sozialplanung, Bevölkerungspolitik, vergesellschaftende Kombination von Wissenschaft und Produktion bis in die Informatisierung des transnationalen Geldstandards (die den nationalen Papierstandard und seine politische Kontrolle der alten Unterwerfungsepoche auflöst) neue Konturen als komplexer sozialer Angriff. Es zielt auf die Zerstörung einer Gesellschaftlichkeit, die die Gewalt fordistischer Sozialverfassung auf ihrem eigenen Terrain in die Krise gebracht hatte, indem sie diese Sozialverfassung selbst zertrümmert. Im Prozeß dieses Abbruchs von Gesellschaft, dieser sozialen Deregulierung im umfassenden Sinn treibt sie die soziale Zerstörung in neue Dimensionen der Isolation und Vereinzelung, um die isolierten Partikel im Computer neu zusammenzusetzen, sie sich im politisch-technologischen Sinne anzueignen, sie kapitalistisch zu "vergesellschaften". Der Modebegriff "Toyotismus", wird diesem Schub politischer Technologie in seinem Charakter und seiner Tiefe bei weitem nicht gerecht.

In diesem Umbruch modernisieren sich die Unterwerfungsstrukturen des fordistischen Patriarchats zu einem neuen Machismus. In ihren handgreiflichsten Erscheinungen formiert sich neue Männergewalt unter unseren Augen rasant zu einem transnationalen Spektrum. Dieses reicht von den neuen marodierenden Eliten peripherer Kriegsschauplätze über die Mafia-Connections, die bis in unsere Städte illegale Arbeit, Frauenhandel, Prostitution kontrollieren, und parallelen Fascho-Connections, die die Gewalt politikfähig machen bis in die neuen Formen privatisierter Polizei. Ihre "subtileren" Erscheinungen äußert es in so vielfältigen Formen wie der Debatte über Kriegseinsätze, der Technisierung des Sexismus, der im Deregulierungsprozeß betriebenen Aufwertung männlicher Rollenbilder usw., die alle die Maskulinisierung des sozialen Kommandos und Klimas ausdrücken. Sie korrespondieren mit einer Ausdifferenzierung "rassistischer" Unterschiede zur Intensivierung wertschöpfender Gewalt. Hierin berühren sie sich mit den Strategien sozialer und sozialräumlicher Differenzierung, die schon jetzt noch vor dem Höhepunkt des in Deutschland relativ spät angesetzten Deregulierungsschocks die Konturen eines neuen Gefälles von Ausbeutung und Existenzbedingungen einschleift.

In diesem Umbruchsprozeß formiert sich zugleich die Intelligenz als bestimmender Träger des Gewaltschubs und sucht aus all diesen Dimensionen ihre Subjektivität zu einer modernen Sozialtechnokratie zu erneuern. Der alte Stab-Linien-Technokrat der fordistischen Industriekolosse und Bürokratien mitsamt seinen sozialistischen und nationalsozialistischen Idealen einer vollintegrierten sozialen Maschinerie ist den Kreativitätsanforderungen und den Flexibilitätsbedürfnissen des neuen Kommandos nicht mehr gewachsen. Sein Regime wird zur Zeit eingemottet wie die Schlachtschiffe und Panzer seiner Armeen. Produkive, Ethische, Life-Style-, Rollen-, Risikoflexibilisierung sind Voraussetzungen eines neuen Niveaus sozialer Produktivität. Es reicht, sich für einen Tag den Soziologen Ziehe, ein Paar Bände Business Ethics (auch Material aus den Ethics-Abteilungen großer Konzerne) oder die letzten "Argument"-Bände reinzuziehen, um in den Diskursen der Intelligenz ihre "Emanzipation" zu neuer Herrschaft nachzuvollziehen. Daß sie die neuen Rechten als Diskussionspartner, die nationale Frage als Organisationsterrain, die Weltsozialpolitik als Organisationsprojektion, den Blauhelm als Durchsetzungsmacht, die natürlichen, kulturellen, ethnischen Unterschiede zwischen den Menschen und Geschlechtern (das ist die symptomatische Bedeutung etwa von

Türcke und Huntington), die Barbareien und Rückständigkeiten als das Objekt ihres emanzipatorischen Zugriffs Schritt für Schritt entdecken, als wär es das Wunder einer neuen Erleuchtung, liegt in der Dynamik, in der die tragenden Schichten einer hegemonialen "Emanzipation" die Erfordernisse der Durchsetzungsgewalt erkennen und sich zunehmend brutalisieren. Es sind alte Lieder, die wir aus allen sogenannten großen politischen Revolutionen kennen. Die Lieder der Kommerzbürger von 1789, der Gründer und dann zunehmend der Linken von 1848, der rechten und linken "Progressives" vor und im ersten Weltkrieg, der Nazis und Keynesianer vor dem zweiten, die nun in neue Tonart transponiert werden (4).

Der Umbruch hat auch die Frage nach dem Charakter des realen Sozialismus präziser beantwortet, als unsere Analysen dies vermochten. Anfang der 80er Jahre konstatierten die sowjetischen Technokraten des staatlich vergesellschaften tayloristischen Kommandos, daß die inneren sozialen Blockierungen und Widerstände die Rendite, Akkumulationsfonds und Innovationspotentiale aushöhlten und setzten zu einem umfassenden Angriff sozialer Deregulierung und Zertrümmerung an. Wie zuvor Thatcher, Schmidt/Matthöfer, Reagan sagte eine Elite aus KGB, Soziologie und Kombinatsspitzen: Leistung muß sich wieder lohnen, begann das Akkumulationssystem zu zertrümmern, in dem sie in die Enge geraten waren und suchte Anschluß an die neuen Zentren des europäischen Umbruchs. Die Parallelitäten, die Angewiesenheit der Blöcke auf den kalten Krieg als Motor von innerer Wertschöpfung und tayloristischem Fortschritt lenkten die ernüchterten Blicke zurück auf die Anfänge. Sie ließen uns die leninistische Konterrevolution als technokratische Modernisierung erkennen, die sich durchaus im Spektrum des globalen kriegsökonomischen Managements des damaligen tayloristischen Umbruchs hielt. Sie bewegte sich nur darum am extremen Pol staatsmonopolistischer Organisation, weil das Bedürfnis nach Kommunismus in den Revolten der BäuerInnen und BauernarbeiterInnen nur durch ein diktatorisches Regime der Intelligenz und der in der sogenannten heroischen Phase des im Kriegskommunismus organisierten Kaderstrukturen aufgefangen werden konnte (5).

Die Transformation revolutionärer Gegenmacht

Wir können die revolutionäre Gegenmacht, die sich in der Konfrontation mit diesem Angriff entwickeln wird, weder vorwegahnen oder aus jetzigen Erscheinungen des sozialen Konflikts verlängern. Aber eins ist sicher: Sie wird die Praxis und Werte einer kommunistischen Gesellschaft in der Auseinandersetzung mit all den genannten Momenten seiner technisch-sozialen Barbareien erschaffen. Diese Auseinandersetzung wird komplexer als alle vorgehenden sein, weil die fortschrittlichen Barbareien in allen ihren technologischen und sozialen Qualitäten komplexer geworden sind und den mörderischen Zugriff ihrer Zerstörungsstrategien tiefer ins soziale Gewebe getrieben haben, als jemals zuvor. Sie wird im Kern antipatriarchal und antirassistisch sein und wenn sie sich gegen die weit komplexere "Vergesellschaftung" ihres politisch-technologischen Kommandos richtet, dann in einer neuen globalen Aufgliederung. Schon die revolutionäre Bewegung während des ersten Weltkriegs fächerte sich in der Auseinandersetzung mit dem fordistischen Organisationsschub der Kriegsökonomien zu einem Spektrum auf, das von seinem radikalen Schwerpunkt in den Kämpfen der BäuerInnen und ArbeiterbäuerInnen fast der gesamten europäischen Peripherie bis in die metropolitanen Sozialrevolten reichte, ohne sich in ihren Bewegungsformen zu homogenisieren und aufeinander abbilden zu lassen (6). Mit Sicherheit wird auch jetzt wieder der revolutionäre Schwerpunkt in den peripheren Bewegungen liegen. Nicht einmal ihre Konturen sind im gegenwärtigen Zeitpunkt zu erahnen. Die Strategie des Umbruchs ist gerade eben mal dabei, ihre metropolitane Plattform zu bereinigen und zu organisieren. Den Anpassungsimperativen ihrer neuen Ordnung, die sie aus den Anforderungen ihrer leitenden Investitionsgüterindustrien an Wertschöpfung und sozialer Zurichtung ins Gefälle ihrer neuen Großräume und Entwicklungszonen diktiert, steht der eigentliche Aufprall ihrer barbarischern Rationalität auf sogenannte "rückständige" Sozialstrukturen erst noch bevor. Noch sind ihre Strategen damit beschäftigt, das Stadium der Deregulierungskriege abwartend zu moderieren und haben sie kaum in Umrissen formuliert - auch nicht formulieren können, weil sich kohärente Grenzträgerschichten der Modernisierungsoffensive im "Inneren" der neuen nationalen, ethnischen und regionalen Einheiten noch gar nicht sicher formieren und etablieren konnten. Sicher ist nur, daß sie in diesen peripheren Verwaltungseinheiten der neuen transnationalen Verwertungsorganisation die stärksten revolutionären Kräfte gegen sich wachrufen wird. Denn an der grundsätzlichen Dynamik ihres Durchsetzungsgefälles, wie wir sie aus bisherigen großen Zyklen kennen, hat sich nichts geändert. Alle Propaganda einer transnationalen proletarischen Homogenisierung ist eine gefährliche metropolitane Ideologie, die allenfalls einem imperialistischen Gefälle der national-sozialistischen Tendenzen ihre Legitimationsbasis zuschneidern hilft (die Symptomatik von Links-Rechtsambivalenzen und -allianzen und nationalen Bolschewismen ist Tagespolitik, sicher bald auch in Deutschland). Denn schon jetzt

äußern sich die Gewalt machistischer Erneuerung, die mörderischen Offensiven sozialer Zertrümmerung und Vernichtung am brutalsten in der Peripherie. Und die aus allem gewonnenen Arbeitswertdifferenzen, die die importierte Kohle, den Stahl, die Elektrogeräte, Serviceleistungen (teils nur über die einfache Mechanik der Währungsrelationen) so "billig" machen, sind schärfer als je zuvor. Auf der anderen Seite zeigt sich die neue hegemoniale Kreativität bei aller Binnendifferenzierung und Standortpanik derart angewiesen auf kostspielige infrastrukturelle, soziale, entwicklungsklimatische Bedingungen, daß jegliche Propaganda einer globalen Homogenisierung der Ausbeutungsbedingungen objektiv nur der Formierung eines neuen hegemonialen Blocks in der Metropole zuarbeitet.

Natürlich ist es eine eine offene Frage, ob die Entfaltung der sozialrevolutionären Bewegungen in der Lage sein wird, die historische Zyklik der Erneuerung wertschöpfender Unterwerfung auf immer neue Niveaus ihrer Gewaltsamkeit zu blockieren, erlahmen zu lassen und endgültig zu unterbrechen. Dies wird wesentlich davon abhängen, inwieweit die metropolitanen Bewegungen in der Lage sein werden, die revolutionären Impulse der peripheren Kämpfe aufzunehmen und ins Herz der Bestie zu verlängern und zugleich deren Spielräume durch die Blockierung ihrer Gewalt zu erweitern. Dabei wird wie in früheren Kampfzyklen der Zirkulation revolutionärer Erfahrungen über Migration aber auch die völlig neuen Möglichkeiten der Kommunikation eine große Bedeutung zukommen. Eine revolutionäre Linke wird sich dabei an den qualitativen Momenten dieses Gewaltschubs und der dagegen gerichteten Gegenmacht orientieren müssen. Anders: der antipatriarchale, antirassistische, und gegen die politisch- und sozialtechnische Erneuerung produktiver Vergesellschaftung gerichtete Kampf steht nicht neben der sogenannten "sozialen Frage", er ist der Kern der sozialen Frage. Hat nicht in dem Maße, in dem Feminismus und antipatriarchale Bewegung ihr Ableben deklariert haben, das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen zu Wiederherstellung des Kommandos über die Reproduktion unglaublich zugenommen? Ist nicht eine gleichgerichtete wenn auch differenzierende Entwertung von Immigranten und auch eingeborenem Massenenlend hier zu einem völlig neuen rassistischen und sozialrassistischen Gefälle das seit Jahren laufende Pilotprojekt einer zukünftigen Verwertungsordnung, das das imperialistische Gefälle nur im Inneren reproduziert? Von hier aus, aus ihrer Beziehung auf diese Momente und auf die Tiefe ihres gegen die Neue Ordnung gerichteten Spektrums müssen die Initiativen in die übrigen Terrains der sogenannten sozialen Frage entwickelt werden. Von den feministischen und antipatriarchalen Flüchtlingsinitiativen muß der Zugang zu den Konflikten und Bewegungsformen der legalen und illegalen Immigration wieder gesucht werden und von diesem Ausgangspunkt der Weg ins soziale Terrain wieder erschlossen werden. Das Recht auf Existenz, das die Roma ihrer Entwertung zur transnationalen Manövriermasse im Konzept einer Neuen Ordnung in ihren Bewegungsformen entgegenhalten, muß der Angelpunkt in der Auseinandersetzung mit der gesamten Politik existentieller Entwertung sein. Dies mit dem vorrangigen Ziel, die Spaltungen und Trennlinien der sozialen Thematik wieder rückgängig zu machen, die die Initiativen in den Formulierungen durch die herrschende Sozialpolitik absurderweise akzeptiert haben und die zu regelrechten Zuständigkeitsregulierungen der linken Protestverwaltung geführt haben.

Natürlich liegt der Kern der kapitalistischen Unterwerfungsstrategien im politisch-technologischen Management des produktiven Kommandos vor allem in den Investitionsgüterindustrien. Das heißt aber nicht, daß hier auch der Kern der sozialrevolutionären Gegenmacht liegt. Die sozialrevolutionären Bewegungen haben ihr Recht auf Existenz und ihre kommunistischen Utopien immer aus der sozialen Peripherie gegen seine Anpassungs- und Unterwerfungsdiktate geltend gemacht und so auch den Widersprüchen in der Produktion Nahrung gegeben. Die permanente Reproduktion des Kapitalverhältnisses ist keine Frage der Produktion, sondern der Effizienz der gesamtgesellschaftlichen Unterwerfungs- und Zurichtungsleistungen. Sie hat diese Zugriffe mit dem Abbruch des keynsianischen Regimes nicht zurückgeschraubt, sondern intensiviert. Von hier aus ist die Gesellschaftlichkeit einer nicht kapitalbestimmten Gegenmacht zu entwickeln, um sich auch mit den Kernen konfrontieren zu können, von denen aus die Reproduktion des Kapitalverhältnisses betrieben wird.

Die Rückeroberung der "sozialen Frage" muß dabei alle historischen Erfahrungen mit den Prozessen der sozialen Formierung dieses Gewaltschubs berücksichtigen. Sie muß dabei vor allem die Transformationsprozesse des metropolitanen Proletariats zwischen kapitalistischem Krisenschock und revolutionären Blockierungen aus der Peripherie berücksichtigen, die spätestens seit dem Vormärz ihren Weg in die Beteiligung an diesem Schub eingeleitet haben. Schon Marx stellte in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts den ideologiewidrigen Rassismus der englischen Kernarbeiterklasse gegen die irische Immigration fest. In der Tat: die Revolution begann, in die Peripherie "auszuwandern", wie Hobsbawm plastisch formuliert hat. Das erbliche metropolitane Proletariat vor allem der Schlüsselindustrien der

Kapitalgüterindustrie lernte die Regeln des kapitalistischen Spiels und die Ambivalenzen ihrer Position im globalen sozialen Krieg. Das ist materialistisch die Wirkungsgeschichte, aus der sich die sozialimperialistischen Tendenzen der Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg und des sowohl sozialimperialistischen als auch rassistischen nationalen Sozialismus in der großen Weltwirtschaftskrise entwickelten. Alle sozialhygienischen, antisemitischen, gegen die Blockierungen der peripheren Massenarmut und Subsistenz gerichteten rassistischen Einstellungen gehörten zu ihren Momenten. Die proletarische Subjektkonstitution zum Vorarbeiter der Welt im Anspruch einer nationalen sozialistischen Gemeinschaft auf Weltgeltung und Judenmord waren nur zwei Seiten derselben sozialen Identitätsfindung im Prozeß des deutschen Erneuerungsschubs. Natürlich müssen wir letztlich auch in die Ambivalenzen dieses Prozesses hinein, wie er sich jetzt wieder unter geänderten Vorzeichen vollzieht. Aber wir müssen aus diesen historischen Erfahrungen lernen, wie gefährlich es ist, die häßlichen Ambivalenzen des deutschen Proletariats analytisch, ideologisch und historisch im orthodoxen Klassenbegriff von seinen Aspirationen auf Teilhabe an der Macht im Gebrauch rassistischer, patriarchaler und technologischer Macht reinigen zu wollen. Natürlich ist es immer die soziale Auflösung der Teilhabebedingungen an den alten Formen sozialer Hegemonie gewesen, die auch sie besonders getroffen und erschüttert haben. Aber das psychische Elend aus der existentiellen Bedrohung dieser Positionen und der durch sie vermittelten Identitäten war immer die Voraussetzung zu ihrer Rekonstruktion auf dem Weg in eine neue Ordnung. Die aktuelle Situation zeigt, wie sehr die sozialpolitischen Agenturen aus der Entstehung der nationalsozialistischen Massenbasis gelernt haben. Das Management dieser Rekonstruktion wird mit einem atemberaubenden Grad an Bewußtheit sowie sozialtechnischer und -psychologischer Einsicht in die Wirkungszusammenhänge betrieben. Die Integration der rassistischen Jugendrevolte in den Prozeß der Modernisierung -"unserer Jungs"-, unter der Peitsche der Deregulierungsschocks und der identitätsstiftenden Moderation einfühlsamer Sozialarbeit (Heitmeyer), Jugendgerichtsbarkeit und einer Strategie der Spannung gegen das "Andere" in Flüchtlings-, Lager-, Kriminalisierungspolitik im Rahmen standortorientierter Weltgeltungspropaganda ist Sozialpolitik aus einem Guß. Aber trotz beachtlicher Erfolge hat sie noch nicht voll gegriffen. Und die Klage, die der Kolumnist der Frankfurter Allgemeinen Eckard Fuhr im Rahmen des Golf-Kriegs zum Thema formulierte, wird in vielfachen Variationen in der Standortdebatte immer noch wiederholt: "Welcher Politiker, gar welcher Lehrer denkt darüber nach, wie man Kinder erzieht in einer Kultur, die sich behaupten muß? Welche der Tugenden, die in härteren Zeiten nötig sind, haben die Deutschen noch nicht verächtlich gemacht?" (FAZ, 16.2.91). Die Ausgrenzungspolitik durch die revolutionäre Linke wird sie nur verstärken, alle linken Dialogangebote und Anbiederungen an ihre fehlgeleitete "Proletarität" im Vergessen historischer Erfahrungen mit analogen Umbruchsprozessen werden sich selbst in den Sog dieser Transformationsdynamik begeben. Es gibt keinen Dialog. Es gibt auch keine Heilung eines falschen Bewußtseins durch Appell an die Proletarität ihrer Kampfformen, weil ihr Rassismus und Faschismus ein "richtiges" Bewußtsein proletarischer Teilhabeansprüche an der Gewalt des Umbruchs und seiner Rendite widerspiegeln können. Sie machen Geschichte und wissen, was sie tun. Allein in der Praxis gegen die qualitativen Momente des sozialen Angriffs liegt die Formulierung der sozialen Frage, die klare Angebote enthält, die Ambivalenzen in die Richtung revolutionärer Auseinandersetzung aufzulösen.

Die Probleme der Linken.

Die Probleme der Linken hängen damit zusammen, daß sie Teil dieses komplexen Sozialprozesses der Formierung von produktiver Gewalt und Gegenmacht ist. Ihre Wahrheiten sind im Umbruch, aber ihr Verhältnis zur Geschichte, die Begriffe und Doktrinen, die Art, wie sie ihre Diskurse organisiert, lassen schon jetzt die Richtung ihrer Suchstrategien nach neuer praktischer Orientierung erkennen, die sie in diesem Antagonismus einnehmen wollen.

Von hohem symptomatischem Wert ist die Art, wie die Anforderungen der Lehren aus dem großen Ausbeutungszyklus ausgesessen werden, der "realer Sozialismus" genannt wird. Lehren von großer Bedeutung für eine revolutionäre Linke nicht nur über das Verhältnis der einzelnen technisch-sozialen Momente wertschöpfender Gewalt und des organisatorischen Fortschritts im Prozeß ihrer "Vergesellschaftung". Lehren vor allem über die Rolle der Intelligenz, ihrer Ideologien und die strategischen Funktionen ihrer Gesellschaftstheorie und die Formen ihrer Geschichtsfälschung.

Wir begreifen im Rückblick, daß die bolschewistische Elite nur eine russische Spielart der grenzübergreifenden fortschrittlichen Intelligenz war, die die Effizienzkriterien der tayloristischen Arbeitsunterwerfung zum Maßstab

und Kern gesamtgesellschaftlicher Rationalisierung erhob. Was machen wir aber mit den beruhigenden Fragen und Feststellungen, die sich hieraus ergeben? Worin unterschied sich die mehr als peinliche Begeisterung Lenins, Larins, Krassins für die deutsche Kriegsökonomie als Medium des tayloristischen Durchbruchs von derjenigen ihrer deutschen Kollegen Moellendorff, Rathenau, Legien, Bauer? Etwa darin, daß sie die darin liegende Intensivierung des sozialen Zugriffs und der Erhöhung seiner organisatorischen Potenzen zur sozialistischen Vergesellschaftung im Schoße des Kapitalismus deklarierten? Worin unterschied sich ihr offener Rassismus, mit dem sie die kommunistischen Bewegungen der BäuerInnen und BauernarbeiterInnen (laut Trotzki einer "kompakten Masse von Heuschrecken") angriffen und ihre basiskommunistischen Sozialstrukturen in der Orientierung an diesem Maßstab zu vernichten suchten, vom Entwicklungsrassismus ihrer westlichen Brüder? Verlieh etwa das Etikett der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation" die revolutionäre Weihe? Wie interpretieren wir die beunruhigende Nähe, in der sich ihre Intensivierung im Stalinismus mit den Initiativen imperialistischer Sozialrationalisierung des Nationalsozialismus begegnete? Sie lag ja nicht allein im totalitären Terror einer neuen Etappe der Arbeitsunterwerfung und der bloße Vergleich der Mordraten bleibt an der Oberfläche. Sie lag in der Zielrichtung der sogenannten Zwangskollektivierung als Vernichtung des "konterrevolutionären Esserismus" (offizielle Propaganda): der moralischen Ökonomie von Existenzgarantien und egalitärer Versorgung der "überflüssigen Esser", mit denen das russische Dorf bis in die Arbeiterklasse hinein den Diktaten einer produktivistischen Sozialbereinigung begegnete, zuerst der stalinistischen, dann der weit brutaleren nazistischen (7).

Ich hatte gehofft, daß mit dem Abbruch des realen Sozialismus eine revolutionäre Debatte darüber losbrechen würde, wie es zu dieser Perversion revolutionärer Einstellungen in uns kommen konnte, wie zu all den legitimatorischen Lügen und geschichtlichen Verfälschungen, wie zu dieser Identifikation mit der Gewalt produktiver Unterwerfung. Beginn und Abbruch waren eine offene Einladung zur Diskussion über die Funktion des ideologischen Instrumentariums des Marxismus: den undifferenzierten Begriff der Klasse nicht aus den Kämpfen gegen die technologischen Potenzen der produktiven Unterwerfung zu gewinnen, sondern aus seinen produktiven Funktionen und dadurch Technologie ideologisch zu neutralisieren; den Begriff des Widerspruchs nicht aus dem revolutionären Prozeß gegen die Intensivierung der Gewalt der Produktivkräfte und die kapitalistische Vergesellschaftung ausbeutender Organisation zu gewinnen, sondern zur Entfesselung, zur Emanzipation der Produktivkräfte und ihrer organisatorischen Potenzen gegen längst überholte Eigentumsfunktionen zu pervertieren; den Sozialismus des Kapitals gegen den Widerstand der Massen zu setzen, die "Befreiung" der qualitativen Kräfte wertschöpfender Unterwerfung und Akkumulation gegen die soziale Befreiung. Der Umbruch zum Sozialismus und Fordismus war der historische Beleg, daß dies die ideologische Begleitmusik zur Emanzipation einer Etappe sozialtechnischer Herrschaft gegen ein überholtes autoritäres Regime war, und natürlich auch zur Emanzipation neuer Herren über die Produktivkräfte, die Kräfte der Unterwerfung, mehr nicht.

Daß diese Debatte kaum geführt wird, ist ein ernstzunehmendes Symptom. Es kann nur heißen, daß große Teile der Linken auf der Suche nach neuen Formen der Teilhabe an einer neuen Formation produktiver Unterwerfung sind. Die Identifikation mit der politischen Technologie einer neuen Etappe und ihren sozialen Imperativen wird in einigen Gehversuchen bereits geprobt (8), die Aufgabe ihrer zivilisatorischen Tünche ist wie in allen analogen Etappen nur eine Frage der Zeit. Der Druck des Umbruchs hat aber auch in der undogmatischen Linken Unsicherheiten hervorgerufen. Erkenntnisse, die sie selbst aus den Kämpfen der letzten 20 Jahre gewonnen haben, werden nur wenig in die aktuelle Phase der Verschärfung des Antagonismus aktualisiert, geschweige denn radikalisiert. Auch die breit aufgenommene Diskussionseinladung von Karl-Heinz Roth verwischt im Tendenzbegriff einer "neuen Proletarität" die Differenzen, die in Zukunft die Durchsetzung des inwertsetzenden Zugriffs stärker bestimmen werden, als dies jemals der Fall war: in den Positionen der Intelligenz und der technologisch zentralen (selbständigen wie unselbständigen) Klassensegmente im Gefälle von sozial-technischer Unterwerfung und Wertschöpfung, in der Modernisierung der rassisistischen, imperialistischen (auch sozialimperialistischen) und geschlechtlichen Differenzierungen. Natürlich ist der Begriff selbst ein Spagat zwischen antiorthodoxem und orthodoxem Klassenverständnis, aber wem nützt der?

Eine revolutionäre Linke in der Metropole muß diese Debatte führen, jetzt. Wenn sie überhaupt die Verstrickung in neue mörderische Formen von sozialen Anpassungsimperativen aus den Planungsstäben der Kapitalgüterindustrien vermeiden will, muß sie ihre eigene Position im globalen Gefälle wertschöpfender

Gewalt reflektieren. Nur dadurch kann sie sich helfen, das Gefühl ihrer Schwäche zu überwinden. Sie kann sich die Geschichte des revolutionären Prozesses zurückerobern, die die linken Wahrheitsministerien unterdrückt haben. Sie kann die roten Fäden wiederfinden, die ihren Kampf mit den sozialrevolutionären Bewegungen der Vergangenheit verknüpft. Sie kann sich von ihnen auf der Suche nach denjenigen Bewegungen leiten lassen, die sich den Imperativen einer neuen Ausbeutungsordnung entgegenstellen werden. Nur im Bezug auf sie wird sie dazu beitragen können, daß die Dynamik der sich immer wieder erneuernder Reproduktion des Kapitalismus auf neue Stufen fortschrittlicher Gewalt im Bedürfnis nach Kommunismus ein für alle Male erstickt.

1) K.-H. Roth, Die "andere Arbeiterbewegung", 2. Aufl., München (Trikont) 1976; Gisela Bock, Die andere Arbeiterbewegung in den USA von 1905-1922, München (Trikont) 1977, um zwei herausragende Arbeiten zu nennen.

2) Vgl. D. Hartmann, Leben als Sabotage. Zur Krise der technologischen Gewalt, 2. Aufl. Berlin 1988 (1. Aufl: 1981);

3) vgl. Franz Neumann, Behemoth.

4) vgl. Rassismus im Umbruch in: Strategien der Unterwerfung, Strategien der Befreiung, Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 5.

5) Vgl. A. Ebbinghaus, Taylor in Rußland, in: Bergmann u.a.(Hg.), Autonomie im Arbeiterkampf, Hamburg 1978; Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells, Beiträge zur Geschichte der sozialen Konfrontation mit dem sozialistischen Akkumulationskommando, Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 4, Berlin 1992.

6) vgl. "Das Ende..." aaO.

7) Die Darstellungen auch wohlwollender Historiker wie etwa Davies/Carr können helfen, die peinlichen Inszenierungen des Historikerstreits zur wechselseitigen Stabilisierung auf dem Niveau des kalten Kriegs stehen zu lassen, wo sie hingehören. Ohne Frage findet die nationalsozialistische Politik von Entwicklung und Vernichtung keine Parallelen im mehr traditionellen stalinistischen Terror, der zudem schon bald zurückgenommen wurde. Aber beide galten demselben Objekt oder besser Gegner, aus dem sich die russischen SoldatInnen rekrutierten, denen wir dankbar sind.

8) Vgl. etwa Robert Kurz, der "die Menschheit" schon wieder auf der technischen Ebene hinter ihrem Rücken durch die "Produktivkraft Wissenschaft" kommunistisch vergesellschaftet sieht (R. Kurz, der Kollaps der Modernisierung, Frankfurt 1991, S. 265, 266 oder die linken Intelligenz-Utopien in "Das Argument" Nr. 195, vor allem S. 747 ff.

28. Hitlers Befehl zur Ermordung der Juden. Philippe Burrins Buch über die Entscheidung für den Völkermord

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:13

Es ist nicht ungewöhnlich, daß Buchübersetzungen - meist aus Gründen der Verkaufsförderung - von den Verlagen mit Titeln versehen werden, die von denen des Originals beträchtlich abweichen. Bei dem 1989 erschienenen Buch des Genfer Historikers Philippe Burrin "Hitler et les Juifs. Genèse d'un génocide" ist die Abweichung gering, aber doch sichtbar. "Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord" heißt die deutsche Übersetzung, die vom Autor durchgesehen und autoritisiert wurde. Das neutrale Wort "Genese" bezeichnet ebenso wie der Vorsätzlichkeit und Planung implizierende Begriff "Entscheidung für" den zentralen Gegenstand von Burrins Arbeit: Gab es eine schleichende Eskalation vom Massenmord zum Völkermord, oder wurde der Mord an den europäischen Juden von höchster Stelle angeordnet? Eine Frage, die abgewandelt auch so gestellt werden kann: "Mußte die Politik des NS-Regimes zwangsläufig zur ‚Endlösung` führen? War die ‚Endlösung` für Hitler selbst das logische Ergebnis seiner Politik?" (S. 9)

Philippe Burrin unternimmt mit seinem Buch den Versuch, die "intentionalistische" mit der "funktionalistischen" Interpretation in Einklang zu bringen. Der Frage, ob der Mord an den europäischen Juden "auf eine Initiative Hitlers zurückging oder sich aus den antijüdischen Maßnahmen der Nationalsozialisten in einer Akkumulation ergab" (1), war im Mai 1984 in Stuttgart ein hochkarätig besetzter Kongreß gewidmet worden. Hauptreferent war der "gemäßigte Intentionalist" Saul Friedländer, der schon damals eine "Synthese von intentionalistischer und funktionalistischer Position" für denkbar hielt: "Die Funktionalisten können zu Recht beanspruchen, daß ihre Position eine sehr viel breitere Verantwortlichkeit für die begangenen Verbrechen impliziert, als dies bei der entgegengesetzten Position der Fall ist, die Hitler als den Hauptverursacher und die einzige Befehlsgewalt ansieht. Andererseits beinhaltet die Position der Intentionalisten das Schlüsselelement der Vorsätzlichkeit. Planung und Vorsatz an der Spitze führen zwangsläufig zu Planung und Vorsatz auf verschiedenen Ebenen der Hierarchie und zu keiner geringeren Bewußtheit der Ereignisse innerhalb der verschiedenen damit befaßten Stellen, als dies in der funktionalistischen Position impliziert ist." (2)

Burrin, der sein Buch Saul Friedländer gewidmet hat, nimmt diesen Ansatz auf. In der Einführung umreißt er seine eigene Position so: "Wie die Intentionalisten bin ich der Ansicht, daß Hitler den Vorsatz hatte, die Juden zu vernichten; diese Absicht war jedoch nicht absolut, sondern an Bedingungen geknüpft: Sie sollte beim Eintreten einer genau definierten Situation verwirklicht werden, nämlich beim Scheitern seiner Eroberungspläne; das ließ in der Zwischenzeit alle Möglichkeiten offen für eine andere Politik. Wie die Funktionalisten nehme ich andererseits an, daß die Konstellation von Umständen wesentlich war für die Verwirklichung des Vorsatzes, für seine Umsetzung in die Tat: Das Scheitern des Rußlandfeldzuges und seine strategischen Konsequenzen spielten dabei eine entscheidende Rolle." (S. 18)

Aus wissenschaftlicher Sicht scheint das Buch nichts wesentlich Neues zu bringen. Hellmuth Auerbach vom Münchner Institut für Zeitgeschichte lobt es als eine "ausgezeichnete, ganz auf der Höhe der Forschung stehende" Arbeit, die zugleich eine "allgemeinverständliche Darstellung der Vorgeschichte des Holocaust" sei. Tatsächlich besteht die Stärke des Buches in der auch für Nicht-Experten gut nachvollziehbaren Rekonstruktion wesentlicher Fakten.

Der Autor beginnt mit einem Kapitel über Hitlers Antisemitismus, dessen Kernaussagen mit denen von Eberhard Jäckels Klassiker "Hitlers Weltanschauung" (Tübingen 1969) übereinstimmen: "Der Antisemitismus nahm in Hitlers Rassismus eine einzigartige Stellung ein. Strenggenommen war die ‚Judenfrage` nur ein Punkt unter anderen innerhalb des Programms der Reinerhaltung der Rasse, das er in Deutschland durchzusetzen beabsichtigte, sobald er die Macht errungen hätte; damit wäre sie für eine kühle und rationale Lösung geeignet gewesen. Andererseits war der Antisemitismus eng mit Hitlers Eroberungs- und Herrschaftsabsichten verwoben. Durch die Interpretation, die Hitler dem Trauma der Niederlage gegeben hatte, war ‚der Jude` in den Rang des größten Feindes erhoben worden; er war grundlegend mit dem Schicksal seiner Pläne

verbunden, mit deren Erfolg oder Scheitern. Damit sollte die Behandlung der ‚Judenfrage` in direkter Abhängigkeit von Hitlers Unternehmungen stehen." (S. 28)

In dem Kapitel über die in den Jahren 1933 bis 1939 betriebene nazistische "Auswanderungspolitik" (der Ausdruck Vertreibung wäre hier wohl angemessener) werden die wesentlichen Stationen der antijüdischen Politik in Deutschland nachgezeichnet, für die zwei widersprüchliche Motive bestimmend waren. Einerseits sollten die Juden - unter Zurücklassung ihres Besitzes - aus Deutschland verschwinden; andererseits sollten sie außenpolitisch als Geiseln dienen. Folge dieser Zwiespältigkeit war, daß "das Regime in unregelmäßigen Schüben gegen die Juden vorging." (S. 54) Zuweilen übernahm Hitler den Part des Bremsers gegenüber den "Radikalen", so auch nach dem Pogrom vom 9. November 1938.

Noch im Sommer 1940 sprach er von dem Vorhaben, die europäischen Juden nach Kriegsende in die französische Kolonie Madagaskar oder an einen anderen Ort in Übersee zu deportieren, wo sie "ihren eigenen Staat aufbauen könnten" (S. 85; zitiert aus dem Tagebuch von Goebbels). Für Burrin "scheint kein Zweifel möglich", daß Hitler damals "wünschte, die Juden nach Übersee zu schicken, und daß er das in nächster Zeit zu tun hoffte." (S. 87) Als Beleg dafür, daß der "Madagaskar-Plan" ernst gemeint gewesen sei, zitiert Burrin noch andere führende Nazis, darunter Hans Frank, den "Generalgouverneur" für die besetzten polnischen Gebiete, und Admiral Raeder, den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, der nach einer Besprechung mit Hitler am 20. Juni 1940 notierte: "Führer will Madagaskar für Judenunterbringung unter französischer Verantwortung verwenden." (S. 85)

Mag sein, daß die von Hitler persönlich Instruierten an die Ernsthaftigkeit des "Madagaskar-Plans" glaubten (glauben wollten?). Bedenklich ist, daß Burrin das auch tut. Den Gedanken, die Chiffre "Madagaskar" habe von vornherein der Vorbereitung auf den Völkermord gedient, da so eine gigantische Umsiedlungsaktion - selbst bei einem für Deutschland günstigen Kriegsverlauf - undurchführbar gewesen wäre, erwägt er nicht einmal.

Der Zeitpunkt der Entschlußbildung

Der von einigen Historikern vertretenen These, der Beschluß zur Vernichtung der europäischen Juden sei vor dem 22. Juni 1941, dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, gefaßt worden, widerspricht Burrin. Im März 1941 hatte Hitler seine Generäle auf diesen Feldzug eingestimmt, der kein gewöhnlicher, sondern "ein Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei Weltanschauungen" (S. 108) werden würde und die Zerschlagung des sowjetischen Staates durch "brutalste Gewalt" zum Ziel hatte. Dazu sei die Liquidierung der kommunistischen Funktionäre und der "jüdisch-bolschewistischen Intelligenz" notwendig. Der im Juni 1941 fertiggestellte "Generalplan Ost" sah die Vertreibung von 31 Millionen Menschen aus Osteuropa vor; hierin, so Burrin, seien die fünf bis sechs Millionen sowjetischen Juden enthalten gewesen, die in Gebiete jenseits des Urals zwangsumgesiedelt werden sollten.

Die Zahlen der von den Mördern penibel geführten Statistiken über ihre Opfer interpretiert Burrin als Beleg dafür, daß die Entscheidung für den Völkermord erst nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion gefallen sein kann. Im Juli wurden 4.239 sowjetische Juden, darunter 135 Frauen, ermordet. In der zweiten Augusthälfte stieg die Zahl der Ermordeten sprunghaft an und erreichte im September "einen neuen grauenhaften Spitzenwert: 56.459 getötete Juden, davon 15.104 Männer, 26.243 Frauen und 15.112 Kinder. Diese Verschärfung kann nur von einem klaren politischen Entschluß herrühren, der zu einem bestimmten Zeitpunkt bekanntgegeben wurde." (S. 128)

Der oft zitierte, von Göring unterzeichnete Brief vom 31. Juli 1941, in dem Heydrich mit den "Vorbereitungen" für eine "Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa" beauftragt wurde, sieht Burrin dabei nicht als das entscheidende Dokument an. Die Juden im "Reich" waren zu diesem Zeitpunkt "noch der ‚normalen` Verfolgung ausgesetzt". (S. 140) Die entscheidende "radikale Änderung der Haltung Hitlers" datiert Burrin auf den 18. September. An diesem Tag schrieb Himmler aus dem Führerhauptquartier an den Gauleiter des Warthelandes, Hitler wünsche jetzt, "daß das Reich und das Protektorat Böhmen und Mähren ‚möglichst bald` von allen dort lebenden Juden ‚geleert und befreit` würden." (S. 142)

Daß der Plan der "totalen Aussiedlung" der Juden nichts anderes bedeuten konnte als ihre Vernichtung, liegt für Burrin auf der Hand: "Heydrich schloß die Juden aus der Sowjetunion in den fraglichen ‚Plan` ein. Wohin konnten sie mitten im Krieg ‚ausgesiedelt` werden?" (S. 144) Das war am 4. Oktober. Einen Monat später berief Heydrich sich indirekt auf Hitler, als er in einem Brief an das Oberkommando des Heeres davon sprach,

daß "auch von höchster Stelle mit aller Schärfe das Judentum als der verantwortliche Brandstifter in Europa gekennzeichnet wurde, der endgültig in Europa verschwinden muß." (S. 142) Burrin folgert: "Wenn die Worte einen Sinn haben, bedeutet dieser Satz, daß der Befehl zur Deportation zugleich ein Befehl zur Vernichtung gewesen war. Die indirekte Nennung Hitlers (‚von höchster Stelle`) wäre nicht nötig gewesen, wenn es sich beim ‚Verschwinden` der Juden um eine ganz unschuldige Sache gehandelt hätte." (S.145)

Die Wannsee-Konferenz, die vom 9. Dezember 1941 auf den 20. Januar 1942 verschoben wurde, hatte "lediglich den Zweck, die Ministerialbürokratie in ein schon begonnenes Unternehmen einzubeziehen." (S. 153) Als sie zusammentrat, war bereits eine halbe Million sowjetischer Juden ermordet worden.

"Opfergabe" und "Racheakt"?

Die Wende von September 1941 läßt sich, so Burrin, nur verstehen, wenn man sie im Zusammenhang mit dem Verlauf des "Rußlandfeldzuges" sieht - oder genauer: mit der "Art, wie Hitler den Verlauf des Rußlandfeldzuges wahrnahm". (S. 154) Die Erwartung der deutschen Militärs, die Sowjetunion binnen Monaten, wenn nicht Wochen, niederwerfen zu können, begann sich ab der zweiten Julihälfte als unrealistisch herauszustellen. Der Widerstand der Roten Armee veranlaßte Hitler am 25. Juli zu der besorgten Frage: "Wieviel Zeit habe ich noch, um mit Rußland fertig zu werden, und wieviel Zeit brauche ich noch?" (S. 160) Einen Tag später erteilte er der Propaganda neue Weisungen: "Das Volk muß wissen, daß Deutschland jetzt um seine nackte Existenz kämpft und daß wir nur zu wählen haben zwischen einer absoluten Liquidierung der deutschen Nation und der Weltherrschaft." (ebd.)

Die Beschleunigung und Systematisierung der Vernichtungsmaschinerie interpretiert Burrin als "Folge der mörderischen Wut, die sich in dem Maße gesteigert hatte, in dem Hitler das Scheitern des Ostkrieges und das Mißlingen seiner ganzen Unternehmung erkannte. (...) Der Tod der Juden stellte demnach gleichermaßen eine Opfergabe und einen Racheakt dar. Indem er diejenigen tötete, die er für seine eigentlichen Feinde hielt (...), zeigte er eine Entschlossenheit zum Kampf bis zum bitteren Ende; mit dieser Art Opfertod der Juden legte er sich fanatisch fest, um den Sieg zu erringen oder bis zum Tod zu kämpfen." (S. 172)

Es ist wohl kaum zu bestreiten, daß Hitlers Antisemitismus pathologisch war. So gesehen war die Vernichtung der Juden das Werk eines Irren - aber auch weit mehr als das. Burrin zitiert Saul Friedländer, der die "Ohnmacht des Historikers", die Motive für die Vernichtung zu verstehen, "aus der Gleichzeitigkeit und der Wechselwirkung von vollkommen heterogenen Phänomenen" erklärt: "messianischem Fanatismus und bürokratischen Strukturen, pathologischen Impulsen und behördlichen Verordnungen, archaischen Einstellungen und einer hochentwickelten Industriegesellschaft." (S. 173)

Dieses Zitat und die Erwähnung der Tatsache, daß das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte "zu einem großen Teil die Tat von Bürokraten" war, bleiben allerdings Randbemerkungen, die in Burrins Gesamturteil nicht eingehen. Als Urheber und Anstifter sieht er Hitler und nur Hitler. Die hypothetische Frage, "ob die ‚Endlösung` stattgefunden hätte, wenn Hitler im Sommer 1941 gestorben wäre", verneint er implizit: "Ohne ihn hätte der letzte Impuls wahrscheinlich gefehlt. Die Juden hätten in einem von Göring, Goebbels oder Himmler geführten Europa gelitten. (...) Zum Völkermord jedoch bedurfte es des Anstoßes durch Hitler." (S. 174)

Hier scheint mir die - in einer Studie mit dem Titel "Hitler und die Juden" natürlich legitime - Konzentration des Autors auf die eine, alles entscheidende Person zu einer Fehleinschätzung geführt zu haben. Gegen die stille Ergebenheit der Göring, Goebbels und Himmler, die die Juden nur hätten "leiden" lassen, sprechen nicht nur die Fakten, sondern auch die Logik. Wenn Hitler mit dem Vernichtungsbeschluß "alle Brücken hinter sich abbrach", wie Burrin schreibt, und auf die Alternative Weltherrschaft oder Untergang setzte, dann war von dieser "persönlichen" Entscheidung natürlich das ganze Regime betroffen. Dessen führende Repräsentanten haben die Tragweite dieser Entscheidung zweifellos nicht unterschätzt - und sie mitgetragen.

Eine "ganz unschuldige" Massendeportation?

Burrin zeigt in seinem Buch, daß der Völkermord an den Juden keineswegs geradlinig vonstatten ging. Bei der Spekulation um einen möglichen anderen Verlauf der Geschichte, der die Rettung der Juden hätte bringen können, gerät er allerdings auf Abwege. Die beiden letzten Sätze seines Buches lauten: "Europa konnte nur durch den sowjetischen Widerstand und die amerikanische Intervention vom nationalsozialistischen Joch

befreit werden; aber die Erweiterung zum Weltkrieg war auch das Todesurteil für die europäischen Juden. Die Befreiung Europas wurde mit dem Leben der Juden bezahlt." (S. 179)

Wenn man daran festhält, die "Erweiterung zum Weltkrieg" auf Dezember 1941 - nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour und dem direkten Kriegseintritt der USA - zu datieren, dann ist diese Aussage sachlich falsch.

Ganz abwegig scheint mir die hier angedeutete Vorstellung, die Juden hätten überlebt, wenn Deutschland den Krieg gegen die Sowjetunion gewonnen und die USA dem von Ferne zugesehen hätten. Burrins Mißgriff, die Zwangsumsiedlung von 31 Millionen Sowjetbürgern als "ganz unschuldige Sache" zu bezeichnen, wurde schon zitiert. Unterstellt, diese größte Deportation der Geschichte hätte stattgefunden - die Opfer wären ebenfalls nach Millionen zu zählen gewesen, von denen die Juden, nach dem nazistischen Rassenwahn auf der untersten Stufe der Gattung Mensch angesiedelt, den größten Teil gestellt hätten.

Spekulationen um einen möglichen anderen Verlauf der Geschichte haben überhaupt nur Sinn, wenn sie sich nicht erst mit den Ereignissen des Jahres 1941 befassen. Nicht der Kriegseintritt der USA war das "Todesurteil" für die europäischen Juden. Dieses Urteil wurde von Hitler gefällt und von den nazistischen Mördern vollstreckt, nachdem es in aller Öffentlichkeit angekündigt worden war - am deutlichsten in Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939: "Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa." (S. 65f.)

Burrin nimmt die in dieser Vernichtungsdrohung enthaltene Wenn-dann-Beziehung wörtlich und folgert: Erst "in einer Situation, die die Gefährdung, wenn nicht das totale Scheitern seines Vorhabens anzeigte" (S. 66), wollte Hitler seine Drohung in die Tat umsetzen. Eine solche These ist sicherlich nicht a priori indiskutabel, wohl aber zu der gefährlichen Verballhornung geeignet, daß Hitler "eigentlich die Juden nur loswerden wollte". Womit dem Autor keinesfalls die Absicht unterstellt werden soll, er habe den Vertretern eines solchen speziellen Geschichtsrevisionismus Stichworte liefern wollen. Ich möchte sein Buch vielmehr ausdrücklich empfehlen - selbstverständlich zu kritischer Lektüre.

Js.

Anmerkungen:

1) Eberhard Jäckel in Jäckel/Rohwer: Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main (Fischer) 1987, S. 11

2) a.a.O., S. 34 f.

Philippe Burrin: Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord, aus dem Französischen von Ilse Strasmann, Frankfurt am Main (Fischer) 1993, 205 Seiten, DM 36,-

29. Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945

Autor: B., Westberlin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:01

"Geschichte läßt sich nicht ungeschehen machen, erst recht nicht die Geschichte dieses Ereignisses, das im Zentrum einer Erschütterung stand, die die Welt verändert hat. Diese Vergangenheit nicht zu kennen, heißt sich selbst nicht zu begreifen."

Diese Position, die Raul Hilberg im Vorwort der von ihm erarbeiteten Gesamtgeschichte des Holocaust Die Vernichtung der europäischen Juden einnahm, ist auch der Leitfaden seines 1992 in den USA erschienenen Buches über die Täter, Opfer und Zuschauer der Shoah, das im selben Jahr in deutscher Sprache beim S. Fischer Verlag erschienen ist.

Im ersten Teil seiner Arbeit befaßt sich Hilberg sowohl mit den Planern und Organisatoren des Völkermordes an den europäischen Juden als auch mit den Ausführenden in SS, Einsatzgruppen, Polizei, mit ausländischen Freiwilligen, mit der Hilfestellung von Regierungen im besetzten Europa, mit der Rolle von Ärzten und Juristen.

Im zweiten Teil berichtet der Autor von den Opfern, die in Massengräbern oder in Gaskammern ein kollektives Schicksal erfuhren. "Der Tod wurde diesen Juden zum Wesensmerkmal: man erinnert sich ihrer hauptsächlich im Sinne dessen, was ihnen allen widerfuhr. Deshalb bestehen gewisse Hemmungen, sie systematisch in einzelne Gruppen zu unterteilen. Doch die Katastrophe erfaßte nicht alle gleichzeitig und auf die gleiche Weise." (S. 10) Hilberg schreibt über die führenden Juden, die Rolle der Judenräte, über die Flüchtlinge, die sich vor der Vernichtung retten konnten, über sog. Mischehen und christliche Juden, über Kinder, über die Kämpfer, über die Überlebenden.

Im dritten Teil stellt Hilberg unter der Überschrift "Zuschauer" diejenigen dar, die wegschauten, die von dem Völkermord profitierten, benennt das Verhalten der Regierungen und der Völker unter deutscher Besatzung, das der neutralen Länder, der Alliierten und der Kirchen, aber er schreibt auch über die Boten, die bereits Anfang 1942 über die Vernichtung informierten, und die Reaktionen der jüdischen Organisationen und Gemeinschaften in Palästina, Großbritannien, der Schweiz und den USA.

Der Vernichtungsprozeß, schreibt Hilberg, gründete auf drei Prämissen: Erstens sollte keine jüdische Gruppe, kein einziger Jude von den Maßnahmen verschont bleiben; zweitens sollten die vielfältigen Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden mit dem geringstmöglichen Schaden für die deutschen Bürger und die Gesamtwirtschaft gelöst werden, drittens sollte der Massenmord so erfolgen, daß die psychische Belastung der Täter möglichst gering blieb, Unruhen unter den Opfern gar nicht erst aufkamen und Proteste und Angst in der nichtjüdischen Bevölkerung unterdrückt wurden.

Zu diesem Zweck, so Hilberg, beteiligte man in Osteuropa verhältnismäßig viele einheimische Kollaborateure an den systematischen Erschießungen und Deportationen und schuf ein perfektes Deportationssystem, um die Juden West- und Mitteleuropas in die Gaskammern in entlegenen Teilen Polens zu bringen.

Die Vernichtung der Juden war nicht zentralisiert, es gab weder eine Behörde für Judenangelegenheiten, noch ein Budget für den Vernichtungsprozeß. Die Organisation übernahmen die Funktionäre des staatlichen Apparates, die NSDAP,die Großbanken und die Industrie.

Die Reichskanzlei koordinierte die Gesetze und Verordnungen, das Innenministerium arbeitete die Nürnberger Gesetze aus, die Kirchen verschafften die dokumentarischen Belege für nichtjüdische Abstammung, das Justizministerium beseitigte jüdische Anwälte und Notare, regelte Erbschafts- und Scheidungsfragen, die NSDAP organisierte den Boykott jüdischer Unternehmen, die Reichskulturkammer schloß Musiker, Künstler, Schriftsteller aus den Verbänden aus, das Erziehungsministerium entfernte die jüdischen Studenten, Professoren und Forscher, das Propagandaministerium belieferte die Presse, das Wirtschaftsministerium erarbeitete die Vorschriften für die Übernahme jüdischer Unternehmen, die Dresdner Bank und andere Großbanken hatten die Vermittlerrolle bei der "Arisierung" jüdischer Unternehmen, Einzelhandels-, Großhandels- und Bauunternehmen entließen ihre jüdischen Arbeitnehmer, planten und organisierten den

Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter in den Städten, Gettos und Lagern, erhielten und erfüllten die Staatsaufträge für die Vernichtungsmaßnahmen, wie die Lieferung von Zyklon B.

Das Finanzministerium erhob diskriminierende Steuern, fror Bankguthaben ein, konfiszierte die persönliche Habe, das Auswärtige Amt verhandelte über Deportationen von Juden im Ausland und ausländischen Juden im Reich, und das Verkehrsministerium organisierte den Transport in die Gettos und Lager, den Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter, die Wehrmacht lieferte die logistische Unterstützung bei den Massenerschießungen im besetzten Teil der Sowjetunion bis hin zur direkten Beteiligung, organisierte auch Deportationen und setzte jüdische Zwangsarbeiter in Rüstungsbetrieben und Wehrmachtsämtern ein. Die Kommunalbehörden im Reich und in den besetzten Ländern führten die antijüdischen Maßnahmen durch bis hin zur Gettoisierung, Zwangsarbeit und Planung der Deportationen, und das Ministerium für die besetzten Ostgebiete stattete u.a. die Vernichtungslager in Belzec, Sobibor und Treblinka aus. SS, Polizei und das Reichssicherheitshauptamt brandmarkten die Juden im Reich, überwachten die jüdischen Gemeinden, organisierten und kontrollierten die Tötungsaktionen der Einsatzgruppen in der UdSSR und die europaweiten Deportationen. Das Hauptamt der Ordnungspolizei übernahm die Bewachung der Gettos, Züge und Lager und Beteiligungen an Razzien und Erschießungen, das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt sowie höhere SS- und Polizeiführer leiteten Auschwitz und Majdanek.

Die zahlreichen Mitarbeiter und Beamten all dieser Institutionen fügten sich allmählich zu einer gewaltigen Maschinerie zusammen, arbeiteten freiwillig und initiativ, und jeder von ihnen, auch auf unterster Ebene, konnte erkennen und begreifen, was vor sich ging und was er tat. Anhand beispielhaft ausgewählter Lebensläufe alter und neuer NSDAP-Funktionäre beschreibt Hilberg, aus welchen unterschiedlichen Schichten und Klassen die Täter kamen, wie verschieden ihre persönliche Entwicklung war, und daß von einem bestimmten Täter-Typus nicht gesprochen werden kann. Darüber hinaus zeigen die Lebensläufe, wieviele der Täter nach 1945 in der Bundesrepublik nicht nur relativ unbehelligt überlebten, sondern entscheidende Positionen in Staat und Gesellschaft einnehmen konnten.

Die ausführliche Darstellung der baltischen, litauischen, estnischen und ukrainischen Helfern, beim Aufspüren, Quälen und Morden der jüdischen Bevölkerung Osteuropas und die Unterstützung der Vernichtungspolitik insbesondere in Frankreich und den Niederlanden durch einheimische Kollaborateure zeigen auf, wie verbreitet und wahrhaft mörderisch der Antisemitismus war, darf aber nicht davon ablenken, daß dieses größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte deutsche Geschichte ist. In dem Wissen sollte besonders eine deutsche LeserIn an dieses Buch von Raul Hilberg herangehen, auch bei der Beschreibung über die unterschiedlichen Verhaltensweisen der Völker im besetzten Europa gegenüber ihren jüdischen Nachbarn, über die bedrückende Haltung der neutralen Länder in Europa und das Desinteresse der Alliierten an dem Schicksal der Juden und die hilflosen Reaktionen der jüdischen Honoratioren in Palästina, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, die keineswegs gleichgültig waren, aber sich, wie Hilberg sagt, für "machtlos hielten - so sehr, daß sie es faktisch wurden" (S. 11)

Bei Hilbergs Beschreibung der Haltung einzelner Völker gegenüber Tätern und Opfern nehmen die Deutschen einen relativ geringen Raum ein, und zwar aus dem einzigen Grund, weil hier die Übereinstimmung mit den Tätern am größten war. "In Deutschland konnten sich relativ wenige Juden verstecken. Zwar gibt es kaum Statistiken, aber wir wissen, daß ein sehr großer Anteil jener wenigen Tausend, die bei Deutschen Zuflucht oder Hilfe fanden, entweder durch Mischehen mit ihren Rettern verwandt, Abkömmlinge von Deutschen oder konvertierte Christen waren. Das ergab jedenfalls eine Studie, die nach dem Krieg in Wien angefertigt wurde". (S. 217)

"Von Deutschland ging der Vernichtungsprozeß aus. Es verlief keine Kluft zwischen dem Mann auf der Straße und den Tätern, die man in jeder Behörde oder Dienststelle fand. In einer Gesellschaft, wo die Menschen dazu neigten, gegen Revolutionen zu revoltieren, war es schwierig, sich gegen die jeweils herrschende Ordnung aufzulehnen; doppelt schwierig aber und doppelt gefährlich wurde es, nachdem alle Verordnungen in Kraft getreten waren und die Züge schon rollten. Wer half, stand in Deutschland fast völlig allein." (S. 217)

Von Deutschland und den Deutschen ging der Vernichtungsprozeß aus: Sie brandmarkten die jüdische Bevölkerung Europas, sie deportierten, sie richteten die Gettos ein, sie ließen die Juden verhungern, sie stellten die Einsatzgruppen für die Massenerschießungen in der Sowjetunion, sie betrieben die

Vernichtungslager, sie ermordeten mehr als sechs Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer, die sie zuvor entrechtet und gequält hatten.

Die Deutschen haben sechs Millionen Menschen die Identität so vollständig geraubt, das hinter den ungeheuerlichen Zahlen und Verbrechen die einzelnen Menschen und ihr Leben ins Dunkel verbannt sind. Um so wichtiger sind Hilbergs Berichte über einzelne jüdische Kinder, Frauen und Männer und auch sein Ansatz, zu beschreiben, wie unterschiedlich bei aller Gleichheit der endgültigen Vernichtung die Frauen als Frauen und die Männer als Männer betroffen waren und welches unerträgliche Elend die Kinder durchleiden mußten.

"Schließlich blieben die jüdischen Kinder in Warschau zunehmend sich selbst überlassen. Einige beteiligten sich am umfangreichen Schwarzhandel des Gettos mit der Außenwelt. Wurden sie mit ihren geringen Mengen Kartoffeln oder Karotten erwischt, gab es manchmal Prügel, und die Behörden konfiszierten ihre Nahrungsmittel. Einige der ärmsten Eltern erlaubten ihren Kindern, sich aus dem Getto zu stehlen und eine Mahlzeit zu holen, die ihnen wohltätige polnische Familien spendeten. Doch mehr und mehr Kinder begannen, innerhalb des Gettos selbst zu betteln. Einige drückten sich solange in der Nähe von Marktständen herum, bis etwas verfaultes Gemüse zu Boden fiel, das sie aufsammeln konnten. Andere sangen, um Passanten auf sich aufmerksam zu machen, wieder andere standen nur mit ihren von Frostbeulen besetzten Beinen da und weinten. Allein 1941 starben 152 dieser Kinder auf offener Straße. 1942 hatten viele von ihnen keine Unterkunft mehr, und als Obdachlose waren sie völlig schutzlos." (S. 163)

"Das Getto traf die Kinder nicht nur materiell, sondern ließ sie auch psychisch verelenden. Viele der Kleineren hatten nie etwas wie Freiheit erlebt. Für sie war das Getto die Norm (...) Der Historiker des Gettos Theresienstadt, H.G. Adler, schrieb über die Kinder: Sie waren ‚beschattet`, ‚stets nervös`, ‚ungemein aufgeweckt`. Sie sahen ihre Eltern ‚entrechtet und ohnmächtig, selbst gleichsam zu Kindern erniedrigt`. So herrschte unter den Kindern ‚die Regel der Horde, die zu eigenmächtigem Denken und Handeln` zwang. Das alles galt aber nicht nur für Theresienstadt." (S. 163 f.)

Dieses Buch von Raul Hilberg muß gelesen werden.

"Ich war mir immer bewußt, daß die Täter, Opfer und die ‚Unbeteiligten` denkende Menschen gewesen sind." (Raul Hilberg)

B./Westberlin

Raul Hilberg: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945. Aus dem Amerikanischen von Hans Günter Holl. Frankfurt/M. (S. Fischer) 1992. 367 S., 39.80 DM

(Die amerikanische Ausgabe erschien 1992 unter dem Titel "Perpetrators, Victims, Bystanders. The Jewish Catastrophe 1933-1945". bei Harper Collins, New York.)

30. BILD hat was gegen Mao

Rubrik: ML-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:30

Folgendes Fax erhielten wir vom Verlag Neuer Weg ("bücher mit perspektive"), der mit der MLPD freundschaftlich verbunden ist:

"BILD lehnt Anzeige über das ‚Rote Buch` von Mao Tsetung ab. In mehreren Ausgaben hetzte BILD gegen Mao Tsetung als ‚Sex&Macht-Monster`. Unser Verlag wollte den BILD-Lesern die Möglichkeit geben, sich über Mao Tsetung anhand seiner politischen Texten selbst ein Bild zu machen. Dazu wollten wir eine Anzeige zur Neuherausgabe der ‚Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung` durch den Verlag Neuer Weg in BILD veröffentlichen. Nachdem die Anzeigenvorlage bei BILD eingetroffen war, lehnte BIID die Veröffentlichung ‚aus grundsätzlichen Erwägungen` ab. Offensichtlich sollen die BILD-Leser daran gehindert werden, ihren eigenen Kopf zu gebrauchen und die billige Hetze zu durchschauen. Alle Zeitzeugen, auch in gegenüber Mao Tsetung kritischen Veröffentlichungen, heben Maos Bescheidenheit, die Übereinstimmung zwischen Wort und Tat hervor. Die Verleumdungskampagne stützt sich dagegen einzig auf einen angeblichen ‚Leibarzt` Mao Tsetungs, Dr. Zhishui Li, der in den USA lebt. Zu recherchieren, wie dieser Mann dazu kommt, sich für diese Hetzkampagne herzugeben, wäre eine lohnende Aufgabe für die Presse.

Wir protestieren öffentlich gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Nichtveröffentlichung unserer Anzeige und gegen diese Art der Massenbeeinflussung durch die BILD-Zeitung und bitten Sie, über diese Vorgehensweise der BILD-Zeitung zu berichten."

Dieser Bitte kommen wir hiermit nach. Den KollegInnen vom Verlag Neuer Weg möchten wir allerdings zu bedenken geben, was Mao zu dieser Affäre gesagt hätte: "Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat." (Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung, Peking 1967, S.18)

31. Spendenaufruf - 50.000 DM für den ak!

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak362/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:33

50.000 DM für den ak - unser Spendenaufruf aus ak 360 hat erste ermutigende Ergebnisse gebracht (siehe untenstehende Liste). Der ak sei halt "nicht perfekt, aber lobens- und erhaltenswert", stand auf einer Spendenüberweisung. Wer das auch so sieht, sollte uns helfen, die Herausgabe des ak für ein weiteres, sein 23. Erscheinungsjahr, zu sichern und ein Spendenergebnis wie im letzten Jahr zustandezubringen. (Insgesamt wurden 55.000 DM gespendet.) Ohne Spendensammlung müßten wir mindestens 1 DM mehr pro ak nehmen. Durch die Spenden werden diese Kosten von denjenigen mitgetragen, die bereit sind, etwas mehr für den ak zu geben, oder die einfach mehr Geld haben.

17.600 DM haben wir im vergangenen Jahr monatlich aus dem Zeitungsverkauf von knapp 3.500 Exemplaren pro Ausgabe eingenommen. 6.300 DM hat die Mehrheitsgruppe des KB monatlich an Beiträgen dafür aufgebracht (und weitere 1.500 DM an Ausgaben für die eigene Gruppe gehabt). Nahezu 1.200 DM haben andere ak-UnterstützerInnen durch monatliche Beitragszahlungen aufgebracht. Rund 4.500 DM konnten monatlich aus den Einnahmen der letzten Spendensammlung finanziert werden. Es blieb über das Jahr gerechnet ein Rest von gut 15.000 DM, den wir aus dem uns verbliebenen Sparstrumpf genommen haben.

Ein gutes Drittel unserer Kosten pro ak-Ausgabe sind Erstellungskosten, ca. 40% sind Personalkosten, der Rest ist für sonstige allgemeine Kosten wie Mieten, Telefon, etc., etc.

Für diejenigen, die es genauer wissen wollen, sei erläutert, daß die Verkaufseinnahmen etwas geringer ausgefallen sind, als wir erhofft hatten: Im Februar 1993 hatten wir ein Verkaufstief mit 3.300 verkauften Exemplaren erreicht, seither ist der Verkauf wieder gestiegen. Außerdem haben wir die Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt; im Moment wird für eine volle Stelle bei uns rund 2.000 DM netto gezahlt. (Sonstige Zusatzleistungen gibt es nicht.)

10% mehr verkaufte aks?!

Wir haben in diesem Jahr auch noch einen Sonderwunsch! Natürlich bitten wir Euch weiterhin um Eure Unterstützung wie bisher: durch Vertrieb, inhaltliche Beiträge, Informationen und auch Kritiken. Wir hoffen aber auch, den ak-Verkauf im kommenden Jahr steigern zu können.

Das erscheint uns bei Eurer Mithilfe durchaus realistisch: Im Jahre 1992 war nach der Trennung von der Gruppe K und der Beendigung des "Dach-ak" die verkaufte Auflage erst einmal um 400 Stück auf rund 3.500 Exemplare gefallen. Im Februar 1993 wurde der Tiefpunkt mit weniger als 3.400 verkauften Exemplaren erreicht, inzwischen ist die 3.500er-Marke wieder überschritten worden. Und warum sollte dieser Trend nicht anhalten? Der überwiegende Teil der ak-LeserInnen bezieht den ak regelmäßig, über die Hälfte im Abonnement, ein erheblicher Teil im linken Buchhandel und ein gewisser Teil bei entsprechender "Gelegenheit". So werden dann immer wieder auf linken Versammlungen oder Demonstrationen erstaunliche ak-Verkaufszahlen erreicht, sofern der ak überhaupt angeboten wurde. Und mancheR ist dann erstaunt, daß es den ak "noch gibt", bzw. was alles Nützliches im ak zu finden ist. Und da bitten wir Euch, ein bißchen mit nachzuhelfen, o.k.?

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Heinrich Eckhoff

Kontonummer:

4645 84-204

Postbank Hamburg,

BLZ: 200 100 20

Spendenergebnis seit ak 360

Seit Veröffentlichung unseres Spendenaufrufs in ak 360 sind folgende Spenden eingegangen:

I.B., Antirep. 100,00

B.K., Sprockhövel 200,00

R.H., Celle 50,00

W.L., Nienburg 20,00

R.K., Berlin 100,00

N.N., Lüneburg 100,00

E.A., Hamburg 60,00

J.R., Hamburg 400,00

V.B., Hamburg 400,00

D.+H.H., Hamburg 200,00

W.Q., Köln 100,00

B.W., Frankfurt 200,00

Ch.P., Bern 50,00

R.B., Berlin 60,00

R.H., Berlin 135,00

L.M., xy 50,00

W.W., Berlin 200,00

G.K., Berlin 500,00

L.G., Köln 100,00

H.K., Hamburg 150,00

W.B., Hamburg 280,00

F.G., Costa Rica 100,00

V.L., Berlin 200,00

Th.K., Hamburg 300,00

Ch.W., Hamburg 1.000,00

R.W., Jade 60,00

M.H., Dessau 50,00

U.Sch., Basel 1.000,00

(... und eine Tafel Schokolade)

G.H-K., Kist 18,00

J.N., Hamburg 2.000,00

M.L., Hamburg 200,00

G.B., Hamburg 500,00

K.B., xy 100,00

W.R., Bonn 500,00

KB Hannover 1.600,00

R.H., xy 50,00

A.N.; Aschaffenburg 30,00

H.R., Salzgitter 200,00

F.O.P., Bremen 25,00

Z., Göttingen 1.000,00

J.Sch., Hamburg 2.000,00

H.K., Hamburg 300,00

Moe., xy 50,00

A.E., Hamburg 350,00

C.G., Hamburg 400,00

A.L., Kiel 100,00

Multiservice GmbH. & CO KG

Jacobs Treue Prämie 5,00

K.M., Hamburg 48,00

R.F., Wien 100,00

R.Sch., Hochzeitsüberschuß 100,00

G.M., Berlin 200,00

R.L., Tafel Schokolade 5,00

W.P., Rickling 2.000,00

I.B., Hamburg 1.000,00

mas, Hamburg 300,00

Summe seit ak 360 19.346,00

Das ist ein Anfang in die richtige Richtung. Wir danken allen SpenderInnen und hoffen, daß ein "kleiner" Zwischenspurt bis zum nächsten ak uns näher an das erhoffte Spendenziel von 50.000,- DM bringen wird. Zur Erinnerung und zur Erleichterung haben wir dieser Ak-Ausgabe erstmals in unserer "traditionsreichen" Geschichte einen Überweisungsgutschein beigelegt.

Zwar stand unser Aufruf in ak 360 unter dem Motto "Wir wollen keine Schokolade, der ak braucht Dein Geld!". Trotzdem - die ak-LeserInnen sind kritische Menschen - haben wir zwei Tafeln Schokolade gespendet bekommen. Auch dafür vielen Dank.

32. Der Mikrokosmos Italiens: FIAT

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:05

Das Buch von Rainer Mehl - "Fiat Auto: Struktur schlägt Strategie" - widmet sich der anspruchsvollen Aufgabe, den organisatorischen Wandel bei FIAT über einen Zeitraum von 40 Jahren zu analysieren. Der Autor zeichnet aber nicht bloß die Unternehmensgeschichte eines Konzerns nach, sondern begibt sich auf die Suche nach den Gründen für diesen Entwicklungsprozeß. Er erweitert auf diese Weise ganz erheblich den analytischen Rahmen, da er so die nationalen wie auch die internationalen unternehmensexternen Einflußfaktoren in seine Analyse mit einbezieht.

Das mag auf den ersten Blick so elaboriert wie zäh klingen und wenig einladend, ein annähernd 350 Seiten starkes Buch darüber zu lesen. Besteht aber seitens des Lesers ein Interesse, über die spärliche Berichterstattung in der Tagespresse hinaus etwas über die politischen und ökonomischen Zusammenhänge Italiens zu erfahren, so könnte der Inhalt des Buches aufschlußreich sein.

FIAT war und ist nicht lediglich einer der ökonomisch bedeutendsten Konzerne Italiens - was ja schon auf entsprechende, im nationalen Kontext wirksame ökonomische und politische Macht schließen läßt - sondern stellt gleichzeitig einen ökonomischen und politischen Mikrokosmos Italiens dar. Ökonomisch, weil das Unternehmen eine Vorreiterrolle für die ökonomische Entwicklung Italiens einnahm. Politökonomisch, weil Veränderungen der Produktionsverhältnisse bei FIAT Ausgangspunkt für eine umfassende Modifikation der nationalen politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse waren.

Das Buch beginnt mit einer Darstellung der unternehmensinternen Besitzverhältnisse, der Stellung von FIAT-Auto im FIAT-Konzern (FIAT produziert nicht nur Autos, sondern ist ein Unternehmenskonglomerat, das in so ziemlich jedem Wirtschaftszweig vertreten ist) und der Marktposition. Ist dieser Teil für jemanden, den vor allem die allgemeinen politischen und ökonomischen Probleme Italiens beschäftigen, nur bedingt interessant, so gilt dies für die folgenden Abschnitte nicht. Was der Autor über die ökonomische und politökonomische Entwicklung Italiens als externen Handlungsrahmen FIATs zu berichten weiß, ist so ziemlich das beste, was im deutschsprachigen Raum zu diesem Thema verfügbar ist. Neben einer umfassenden Darstellung der wirtschafts- und finanzpolitischen Situation Italiens werden die Gründe der augenblicklichen ökonomischen Krise in Italien anschaulich erläutert. Rainer Mehl hebt richtig hervor, daß die Wachstumseinbrüche im wesentlichen nicht auf die weltweite Rezession zurückzuführen sind, sondern daß hier eine Strukturkrise vorliegt, deren Ursachen Staatsverschuldung und Nord-Süd-Gefälle sind. Wenn dies in dem Buch auch nicht explizit deutlich gemacht wird, so erfährt man aus der Darstellung doch, daß die augenblickliche wirtschaftliche und politische Spannung Italiens auf das Scheitern des an seine Grenzen stoßenden deficit spending zurückgeht, womit im Laufe der 80er Jahre der ökonomische Aufschwung Italiens angeschoben wurde. Ebenso gelungen in der Analyse ist die Darstellung der zum strategischen Handeln befähigten Akteure bei FIAT. Die Signifikanz der durch Akteure gestalteten Produktionsverhältnisse für die politische Stärke der national agierenden Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und die diese Organisationen unterstützenden Parteien wird klar herausgearbeitet.

Mit dem Beginn der Arbeiterrevolte 1969, die bei FIAT in Turin ihren Ausgang nahm, verschob sich das politische Kräfteverhältnis in Italien zugunsten der Kommunisten und der Linksradikalen. Der konservative Gegenschlag, 1980 mit der Demonstration der Werkmeister bei FIAT eingeleitet, drängte den starken Einfluß der Gewerkschaften zurück und brachte eine Schwächung der italienischen Linken mit sich.

Seit 1989/90 steht eine dritte Krise FIATs ins Haus, die zu Veränderungen führen wird, deren Folgen für FIAT ähnlich tiefgreifend sein werden wie die Umbrüche 1969 und 1980. Dieser dritten schweren Unternehmenskrise widmet der Autor besondere Aufmerksamkeit. Detailliert werden die internen und externen Faktoren der Krise geschildert, wobei die im Vorwege herausgearbeiten Grundlagen der italienischen Ökonomie und der Unternehmensstruktur FIATs zur Analyse der augenblicklichen krisenhaften Zuspitzung herangezogen werden.

Das Kernproblem der augenblicklichen Krise ist eine technikzentrierte Produktivkraftentwicklung, welche im Laufe der 80er Jahre verfolgt wurde und die auf Substitution menschlicher Arbeitskraft (die immer auch ein Widerstandspotential enthält) durch Roboter zielte. Das Scheitern dieser Strategie hat zur Folge, daß FIAT mit

dem Konzept der qualità totale partizipatorische Ansätze in der Organisation der Produktionsverhältnisse setzt. Angesichts einer seit Jahrzehnten praktizierten Frontstellung zwischen Management und Arbeiterschaft scheinen die Barrieren zu hoch für ein Gelingen dieser Strategie. Scheitert das Konzept der qualità totale, so steht die ökonomische und politische Situation einer ganzen Region Norditaliens zur Disposition. Das würde die politische Landschaft Italiens nachhaltig erschüttern. Die Folge könnte sich in einer weiteren Polarisierung der politischen Kräfte bei nochmaligen Zuwächsen der politischen Rechten niederschlagen.

S.K.

Rainer Mehl: Fiat Auto: Struktur schlägt Strategie. Aufstieg und Fall eines autoritär geführten Unternehmens, edition sigma 1993, DM 39,-

33. Quelldatei 21.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:21

Behauptungen

Betr.: "Die Ostpartei" von Claudia Gohde (ak 361)

Werte Genossen!

Was Claudia Gohde im o.g. Artikel über mich schreibt, ist durchweg falsch. Ich gehöre nicht der KPD an, bin an der Ostpartei weder maßgeblich beteiligt noch einer ihrer "Meinungsmacher", habe auch keineswegs "in Folge der Herrnstadt-Prozesse" gesessen, richte keine Angriffe, gar "Hauptangriffe" gegen die PDS und denke nicht entfernt daran, "Devisen" hinsichtlich des Wahlverhaltens 1994 auszugeben.

Gohde hätte ausreichend Gelegenheit gehabt, ihre Behauptungen, am besten in einem Gespräch mit mir, zu überprüfen. Sie hat das nicht getan. So ist sie Mißverständnissen erlegen, die einfach daraus resultieren, daß sowohl Frau Ruth Martin als auch Herr Manfred Gerlach von Anbeginn (Oktober 1992) Vorstandsmitglieder der von mir - mit Mandat bis Oktober 1994 - geleiteten "Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte" sind. An der ersten Pressekonferenz der "Ost-Partei Deutsche Einheit" am 18. November '93 habe ich, auf Einladung von Frau Martin, lediglich deshalb teilgenommen, um - nachdem jene Gerüchte aufgekommen waren - öffentlich klarzustellen, daß ich nicht zu den Gründern dieser Partei gehöre und, "wegen Mangels ihrer sozialistischen Perspektive", auch nicht ihr Mitglied zu werden gedenke. Im übrigen will, soweit ich sehe, die Ostpartei auch gar nicht mit der PDS um Wählerstimmen konkurrieren, sondern Nichtwähler davon abhalten, nach rechts, zu den Republikanern, abzuwandern. Daß ich in der SPD keine "Arbeiterpartei" sehe, auch nicht "wenigstens", versteht sich bei alledem am Rande. Im Vorstand der "Alternativen Enquete" ist außerdem die PDS mit drei Mitgliedern stärkste Fraktion - vor je einem Vertreter der CDU (Fischer), ehemals LDPD (Gerlach), ehemals NDPD (Walter), ehemals DBD (Maleuda), DKP (Rische - Düsseldorf), Ostpartei (Martin) und mehreren - meist PDS-nahen - Parteilosen. Maleuda, der der Ostpartei am skeptischsten gegenübersteht, ist mein Stellvertreter. Von einer Vollversammlung der "Alternativen Enquete" am 25. Oktober erhielt ich den einstimmigen Auftrag, in Fragen der Aufarbeitung Deutscher Zeitgeschichte sowohl mit der PDS als auch mit der Ostpartei zusammenzuarbeiten, und zwar hier wie dort im Kampf gegen das Geschichtsverständnis der Eppelmann-Kommission des Bundestages. Nachdem ich über die diesbezüglichen Wünsche und Möglichkeiten der PDS eine ihrer repräsentativen Basisorganisationen befragt hatte, am 8. Dezember in Neuruppin, habe ich am 13. Dezember 1993 im Parteivorstand der PDS im Geist freundschaftlicher, konstruktiver Zusammenarbeit einschlägige konkrete Vereinbarungen getroffen; die PDS-Führung war dabei durch ihren Ehrenvorsitzenden Modrow und ihre Vorstandsmitglieder Schumann und Bischoff vertreten; von seiten der "Alternativen Enquete" waren, außer mir, mein Stellvertreter Maleuda, das Vorstandsmitglied Fischer (CDU) und der Arbeitsgruppenleiter Prokop (parteilos) anwesend. Die erzielten Ergebnisse werden wir am 3. Januar 1994 unserem Vorstand unterbreiten und zur Annahme empfehlen.

Nun zur Hauptsache: Bei dem Kampf, den ich mit der Justiz auszufechten habe - wegen Zeugnisverweigerung gegen den letzten noch lebenden Richter der politischen Prozesse vor dem Obersten Gericht der DDR 1957 und andere damals Verantwortliche bin ich bereits mit hohen Geldstrafen belegt, und mir droht unmittelbar Beugehaft -, fällt Claudia Gohde mir in den Rücken, zeigt sie sich bestrebt, Solidarisierung von Linken mit mir zu hintertreiben. Ich muß mich ernstlich fragen, von welcher "ganz anderen Seite" sie da gepuscht und gesponsert wird. Daher meine vehemente Zurückweisung ihrer falschen Behauptungen über mich.

Mit freundlichem Gruß

Wolfgang Harich

Fehler

Betr.: "Die Ostpartei" und "Der Kennedy-Typ von Potsdam" von Claudia Gohde (ak 361)

So erfreulich es ist, daß der "ak" über die ehemalige deutsch-deutsche Grenze hinausschaut und daß er die PDS unterstützt, so bedauerlich ist es, wie er dies mit den beiden Artikeln der letzten Nummer "Die Ostpartei" und "Der Kennedy-Typ von Potsdam" (über Rolf Kutzmutz) von Claudia Gohde tut.

Der erste Artikel enthält einige sachliche Fehler. Der wichtigste: Wolfgang Harich war an der Gründung der Ostpartei Deutsche Einheit (OPDE) nicht "maßgeblich beteiligt" (und er hat dies bereits vor längerer Zeit im "Neuen Deutschland" dementiert), sondern er hat an der Ostpartei das Fehlen jeglicher sozialistischer Perspektive bemängelt und sich folglich auch nicht zu dieser Partei bekannt.

Richtig ist allerdings, daß Harich die PDS mehrfach aufgefordert hat, ihre Mitarbeit in der sogenannten Eppelmann-Kommission zu beenden. Diese vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" verrät bereits in der Namensgebung die Absicht, die DDR und ihre Geschichte zu verurteilen. Sehr bald wurde auch die Tendenz der Eppelmann-Kommission deutlich, die politischen Prozesse gegen ehemalige SED-Mitglieder und MfS-Mitarbeiter ideologisch zu unterfüttern. Trotzdem hat die PDS weiterhin in diesem Gremium mitgearbeitet. Begründung: Man wolle sich die Möglichkeit eines Minderheitenvotums offenhalten.

Davon war jedoch bisher kaum etwas zu vernehmen. Auch an jenem zweiten Entwurf des Zwischenberichts der Eppelmann-Kommission über "Seilschaften, Alt-Kader, Regierungs- und Vereinigungskriminalität" (leicht gekürzt im "ND" vom 17.12.1993 nachzulesen) war von der PDS nicht die leiseste Kritik zu hören. Das Papier, Ergebnis von "nunmehr etwa einem Jahr andauernden Untersuchungen", wurde bereits Anfang Dezember behandelt. Es enthält "Handlungsempfehlungen an den Gesetzgeber", mit denen ehemalige Funktionsträger der DDR als "objektiv Kompromittierte" aus bestimmten Positionen des öffentlichen Dienstes entfernt werden sollen. Weil dazu selbst die novellierten Gesetze nicht ausreichen, soll dies nun auch möglich werden, ohne daß jenen "objektiv Kompromittierten" persönlich "konkrete Verstöße gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit oder Menschlichkeit vorgeworfen werden" können und ohne daß sie Mitarbeiter oder Verpflichtete des MfS waren. ("ND" vom 17.12.1993)

Da die PDS gegen solche Pläne nicht entschieden vorgeht, sondern sie durch ihre Mitarbeit in der Eppelmann-Kommission im Gegenteil unterstützt, treibt sie den Teil der Wähler "aus dem ehemaligen Partei- und Staatsapparat sowie den bewaffneten Organen, der der PDS Verrat ihrer Interessen vorwirft" (Claudia Gohde), geradezu in die Arme einer Ost- oder schlimmeren Partei.

Vor diesem Hintergrund wirkt auch der zweite Artikel von Claudia Gohde über die Kampagne gegen den ehemaligen IM Rolf Kutzmutz wenig überzeugend. Natürlich war zu erwarten, daß der Potsdamer PDS-Oberbürgermeisterkandidat als IM "geoutet" würde. Die PDS hat allerdings selbst dazu beigetragen, das Thema IM hochzuspielen - nicht nur durch ihre Mitarbeit in der Eppelmann-Kommission, auch durch ihren Parteibeschluß, daß sich ehemalige IMs als solche offenbaren müssen, wenn sie bestimmte Funktionen in der PDS einnehmen wollen. So hat sie jene Berührungsängste gefördert, die nun von ihren Gegnern ausgenutzt werden. Claudia Gohde, die dem Vorstand der PDS angehört, kritisiert folglich auch im Falle Kutzmutz vor allem Formfehler, d.h. die nicht eingehaltenen Fristen der Veröffentlichung von Kutzmutz' Tätigkeit als IM.

Das Stasi-Thema überlagert alle anderen Fragen. Über Kutzmutz' politische Vorstellungen wird man daher im "ak" nicht informiert - es sei denn durch jenes Zitat von Peter Michael Diestel (CDU), mit dem Gohdes Artikel schließt: "Wenn der neue PDS-Bürgermeister überhaupt nichts täte, wäre das zumindest nicht schlechter als das, was wir in Potsdam erlebt haben." - Was soll das heißen? Mit solchen Äußerungen, ausgerechnet von Diestel, kann man keinen Wahlkampf für die PDS machen.

Dabei wäre dieser Partei, bei aller Kritik, doch Erfolg zu wünschen.

A.M., Berlin

Deutsche

Gemeinschaft

Betr.: Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in der BRD (ak 361)

Liebe Leute!

Euer Überblick über die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in der BRD war sehr interessant. Doch habt ihr die Wahlergebnisse der "Deutschen Gemeinschaft" (DG) nicht erwähnt. Die DG war vor allem im süddeutschen Raum stark gewesen (z.B. bekam sie bei den Landtagswahlen von 1950 in Baden-Württemberg 14,7% der Wählerstimmen). Jedoch war die DG nie so stark, was Wählerstimmen und die Anzahl der

Mitglieder betrifft, wie die DRP. Die DG war eher von ihrer ideologischen Position von Bedeutung. Sie kann als die Vorläuferpartei der "Nationalrevolutionäre" gesehen werden und repräsentierte damit eine wichtige Grundströmung innerhalb des rechtsextremen Spektrums. Aus dem Zusammenschluß von DG, Deutsche Freiheits-Partei und Vereinigung Deutsche Nationalversammlung (VDNV) konstituierte sich im Mai 1965 die "Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD). Die AUD bemühte sich in den 70er Jahren innerhalb der Ökologiebewegung an Einfluß zu gewinnen und löste sich im Jahre 1980 auf. Viele AUD-Mitglieder haben die "Grünen" mitgegründet und wurden dort aktiv.

Einen, wie ich finde, wichtigen Aspekt habt ihr auch nicht erwähnt: Die etablierten Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP) konnten vor allem deswegen die rechtsextremen Wählerschichten für sich gewinnen, weil sie als Garanten des "Wohlstands" angesehen wurden. Es wird sich zeigen, ob das heute noch genauso zutrifft.

Mit freundlichen Grüßen

V.G., Bochum

34. Quelldatei 22.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:22

DM-Imperialismus

Der Umschwung der Europastrategie des BRD-Imperialismus "weg von einer Europapolitik und -strategie, die (...) auf europäische Unionierung durch Konsens setzte, hin zu einer Politik und Strategie, die eine europäische Großraumwirtschaft durch Konkurrenz, durch Kampf um Hegemonie und durch Unterwerfung erreichen will", konstatieren die Autoren einer Aufsatzsammlung "zur Kritik der Europastrategien von Konzernen, Regierungen und Faschisten der BRD". Die Themen der Aufsätze sind u.a.: Ostexpansion, Atomgeschäfte, Neofaschisten nach Maastricht, Großraum-Marktwirtschaft, Zentralisation der Kopfarbeit, Handelskriege.

Gegen den DM-Imperialismus. Köln (GNN-Verlag) 1993. A4, 48 S., 5 DM.

Umrüstung

In der Reihe von Themenheften der antimilitarismus-information zu militaristischen Entwicklungen nach dem Ende der sog. Blockkonfrontation wird in der aktuellen Ausgabe die Frage erörtert, in welche Richtung die rüstungspolitischen Entwicklungen drei Jahre nach dem Ende des Kalten Kriegs in Westeuropa weisen und welche militärstrategischen Konzepte der gesamteuropäischen Umrüstung zugrundeliegen. Während die militärischen Umstrukturierungen in den osteuropäischen Staaten von den dortigen gesellschaftlichen, vor allem wirtschaftlichen Umgestaltungen bestimmt werden und daher von Land zu Land von unterschiedlicher Form sind, scheint sich für die westeuropäischen Staaten ein neuer Interventionismus als vorherrschende Tendenz herauszukristallisieren. - Die einzelnen Beiträge zum Thema "Umrüstung" beziehen sich auf die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung, Veränderungen im System der internationalen bzw. europäischen Militärorganisationen, die Rüstungspolitik Frankreichs, Veränderungen der Militärstruktur Italiens, den Einfluß der Militärs in Rußland, die Veränderung der polnischen Militärdoktrin, die sicherheitspolitische Situation Ungarns.

ami - antimilitarismus-information.

H. 12, Dez. 1993. A5, 60 S., 3 DM.

Friedenspädagogik

Der Einfluß der Medien, insbesondere des Fernsehens, auf die Bereitschaft zu (exzessiver) Ausübung von Gewalt durch Kinder und Jugendliche wird seit geraumer Zeit heftig diskutiert. Ein hervorstechender Mangel dieser Diskussionen jedoch sei, konstatieren die Autoren einer Reihe von Aufsätzen zum Thema "Gewalt und Medien" in der Zeitschrift für Friedenspädagogik - puzzle, daß "letztlich reduktionistische, weil grob vereinfachende Sichtweisen" vorherrschen. Im Gegensatz zu dieser verbreiteten Herangehensweise werden in der aktuellen Ausgabe "Theorien zur Wirkung medial inszenierter Gewalt an Fallstudien (nochmals) überdacht", der "Kampf gegen Mediengewalt als moderner Ritus" entlarvt und zwar knappe, aber hilfreiche Hinweise für den Umgang mit Medien gegeben. - Beigefügt ist den einzelnen Ausgaben von puzzle jeweils ein Medienservice (Hinweise auf Filme, Videos, Dia-Serien etc.) zu bestimmten Themen, in der aktuellen Ausgabe zum Thema "Europa und der Orient - Feindbilder und andere Wahrnehmungen".

puzzle - Zeitschrift für Friedenspädagogik. Hg. von: Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik München, Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf, Verein für Friedenspädagogik Tübingen. H. 4, Dez. 1993. A4, 36 S. - Jahresabo (vier Ausg.) 25 DM. Abo- und Probex.-Bestellung beim Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 72070 Tübingen.

BRD und Jugoslawien

Einen recht umfassenden Überblick auf den Krieg in Jugoslawien und die deutsche Einflußnahme gibt die in der Reihe "BRD und Dritte Welt" erschienene Broschüre "Jugoslawien". Beiträgen zur Verschärfung der Situation durch vorschnelle Anerkennung, zur Debatte um die "Blauhelme" und zu deutschen Söldnern folgen ein Interview mit einer in der BRD lebenden Jugoslawien und ein Artikel über die Kampagne "Den Winter überleben". Die Broschüre schließt mit einer umfangreichen Literaturübersicht.

R. Pohl, Jugoslawien. Kiel (Magazin-Verlag) 1993. A5, 48 S., 4 DM. Im gutsortierten linken Buchhandel oder über: Magazin-Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel.

Mölln

Das Antifa-Plenum in Schleswig hat den Mölln-Prozeß am dortigen Oberlandesgericht beobachtet und auch die Berichterstattung in der Presse verfolgt. Die Dokumentation ist in einer "großen" und einer "kleinen" Variante erhältlich.

Mölln-Dokumentation. 100 S., 12 DM. Die kleinere Auswahl 5 DM. Bestellung per Vorauskasse und plus jeweils 4 DM für Porto an: Antifa, Postfach 1613, 24826 Schleswig.

Frauen

Schwerpunkt der Dezember-Ausgabe von ila sind Berichte über Frauen in Lateinamerika - genauer: "Frauen in Bewegung". Das Heft enthält u.a. Darstellungen der "zweiten feministischen Welle" in Lateinamerika, des Bündnisses "Mujeres 94" der salvadorenischen Frauen, des Frauensekretariats der nicaraguanischen LandarbeiterInnengewerkschaft und der Frauenbewegungen im Cono Sur, dem Gebiet Argentinien, Chile und Uruguay.

ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. H. 171, Dez. 93. A4, 60 S., 7 DM.

Intellektuelle

Vor zwei, drei Jahren führten die deutschen Medien etwa wöchentlich ihre immer neu zur Strecke gebrachten linksintellektuellen Opfer in den Feuilletons vor. Ende 1993 gibt die Intellektuellenlandschaft nicht mehr viel her für die Journaille. Ab und an werden noch ein paar Utopien hingerichtet oder Talkshows mit Ex-Linksintellektuellen aufgefüllt. "Also Zeit für neues Nachdenken", erwägt die Redaktion der vom Bund deutscher Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen herausgegebenen (linksintellektuellen) Zeitschrift Forum Wissenschaft. "Sind die Intellektuellen angekommen in ihren neuen Rollen, Gebäuden und Milieus? Der lange post-68er Aufstieg der sozial- und kulturwissenschaftlich Gebildeten jedenfalls ist schon seit Mitte der 80er Jahre am Endpunkt angelangt." Die Beschäftigung mit dieser Problematik ist bei weitem nicht so irrelevant, wie es manchem allzu standfesten Linksradikalen erscheinen mag, gehören (gehörten?) eben Linksintellektuelle doch schon traditionell zu den einer radikalen Linken nahen Bündnispartnern.

Forum Wissenschaft. H. 4/93. A4, 68 S., 8,50 DM.

35. Quelldatei 29.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:29

Palästinensische und israelische Künstler

Die Ausstellung "It's possible" basiert auf einem symbolischen Friedensvertrag, den mehr als tausend palästinensische und israelische Schriftsteller, Künstler und Akademiker im Juni 1988 in Jerusalem unterzeichnet haben. Kernpunkt dieses symbolischen Friedensvertrages ist, einen souveränen und unabhängigen palästinensischen Staat in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten, der Westbank und dem Gazastreifen, zu errichten. Die Künstler treten für eine "Zwei-Staaten-Lösung" als Möglichkeit für einen Frieden zwischen Israeli und Palästinensern ein. Eines der Ergebnisse dieses Vertrags ist eine Ausstellung mit Werken von 24 palästinensischen und israelischen Künstlern, die seit 1988 durch die Welt reist und nun, durch die Initiative des Deutsch-Palästinensischen Frauenvereins und des Globus-Vereins für interkulturelle Zusammenarbeit und Lernen, auch nach Hamburg gelangt ist.

Bis zum 19.1. im Kollegiensaal des Rathauses Altona, Platz der Republik 1, Hamburg. Montag bis Freitag: 10-17 Uhr, Samstag und Sonntag: 10-16 Uhr.

Prozeß gegen türkische Jugendliche

Einige Tage nach den rassistischen Morden in Mölln hatten sich türkische und deutsche Jugendliche vor der Bundesgeschäftsstelle der FAP in Halstenbek bei Hamburg versammelt, um eine Nazi-Versammlung zu verhindern. Aus dem Haus der FAP wurde mit Gaspistolen geschossen, FAP-Wachen vor dem Haus wurden verprügelt, eine von ihnen durch einen Messerstich verletzt. Sechs türkische Jugendliche stehen nun vor Gericht. Der Neo-Nazi und Anwalt Jürgen Rieger ist als Nebenkläger zugelassen.

Kundgebung vor dem Amtsgericht Pinneberg, Bahnhofstr. 17, vor Prozeßbeginn am 18.1.94 um 8.30 Uhr. Weitere Prozeßtermine am 25.1. und 1.2., jeweils um 9 Uhr.

"Hitler war kein Betriebsunfall"

Emil Carlebach (Buchenwald-Komitee) liest aus seinem Buch "Hitler war kein Betriebsunfall" und diskutiert über Unterschiede und Parallelen zwischen damals und heute.

18.1.: Freiburg, Fabrik Vorderhaus, Habsburgerstr. 9, 20 Uhr; 19.1.: München, Gemeindezentrum der Erlöserkirche, Ungererstr. 17, 19.30 Uhr; 24.1.: Oldenburg, Antifa-Café im Alhambra, Hermannstr. 83, 20 Uhr; 25.1.: Bremen, Im Falstaff, Theater am Leibnizplatz, 19 Uhr; 26.1.: Frankfurt, Gewerkschaftshaus, 15 Uhr; 27.1.: Hamburg, Volkshaus, Neuer Kamp, 19.30 Uhr; 28.1.: Kiel, Pumpe, Haßstr., 19.30 Uhr; 29.1.: Berlin, Gedenkstätte Köpenick, Puchanstr. 12, 15 Uhr; 8.2.: Bonn, Universität HS 17, 19 Uhr; 9.2.: Bochum, Bahnhof Langendreers, 20 Uhr.

Frauenstreik am 8. März

Zum 8. März, dem internationalen Frauentag, ist ein bundesweiter Frauenstreik geplant. Das Hamburger Streikkomitee trifft sich am

22.1., 10-16 Uhr, im Konferenzraum A/B, Fahrstuhlebene R5, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, Hamburg.

Nazi-Terror

Seit einiger Zeit kursieren Listen neofaschistischer Gruppierungen, in denen bundesweit linke antifaschistische Gruppen, Einrichtungen und Einzelpersonen mit Terror bedroht werden. Welche Möglichkeiten der Gegenwehr gibt es?

27.1., 19 Uhr, Haus für Alle, Amandastr., Hamburg. Eine Veranstaltung der VVN/Bund der Antifaschisten und weiterer Gruppen.

Neue Armut

Auf einem Symposium der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik soll das Phänomen der "Neuen Armut" in Vorträgen, Diskussionen und Arbeitsgruppen erörtert werden. Die Themen der Vorträge lauten: Was ist das Neue an der Neuen Armut?; Wandel der Familienformen und soziale Sicherung der Frau; Wohnungsnot und Armut; Armut von Kindern und Jugendlichen. Zu den drei letztgenannten Themen werden Arbeitsgruppen angeboten.

28.1., 14 Uhr bis 29.1., 18 Uhr. Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg. Anmeldungen sind zu richten an: Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg.

Südliches Afrika

"Strukturveränderungen in den Industrieländern Entwicklungschancen für das südliche Afrika" lautet das Thema eines Seminars der Anti-Apartheid-Bewegung Berlin. Bei der Eröffnungsveranstaltung sprechen WissenschaftlerInnen aus Südafrika und der 2. Betriebsratsvorsitzende des Krupp Stahlwerks, Rheinhausen, die auch die Arbeitsgruppen des Tagesseminars zu den Themen "Wahlen in Südafrika Chancen und Grenzen für weitere Entwicklung" und "Welche Strukturveränderungen sind in den Industrieländern notwendig Rolle der Gewerkschaften" leiten.

28.1., 19 Uhr, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, Berlin;

29.1., 10-17 Uhr. Humboldt-Universität, Hauptgebäude, Berlin.

"Nationalistische Front"

Zwar ist die "Nationalistische Front" offiziell verboten worden, die Bedeutung ihres Zentrums hat sich jedoch nicht verringert. Die NF-Mitglieder halten dort weiterhin ungestört Treffen ab und arbeiten an einer Nachfolgeorganisation. Antifa- und ähnlich orientierte Gruppen aus Bielefeld, Detmold, Lippe, Hannover und weiteren Orten rufen unter der Parole "Gegen die faschistischen Zentren vorgehen!" zu einer Demonstration gegen das NF-Zentrum in Detmold-Pivitsheide auf.

5.2., 13 Uhr, Eichenkrug, Detmold-Pivitsheide. Treffpunkt für auswärtige Gruppen für die Abfahrt mit Bus/PKW um 12 Uhr in Bielefeld, Sieker Endstation. Nähere Informationen donnerstags von 17-19 Uhr unter Tel. 05241-24483.

Kuba

"Cuba no esta sola" (Kuba ist nicht allein) sagt die Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba und ruft zu einem dreiwöchigen Einsatz von Arbeitsbrigaden in der kubanischen Landwirtschaft auf. Die Reise, die vom 26.2.-19.3. dauern wird umfaßt drei Wochen Arbeitseinsatz nebst einem umfangreichen politischen und kulturellen Programm. 2000 DM sind für Flug, Unterkunft und Verpflegung zu zahlen.

Weitere Infos bei der: FG Berlin-Kuba, Grimmstr. 6, 10967 Berlin.

36. Interview mit Assata Shakur

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/assata.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:assata

Eurozentrismus bekämpfen!

Assata Shakur, Mitglied der Black Panther Party und militante Kämpferin der Black Liberation Army, wurde 1979, nach sechs Jahren Knast, von ihren GenossInnen aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Clinton (New Jersey) befreit. Seit 1984 lebt sie auf Kuba im Exil. In einem ausführlichen Interview nimmt sie u.a. Stellung zum Zusammenhang von (islamischer) Religion und Politik, zum Anwachsen des Rassismus in Europa und den USA, zur schwierigen Situation Kubas und zu den Perspektiven der Linken. Auch die europäischen Linken seien nicht frei von einer eurozentristischen Sichtweise. Sie selbst ist nicht davon überzeugt, "daß das Scheitern des Sozialismus in Europa gleichbedeutend mit dem Scheitern des Sozialismus weltweit ist". Seite 21

37. Weltweiter "Autokrieg"

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/auto.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:auto

In den Hauptabsatzgebieten der Autoindustrie - Nordamerika, Japan und Westeuropa - ist die Sättigung der Märkte gegen Ende der 90er Jahre absehbar. Zugleich drängen neben Japan weitere Billiganbieter insbesondere auf den europäischen Markt. Der vom VW-Vorstandsvorsitzenden Piech geortete weltweite "Autokrieg" soll nun, von China aus, auf den ostasiatischen Märkten selbst gegen den Hauptkonkurrenten Japan geführt werden. VW und Opel haben dort bereits ihre Claims abgesteckt. Während hierzulande weitere Massenentlassungen bevorstehen, hat die bundesdeutsche Autoindustrie begonnen, Teile ihrer Produktion zu verlegen. Wie der Mercedes-Manager Werner es eindrücklich formulierte: "Die Brutalität des Marktes muß im Unternehmen nachvollzogen werden." Seite 9

38. Quelldatei bu-07.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/bu-07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:bu-07

Die Intellektuellen, die den Demokra
tie-Kongreß
organisierten, waren auch die ersten, die sich
nach
dem Polizeiüberfall auf die Zeitung
"özgür
gündem" einfanden, um ihre Solidari
tät
und Mithilfe zur Weiterarbeit anzubieten:
Yasar Kemal, Murat Belge (Verleger mehre
rer
Zeitschriften, Bücher und Enzyklopä
dien),
xy, Erdal Öz (Schriftsteller, auf deutsch er
schienen:
"Du bist verwundet"), Ertugrul Kürk
cü
(Journalist, Autor) im Gespräch mit Osman Er
gin,
Justitiar der "özgür gündem".

39. Quelldatei disk.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/disk.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:disk

Diskussion

K. H. Roth

Auf erhebliche Resonanz stieß Karl Heinz Roth mit seinen im letzten Jahr vorgestellten Thesen über "Toyotismus, neue Proletarität und Widerstand". Auf einer Veranstaltung in Berlin machte er nun weitere Ausführungen über die mögliche gesellschaftliche Rolle des im Zuge der Toyotisierung der Produktion aufgetretenen Typus des "selbständigen Arbeiters". Mit Roth diskutierten Harry Nick von der PDS und Bernd Gehrke vom Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen Ost/West.

Seite 28

Gegenmacht

Im Gegensatz zu Karl Heinz Roth besteht Detlef Hartmann in einem Beitrag für den ak darauf, daß Widerstand und Befreiung nur aus dem Jenseits von kapitalistischer Akkumulation und Fabrikgesellschaft kommen können. Die Linke in den Metropolen müsse darum in der Lage sein, "die revolutionären Impulse der peripheren Kämpfe aufzunehmen und ins Herz der Bestie zu verlängern".

Seite 29

RAF

Der öffentlich vollzogene Bruch zwischen der RAF und einem Teil der Gefangenen hat eine intensive Diskussion sowohl "drinnen" als auch "draußen" hervorgerufen. Dabei ist positiv zu vermerken, daß viele Stellungnahmen sich um eine differenzierte Sichtweise bemühen und auf einer Klärung unbeantworteter Fragen und Widersprüche bestehen. Eine erste Zusammenfassung auf

Seite 27

40. El Salvador 100 Tage vor den Wahlen

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/fmln.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:fmln

Mordserie gegen die Linke

"Mit unbeschreiblichem Jubel wurden die FührerInnen der FMLN in San Salvador empfangen. Vom Flugplatz bis in die Innenstadt waren die Straßen von Menschen gesäumt. Die Kathedrale war mit Transparenten geschmückt. Der Jubel galt dem Ende des Krieges und der FMLN, die nun die politische Arena des Landes betreten und mitbestimmen wird."

Noch keine zwei Jahre sind vergangen, seit mit den eingangs zitierten Sätzen - das Ende des Bürgerkriegs in El Salvador beschrieben wurde. Kurz vor den für März anberaumten Wahlen, den wichtigsten in der Geschichte des Landes, ist die Hoffnung auf wirklichen und dauerhaften Frieden immer noch nicht erfüllt. Die Befreiungsbewegung FMLN hat seit dem Friedensschluß insgesamt 29 Mitglieder durch Mordanschläge verloren. Seit Ende Oktober haben ultrarechte Todesschwadronen ihre Mordserie gegen die Linke dramatisch verschärft. Erstmals sind auch hochrangige FMLN-Kader unter den Opfern. Die gezielte Terrorkampagne soll die Erfolgschancen der linken Koalition bei den Wahlen verringern und ihre Organisierung behindern.

Die alten Verbündeten der USA setzen den "Kampf gegen den Kommunismus" in gewohnter Weise fort. Dabei könnte den illegalen Apparaten und ihren Helfershelfern in der herrschenden Elite schnell das Handwerk gelegt werden, wenn die US-Behörden ihr umfassendes Wissen über die subversiven Strukturen aufdecken würden. Allerdings käme dabei unweigerlich auch ein Teil ihrer eigenen schmutzigen Praktiken ans Licht. El Salvador 100 Tage vor den Wahlen - ein Hintergrundbericht auf Seite 15

41. Quelldatei fort24.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/fort24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:fort24

blanken, unpersönlichen Ziegeln, wie man sie noch in alten U-Bahnstationen sieht, doch eigentlich ähnelten sie noch mehr solchen, die Adah in Filmen über Gefängnisse gesehen hatte. Die Fenster waren klein, die Türen ebenso. Die meisten Wohnungen waren dunkel und verstärkten so die düstere Atmosphäre. Ach ja, die Siedlung war ein einzigartiger Ort, ein gesonderter Ort, der für ‚Problemfamilien` reserviert war. Problemfamilien mit echten Problemen kamen an einen problematischen Ort. Selbst wenn man in der Siedlung wohnte und keine Probleme hatte, würden die Zustände hier Probleme schaffen - in Hülle und Fülle."

Und es gibt Probleme - Adah schlägt sich herum mit Behörden und der Sozialarbeiterin Carol. "Die Kinder liefen in die Küche und Adah teilte das Essen aus. Wie üblich Reden und Streiten. ‚Hör auf, mich zu treten, du Monster! Ich erzähle es Mami!` ‚Wie niedlich,` bemerkte Carol und beugte ihren dicken Hals zur Seite. Bei einer anderen Frau hätte die Haltung und das Verhalten, das sie an den Tag legte, weiblich und mütterlich gewirkt, doch ihre Fülle nahm ihr alle diese Eigenschaften wieder. Kein Wunder, daß man sie zur Familienberaterin gemacht hatte. Ihr Gewicht würde jedes Familienproblem zermalmen."

Adah muß ihre Arbeit in einer Museumsbibliothek aufgeben, um sich um die Kinder kümmern zu können. "Die Sozialstation war nun vollständig. Sie, eine afrikanische Frau mit fünf Kindern und ohne Mann, ohne Job und ohne Zukunft, war genauso wie ihre meisten Nachbarn - hilflos, entwurzelt, ohne Recht auf irgend etwas. Einfach abgeschnitten. Keiner von ihnen kannte den Beginn seiner Existenz, den Grund, weshalb er von der Hand in den Mund lebte, das Ergebnis oder die Zukunft dieses Lebens. Alle würden im Sumpf steckenbleiben, bis sie von jemand herausgezogen wurden oder aber untergingen. Das Museum war froh, sie loszuwerden, wenn auch zu höflich, um es zu sagen. Damit endete ihre Mittelschicht-Episode. Von nun an gehörte sie zu überhaupt keiner Schicht mehr. Sie konnte nicht behaupten, zur Arbeiterklasse zu gehören, denn das tägliche Leben der Arbeiterklasse hatte seine Regeln. Ihres hatte keine. Sie hatte jetzt eine vollkommene Problemfamilie. Die Arbeitslosigkeit war die Taufe, durch die sie in die Gemeinschaft der Siedlung aufgenommen wurde. Wie die meisten Mieter dort wurde sie eine regelmäßige Besucherin in Carols Büro. (...) Das Lächeln und freundliche Kopfnicken dieser verwelkten und zurückgestoßenen Frauen beruhigte sie. Sie schienen zu sagen: Du bist nicht allein. Schau uns an, wir sind auch Menschen! Die Wärme der Aufnahme tröstete sie, und sie war dankbar."

Sie schlägt sich durch, findet Freunde und ist zunächst entsetzt über die angebotene Chance, in eine bessere Wohnung umzuziehen. "Insgeheim wurde die Möglichkeit eines Umzugs von bösen Ahnungen verdüstert. Es war eine Mischung aus Skeptizismus und der Entschlossenheit, sich keine falschen Hoffnungen zu machen, aber dahinter stand, das mußte sie zugeben, Angst. Sie war absolut nicht sicher, ob sie jetzt schon eine andere Wohnung wollte, absolut nicht sicher, ob sie bereit war, der Welt gegenüberzutreten ohne den warmen menschlichen Trost der Pussy-Horde." Doch sie entschließt sich, den "Sumpf" zu verlassen. "Eine Woche später zog sie aus der Siedlung aus. (...) Es war Zeit, daß sie ein Individuum wurde."

Buchi Emecheta wurde 1944 in einem Vorort von Lagos in Nigeria geboren. Ihre Eltern stammen aus Ibuza. 1962 kam sie nach England und studierte Soziologie. Buchi Emecheta ist geschieden und lebt mit ihren fünf Kindern in London. Sie veröffentlichte zahlreiche Romane und Kinderbücher. Ihr Werk ist mehrfach ausgezeichnet worden. Buchi Emecheta engagiert sich neben ihrer Arbeit als Schriftstellerin im Arts Council und in Regierungskommissionen gegen die Rassendiskriminierung in Großbritannien. Seit 1981 ist sie Professorin für Englische Literatur an der Universität Calabar, Nigeria.

A. Hoffmann, Berlin

Die vorgestellten Bücher:

Tsitsi Dangaremba, "Der Preis der Freiheit" (Nervous Condition, aus dem Englischen von Ilija Trojanow), rororo Neue Frau 12956, Rowohlt Verlag Hamburg, 1991, 12,90 DM. (Leider gibt es in dem Taschenbuch keine Erläuterungen der zahlreich gebrauchten afrikanischen Worte, so daß Textstellen unverständlich bleiben)

Buchi Emecheta, "Zwanzig Säcke Muschelgeld" (The Joys of Motherhood, aus dem Englischen von Helmi Martini-Honus und Jürgen Martini), Unionsverlag Zürich, 1991, 16,00 DM

Buchi Emecheta, "Die Geschichte der Adah" (Adah's Story, aus dem Englischen von Christine Steffen), Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur München, 1987, 12,80 DM

Weitere Literatur:

Zaynab Alkali, "Tot geträumt und still geboren" (The Stillborn, aus dem Englischen von Gisela Seidensticker-Brikay), Stechapfel Verlag Zürich, 1991, 22,00 DM (vorgestellt im ak 358)

Flora Nwapa, Gracy Osifo, Zaynab Alkali, "Salzlose Asche", Kurzgeschichten aus Nigeria, Hg. Lotta Suter, Stechapfel Verlag Zürich, 1989

42. Quelldatei freund.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/freund.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:freund

Deutsch-russische

"Freundschaft"

Seelenverwandtschaft und Einreiseverbot

Wenn die "Nationalzeitung" des DVU-Chefs Frey gegen Ausländerfeindlichkeit und antirussische Hetze wettert, muß wohl die Welt kopfstehen. Grund der Empörung des rechtsradikalen Kampfblattes ist das Einreiseverbot, das die Bundesregierung gegen Freys derzeit besten Freund, Wladimir Schirinowskij, verhängt hat. Schon vor der russischen Parlamentswahl hatte ein reger Besuchsverkehr zwischen Rechtsradikalen beider Länder eingesetzt. Die "Seelenverwandtschaft" beider Völker wird wieder einmal entdeckt, "Freunde für immer" will Frey aus ihnen machen. Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion erscheint so nur noch als eine bedauerliche Episode, in die beide Seiten "hineingehetzt" wurden.

Ganz so neu und überraschend ist diese Variante "deutsch-russischer Freundschaft" nicht. Im Verhältnis deutscher und russischer Nationalisten zueinander liegt eine besondere Affinität, eine intensive gegenseitige Beeinflussung, eine Haßliebe ganz eigener Art und mit einer langen Geschichte. Gemeinsamer Nenner ist die ideologisierte Betrachtungsweise, daß beide Völker nicht zum negativ bewerteten Kulturkreis des Westens gehören. Westen wird dabei identifiziert mit Durchkapitalisierung der Gesellschaft, Herrschaft der Banken und internationaler Finanzinstitutionen, Zerstörung vorkapitalistischer Strukturen und Wertesysteme, mit "moralischem Verfall".

Während der rechtsradikale Frey in einer seiner Zeitungen "das große, ewig unbesiegbare Rußland" hochleben läßt, führen die Medien des Springer-Konzerns eine Haßkampagne gegen den "Russen-Hitler". Deutsche Überheblichkeit feiert dabei wieder einmal Triumphe. An deutschen Stammtischen dürfen die Köpfe geschüttelt werden über den Unverstand der Russen, die einen solchen Irren zur zweitstärksten Kraft im Parlament gemacht haben. Sogar dem mitleidigen Hinweis, daß es den armen Russen doch so schlecht geht und sicher viele Schirinowskij nur aus Verzweiflung gewählt hätten, haftet eine unangemessene Selbstgerechtigkeit an.

Das Einreiseverbot für Schirinowskij ist deutschnationale Heuchelei in einer Situation, wo sein Gastgeber von der DVU sich voller Propagandafreiheit erfreut. Der Faschismus in Rußland wird so zu einen zusätzlichem Grund, vom Faschismus in Deutschland nicht mehr reden zu müssen.

Was deutsche und russische Rechte aneinander finden, untersuchen wir auf Seite 12.

43. Quelldatei guendem.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/guendem.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:guendem

ÖZGÜR GÜNDEM heißt "Freie Tagesordnung" und ist eine der wenigen demokratischen Tageszeitungen in der Türkei. Wegen ihres Eintretens für eine politische Lösung der Kurdistanfrage wurde sie polizeilich besetzt, für mehrere Tage geschlossen, die Mitarbeiter wurden festgenommen.

Wir berichten auf Seite 6

Stephan Waldberg wurde endlich freigelassen. Wir dokumentieren seine Erklärung auf Seite 5

In Istanbul fand unter Beteiligung namhafter Intellektueller und Gewerkschafter ein Demokratiekongreß für Menschenrechte, Demokratie und Frieden in der Türkei statt. Wir berichten auf Seite 7

Die Türkei weitet ihren Vernichtungskrieg wieder auf Südkurdistan aus. In einem Beitrag von Ahmet Berse wird der Frage nachgegangen, welches Zusammenspiel der verschiedenen Kräfte, aus der Türkei, dem Iran, dem Irak und aus Kurdistan es in dieser Region gibt und welche Differenzen es im kudischen Lager gibt. Seite 8

44. Robert Havemann

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/have.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:have

Ein Leben in Widersprüchen

Robert Havemann (1910-1984): eine Symbolfiguren der DDR-Opposition. Sein Weg gilt weithin als gradlinig. Sein Leben war jedoch geprägt von den Widersprüchlichkeiten eines (deutschen) Kommunisten. 1932 in die KPD eingetreten, 1943 wegen antifaschistischer Tätigkeiten zum Tode verurteilt, gerettet durch einflußreiche Freunde. Bis 1956 gläubiger Kommunist. Ab 1956 war er ein scharfer Kritiker des stalinistischen Systems. Neben der Kritik des politischen Systems kommt ihm vor allem das Verdienst zu, den antidialektischen Ansatz in der Naturwissenschaft und die Unterordnung der Wissenschaft unter die Ideologie herausgearbeitet zu haben. "Dialektik ohne Dogma" ist von daher der Titel seiner wohl bedeutendsten Schrift aus dieser Zeit. Seite 24/26

45. Quelldatei ven.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak362/ven.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:362:ven

Venezuela

Die Parteien Venezuelas, die bisher die Geschäfte geführt haben, mußten bei den Wahlen im Dezember erhebliche Stimmenverluste hinnehmen. Die Linksopposition ist im Aufwind. Ein Interview mit dem Generalsekretär der linken Bewegung "Radikale Sache", Pablo Medina auf

Seite 16

Philippinen

Die revolutionären Organisationen sind in eine tiefe Krise geraten und in mehrere Lager gespalten. Rainer Werning analysiert anhand erst neuerlich greifbarer Dokumente die von der Kommunistischen Partei offiziell verfolgte Politik und konfrontiert sie mit den Argumenten der Kritiker.

Seite 19